Friedensalmanach

Produziert und herausgegeben von David Swanson

Mit Beiträgen von Robert Anschuetz, David Swanson, Alan Knight, Marilyn Olenick, Eleanor Millard, Erin McElfresh, Alexander Shaia, John Wilkinson, William Geimer, Peter Goldsmith, Gar Smith, Thierry Blanc und Tom Schott.

World BEYOND War 2019

Copyright © 2019 World BEYOND War

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch oder Teile davon dürfen ohne die ausdrückliche schriftliche Genehmigung des Herausgebers in keiner Weise reproduziert oder verwendet werden, es sei denn, es werden kurze Zitate

in einer Buchbesprechung oder einer Fachzeitschrift verwendet. Erstausgabe: 2019
ISBN 978-0-9980859-8-2

World BEYOND War
513 E Main St #1484 Charlottesville VA 22902 USA

Auf große Bestellmengen sind spezielle Rabatte möglich. Betreffend Einzelheiten wenden Sie sich bitte an den Herausgeber unter der o.a. Adresse oder unter info@worldbeyondwar.org.

Konzipiert und herausgegeben von David Swanson.

Mit Beiträgen von Robert Anschuetz, David Swanson, Alan Knight, Marilyn Olenick, Eleanor Millard, Erin McElfresh, Alexander Shaia, John Wilkinson, William Geimer, Peter Goldsmith, Gar Smith, Thierry Blanc und Tom Schott.

Mit Themenideen von David Swanson, Robert Anschuetz, Alan Knight, Marilyn Olenick, Eleanor Millard, Darlene Coffman, David McReynolds, Richard Kane, Phil Runkel, Jill Greer, Jim Gould, Bob

Stuart, Alaina Huxtable, Thierry Blanc.

Grafische Gestaltung: Parisa Saremi.

Dieser Friedensalmanach informiert Sie über wichtige Schritte, Fortschritte und Rückschritte in der Friedensbewegung, die an jedem Tag des Jahres stattgefunden haben.

Dieser Friedensalmanach sollte jedes Jahr gültig und nutzbar bleiben, bis jeglicher Krieg abgeschafft und dauerhafter Frieden hergestellt ist.

Der Gewinn aus dem Verkauf fließt in die Finanzierung der Arbeit von World BEYOND War.

World BEYOND War ist eine weltweite, gewaltfreie Bewegung für die Beendigung von Kriegen und die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens.

Es ist unser Ziel, ein Bewusstsein für die weitverbreitete Unterstützung für die Beendigung von Kriegen zu schaffen und diese Unterstützung weiterzuentwickeln. Mit unserer Arbeit wollen wir die Idee vorantreiben, nicht einfach nur einen konkreten Krieg zu verhindern, sondern die Institution als Ganzes abzuschaffen.

Wir streben danach, eine Kultur des Krieges durch eine Kultur des Friedens zu ersetzen, in der gewaltfreie Mittel der Konfliktlösung an die Stelle des Blutvergießens treten.

Auch als 365 Audiodateien für Radiosender und Podcasts erhältlich unter worldbeyondwar.org/peacealmanac

1. Januar *Neujahrstag und Weltfriedenstag.* Heute beginnt ein weiterer Durchlauf des gregorianischen Kalenders, der 1582 von Papst Gregor XIII eingeführt wurde und heute der weltweit meistgebrauchte bürgerliche Kalender ist. Heute beginnt der Monat Januar, benannt entweder nach Janus, dem doppelgesichtigen Gott der Tore und des Wandels, oder nach Juno, der Königin der Götter, Tochter des Saturn und sowohl Ehefrau wie auch Schwester des Jupiter. Juno ist eine kriegerische Version der griechischen Göttin Hera. Im Jahr 1967 erklärte die katholische Kirche den 1. Januar zum Weltfriedenstag. Auch viele Nicht-Katholiken nehmen diesen Tag zum Anlass, um im Namen des Friedens zu feiern, einzutreten, zu erziehen und zu agitieren. In der weiter gefassten Tradition der Neujahrsvorsätze haben Päpste häufig den Weltfriedenstag genutzt, um Reden zu halten und Stellungnahmen zu veröffentlichen, in denen sie die Bewegung der Welt hin zum Frieden unterstützen und für eine Vielzahl anderer gerechter Anliegen eintreten. Der Weltfriedenstag am 1. Januar sollte nicht mit dem Internationalen Tag des Friedens verwechselt werden, der 1982 von den Vereinten Nationen eingeführt wurde und alljährlich am 21. September begangen wird. Letzterer ist besser bekannt geworden, vielleicht weil er nicht von einer einzelnen Religion initiiert wurde, obwohl das Wort „International“ in seinem Namen eine Schwachstelle in den Augen derer darstellte, die glauben, dass Nationen ein Hindernis für den Frieden sind. Der Weltfriedenstag ist auch nicht identisch mit dem Friedenssonntag, der in England und Wales auf den Sonntag fällt, der zwischen dem 14. und dem 20. Januar liegt. Wo auch immer und wer auch immer wir auf der Welt sind: wir können uns heute dazu entschließen, für den Frieden zu arbeiten.

2. Januar *An diesem Tag im Jahr 1905 bildete die Conference of Industrial Unionists (deutsch: Konferenz der Industriegewerkschafter) die Industrial Workers of the World (IWW, deutsch: Industriearbeiter der Welt), die als die Wobblies bekannt sind, eine allumfassende Bemühung, eine einzelne große Gewerkschaft zu bilden, in der jeder Arbeiter der Welt Mitglied ist.* Die Wobblies machten sich für Arbeiterrechte, Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit und Frieden stark. Ihrer Vision ist in den Liedern, die sie hervorbrachten und sangen, ein Denkmal gesetzt. Eines nannte sich „Christen im Krieg“. Es war eine satirische Umschreibung eines bekannten Liedes namens „Onward Christian Soldiers“, das die Logik des Krieges ins Offene drängte und direkt aussprach, was die meisten Befürworter des Krieges lieber nicht thematisieren würden. Weil Krieg Massenmord ist, feierte das Lied den Massenmord, und zwar im Namen des Christentums, das viele Christen mit Frieden assoziieren. Indem sie ein Lied über die vermeintliche Herrlichkeit des Krieges nahmen und es über das Böse von Mord, Vergewaltigung und Raub machten, versuchten diese Umschreiber, die Zuhörer zu zwingen, darüber nachzudenken, was Krieg wirklich ist. Indem sie einen sanftmütigen, lammfrommen Jesus, der berühmt dafür war, Fremde und Ausländer zu lieben, mit dem Hass und der Bigotterie des Krieges kombinierten, nutzten die Umdichter dieses Liedes die Satire, um anzumerken, dass man, wenn man Hymnen

auf den Krieg singt, Hymnen auf etwas Abscheuliches und Schreckliches singt. Indem wir dieses Lied in den folgenden Worten zitieren, unterstützen wir nicht die absurden und ekelhaften Dinge, die es sagt, sondern zählen darauf, dass Sie, der Leser, verstehen, was das Wort „Satire“ bedeutet und dass es ein mächtiges Werkzeug sein kann, um Unehrlichkeit und Heuchelei zu entlarven. Das Lied enthielt u. a. den folgenden Text: „Vorwärts, Christi Streiter! Klar ist Eure Pflicht; den Christennachbarn tötet, bevor er Euch ersticht. Von der Kanzel schallet schäumender Sermon, Gottes Ruf erlaubt Euch Raub und Schändung und Mord schon. Euer Tun geheiligt sei durch das Gotteslamm; wenn Ihr Gottes Geist liebt, mordet und sterbt stramm. Vorwärts, Christi Streiter! Schlagt alles kurz und klein! Gesegnet soll durch Jesus Euer Sprengstoff sein. Spaltet Schädel mit Schrapnell, düngt den Boden flott; wer nicht Eure Sprache spricht, der sei verflucht von Gott. Keine Tür lasst sicher sein, greift Euch Jungfern fein; mit Eurer Macht und heil'gem Recht soll'n sie Euer sein. Vorwärts, Christi Streiter! Mit Euren Füßen fromm trampelt auf der Freiheit gnadenlos herum. Lobt den Herrn, des Dollarbild narrt sein liebstes Volk! Fremdes Pack soll achten Deine goldstarrende Huld. Baut auf falsches Seelenheil, Despoten dient Euch an; über Euch wird's heißen: 'Gottverdammte Narr'n!' Im Verlauf von mehr als einem Jahrhundert, seit dieser Song geschrieben wurde, ist das Verständnis des satirischen Gehalts ein wenig verblasst, und natürlich nehmen Christen auch nicht mehr an Kriegen teil.

3. Januar *An diesem Tag im Jahr 1967 starb Jack Ruby, der verurteilte Mörder des mutmaßlichen Mörders von US-Präsident John F. Kennedy, Lee Harvey Oswald, in einem Gefängnis in Texas.* Ruby wurde für schuldig befunden, Oswald erschossen zu haben, zwei Tage, nachdem dieser Kennedy erschossen hatte, und zwar während sich Oswald in Polizeigewahrsam befand. Ruby wurde zum Tode verurteilt; gegen seine Verurteilung wurde jedoch Berufung eingelegt und ihm wurde eine neue Gerichtsverhandlung zugebilligt, obwohl die Schießerei vor den Augen von Polizeibeamten und fotografierenden Reportern stattgefunden hatte. Während das Datum für Rubys neue Verhandlung festgelegt wurde, starb er Berichten zufolge an einer Lungenembolie, die durch nicht diagnostizierten Lungenkrebs verursacht wurde. Den Aufzeichnungen zufolge, die erst im November 2017 von den National Archives freigegeben wurden, hatte Jack Ruby einem FBI-Informanten aufgetragen, an dem Tag, an dem Präsident John F. Kennedy ermordet wurde, „das Feuerwerk im Auge zu behalten“, und er hielt sich in dem Bereich auf, in dem sich das Attentat ereignete. Ruby leugnete dies während seiner Verhandlung und beharrte darauf, dass er aus Patriotismus gehandelt habe, als er Oswald ermordete. Der offizielle Bericht der Warren Commission von 1964 kam zu dem Schluss, dass weder Oswald noch Ruby Teil einer größeren Verschwörung zur Ermordung von Präsident Kennedy war. Trotz seiner scheinbar gesicherten Schlussfolgerungen hat der Bericht die Zweifel rund um das Ereignis nicht ausräumen können. 1978 kam das House Select Committee on Assassinations in einem vorläufigen Bericht zu dem Schluss, dass Kennedy „wahrscheinlich infolge einer Verschwörung ermordet wurde“, an der möglicherweise mehrere Schützen und das organisierte Verbrechen beteiligt waren. Die Erkenntnisse des Komitees, wie auch die der Warren Commission, werden nach wie vor angezweifelt. Die Ideen des jüngsten US-Präsidenten machten ihn zum populärsten und am heftigsten vermissten Präsidenten: "Step back from the shadow of war and seek out the way of peace" (Tretet vom Schatten des Krieges zurück und begebt Euch auf den Weg des Friedens), sagte er.

4. Januar *An diesem Tag im Jahr 1948 befreite sich die Nation Burma (auch als Myanmar bekannt) vom britischen Kolonialismus und wurde zu einer unabhängigen Republik.* Die Briten

hatten im 19. Jahrhundert drei Kriege gegen Burma geführt, von denen der dritte im Jahr 1886 Burma zu einer Provinz von Britisch-Indien machte. Rangun (Yangon) wurde die Hauptstadt und ein geschäftiger Hafen zwischen Kalkutta und Singapur. Mit den Briten kamen viele Inder und Chinesen, und massive kulturelle Veränderungen führten zu Kämpfen, Unruhen und Protesten. Die Herrschaft der Briten und ihre Weigerung, beim Betreten von Pagoden die Schuhe auszuziehen, führten buddhistische Mönche in den Widerstand. Die Universität von Rangun brachte Radikale hervor und ein junger Jurastudent, Aung San, rief sowohl die „Anti-Fascist People's Freedom League" (AFPFL, deutsch: Antifaschistische Freiheitsliga des Volkes) als auch die „People's Revolutionary Party" (PRP, deutsch: Revolutionäre Volkspartei) ins Leben. Es war San, neben anderen, dem es 1947 gelang, Burmas Unabhängigkeit von Großbritannien auszuhandeln und eine Vereinbarung mit nationalen ethnischen Gruppen zum Zweck eines vereinigten Burma zu treffen. San fiel einem Attentat zum Opfer, bevor die Unabhängigkeit kam. Sans jüngste Tochter Aung San Suu Kyi setzte seine Arbeit mit dem Ziel der Demokratie fort. 1962 übernahm das burmesische Militär die Regierung. Es tötete außerdem über 100 Studenten, die an einem friedlichen Protest an der Universität von Rangun teilnahmen. 1976 wurden 100 Studenten nach einem einfachen Sitzstreik festgenommen. Suu Kyi wurde unter Hausarrest gestellt, erhielt jedoch 1991 den Friedensnobelpreis. Obwohl das Militär eine starke Kraft in Myanmar bleibt, wurde Suu Kyi 2016 mit Unterstützung der Burmesischen Nationalen Liga für Demokratie zur Staatskanzlerin (oder Premierministerin) gewählt. Suu Kyi wurde weltweit dafür kritisiert, die Ermordung hunderter Männer, Frauen und Kinder der Ethnie der Rohingya durch das burmesische Militär übersehen oder geduldet zu haben.

5. Januar *An diesem Tag im Jahr 1968 wurde Antonin Novotny, der stalinistische Machthaber der Tschechoslowakei, als erster Sekretär von Alexander Dubcek abgelöst, der daran glaubte, dass der Sozialismus verwirklicht werden könne.* Dubcek befürwortete den Kommunismus, führte jedoch die Redefreiheit in Reformen zur Unterstützung von Gewerkschaften und Bürgerrechten ein. Diese Zeit ist als „Prager Frühling" bekannt. Die Sowjetunion marschierte daraufhin in die Tschechoslowakei ein; liberale Führungskräfte wurden nach Moskau gebracht und durch sowjetische Beamte ersetzt. Dubceks Reformen wurden rückgängig gemacht und Gustav Husak, der an seine Stelle trat, errichtete erneut ein autoritäres kommunistisches Regime. Dies führte zu massiven Protesten im ganzen Land. Radiosender, Zeitungen und Bücher, die während dieser Zeit veröffentlicht wurden, wie etwa „Das Gartenfest" und „Die Benachrichtigung" von Vaclav Havel, wurden verboten und Havel wurde fast vier Jahre lang inhaftiert. Tausende Schüler und Studenten veranstalteten einen friedlichen viertägigen Sitzstreik an Oberschulen und Hochschulen; die Fabriken schickten ihnen als Solidaritätsbekundung Essen. Dann geschahen einige brutale und entsetzliche Ereignisse. Im Januar 1969 setzte sich der Student Jan Palach auf dem Wenzelsplatz selbst in Brand, um gegen die Besetzung und den Entzug bürgerlicher Freiheiten zu protestieren. Sein Tod wurde zum Synonym für den Prager Frühling und seine Beisetzung wurde zu einer weiteren Protestdemonstration. Ein zweiter Student, Jan Zajíc, führte auf dem Platz die gleiche Handlung aus, während ein dritter, Evžen Plocek, in Jihlava starb. Während die kommunistischen Regierungen in ganz Osteuropa abgesetzt wurden, dauerten die Proteste in Prag bis Dezember 1989 an, als Husaks Regierung endlich nachgab. Dubcek wurde erneut zum Vorsitzenden des Parlaments ernannt und Vaclav Havel wurde Präsident der Tschechoslowakei. Um den Kommunismus in der Tschechoslowakei zu einem Ende zu bringen, oder der Prager „Sommer", bedurfte es mehr als zwanzig Jahre Protest.

6. Januar *An diesem Tag im Jahr 1941 hielt US-Präsident Franklin Delano Roosevelt eine Rede, die den Begriff der „vier Freiheiten“ vorstellte, wozu nach seinen Worten die Freiheit der Meinung und Rede, die Freiheit der Religion, die Freiheit von Furcht und die Freiheit von Not gehören.* Seine Rede zielte auf die Freiheit für die Bürger jedes Landes ab, doch haben die Bürger der Vereinigten Staaten und eines großen Teils der Welt in jedem der vier Bereiche immer noch zu kämpfen. Hier ein Teil der Worte, die Präsident Roosevelt an diesem Tag sprach: „In der Zukunft, die sicher zu machen wir uns bemühen, sehen wir einer Welt entgegen, die auf vier grundlegenden menschlichen Freiheiten gründet. Die erste ist die Freiheit der Meinung und der Rede — überall auf der Welt. Die zweite ist die Freiheit jedes Menschen, Gott auf seine Weise zu verehren — überall auf der Welt. Die dritte ist die Freiheit von Not — was, weltweit gesehen, wirtschaftliche Übereinkünfte bedeutet, die jeder Nation gesunde Friedensverhältnisse für ihre Einwohner sichern – überall auf der Welt. Die vierte ist die Freiheit von Furcht — was, weltweit gesehen, eine globale Verringerung der Rüstungsbestände auf einen derartigen Stand und auf derart gründliche Weise bedeutet, dass keine Nation in der Lage ist, einen Akt der physischen Aggression gegen einen Nachbarn zu begehen — überall auf der Welt... Für diese hohe Idee kann es kein anderes Ende geben als ihren Sieg.“ Heute schränkt die US-Regierung häufig Rechte aus dem 1. Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten ein. Umfragen haben festgestellt, dass eine Mehrheit außerhalb der USA die Vereinigten Staaten als die größte Bedrohung für den Frieden ansehen. Und die USA sind unter allen wohlhabenden Nationen führend im Hinblick auf Armut. Nach den vier Freiheiten muss nach wie vor gestrebt werden.

7. Januar *An diesem Tag im Jahr 1932 verkündete der US-Außenminister Henry Stimson die Stimson-Doktrin.* Die Vereinigten Staaten waren vom Völkerbund aufgefordert worden, sich zu den jüngsten japanischen Angriffen auf China zu positionieren. Mit Zustimmung des Präsidenten Herbert Hoover legte Stimson in dem, was auch Hoover-Stimson-Doktrin genannt wird, die US-amerikanische Ablehnung der aktuellen Kämpfe in der Mandschurei dar. Die Doktrin sagte aus, erstens, dass die Vereinigten Staaten keinerlei Abkommen anerkennen würden, das die Souveränität oder Unversehrtheit Chinas beeinträchtigt, und zweitens, dass sie keinerlei territoriale Veränderung anerkennen würde, die durch Waffengewalt herbeigeführt wurde. Das Statement basierte auf der Ächtung des Krieges durch den Kellogg-Briand-Pakt von 1928, der letzten Endes die Akzeptanz und Anerkennung von Eroberungen fast weltweit beendete. Die Vereinigten Staaten litten unter den Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges, da ihre Bürger mit einer an der Wall Street erzeugten Depression, zahlreichen Bankpleiten, massiver Arbeitslosigkeit und massivem Unmut gegen den Krieg zu kämpfen hatten. Die USA würden so bald nicht wieder in einen neuen Krieg ziehen und hatten es abgelehnt, den Völkerbund zu unterstützen. Die Stimson-Doktrin wurde seitdem als unwirksam beschrieben, aufgrund der Invasion der Japaner in Shanghai drei Wochen später und wegen der nachfolgenden Kriege in ganz Europa, an denen andere Länder beteiligt waren, die Rechtsgrundsätze ignorierten. Einige Historiker glauben, die Doktrin war eigennützig und sollte einfach nur den Handel während der Weltwirtschaftskrise offen halten und dabei die Neutralität aufrechterhalten. Andererseits gibt es Historiker und Rechtstheoretiker, die anerkennen, dass die Stimson-Doktrin durch die Einführung von Moral in die globale Politik maßgeblich an der Herausbildung einer neuen internationalen Sicht auf den Krieg und seine Folgen mitgewirkt hat.

8. Januar *An diesem Tag begann A.J. Muste (1885 – 1967), ein in den Niederlanden geborener*

Amerikaner, sein Leben. A.J. Muste war einer der führenden gewaltfreien sozialen Aktivisten seiner Zeit. Ausgehend von seiner Arbeit als Pfarrer in der niederländisch-reformierten Kirche wurde er Sozialist und Gewerkschaftsaktivist, und er war einer der Gründer und der erste Direktor des Brookwood Labor College von New York. 1936 verschrieb er sich dem Pazifismus und konzentrierte seine Energie auf den Kriegswiderstand, auf Bürgerrechte, bürgerliche Freiheiten und Abrüstung. Er arbeitete in einem breiten Spektrum von Organisationen, einschließlich des Fellowship of Reconciliation (deutsch: Versöhnungsbund), des Congress of Racial Equality (CORE, deutsch: Kongress für Rassengleichheit) und der War Resisters League (deutsch: Liga der Kriegsgegner), und war als Herausgeber des Magazins *Liberation* tätig. Er setzte seine Arbeit für den Frieden während des Krieges der USA in Vietnam fort; kurz vor seinem Tod reiste er mit einer Delegation von Geistlichen nach Nordvietnam und traf sich mit dem kommunistischen Anführer Ho Chi Minh. A.J. Muste wurde in der Bewegung für soziale Gerechtigkeit weithin respektiert und bewundert für seine Fähigkeit, mit Menschen jeden Alters und Hintergrunds in Beziehung zu treten, allen Standpunkten zuzuhören und darüber nachzudenken und Lücken zwischen unterschiedlichen politischen Sektoren zu überbrücken. Das A.J. Muste Memorial Institute wurde 1974 gegründet, um das Vermächtnis von A.J. Muste durch kontinuierliche Unterstützung der gewaltfreien Bewegung für sozialen Wandel am Leben zu erhalten. Das Institut veröffentlicht Broschüren und Bücher über Gewaltfreiheit, und vergibt Stipendien und Sponsorengelder an Basisgruppen in den USA und in der ganzen Welt bei seinem New Yorker „Friedens-Pentagon." In den Worten von Muste: „Es gibt keinen Weg zum Frieden. Der Frieden ist der Weg."

9. Januar *An diesem Tag im Jahr 1918 kämpften die USA ihre letzte Schlacht gegen die amerikanischen Ureinwohner in der Schlacht von Bear Valley.* Die Yaqui-Indianer wurden durch ihren langen Krieg mit Mexiko nach Norden getrieben und überquerten die Grenze in der Nähe einer Militärbasis in Arizona. Yaquis arbeiteten manchmal in US-amerikanischen Zitrushainen, kauften mit ihrem Lohn Waffen und brachten sie nach Mexiko zurück. An diesem schicksalhaften Tag fand die Armee eine kleine Gruppe. Es kam zu Gefechten, bis ein Yaqui begann, seine Arme kapitulierend über den Kopf zu heben. Zehn Yaquis wurden gefangen genommen und aufgefordert, sich mit den Händen über dem Kopf aufzustellen. Der Häuptling blieb aufrecht stehen, behielt jedoch seine Hände an der Hüfte. Als seine Hände gewaltsam erhoben wurden, war es offensichtlich, dass er nur versuchte, seinen Bauch zusammenzuhalten. Eine Kugel hatte Munition getroffen, welche er um die Hüfte gewickelt trug, dies führte zu einer Explosion, an deren Folgen er am nächsten Tag verstarb. Ein anderer Gefangener war ein elfjähriger Junge, dessen Gewehr so lang war wie er groß war. Dieser mutigen Gruppe war es zu verdanken, dass eine weitere, größere Gruppe entfliehen konnte. Die Gefangenen wurden dann zu Pferd nach Tucson zu einem Bundesgerichtsverfahren gebracht. Während des Ritts gelang es ihnen, die Soldaten mit ihrem Mut und ihrer Stärke zu beeindrucken. Bei der Verhandlung wies der Richter alle Anklagepunkte gegen den Elfjährigen ab und verurteilte die anderen acht zu lediglich 30 Tagen Gefängnis. Oberst Harold B. Wharfield schrieb: „Das Urteil war den Yaquis vorzuziehen, die sonst nach Mexiko deportiert würden und als Rebellen einer möglichen Hinrichtung entgegensähen."

10. Januar *An diesem Tag im Jahr 1920 wurde der Völkerbund gegründet.* Dies war die erste internationale Organisation, welche gegründet wurde, um den Weltfrieden aufrechtzuerhalten. Es war keine neue Idee. Gespräche nach den napoleonischen Kriegen führten letztendlich zu den

Genfer und Haager Konventionen. Im Jahr 1906 forderte Nobelpreisträger Theodore Roosevelt eine „Friedensgemeinschaft“. Am Ende des Ersten Weltkrieges wurden entsprechende Vorschläge von Briten, Franzosen und Amerikanern ausgearbeitet. Diese führten 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz zur Aushandlung und Annahme eines „Völkerbundkonvents“. Der Pakt, der sich auf kollektive Sicherheit, Abrüstung und die Beilegung internationaler Streitigkeiten durch Verhandlungen und Schlichtung konzentrierte, wurde dann in den Vertrag von Versailles aufgenommen. Das Bündnis wurde von einer Generalversammlung und einem Exekutivrat regiert (der nur Großmächten offen stand). Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war offensichtlich, dass das Bündnis gescheitert war. Warum? Regierungsführung: Beschlüsse erforderten einen einstimmigen Beschluss des Exekutivrats. Dadurch erhielten die Ratsmitglieder ein wirksames Vetorecht. Mitgliedschaft: Viele Nationen sind nie beigetreten. Es gab 42 Gründungsmitglieder und später bis zu 58 Mitglieder. Viele betrachteten sie als eine „Liga der Sieger.“ Deutschland war es nicht erlaubt, beizutreten. Kommunistische Regierungen waren nicht willkommen. Und ironischerweise sind die Vereinigten Staaten nie beigetreten. Präsident Woodrow Wilson, ein wichtiger Befürworter, konnte es nicht durch den Senat bringen. Die Unfähigkeit, Entscheidungen durchzusetzen: Das Bündnis war von den Siegern des Ersten Weltkriegs abhängig, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. Sie zögerten jedoch, dies zu tun. Kontroverse Zielsetzungen: Die Notwendigkeit einer bewaffneten Durchsetzung stand im Widerspruch zu den Abrüstungsbemühungen. 1946, nach nur 26 Jahren, wurde der Völkerbund durch die Vereinten Nationen ersetzt.

11. Januar *An diesem Tag im Jahr 2002 nahm das Gefangenenlager Guantanamo Bay in Kuba seinen Betrieb auf.* Ursprünglich als „Insel außerhalb des Gesetzes“ gedacht, wo Terrorismusverdächtige ohne Prozess inhaftiert und ungehindert verhört werden könnten, sind die Gefängnis- und Militärkommissionen in Guantánamo Bay ein katastrophales Versagen. Guantánamo ist zu einem Symbol für Ungerechtigkeit, Missbrauch und Missachtung des Gesetzes geworden. Seit der Eröffnung des Gefangenenlagers sind fast 800 Männer in seinen Zellen gewesen. Zusätzlich zur unrechtmäßigen Inhaftierung sind viele von ihnen Folter und anderer brutaler Behandlung ausgesetzt gewesen. Die meisten von ihnen wurden ohne Anklage oder Gerichtsverfahren festgehalten. Viele Gefangene werden seit Jahren, nachdem sie vom US-Militär zur Freilassung freigegeben wurden, in einem derartigen Morast festgehalten, dass kein Teil der Regierung bereit war, einzugreifen, um die Verletzung ihrer Rechte zu beenden. Guantánamo war ein Schandfleck für den Ruf und die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ein Rekrutierungsinstrument für Gruppen wie ISIS, die ihre eigenen Gefangenen in GITMO-Orange gekleidet haben. Der US-Präsident und seine Behörden haben seit Jahren die Macht gehabt, die unbefristete Haft zu beenden und Guantánamo zu schließen, diese jedoch nie genutzt. Die korrekte Schließung von Guantánamo erfordert die Beendigung von unbefristeter Haft ohne Anklage oder Prozess, die Überstellung von Gefangenen, die zur Überstellung freigegeben wurden, und die Verurteilung von Gefangenen, für die es Beweise für Fehlverhalten gibt, vor Bundesstrafgerichten in den Vereinigten Staaten. US-Bundesgerichte bearbeiten routinemäßig hochkarätige Terrorismusfälle. Wenn ein Staatsanwalt kein Verfahren gegen einen Gefangenen einleiten kann, gibt es keinen Grund, diese Person weiterhin inhaftiert zu lassen, weder in Guantánamo noch in den Vereinigten Staaten.

12. Januar *An diesem Tag im Jahr 1970 kapitulierte Biafra, die abtrünnige Region im Südosten Nigerias, vor der Bundesarmee und beendete damit den nigerianischen Bürgerkrieg.* Nigeria,

eine ehemalige britische Kolonie, wurde 1960 unabhängig. Dieser blutige und spaltende Krieg war das Ergebnis einer Unabhängigkeit, die in erster Linie auf die Interessen der Kolonialmacht ausgerichtet war. Nigeria war eine uneinheitliche Sammlung unabhängiger Staaten. Während der Kolonialzeit wurde es als zwei Regionen verwaltet, die nördliche und die südliche. Um die Verwaltung zu erleichtern und die Kontrolle über die Ressourcen effektiver zu gestalten, wurden 1914 Nord und Süd zusammengelegt. Nigeria hat drei vorherrschende Gruppen: die Igbo im Südosten, die Hausa-Fulani im Norden und die Yoruba im Südwesten. Bei der Unabhängigkeit kam der Premierminister aus dem Norden, der bevölkerungsreichsten Region. Regionale Unterschiede erschwerten das Erreichen der nationalen Einheit. Die Spannungen nahmen während der Wahlen von 1964 zu. Inmitten weit verbreiteter Betrugsvorwürfe wurde der Amtsinhaber wiedergewählt. 1966 versuchten Nachwuchsoffiziere einen Putschversuch. Aguiyi-Ironsi, Oberhaupt der nigerianischen Armee und ein Igbo, unterdrückte sie und wurde Staatsoberhaupt. Sechs Monate später inszenierten Offiziere aus dem Norden einen Gegenputsch. Yakubu Gowon, ein Nordstaatler, wurde Staatsoberhaupt. Dieses führte zu Pogromen im Norden. Bis zu 100.000 Igbo wurden getötet und eine Million flohen. Am 30. Mai 1967 erklärten die Igbo die Region Südosten zur Unabhängigen Republik Biafra. Die Militärregierung zog in den Krieg, um das Land wieder zu vereinigen. Das erste Ziel war es, Port Harcourt einzunehmen und die Kontrolle über die Ölfelder zu erlangen. Die darauffolgenden Blockaden führten zu extremer Hungersnot und zum Hungertod von 2 Millionen biafranischen Zivilisten. Fünfzig Jahre später stehen der Krieg und seine Folgen im Mittelpunkt heftiger Debatten.

13. Januar *An diesem Tag im Jahr 1991 griffen sowjetische Spezialeinheiten einen litauischen Fernseh- und Funkturm an. 14 Menschen starben und über 500 wurden verletzt. Panzer fuhren durch Gruppen unbewaffneter Zivilisten, die den Turm im Namen der Litauischen Sendefreiheit beschützten.* Der Oberste Rat Litauens richtete einen sofortigen Appell an die Welt, anzuerkennen, dass die Sowjetunion ihren souveränen Staat angegriffen habe und dass die Litauer entschlossen seien, ihre Unabhängigkeit unter allen Umständen zu bewahren. Litauen hatte 1990 seine Unabhängigkeit erklärt. Das litauische Parlament verabschiedete rasch ein Gesetz, das die Organisation einer Exilregierung für den Fall vorsah, dass der Rat durch eine sowjetische Militärintervention funktionsunfähig gemacht werden sollte. Russlands Staatsoberhaupt Boris Yeltsin dementierte, irgendetwas mit den Angriffen zu tun zu haben, und wendete sich an die russischen Soldaten mit der Erklärung, dass es sich um rechtswidrige Aktionen handele und sie doch an ihre eigenen Familien denken sollten, die sie zuhause zurückgelassen hatten. Obwohl er und Michail Gorbatschow jede Beteiligung leugneten, gingen die sowjetischen Angriffe und Tötungen weiter. Eine litauische Menschenmasse versuchte den Fernseh- und Funkturm zu schützen. Sowjetische Panzer rückten vor und schossen in die Menge. Sowjetische Truppen nahmen den Funkturm ein und schalteten die TV-Live-Übertragung aus. Doch ein kleinerer Fernsehsender begann, in mehreren Sprachen zu senden, um die Welt darüber zu informieren. Eine riesige Menschenmenge versammelte sich, um das Gebäude des Obersten Rates zu schützen, woraufhin sich die sowjetischen Truppen zurückzogen. Es folgte internationale Empörung. Im Februar wählten die Litauer mit überwältigender Mehrheit für ihre Unabhängigkeit. Als Litauen seine Unabhängigkeit erlangte, wurde deutlich, dass militärische Invasionen auf eine Welt mit zunehmender Kommunikationsfreiheit nicht vorbereitet waren.

14. Januar *An diesem Tag im Jahr 1892 wurde Martin Niemöller geboren.* Er starb 1984. Dieser

prominente protestantische Pfarrer, der sich als entschiedener Gegner Adolf Hitlers profilierte, verbrachte die letzten sieben Jahre der Nazi-Herrschaft in Konzentrationslagern, trotz seines leidenschaftlichen Nationalismus. Am besten bekannt ist Niemöller heute vielleicht für seinen Ausspruch: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Niemöller aus der deutschen Marine entlassen. Er beschloss, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten und ein Priesterseminar zu besuchen. Niemöller wurde als charismatischer Prediger bekannt. Trotz Warnungen der Polizei predigte er weiterhin gegen die Versuche des Staates, sich in Kirchenangelegenheiten einzumischen, und gegen das, was er als das von den Nazis geförderte Neuheidentum ansah. In der Folge wurde Niemöller zwischen 1934 und 1937 wiederholt verhaftet und in Einzelhaft gehalten. Niemöller wurde im Ausland zum Sympathieträger. Er hielt die Eröffnungsrede auf der Tagung des Bundesrates der Kirchen in den Vereinigten Staaten im Jahre 1946 und unternahm ausgedehnte Reisen, um über die deutschen Erfahrungen unter dem Nationalsozialismus zu sprechen. Mitte der 1950er Jahren arbeitete Niemöller mit mehreren internationalen Gruppen, unter anderem dem Ökumenischen Rat der Kirchen, für den internationalen Frieden. Niemöllers deutscher Nationalismus kam nie ins Wanken, als er gegen die Teilung Deutschlands wetterte und erklärte, dass er die Wiedervereinigung vorziehe, selbst wenn sie unter dem Kommunismus stattfände.

15. Januar *An diesem Tag im Jahr 1929 wurde Martin Luther King, Jr. geboren.* Sein Leben endete abrupt und tragisch am 4. April 1968, als er in Memphis, Tennessee ermordet wurde. Dr. King ist der einzige Nicht-Präsident, dem zu seinen Ehren in den USA ein landesweiter Feiertag und ein wichtiges Denkmal in Washington D. C. gewidmet sind. Seine Rede *„I Have a Dream“*, *seine Vorlesung anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises,* und sein *„Letter from a Birmingham Jail“* zählen zu den am meisten verehrtesten Reden und Schriften in englischer Sprache. Dr. King, der sich sowohl von seinem christlichen Glauben als auch von den Lehren Mahatma Gandhis inspirieren ließ, führte in den späten 1950er und 1960er Jahren eine Bewegung an, um rechtliche Gleichstellung von Afroamerikanern in den Vereinigten Staaten zu erreichen. In den weniger als 13 Jahren, in denen er die moderne amerikanische Bürgerrechtsbewegung von Dezember 1955 bis zum 4. April 1968 anführte, erreichten Amerikaner mehr konkrete Fortschritte auf dem Weg zur Rassengleichheit in Amerika als in den gesamten 350 Jahren zuvor. Dr. King gilt als einer der bedeutendsten gewaltlosen Anführer der Weltgeschichte. Während andere sich für die Freiheit ‚mit allen Mitteln‘ einsetzten, konnte Martin Luther King Jr. durch die Macht seiner Worte und gewaltlosen Widerstand wie z. B. Protesten, Basisorganisation und zivilem Ungehorsam scheinbar unmögliche Ziele erreichen. Später leitete er ähnliche Kampagnen gegen Armut und internationale Konflikte, wobei er stets an seinen Prinzipien der Gewaltfreiheit festhielt. Sein Widerstand gegen den Vietnamkrieg und sein Eintreten gegen Rassismus, Militarismus und extremem Materialismus beflügelt weiterhin Friedens- und Gerechtigkeitsaktivisten, die eine größere Koalition für eine bessere Welt anstreben.

16. Januar *An diesem Tag im Jahr 1968 gründeten Abbie Hoffman und Jerry Rubin die Youth International Party (die Yippies), nur einen Tag bevor Präsident Lyndon Baines Johnson seine Rede zur Lage der Nation hielt, in der er behauptete, die USA wären dabei, den Krieg im*

Vietnam zu gewinnen. Die Yippies gehörten zur weit verbreiteten Antikriegsbewegung der 1960er und 70er Jahre, die aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangen war. Hoffman und Rubin nahmen beide am Antikriegsmarsch auf das Pentagon in Washington im Oktober 1967 teil, den Jerry Rubin den „Dreh- und Angelpunkt der Yippie-Politik“ bezeichnete. In ihrer Antikriegs- und antikapitalistischer Arbeit bedienten sich Hoffman und Rubin eines „Yippie-Stils“, zusammen mit Musikern wie ‚Country Joe and the Fish‘, und Dichtern/Schriftstellern wie Allen Ginsberg, der Hoffmans Gefühle über diese turbulenten Zeiten wie folgt zitierte: „[Hoffman] sagte, Politik sei zu Theater und Magie geworden, im Grunde sei es die Manipulation von Bildern durch die Massenmedien, die die Menschen in den USA verwirrt und hypnotisiert und sie dazu gebracht habe, einen Krieg zu akzeptieren, an den sie eigentlich nicht glaubten.“ Zu den zahlreichen Demonstrationen und Protesten der Yippies gehörte auch eine auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten im Jahr 1968, wo sie zusätzliche Verstärkung von den Black Panthers, den Students for a Democratic Society (SDS) und dem National Mobilization Committee to End the War in Vietnam (the MOBE) bekamen. Ihr theatralisches „Festival of Life“ im Lincoln Park, einschließlich der Nominierung eines Schweines namens Pigasus als ihren Präsidentschaftskandidat, führte zur Verhaftung und zum Prozess gegen Hoffmann, Rubin und Mitglieder der anderen Gruppen. Die Anhänger der Yippies setzten ihre politischen Protesten fort und eröffneten ein Yippie-Museum in New York City.

17. Januar *An diesem Tag im Jahr 1893 stürzten US-amerikanische Profiteure, Unternehmer und Marinesoldaten das Königreich Hawaii in Oahu und leiteten damit eine lange Reihe von gewaltsamen und katastrophalen Regierungsumstürzen auf der ganzen Welt ein.* Die Königin Hawaiis, Lili'uokalani, antwortete mit folgender Erklärung an Präsident Benjamin Harrison: „Durch die Gnade Gottes, und gemäß der Verfassung des Königreichs Hawaii, protestiert die Königin hiermit feierlich gegen alle Handlungen, die gegen mich und die verfassungsmäßige Regierung des Königreichs Hawaii von bestimmter Personen begangen wurden, die behaupten, eine provisorische Regierung von und für dieses Königreich eingesetzt zu haben... Um einen gewaltsamen Konflikt und möglicherweise den Verlust von Menschenleben zu vermeiden, tue ich dies unter Protest, und unter dem Zwang dieser Gewalt gebe ich meine Herrschaft auf, bis die Regierung der Vereinigten Staaten anhand vorgelegter Fakten die Maßnahmen seines Stellvertreters rückgängig machen und mich als verfassungsmäßigen Souverän der hawaiianischen Inseln wiedereinsetzen.“ James H. Blount wurde zum Sonderbeauftragten ernannt, um die Übernahme zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten. Blount kam zu dem Schluss, dass die Vereinigten Staaten direkt für den illegalen Sturz der hawaiianischen Regierung verantwortlich seien und dass die Handlungen der US-Regierung nicht nur gegen internationales Recht, sondern auch gegen die Gebietshoheit Hawaiis verstoßen hätten. Auf den Tag genau einhundert Jahre später im Jahr 1993 fand auf Hawaii eine Großdemonstration gegen die US-Besatzung statt. Die USA entschuldigten sich daraufhin und räumten ein, dass die Hawaiianer „niemals freiwillig ihre Ansprüche … auf ihre ureigene Souveränität aufgegeben haben.“ Die Ureinwohner von Hawaii setzen sich weiterhin für die Liberalisierung Hawaiis von den Vereinigten Staaten und vom US-Militär ein.

18. Januar *An diesem Tag im Jahr 2001 wurden zwei Mitglieder der direkten Aktionsgruppe, Trident Ploughshares, freigesprochen, nachdem sie angeklagt wurden, die britische* HMS Vengeance*, die ein Viertel des britischen Atomwaffenarsenal geladen hatte, beschädigt zu haben.* Sylvia Boyes, 57, aus West Yorkshire, und River, früher Keith Wright, 45, aus

Manchester, gaben zu, die *HMS Vengeance* mit Hämmern und Äxten an einem Dock in Barrow-in-Furness, Cumbria, im November 1999 angegriffen zu haben. Die beiden bestritten jedoch jegliches Vergehen und behaupteten, ihre Handlungen seien gerechtfertigt, weil Atomwaffen völkerrechtswidrig seien. Weitere Auseinandersetzungen um das Vertrauen von Politikern in ein Atomwaffenarsenal führten zu dem Zugeständnis des Gerichts, dass sich die Zivilbevölkerung frustriert und zum Handeln verpflichtet fühlt. Eine Sprecherin von Trident Ploughshares fügte hinzu: „Endlich wurde ein Präzedenzfall geschaffen, nach dem die Engländer ihrem Gewissen folgen und Trident für illegal erklären können." Zu früheren Aktionen in Großbritannien, die zu den Freisprüchen von Trident Ploughshares führten, gehörten Anklagen, die 1996 erhoben wurden, als eine Jury am Liverpooler Crown Court zwei Frauen freisprach, die angeklagt waren, einen Hawk-Kampfjet in einer Fabrik der British Aerospace erheblich beschädigt zu haben. 1999 befand ein Richter in Greenock, Strathclyde, drei Frauen für unschuldig, die die Computer eines Trident-U-Boots in einer Marineeinrichting auf Loch Goil beschädigt hatten. Und im Jahr 2000 wurden in Manchester zwei Frauen freigesprochen, die beschuldigt worden waren, Antikriegsparolen auf ein Atom-U-Boot gesprüht zu haben, obwohl die Anklage später auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens drängte. Aufgrund mangelnder Bereitschaft der Regierungen sich für internationalen Frieden einzusetzen, machen sich immer mehr Zivilisten Sorgen um einen Atomkrieg und zeigen wenig Vertrauen in ihre Regierungen, die Gefahr zu verringern.

19. Januar *An diesem Tag im Jahr 1920 behauptete sich angesichts der ungeheuerlichen Verletzungen der bürgerlichen Freiheitsrechte eine kleine Gruppe, und die American Civil Liberties Union (ACLU) war geboren.* Nach dem Ersten Weltkrieg befürchtete man, dass die kommunistische Revolution in Russland auf die Vereinigten Staaten übergreifen könnte. Wie so oft, wenn die Schwere der Angst keine vernünftige Diskussion zulässt, zahlten die bürgerlichen Freiheiten den Preis dafür. Im November 1919 und Januar 1920 lies Generalstaatsanwalt Mitchell Palmer bei den berüchtigten „Palmer-Razzien" sogenannte „Radikale" zusammentreiben und deportieren. Tausende von Menschen wurden ohne Haftbefehl und ohne Rücksicht auf den verfassungsmäßigen Schutz vor unrechtmäßiger Durchsuchung und Beschlagnahme verhaftet, brutal behandelt und unter schrecklichen Bedingungen festgehalten. Die ACLU hat diese Menschen unterstützt und im Laufe der Jahre ist aus dieser kleinen Gruppe eine der wichtigsten Bürgerrechtsgruppen geworden, die die in der US-Verfassung verankerten Rechte beschützt. Sie verteidigten 1925 Lehrer im *Scopes*-Fall, kämpften 1942 gegen die Internierung japanischer Amerikaner, schlossen sich 1954 der NAACP im Rechtsstreit um gleiche Bildung im Fall *Brown v. Board of Education* an und verteidigten Studenten, die aus Protest gegen die Wehrpflicht und den Vietnamkrieg verhaftet wurden. Sie kämpfen weiterhin für Reproduktionsrechte, Redefreiheit, Gleichberechtigung, Privatsphäre und Neutralität im Internet. Weiterhin stehen sie an der Spitze des Kampfes zur Beendigung von Folter und Forderung nach Rechenschaftspflicht für alle, die stillschweigend darüber hinwegsehen. Seit fast 100 Jahren setzt sich die ACLU für die Verteidigung und den Schutz individueller Rechte und Freiheiten ein, die in den Verfassungsgesetzen der Vereinigten Staaten garantiert werden. Die ACLU war an mehr Fällen des Obersten Gerichtshof beteiligt, als alle anderen Organisationen und ist die größte Anwaltskanzlei des öffentlichen Interesses.

20. Januar *An diesem Tag im Jahre 1987 wurde der Friedensaktivist und Wohltäter Terry Waite, Sonderbeauftragter des Erzbischofs von Canterbury, im Libanon in Geiselhaft genommen.* Er war dort, um über die Freilassung westlicher Geiseln zu verhandeln. Waite hatte eine

beeindruckende Bilanz. 1980 konnte er erfolgreich die Freilassung von Geiseln im Iran vermitteln. 1984 konnte er erfolgreich die Freilassung von Geiseln in Libyen vermitteln. 1987 war er weniger erfolgreich. Bei den Verhandlungen wurde er selbst als Geisel genommen. Am 18. November 1991, knapp fünf Jahre später, wurden er und andere Geiseln freigelassen. Waite hatte sehr gelitten und wurde zu Hause als Held gefeiert. Doch seine Aktionen im Libanon waren vielleicht nicht das, was sie zu sein schienen. Wie sich später herausstellte, traf er sich vor seiner Abreise in den Libanon mit U.S. Lt. Colonel Oliver North. North wollte die Contras in Nicaragua finanzieren. Der U.S. Kongress hatte es ihm verboten. Iran wollte Waffen, unterlag aber einem Waffenembargo. North organisierte die Lieferung von Waffen an den Iran im Tausch gegen Geld an die Kontras. Aber North brauchte Rückendeckung. Und die Iraner brauchten Absicherung. Die Geiseln würden so lange festgehalten, bis die Waffen geliefert waren. Und Terry Waite würde als der Mann dargestellt, der ihre Freilassung verhandelt hatte. Niemand würde das versteckte Waffengeschäft bemerken. Ob Terry Waite wusste, dass er ausgenutzt wurde, ist unklar. North jedoch wusste es sicherlich. Ein Enthüllungsjournalist berichtete, ein Beamter des nationalen Sicherheitsrats habe zugegeben, dass North „Terry Waite wie einen Agenten führte“. Dieses warnende Beispiel zeigt, wie wichtig es selbst für Menschen mit den besten Voraussetzungen und den besten Absichten ist, sich vor bewusster oder unbewusster Kooption zu schützen.

21. Januar *An diesem Tag im Jahre 1977 begnadigte U.S. Präsident Jimmy Carter alle Wehrdienstverweigerer des Vietnamkriegs.* Die Vereinigten Staaten beschuldigten 209.517 Männer, gegen die Einberufungsgesetze verstoßen zu haben und weitere 360.000 wurden nie offiziell angeklagt. Die fünf Präsidenten vor ihm hatten die Aufsicht darüber, was die Amerikaner den Vietnamkrieg und die Vietnamesen den amerikanischen Krieg nennen. Zwei dieser Präsidenten wurden auf der Grundlage von Versprechen gewählt, den Krieg zu beenden, Versprechen, die sie jedoch nicht hielten. Carter hatte versprochen, die Männer bedingungslos zu begnadigen, die sich der Einberufung entzogen hatten, indem sie aus dem Land flohen oder sich nicht registrieren ließen. Er hielt dieses Versprechen umgehend ein. Carter dehnte diese Begnadigung nicht auf Mitglieder des US-Militärs aus, die desertierten und ebenso wenig auf Protestanten, die angeblich Gewalt eingesetzt hatten. Etwa 90 % derer, die die Vereinigten Staaten verließen, um der Einberufung zu entgehen, gingen nach Kanada, ebenso wie viele Deserteure. Die kanadische Regierung ermöglichte dies, wie sie schon früher den Menschen die Flucht vor der Sklaverei über ihre Grenze ermöglicht hatte. Rund 50.000 Wehrdienstverweigerer ließen sich dauerhaft in Kanada nieder. Während der Wehrdienst 1973 endete, führte Präsident Carter 1980 die Vorschrift wieder ein, dass sich jeder männliche 18-Jährige für eine zukünftige Einberufung registrieren lassen muss. Heutzutage sehen einige es als Diskriminierung *von Frauen* an, dass dies nur für Männer gilt, während andere die Wehrdienstregistrierung für Männer als ein barbarisches Überbleibsel der Vergangenheit betrachten. Während es keine Einberufung gab, sind im 21. Jahrhundert Tausende vom US-Militär desertiert.

22. Januar *An diesem Tag im Jahr 2006 wurde Evo Morales als Präsident Boliviens vereidigt.* Er war Boliviens erster indigener Präsident. Als junger Kokabauer beteiligte Morales sich aktiv an den Protesten gegen den Drogenkrieg und unterstützte die Rechte der Ureinwohner auf die Bewirtschaftung und die Fortsetzung der in den Hochanden traditionellen Verwendung des Kokablattes. Im Jahr 1978 trat er in die Gewerkschaft der Landarbeiter ein und stieg dann zur Prominenz auf. Im Jahr 1989 sprach er auf einer Veranstaltung in Erinnerung an das Massaker an

11 Kokabauern durch Agenten der Mobilen Patrouillen des Ländlichen Raums (UMOPAR). Am nächsten Tag verprügelten Agenten Morales und ließen ihn in den Bergen zurück, um ihn dort sterben zu lassen. Aber er wurde gerettet and lebte. Das war ein Wendepunkt für Morales. Er überlegte, eine Miliz zu bilden und einen Guerillakrieg gegen die Regierung zu beginnen. Am Ende entschied er sich jedoch für Gewaltlosigkeit. Er begann mit der Entwicklung eines politischen Flügels der Gewerkschaft. Im Jahr 1995 war er Vorsitzender der Bewegung zum Sozialismus (MAS) und wurde in den Kongress gewählt. Im Jahr 2006 wurde er Präsident Boliviens. Seine Verwaltung konzentrierte sich auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung von Armut und Analphabetismus, zur Erhaltung der Umwelt, zur Indigenisierung der Regierung (Bolivien hat eine mehrheitlich indigene Bevölkerung) und zur Bekämpfung des Einflusses der Vereinigten Staaten und multinationaler Unternehmen. Am 28. April 2008 appellierte er an das Ständige Forum für Indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen und schlug 10 Gebote zur Rettung des Planeten vor. In seinem zweiten Gebot heißt es: „Denunziert und BEENDET den Krieg, der nur Imperien, Transnationalen und einigen Familien Gewinne bringt, aber nicht den Völkern..."

23. Januar *An diesem Tag im Jahr 1974 begannen Ägypten und Israel einen Rückzug der Streitkräfte, der den bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Ländern im Jom-Kippur-Krieg effektiv beendete.* Der Krieg hatte am 6. Oktober des vorhergehenden Jahres, am jüdischen Feiertag von Jom Kippur, begonnen, als ägyptische und syrische Streitkräfte einen koordinierten Angriff auf Israel starteten, in der Hoffnung, das im Arabisch-Israelischen Krieg von 1967 verlorene Territorium zurückzugewinnen. Der Rückzug der israelischen und ägyptischen Streitkräfte war durch das Truppenentflechtungsabkommen (Sinai I) angeordnet worden, das von den beiden Ländern fünf Tage zuvor, am 18. Januar 1974, unter der Schirmherrschaft der von den Vereinten Nationen gesponserten Genfer Nahostkonferenz von 1973 unterzeichnet worden war. Es forderte Israel auf, sich aus Gebieten westlich des Suezkanals zurückzuziehen, die es seit einem Waffenstillstand im Oktober 1973 besetzt hatte, und sich auch einige Meilen an der Sinai-Front östlich des Kanals zurückzuziehen, damit eine von den Vereinten Nationen kontrollierte Pufferzone zwischen den feindlichen Kräften eingerichtet werden konnte. Das Abkommen überließ Israel dennoch die Kontrolle über den Rest der Sinai-Halbinsel, und ein voller Frieden war noch nicht erreicht. Ein Besuch des ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat in Jerusalem im November 1977 führte im folgenden Jahr zu ernsthaften Verhandlungen in Camp David in den USA. Dort erzielten Sadat und der israelische Premierminister Menachem Begin mit maßgeblicher Hilfe von Präsident Jimmy Carter ein Übereinkommen, laut dessen der gesamte Sinai an Ägypten zurückgehen und diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgenommen werden sollten. Das Abkommen wurde am 26. März 1979 unterzeichnet, und am 25. April 1982 gab Israel den letzten besetzten Teil des Sinai an Ägypten zurück.

24. Januar *An diesem Tag im Jahr 1961 fielen zwei Wasserstoffbomben auf North Carolina, als ein B-52G-Jet mit einer achtköpfigen Besatzung mitten in der Luft explodierte.* Das Flugzeug war Teil der Flotte des Strategischen Luftkommandos (Strategic Air Command), die während des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion gegründet wurde. Der Jet, einer von einem Dutzend, war Teil eines Routinefluges über die Atlantikküste, als er plötzlich Treibstoffdruck verlor. Die Besatzung versuchte auf der Seymour Johnson Air Force Base in Goldsboro, North Carolina, zu landen, bevor die Explosion dazu führte, dass fünf das Flugzeug mit dem Fallschirm verließen. Vier von ihnen überlebten und zwei andere starben im Flugzeug. Bei der Explosion lösten sich

zwei thermonukleare MK39-Bomben, von denen jede die 500-fache Stärke der auf Hiroshima, in Japan, abgeworfenen Bomben hatte. Erste Berichte des Militärs behaupteten, dass die Bomben geborgen, unbewaffnet und das Gebiet sicher seien. Tatsächlich landete eine Bombe mit dem Fallschirm und man entdeckte später, dass von vier oder sechs erforderlichen Sicherheitsmechanismen nur ein Schalter die Detonation verhindert hatte. Die andere Bombe war glücklicherweise nicht vollständig scharf, aber sie fiel ohne Fallschirm herunter und brach beim Aufprall teilweise auseinander. Der Großteil der Bombe steckt bis heute tief unter der Erde im Sumpf, wo sie landete. Nur zwei Monate später stürzte ein weiterer B-52G-Jet in der Nähe von Denton, North Carolina, ab. Zwei seiner acht Besatzungsmitglieder überlebten. Das Feuer war für 50 Meilen sichtbar. Fenster wurden im Umkreis von 10 Meilen aus Gebäuden gesprengt. Das Militär sagte, dass das Flugzeug keine Atombomben geladen habe, aber natürlich hatte es das auch über das Flugzeug über Goldsboro gesagt.

25. Januar *An diesem Tag im Jahr 1995 überreichte ein Berater dem russischen Präsidenten Boris Jelzin eine Aktentasche.* Darin zeigte ein elektronischer Datenbildschirm an, dass eine Rakete, die nur vier Minuten zuvor in der Nähe der norwegischen See abgefeuert worden war, in Richtung Moskau zu fliegen schien. Zusätzliche Daten deuteten darauf hin, dass die Rakete eine Mittelstreckenwaffe war, die von NATO-Streitkräften in ganz Westeuropa eingesetzt wurde, und dass ihre Flugbahn mit der übereinstimmte, die bei Abschuss von einem amerikanischen U-Boot aus zu erwarten war. Es lag in der Verantwortung von Jelzin, innerhalb von weniger als sechs Minuten zu entscheiden, ob ein sofortiger Vergeltungsschlag von nuklear bestückten Raketen ausgelöst werden sollte, die Ziele auf der ganzen Welt treffen konnten. Er brauchte lediglich eine Reihe von Tasten unter dem Datenbildschirm zu drücken. Glücklicherweise wurde jedoch aufgrund von Informationen der Hotline des russischen Generalstabs, der über einen eigenen Atomkoffer („Nuclear Football“) verfügte, schnell klar, dass die Flugbahn der erkannten Rakete sie nicht auf russisches Territorium bringen würde. Es gab keine Bedrohung. Was tatsächlich gestartet worden war, war eine Wetterrakete aus Norwegen, die die Aurora Borealis untersuchen sollte. Norwegen hatte die Länder im Vorfeld der Mission benachrichtigt, aber im Fall von Russland hatten die Informationen nicht die richtigen Beamten erreicht. Dieses Versagen dient immer noch als eines der vielen warnenden Beispiele der jüngeren Geschichte, wie leicht Fehlkommunikation, menschliches Versagen oder mechanische Fehlfunktionen zu einer unbeabsichtigten nuklearen Katastrophe führen können. Die beste Lösung für das Problem wäre natürlich die vollständige Abschaffung der Atomwaffen. In der Zwischenzeit scheint die von vielen Wissenschaftlern und Friedensaktivisten befürwortete Aufhebung der „hair-trigger“-Alarmbereitschaft für Atomwaffen-Arsenale ein rationaler Zwischenschritt zu sein.

26. Januar *An diesem Tag im Jahr 1992 kündigte der russische Präsident Boris Jelzin die Absicht seines Landes an, nicht mehr mit nuklear bestückten Interkontinentalraketen auf Städte der USA und ihrer Verbündeten zu zielen.* Die Erklärung ging Jelzins erster Reise als Präsident in die USA voraus, wo er sich in Camp David mit Präsident George H. W. Bush treffen sollte. In einer Pressekonferenz, die dort am 1. Februar abgehalten wurde, erklärten die beiden Staatsoberhäupter, dass ihre Länder am Beginn einer neuen Ära der „Freundschaft und Partnerschaft“ standen. Jedoch auf die Frage eines Reporters zu Jelzins Abrüstungsvorschlag ließ sich Präsident Bush nicht darauf festlegen, die USA zu einer Politik der Gegenseitigkeit zu verpflichten. Bush erklärte lediglich, dass Außenminister James Baker in den nächsten Wochen nach Moskau kommen werde, um mit Abrüstungsgesprächen zu beginnen. Die daraus folgenden

Gespräche, die diese neu verkündete Ära der amerikanisch-russischen Freundschaft widerspiegelten, erwiesen sich schnell als fruchtbar. Am 3. Januar 1993 unterzeichneten Bush und Jelzin ein zweites Abrüstungsabkommen START II („Strategic Arms Reduction Treaty“), das den Einsatz von landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) verbot. Der Vertrag wurde schließlich sowohl von den USA (1996) als auch von Russland (2000) ratifiziert, jedoch führte eine schnelle Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Russland dazu, dass der Vertrag nie rechtsgültig wurde. Das NATO-Bombardement 1999 unter Leitung der USA auf Russlands serbische Verbündete im Kosovo hatten Russlands Vertrauen in den guten Willen Amerikas erschüttert, und als die USA 2002 vom ABM-Vertrag zurücktraten, antwortete Russland mit seinem Rückzug aus START II. Damit war eine historische Chance einer umfassenden nuklearen Abrüstung vertan und heutzutage richten weiterhin beide Länder Atomwaffen auf die größten Bevölkerungszentren des jeweils anderen Landes.

27. Januar *An diesem Tag wurde im Jahr 1945 das größte Konzentrationslager Nazi-Deutschlands von der Roten Armee befreit und in der Folge wurde dieser Tag zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt.* Das griechische Wort Holocaust, das soviel wie „Brandopfer“ bedeutet, ist immer das Wort, das am meisten mit der Internierung von hunderttausenden Menschen in Todeslagern und ihrer massenhaften Ermordung in Gaskammern assoziiert wird. Als die Nazis 1933 in Deutschland die Macht übernahmen, lebten in den Ländern, die während des Zweiten Weltkriegs von Nazi-Deutschland besetzt oder erobert werden sollten, über neun Millionen Juden. Bis 1945 waren fast 6 Millionen Juden und 3 Millionen andere Menschen im Rahmen der „Endlösung“ durch die Nazis getötet worden. Obwohl die Juden als minderwertig und als die größte Bedrohung Deutschlands angesehen wurden, waren sie nicht die einzigen Opfer des Nazi-Rassismus. Innerhalb von zwölf Jahren wurden auch 200.000 Roma („Zigeuner“), 200.000 geistig oder körperlich behinderte Deutsche, sowjetische Kriegsgefangene und hunderttausende andere Menschen gefoltert und ermordet. Ursprünglich war der Plan der Nazis nicht, die Juden zu ermorden, sondern sie zu vertreiben. Jedoch weigerten sich die USA und die Westalliierten jahrelang, mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Das fürchterliche Verbrechen der Nazis an den Juden war nie Teil der westlichen Propaganda für den Krieg, sondern erst im Nachhinein, als der Krieg bereits beendet war. Der Krieg selbst forderte ein Vielfaches an Menschenleben als in den Konzentrationslagern ermordet wurden und es wurden keine diplomatischen oder militärischen Anstrengungen unternommen, die Schrecken der Nazis zu beenden. Deutschland ergab sich den Alliierten im Mai 1945 und die Menschen, die noch in den Konzentrationslagern lebten, wurden befreit.

28. Januar *An diesem Tag wurde im Jahr 1970 im Madison Square Garden in New York das Winter-Friedensfestival zur Einsammlung von Geldern für politische Kandidaten veranstaltet, die gegen den Vietnamkrieg auftraten.* Es war die erste Musikveranstaltung, die ausschließlich zur Beschaffung von Geldmitteln für Antikriegszwecke organisiert wurde. Das Winter-Friedensfestival wurde von Peter Yarrow von Peter Paul and Mary, Phil Friedmann, der an der Präsidentschaftskampagne zur Nominierung von Senator Eugene McCarthy mitgearbeitet hatte, und Sid Bernstein, dem legendären Musikpromoter, der zum ersten Mal die Beatles in die USA gebracht hatte, organisiert. Einige der berühmtesten Rock-, Jazz-, Blues- und Folksänger der Welt traten auf, einschließlich Blood Sweat and Tears, Peter Paul and Mary, Jimi Hendrix, Richie Havens, Harry Belefonte, Voices of East Harlem, the Rascals, Dave Brubeck, Paul

Desmond, Judy Collins sowie die ganze Besetzung von Hair. Peter Yarrow und Phil Friedmann konnten die Künstler überzeugen, die Gagen für ihre Auftritte zu spenden. Das war eine unglaubliche Leistung, wenn man dieses Festival mit Woodstock vergleicht, das nur wenige Monate davor veranstaltet wurde und wo viele derselben Sänger darauf bestanden hatten, ihre Gagen zu erhalten. Durch den Erfolg des Winter-Friedensfestivals veranstalteten Yarrow, Friedmann und Bernstein im selben Jahr auch das Sommer-Friedensfestival im Shea Stadium in New York. Dieses Sommerfestival fand am 6. August 1970 als Gedenkfeier zum 25. Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima statt und erinnerte an diesen ersten Einsatz einer Atomwaffe. Die Friedensfestivals machten deutlich, dass Musikveranstaltungen Bewusstsein und Engagement fördern und Gelder einbringen konnten, und wurden zum Vorbild für viele nachfolgende und erfolgreiche Benefizkonzerte, wie das Konzert für Bangladesch, Farm Aid und Live Aid.

29. Januar *An diesem Tag im Jahr 2014 erklärten sich 31 lateinamerikanische und karibische Länder gemeinsam zur Friedenszone.* Ihre Proklamation machte Lateinamerika und die Karibik zu einer Friedenszone, die sich als Grundlage auf die Achtung der Prinzipien und Regeln des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und anderer Verträge stützte. Sie erklärten ihr „dauerhaftes Bemühen für eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten und das Ziel, Drohungen oder den Einsatz von Gewalt aus unserer Region zu verbannen." Die Länder verpflichteten sich, „weder direkt noch indirekt in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen und die Prinzipien der nationalen Souveränität, der Rechtsgleichheit und der Selbstbestimmung der Völker zu beachten." Sie verkündeten die „Bemühungen der Völker Lateinamerikas und der Karibik, die Zusammenarbeit und freundschaftlichen Beziehungen untereinander und mit anderen Ländern zu fördern, ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme oder Entwicklungsniveaus, sowie Toleranz zu üben und als gute Nachbarn miteinander in Frieden zu leben." Die Länder verpflichteten sich, „das unveräußerliche Recht eines jeden Staates, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System zu wählen, vollständig zu respektieren als grundlegende Voraussetzung für die friedliche Koexistenz der Länder." Sie verpflichteten sich zur „Förderung einer Kultur des Friedens in der Region, die *unter anderem* auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen beruht." Sie bekräftigten auch die „Verpflichtung ihrer Länder, die nukleare Abrüstung weiterhin als vorrangiges Ziel zu fördern und mit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung beizutragen, das Vertrauen zwischen den Ländern zu stärken."

30. Januar *An diesem Tag wurde im Jahr 1948 Mohandas Gandhi, der Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung ermordet.* Durch den Erfolg seiner Philosophie des passiven Widerstands wird er heute als „Vater seiner Nation" angesehen und gilt weltweit als Urheber des gewaltfreien Aktivismus. Mohandas wurde auch „Mahatma" oder „die große Seele" genannt. Im Jahr 1964 wurde an diesem Tag zu seinem Gedenken in Spanien der „Schultag der Gewaltlosigkeit und des Friedens" (DENIP) eingeführt. Auch als Welt- oder Internationaler Tag der Gewaltlosigkeit und des Friedens bekannt, ist er eine bahnbrechende, nicht-staatliche, nicht-behördliche, nicht-offizielle, unabhängige, freie und freiwillige Initiative der gewaltfreien und beschwichtigenden Erziehung, die in Schulen auf der ganzen Welt praktiziert wird und an der Lehrer und Schüler aller Stufen und aus allen Ländern teilnehmen können. Der DENIP befürwortet die Förderung der Harmonie, Toleranz, Solidarität, Achtung der Menschenwürde, Gewaltlosigkeit und des Friedens durch ständige Weiterbildung. In Ländern, die sich nach einem Kalender der Südhemisphäre richten, fällt der Feiertag auf den 30. März. Seine Kernbotschaft

lautet „universelle Liebe, Gewaltlosigkeit und Frieden. Universelle Liebe ist besser als Gewalt und Frieden ist besser als Krieg.“ Die Vermittlung dieser Werte sollte auf Erfahrung gründen und kann in jedem Bildungszentrum frei nach eigenem Unterrichtsstil angewandt werden. Freunde des DENIP setzen sich für die Verbreitung der Grundsätze, die zur Errichtung des Feiertags geführt haben, ein, indem sie die Macht der universellen Liebe, Gewaltlosigkeit, Toleranz, Solidarität, Achtung der Menschenwürde und des Friedens trotz Gegensätze für den Einzelnen und in der Gesellschaft annehmen.

31. Januar *An diesem Tag im Jahr 2003 trafen sich US-Präsident George W. Bush und der britische Premierminister Tony Blair im Weißen Haus.* Präsident Bush brachte verschiedene wahnwitzige Ideen vor, um einen Krieg mit dem Irak zu beginnen. Eine davon war es, Erkennungszeichen der Vereinten Nationen an ein Flugzeug anzubringen und es zum Abschuss zu bringen. Bush sagte zu Blair: „Die USA erwägen es, ein U2-Erkundungsflugzeug mit Jagdschutz über den Irak zu fliegen, das in den Farben der VN bemalt wurde. Schießt Saddam auf sie, eröffnet er somit das Feuer“. Bush erklärte Blair, dass es „auch möglich ist, dass man einen Überläufer zutage bringt, der öffentlich über Saddams Massenvernichtungswaffen spricht. Es besteht auch die geringe Möglichkeit, dass ein Anschlag auf Saddam verübt wird“. Blair verpflichtete das Vereinigte Königreich, sich an Bushs Krieg mit dem Irak zu beteiligen. Er versuchte jedoch weiterhin, Bush dazu zu bewegen, die Zustimmung der Vereinten Nationen einzuholen. „Eine zweite Resolution des Sicherheitsrats“, erklärte Blair Bush, „wäre eine Absicherung gegen das Unerwartete und internationaler Schutz.“ Bush versicherte Blair, dass „die USA keine Mühe scheuen werden, um eine weitere Resolution zu erreichen, selbst wenn es bedeuten würde, dass sie „Druck ausüben“ oder sogar „drohen“ müssten.“ Bush sagte jedoch, dass wenn er scheitere, „Militäraktion dennoch folgen würde.“ Blair versprach Bush, er wäre „fest an der Seite des Präsidenten und ist gewillt, alles zu unternehmen, um Saddam zu entwaffnen.“ Eine der dümmeren Prognosen Blairs lautete, dass er „denkt, dass es unwahrscheinlich ist, dass es zu einem Vernichtungskrieg zwischen verschiedenen Religions- und Volksgruppen im Irak kommen wird.“ Anschließend hielten Bush und Blair eine Pressekonferenz ab, bei der sie behaupteten, sie würden alles in ihrer Macht stehende tun, um einen Krieg zu verhindern.

1. Februar *An diesem Tag im Jahr 1960 nahmen vier schwarze Studenten der North Carolina Agricultural and Technical State University Platz an der Imbisstheke in einem Woolworth-Geschäft in der 132 South Elm Street in Greensboro, North Carolina.* Ezell Blair Jr., David Richmond, Franklin McCain und Joseph McNeil, Studenten des North Carolina Agricultural and Technical College, planten eine Sitzblockade im Kaufhaus Woolworth. Diese vier Studenten wurden später als die Greensboro Four für ihren Mut und ihren Einsatz, die Rassentrennung zu beenden, bekannt. Die vier Studenten wollten Essen an der Imbisstheke bei Woolworth bestellen, wurden jedoch aufgrund ihrer Hautfarbe nicht bedient. Trotz des Urteils im Verfahren *Brown v. Board of Education* im Jahr 1954 war Rassentrennung im Süden allgegenwärtig. Die Greensboro Four blieben bis zum Ladenschluss an der Imbisstheke, obwohl sie nicht bedient wurden. Die jungen Männer suchten wiederholt die Imbisstheke bei Woolworth auf und ermutigten andere, sich ihnen anzuschließen. Bis zum 5. Februar schlossen sich 300 Studenten der Sitzblockade bei Woolworth an. Die Aktion der vier schwarzen Studenten bewegte andere Afroamerikaner, vor allem College-Studenten, in Greensboro und im gesamten Jim-Crow-Süden, an Sitzblockaden und anderen gewaltfreien Protesten teilzunehmen. Bis Ende März breitete sich die Sitzblockadenbewegung in 55 Städte in 13 Staaten aus, und das führte zur Integration vieler

Restaurants im gesamten Süden. Die Lehren Mohandas Gandhis inspirierten diese jungen Männer dazu, an gewaltfreien Protesten teilzunehmen, die verdeutlichten, dass selbst in einer Welt voller Gewalt und Unterdrückung, gewaltfreie Bewegungen spürbare Auswirkungen haben können.

2. Februar *An diesem Tag im Jahr 1779 weigerte sich Anthony Benezet, Steuern zur Unterstützung des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs zu zahlen.* Um den Unabhängigkeitskrieg führen und finanzieren zu können, erhob der Kontinentalkongress eine Kriegssteuer. Anthony Benezet, ein einflussreicher Quäker, weigerte sich, die Steuer zu zahlen, da sie zur Finanzierung des Kriegs beitrug. Benezet, gemeinsam mit anderen Quäkern wie Moses Brown und Samuel Allinson, war vehement gegen den Krieg in all seinen Ausprägungen, trotz drohender Gefängnisstrafe oder sogar Hinrichtung für die Weigerung, die Steuer zu zahlen.

Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 1932 begann die weltweit erste Abrüstungskonferenz in Genf in der Schweiz. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Völkerbund ins Leben gerufen, um den Weltfrieden aufrechtzuerhalten. Die Vereinigten Staaten entschieden sich jedoch gegen den Beitritt. In Genf bemühten sich der Völkerbund und die USA, den sich in ganz Europa rasant ausbreitenden Militarismus einzudämmen. Die meisten Mitglieder waren sich einig, dass Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, wie beispielsweise Frankreich oder England, über ein geringeres Maß an Rüstung verfügen sollte. Im Jahr 1933 zog sich jedoch Hitler-Deutschland aus dem Bund zurück und Verhandlungen kamen zum Erliegen.

Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 1990 hob der Südafrikanische Präsident, Frederik Willem de Klerk, das Verbot von Oppositionsgruppen auf. Der Afrikanische Kongress, oder ANC, wurde legalisiert und strebt seit 1994 als die regierende Mehrheitspartei in Südafrika nach einer vereinigten, nicht rassistischen und demokratischen Gesellschaft. Der ANC und sein einflussreichstes Mitglied, Nelson Mandela, spielten eine wesentliche Rolle bei der Abschaffung der Apartheid. Die Zulassung des ANC, sich an der Regierung zu beteiligen, trug zu mehr Demokratie in Südafrika bei.

3. Februar *An diesem Tag im Jahr 1973 endeten vier Jahrzehnte bewaffneter Konflikte in Vietnam mit einem Waffenstillstandsabkommen, das im Vormonat in Paris verabschiedet wurde.* Um das Ende der französischen Kolonialherrschaft herbeizurufen, wurde ein Krieg ausgelöst. Von dessen Beginn im Jahr 1945 an gab es in Vietnam nahezu ununterbrochene Auseinandersetzungen. Es kam zwischen der nördlichen und südlichen Region Vietnams sogar zu einem Bürgerkrieg, da das Land 1954 durch das Genfer Abkommen in zwei Teile gespalten wurde. Daraufhin wurden 1955 sogenannte amerikanische Militärberater ins Land eingeflogen. Aus einer Studie, die 2008 an der Harvard Medical School sowie am Institute for Health Metrics and Evaluation der University of Washington durchgeführt wurde, ging hervor, dass ungefähr 3,8 Millionen Menschen aufgrund des Krieges, der von den Vietnamesen als „Amerikanischer Krieg" bezeichnet wird, einen gewaltsamen Tod erlitten. Etwa zwei Drittel der Verstorbenen waren Zivilpersonen. Weitere Millionen von Menschen starben, als die Vereinigten Staaten den Krieg bis nach Laos und Kambodscha ausweiteten. Die Zahl der Verwundeten fiel aber deutlich höher aus als die der Verstorbenen. Laut südvietnamesischen Krankenhausakten sollen weibliche Zivilpersonen ein Drittel und Kinder unter 13 Jahren ein Viertel aller Verwundeten ausgemacht haben. Auf amerikanischer Seite wurden 58.000 Todesopfer, 153.303 Verwundete sowie 2.489 Vermisste verzeichnet, aber viele Veteranen würden im späteren Leben Suizid begehen. Laut dem US-Verteidigungsministerium wurden ungefähr 168 Milliarden Dollar (umgerechnet waren das 2016 ungefähr 1 Trillion Dollar) für den Vietnamkrieg ausgegeben, die stattdessen für den Ausbau von Bildungseinrichtungen oder die Einführung gesundheitsfördernder Programme wie Medicare und Medicaid hätten eingesetzt werden können. Vietnam stellte zwar keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar, doch die Regierung führte — wie nun aus Geheimakten des Pentagons hervorgeht — den Krieg weiter, um deren äußeren Schein der Welt gegenüber zu wahren.

4. Februar *An diesem Tag im Jahr 1913 wird Rosa Parks geboren*. Rosa Parks war eine afroamerikanische Bürgerrechtsaktivistin, die sich bekanntlich weigerte, ihren Sitzplatz im Bus für einen weißen Mann zu räumen. Rosa Parks, die als „First Lady der Bürgerrechte" bekannt ist, wurde aufgrund ihrer Bemühungen um Gleichberechtigung sowie ein Ende der Rassentrennung die Freiheitsmedaille des Präsidenten verliehen. Parks wurde in Tuskegee, Alabama geboren und wurde oft von ihren weißen Nachbarn gehänselt. Dennoch erwarb sie 1933 ihr High School Diploma, obwohl zu der Zeit nur 7 % der eingeschulten Afroamerikaner die Schule tatsächlich abschlossen. Als Rosa Parks sich weigerte, ihren Sitzplatz zugunsten eines weißes Mannes zu räumen, stellte sie sich dem allgegenwärtigen Rassismus sowie den ungerechten Jim-Crow-Gesetzen entgegen, die von der damaligen Regierung ungerechtfertigterweise erlassen wurden. Laut Gesetz war Parks verpflichtet, ihren Sitzplatz aufzugeben, und hätte als Zeichen ihres Einsatzes für die Gleichberechtigung auch einen Gefängnisaufenthalt in Kauf genommen. Nach einem langen und schwierigen Boykott schaffte es die schwarze Bevölkerung in Montgomery, der Rassentrennung in Bussen ein Ende zu setzen. Dies gelang ihnen jedoch ohne Gewalteinsatz oder feindseliges Handeln. Aus dieser Boykottbewegung entstand sogar ein Anführer, der mit der Zeit viele weitere Bewegungen anführen würde: Dr. Martin Luther King Jr. Die gleichen Ansätze, die damals in Montgomery zum Einsatz kamen, könnten auch heute auf eine andere Art und Weise gegen ungerechte Gesetze sowie ungerecht agierende Einrichtungen eingesetzt werden. Wir sollten uns von Rosa Parks inspirieren lassen, die mit ihren damaligen Bemühungen auch die Bemühungen der heutigen Zeit von Frieden und Gerechtigkeit weiter voranschreiten lässt.

5. Februar *An diesem Tag im Jahr 1987 protestierten die „Grandmothers for Peace“ [Omas für den Frieden] auf einem Testgelände für Kernwaffen in Nevada.* Barbara Wiedner gründete 1982 die „Grandmothers for Peace International“-Bewegung, nachdem sie erfahren hatte, dass 150 Kernwaffen nahe ihrem Wohnsitz in Sacramento, Kalifornien, aufbewahrt wurden. Das Ziel der Bewegung ist es, dem Besitz und Einsatz von Kernwaffen mittels Demonstrationen und Protesten ein Ende zu bereiten. Sechs US-Senatoren, unter anderem Leon Panetta und Barbara Boxer, sowie Schauspieler Martin Sheen, Kris Kristofferson und Robert Blake nahmen an dieser Demonstration teil. Der friedliche Protest auf dem Testgelände zog öffentliche und mediale Aufmerksamkeit auf sich, die Fragen zur Legalität von Kernwaffentests aufwarf. Die Durchführung von Kernwaffentests in Nevada verstieß gegen das Gesetz und ließ die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der damaligen Sowjetunion immer weiter zerrütten. Daraufhin wurden sogar weitere Tests sowie die Weiterentwicklung von Kernwaffen geplant. Bei der Demonstration vermittelte die seltene Mischung aus Politikern, Schauspielern, Seniorinnen und vielen anderen eine unverkennbare Botschaft an den Präsidenten Ronald Reagan und damit die US-Regierung, dass Kernwaffentests nicht länger toleriert würden und Bürgern Informationen über Regierungspläne nicht länger vorenthalten werden sollten. Es wurde währenddessen auch eine weitere Botschaft an die Bürger vermittelt: „Wenn eine Gruppe Omas sich zusammentun und dabei so viele Menschen zum Nachdenken über die öffentliche Politik anregen können, könnt ihr es auch“. Man stelle sich vor, was das bewirken könnte, wenn alle sich verbünden würden. Der Glaube an die Wirksamkeit von Kernwaffen als Abwehrmittel ist inzwischen erschüttert, aber es gibt auch heute noch diese Waffen und damit mit jedem verstrichenen Jahr den Bedarf einer größeren Bewegung zur Bekämpfung von Kernwaffeneinsätzen.

6. Februar *An diesem Tag im Jahr 1890 wird Abdul Ghaffar Khan geboren.* Abdul Ghaffar Khan, auch bekannt als Bacha Khan, kam in Britisch-Indien auf die Welt und zwar als Kind wohlhabender Landbesitzer. Dennoch verzichtete er auf sein Luxusleben, um die friedliche „Red Shirt“-Bewegung ins Leben zu rufen, die sich der indischen Unabhängigkeit widmete. Khan traf sich mit Mohandas Gandhi, einem Vorkämpfer gewaltlosen zivilen Ungehorsams, und wurde einer seiner engsten Verbündeten. Daraus entstand eine Freundschaft, die durch das Attentat auf Gandhi im Jahr 1948 ein jähes Ende fand. Danach setzte Bacha Khan den gewaltlosen zivilen Ungehorsam ein, um den Paschtunen in Pakistan Rechte zurückzugeben und wurde dabei mehrere Male bei seinen mutigen Einsätzen festgenommen. Als Moslem bezog sich Khan auf seine Religion, um für eine freie und friedlich lebende Gesellschaft zu werben, in der auch den ärmsten Bürgern und Bürgerinnen geholfen würde. Khan war klar, dass Liebe und Mitgefühl aus der Gewaltlosigkeit erwächst, wohingegen gewaltsames Aufbegehren zur Bestrafung und Hass gegen das System führen würde. Aus diesem Grund dachte er, der Einsatz gewaltloser Mittel sei die effektivste Methode, um den Wandel innerhalb des Landes herbeizuführen, auch wenn dies in manchen Situationen sehr schwer war. Das britische Kolonialreich fürchtete die Folgen des Aktivismus von Gandhi und Bacha Khan und veranlasste daher die brutale Ermordung von 200 friedlich protestierenden, unbewaffneten Demonstranten durch die britische Polizei. Das Massaker am Qissa Khwani Bazaar zeigte die Brutalität der britischen Kolonialisten und damit den Beweggrund Bacha Khans auf, auch weiterhin für die Unabhängigkeit seines Landes zu kämpfen.

Während eines Interviews im Jahr 1985 sagte Bacha Khan, er glaube sehr an gewaltloses Handeln und behauptete daraufhin, es würde keinen Frieden geben, bis man Gewalt endgültig aus der Welt vertrieben hätte, denn aus Gewaltlosigkeit erwüchsen die Liebe sowie der Mut der Menschen.

7. Februar *An diesem Tag wurde Thomas Morus geboren.* Thomas Morus war ein katholischer Philosoph und Autor aus England und Märtyrer der anglikanischen Kirche. Er wurde 1535 des Hochverrats für schuldig befunden und anschließend enthauptet. Thomas Morus verfasste das Buch *„Utopia“*, in dem ein perfektes, autonomes Inselreich und eine perfekte Gesellschaftsstruktur beschrieben werden. In seinem Werk geht Morus auf ethische Grundfragen ein und diskutiert zudem die Folgen tugendhafter Handlungen. Er schrieb, jeder Einzelne würde für tugendhaftes Benehmen von Gott gelobt und für boshaftes Benehmen bestraft werden. Die Menschen dieser utopischen Gesellschaft würden nämlich alle friedlich mit- und nebeneinander leben, ohne dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen oder Zwietracht kommt. Obwohl heute eine utopische Gesellschaft nach Morus Vorstellungen als unerreichbare Fantasievorstellung abgetan wird, bleibt es dennoch wichtig, sich für diese Art Frieden einzusetzen. Die Welt ist nämlich derzeit alles andere als friedlich und gewaltlos, aber man muss sich trotzdem bemühen, eine friedliche, utopische Welt zu erschaffen. Die erste Herausforderung, die es zu überwinden gilt, ist der Krieg in all seinen Formen. Wenn wir eine Welt ohne Krieg erschaffen können, würde man die Vorstellung einer Utopie nicht mehr als befremdlich auffassen und die Länder könnten sich dann auf das Wohlergehen ihrer jeweiligen Bevölkerungen konzentrieren, statt Staatsgelder in ihre Militärmacht einfließen zu lassen. Utopische Gesellschaften sollten nicht einfach so als unmöglich eingestuft werden. Stattdessen sollte man sie als kollektives Ziel sowohl auf Regierungs- als auch auf individueller Ebene betrachten. Thomas Morus schrieb *„Utopia“*, um die Probleme unserer gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur aufzuzeigen. Einige wurden bereits gelöst. Andere müssten noch angegangen werden.

8. Februar *An diesem Tag im Jahr 1690 ereignete sich das Massaker von Schenectady.* Dabei handelte es sich um eine Gruppe französischer Soldaten und Algonquin-Krieger, die einen Angriff auf ein hauptsächlich aus Frauen und Kindern bestehendes englisches Dorf durchführten. Das Massaker ereignete sich während des Krieges von König William, auch bekannt als Neunjähriger Krieg, nachdem englische Krieger wiederholt Plünderungen auf dem Land von Ureinwohnern durchgeführt hatten. Sie brannten Häuser im Dorf nieder und ermordeten fast alle Einwohner oder nahmen Gefangene. Insgesamt wurden 60 Menschen in der Nacht ermordet, unter anderem 10 Frauen und 12 Kinder. Ein verwundeter Überlebender ritt aus Schenectady nach Albany, um anderen über den Vorfall im Dorf zu berichten. Zum Gedenken wiederholt der Bürgermeister von Schenectady jedes Jahr den Ritt des Überlebenden zu Pferde nach Albany, und der jährliche Gedenktag wird damit für viele Bürger zu einer Möglichkeit, die Schrecken des Krieges sowie der Gewalt, die durch ihn entsteht, besser nachzuvollziehen. Unschuldige Männer, Frauen und Kinder wurden grundlos abgeschlachtet. Die Stadt von Schenectady war auf einen derartigen Angriff nicht vorbereitet und konnte sich auch nicht vor den rachsüchtigen Franzosen und Algonquin-Kriegern schützen. Dieses Massaker hätte vermieden werden können, wenn es den Krieg niemals gegeben hätte. Dies zeigt zudem auf, dass Krieg nicht nur für diejenigen, die an der Front kämpfen, eine Gefahr darstellt, sondern für uns alle. Somit steht fest, dass immer weiter Unschuldige getötet werden, solange es Kriege gibt.

9. Februar *An diesem Tag im Jahr 1904 begann der russisch-japanische Krieg.* Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert versuchte Japan, neben vielen europäischen Ländern, Teile von Asien auf illegale Weise zu kolonisieren. Ganz nach dem Vorbild der europäischen Kolonialmächte besetzte Japan eine beliebige Region und ernannte umgehend eine vorläufige Kolonialregierung, um die Leistungskraft der Einheimischen auszuschöpfen und Güter zugunsten des kolonisierenden Landes herzustellen. Russland und Japan wollten jeweils die Vormachtstellung in Korea übernehmen, was zu einem Konflikt zwischen beiden Ländern auf der koreanischen Halbinsel führte. Bei diesem Krieg handelte es sich also nicht um eine Frage der Unabhängigkeit Koreas, sondern darum, welches Schicksal Korea durch zwei ausländische Großmächte besiegelt werden würde. Solch unterdrückende Kolonialkriege wie dieser setzten Korea und viele andere Länder sowohl politisch als auch physisch außer Gefecht. Die Konflikte in Korea gingen bis in die 1950er Jahre weiter, als der koreanische Krieg ausgelöst wurde. Japan besiegte Russland im russisch-japanischen Krieg und errang damit die erwünschte Vormachtstellung auf der koreanischen Halbinsel. Im Jahr 1945 konnten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die Japaner schließlich besiegen. Insgesamt gab es am Ende des russisch-japanischen Krieges ungefähr 150.000 Tote, darunter 20.000 Zivilpersonen. Der Kolonialkrieg hatte für Korea viel schlimmere Folgen als für beide Aggressorstaaten, da er nicht auf japanischem oder russischem Boden ausgetragen wurde, sondern vor Ort in Korea. Kolonisierung gibt es heute immer noch im Nahen Osten, und die Vereinigten Staaten führen durch ihre Waffenlieferungen an bestimmte Gruppen weiterhin Stellvertreterkriege. Statt dem Krieg ein Ende zu bereiten, liefern die Vereinigten Staaten immer noch Waffen über viele Landesgrenzen hinweg.

10. Februar *An diesem Tag im Jahr 1961 wurde ein Piratensender namens „The Voice of Nuclear Disarmament“ [Die Stimme der nuklearen Abrüstung] nahe der Küste Großbritanniens ins Leben gerufen.* Der Sender wurde während des zweiten Weltkrieges von Dr. John Hasted, einem Atomwissenschaftler an der London University, Musiker und Fachexperten, betrieben. Die Radiosprecherin Lynn Wynn Harris war die Frau von Dr. John Hasted. Dr. Hasted tat sich mit dem Mathematiker und Philosophen Bertrand Russell im Rahmen des Ausschusses für nukleare Abrüstung zusammen. Zu den Grundpfeilern des Ausschusses gehörte Gandhis Philosophie des gewaltlosen zivilen Ungehorsams. The Voice of Nuclear Disarmament wurde in den Jahren 1961-62 ab 23 Uhr auf dem Audiokanal der BBC ausgestrahlt und von der Antikriegsbewegung „Committee of 100“ in London unterstützt, die aktiv Menschen für die Aufnahme in die eigenen Reihen suchte. Bertrand Russell trat als Präsident des Committee for Nuclear Disarmament zurück, um Präsident des Committee of 100 zu werden. Das Committee of 100 organisierte sehr große Demonstrationen, bei denen die Menschen größtenteils sitzend für ihr Anliegen warben. Die erste Demo fand am 18. Februar 1961 vor dem Gebäude des britischen Verteidigungsministeriums in Whitehall statt. Weitere Demos gab es danach am Trafalger Square und auf der U-Boot-Basis „Holy Loch Polaris“. Diese gingen der Verhaftung von 32 Mitgliedern des Committee of 100 voraus, deren Büros von Sondereinsatzkräften durchsucht wurden. Sechs führende Mitglieder wurden wegen des Verdachts der Verschwörung gemäß dem Official Secrets Act [Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen] angeklagt. Ian Dixon, Terry Chandler, Trevor Hatton, Michael Randle, Rat Pottle und Helen Allegranza wurden für schuldig befunden und im Februar 1962 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Committee wurde danach in 13 regionale Committees aufgeteilt. Das Londoner Committee of 100 war dabei federführend mit

der Herausgabe eines nationalen Magazins, *„Action for Peace“ [Handelt für den Frieden]* im April 1963. Später im April 1964 wurde *„The Resistance“ [Der Widerstand]* herausgegeben.

11. Februar *An diesem Tag im Jahr 1990 wurde Nelson Mandela aus dem Gefängnis entlassen.* Er spielte eine Hauptrolle dabei, der damals noch vorherrschenden Rassentrennung in Südafrika ein Ende zu bereiten. Mithilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA wurde Nelson Mandela wegen Hochverrats verhaftet. Seine Gefängnisstrafe saß er von 1962 bis 1990 ab, führte aber dennoch den Widerstand gegen Rassentrennung weiter an. Vier Jahre nach seiner Entlassung wurde er Präsident von Südafrika und ließ in seiner neuen Rolle eine neue Verfassung aufstellen, bei der die Gleichberechtigung von schwarzen und weißen Südafrikanern Hauptthema war. Mandela wollte keine Vergeltung für das, was ihm angetan wurde. Stattdessen konzentrierte er sich auf die Wahrheit sowie die Versöhnung seines Landes. Er sagte, er glaube sehr daran, dass Liebe alles Böse überwinden könne und jeder Einzelne die Verantwortung dafür trage, Unterdrückung und Hass aus der Welt zu vertreiben. Mandelas Ideen können mithilfe des folgenden Zitates zusammengefasst werden: „Niemand wird geboren, um einen anderen Menschen aufgrund seiner Hautfarbe, seines Hintergrundes oder seiner Religion zu hassen. Menschen müssen zu hassen lernen und wenn sie zu hassen lernen können, dann kann ihnen auch gelehrt werden zu lieben, denn Liebe empfindet das menschliche Herz viel natürlicher als ihr Gegenteil.“ Um allen Kriegen auf der Welt endgültig ein Ende zu bereiten, brauchen wir Aktivisten wie Nelson Mandela, die bereit sind, ihr Leben für die Sache zu opfern. Heute ist ein guter Tag, um gewaltfreie Handlungen, Diplomatie, Versöhnung und opferorientierte Justiz zu feiern.

12. Februar *An diesem Tag im Jahr 1947 fand zum ersten Mal und in Friedenszeiten die Verbrennung der Einberufungsbescheide in den Vereinigten Staaten statt.* Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass die Opposition gegen die Wehrpflicht im Vietnamkrieg begann; in Wirklichkeit waren viele seit ihren Anfängen im US-Bürgerkrieg gegen die Wehrpflicht. Schätzungsweise haben 72.000 Männer die Einberufung während des Zweiten Weltkriegs abgelehnt. Viele von ihnen bezogen nach dem Krieg Stellung und verbrannten ihre Einberufungskarten. Der Zweite Weltkrieg war vorbei und es stand keine neue Einberufung bevor. Das Verbrennen ihrer Einberufungskarten war jedoch eine politische Erklärung. Rund 500 Militärveteranen beider Weltkriege verbrannten in New York City und Washington, D.C. ihre Karten, um zu zeigen, dass sie sich nicht an weiterer Gewalt des US-Militärs beteiligen oder diese dulden würden. Viele dieser Veteranen lehnten die lange Geschichte der gewalttätigen Interventionen mit den amerikanischen Ureinwohnern und anderen Ländern der Welt seit der Gründung der Vereinigten Staaten ab. Die Vereinigten Staaten befinden sich seit 1776 fast ständig im Krieg und sind eine Nation, in der Gewalt tief verwurzelt ist. Aber einfache Handlungen wie das Verbrennen von Einberufungsbescheiden haben der US-Regierung eindrucksvoll vermittelt, dass die Bürger eine Nation im permanenten Kriegszustand nicht akzeptieren werden. Die Vereinigten Staaten befinden sich derzeit im Krieg, und es ist unerlässlich, dass die Bürger kreative und gewaltfreie Mittel finden, um ihre Missbilligung des Handelns ihrer Regierung zum Ausdruck zu bringen.

13. Februar *An diesem Tag im Jahr 1967 stürmten 2.500 Mitglieder der Gruppe „Women Strike for Peace“ mit riesigen Fotos von vietnamesischen Napalm-Kindern ins Pentagon und forderten,*

„die Generäle zu sehen, die unsere Söhne nach Vietnam schicken." Die Führer im Pentagon schlossen ursprünglich die Türen ab und weigerten sich, die Demonstranten hineinzulassen. Nach fortgesetzten Bemühungen wurde ihnen schließlich der Zutritt gestattet. Jedoch blieb es ihnen verwehrt, sich wie geplant mit den Generälen zu treffen. Stattdessen trafen sie sich mit einem Kongressabgeordneten, der keine Antworten gab. Die Gruppe „Women Strike for Peace" suchte nach Antworten bei einer Verwaltung, die keine Klarheit schaffen wollte. Also beschlossen sie, dass es an der Zeit sei, den Kampf nach Washington zu tragen. An diesem Tag, sowie auch an anderen Tagen, weigerte sich die US-Regierung, ihren Einsatz von illegalen Giftgasen im Krieg gegen die Vietnamesen anzuerkennen. Selbst mit Bildern von napalmierten vietnamesischen Kindern gab die Johnson-Administration weiterhin den Nordvietnamesen die Schuld. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre Bürger belogen, um ihren so genannten „Krieg gegen den Kommunismus" fortzusetzen, trotz der mangelnden Ergebnisse und unglaublich hohen Opferzahlen. Die Organisation Women Strike for Peace erkannte die Sinnlosigkeit des Krieges in Vietnam und wollte echte Antworten darauf, wie der Konflikt beendet werden könnte. Lügen und Täuschung haben den Vietnamkrieg angeheizt. Diese Demonstranten wollten Antworten von den Generälen im Pentagon, aber die Militärführer leugneten trotz überwältigender Beweise weiterhin den Einsatz von Giftgasen. Doch die Wahrheit kam ans Licht und wird nicht mehr bestritten.

14. Februar *An diesem Tag im Jahr 1957 wurde in Atlanta die Southern Christian Leadership Conference (SCLC) gegründet.* Die Southern Christian Leadership Conference begann einige Monate nachdem das Montgomery-Bussystem durch den Montgomery-Bus-Boykott abgeschafft wurde. Das SCLC wurde von Rosa Parks inspiriert und von Personen wie Martin Luther King Jr. angetrieben, der als gewählter Amtsträger fungierte. Die dauerhafte Mission der Organisation besteht darin, mit gewaltlosen Protesten und Aktionen die Bürgerrechte zu sichern und Rassismus zu beseitigen. Darüber hinaus ist die SCLC bestrebt, das Christentum zu verbreiten, da es ihrer Ansicht nach ein Weg ist, ein friedliches Umfeld für alle Menschen in den Vereinigten Staaten zu schaffen. Die SCLC hat sich bemüht, mit friedlichen Methoden eine Veränderung in den Vereinigten Staaten zu bewirken und war dabei äußerst erfolgreich. Es gibt immer noch Rassismus sowohl persönlicher als auch struktureller Art und das Land ist nicht gleichgestellt, aber es gab große Fortschritte in der sozialen Mobilität für Afroamerikaner. Ohne Anführer wie die des SCLC, die Veränderungen herbeirufen, wird es Frieden in unserer Welt nicht geben. Gegenwärtig gibt es in allen Staaten Chapter und verbundene Gruppen, die nicht mehr auf den Süden beschränkt sind. Einzelpersonen können sich Gruppen wie dem SCLC anschließen, das den Frieden durch Religion fördert und einen deutlichen Unterschied machen kann, indem es sich weiterhin für das Richtige einsetzt. Religiöse Organisationen wie die SCLC haben eine wesentliche Rolle beim Abbau der Rassentrennung und der Förderung eines friedlichen Umfelds gespielt.

15. Februar *An diesem Tag im Jahr 1898 explodierte im Hafen von Havanna, Kuba, ein US-Schiff namens U.S.S. Maine.* US-Beamte und Zeitungen, von denen einige seit Jahren offen nach einem Vorwand für die Auslösung eines Krieges gesucht hatten, gaben Spanien sofort die Schuld, obwohl es keinerlei Beweise dafür gab. Spanien schlug eine unabhängige Untersuchung vor und verpflichtete sich, sich an die Entscheidung eines dritten Schlichters zu halten. Die Vereinigten Staaten zogen es vor, sich in einen Krieg zu stürzen, der in keiner Weise gerechtfertigt gewesen wäre, auch wenn Spanien schuldig wäre. Eine um 75 Jahre verspätete

US-Untersuchung kam zu dem Schluss, ebenso wie der damalige Professor der US-Marine-Akademie, Philip Alger, (in einem Bericht, der durch den kriegslüsternen Theodore Roosevelt unterdrückt wurde), dass die *Maine* mit ziemlicher Sicherheit durch eine interne und versehentliche Explosion versenkt wurde. *Gedenkt der Maine und zur Hölle mit Spanien* war der Kriegsschrei, der bis heute durch Dutzende Gedenkstätten, die Teile des Schiffes in den Vereinigten Staaten ausstellen, unterstützt wird. Aber zum Teufel mit Fakten, Sinn, Frieden, Anstand und den Menschen in Kuba, Puerto Rico, den Philippinen und Guam war die Realität. Auf den Philippinen starben 200.000 bis 1.500.000 Zivilisten durch die Folgen von Gewalt und Krankheiten. Einhundertundfünfzig Jahre nachdem die *Maine* unterging, protestierte die Welt gegen den drohenden, von den USA angeführten Angriff auf den Irak am größten Tag des öffentlichen Protests der Geschichte. Infolgedessen lehnten viele Nationen den Krieg ab, und die Vereinten Nationen weigerten sich, ihn zu sanktionieren. Die Vereinigten Staaten setzten ihren Willen fort und verletzten das Gesetz. Dies ist ein guter Tag, um die Welt über Kriegslügen und Kriegswiderstand aufzuklären.

16. Februar *An diesem Tag im Jahr 1941 forderte ein Pastoralbrief, der in allen Kanzeln der norwegischen Kirche verlesen wurde, die Kongressabgeordneten auf, „fest zu stehen, geleitet von Gottes Wort... und der inneren Überzeugung treu zu sein...“* Die Kirche ihrerseits begrüßte alle ihre Anhänger „in der Freude des Glaubens und dem Mut in unserem Herrn und Erlöser.“ Mit dem Brief wurde versucht, die Norweger zum Widerstand gegen eine beabsichtigte Übernahme der etablierten lutherischen Staatskirche Norwegens durch die Nazis nach dem deutschen Einmarsch in das Land am 9. April 1940 zu bewegen. Die Kirche unternahm auch ihre eigenen direkten Aktionen, um die Übernahme durch die Nazis zu verhindern. Am Ostersonntag 1942 schickte die Kirche an alle Pastoren ein Dokument, das in fast allen Gottesdiensten laut vorgelesen werden sollte. Das Dokument trug den Titel „Die Grundlage der Kirche“ und rief alle Pastoren der staatlichen Kirchen dazu auf, zurückzutreten. Die Kirche war sich bewusst, dass sie sich damit der Verfolgung durch die Nazis und des Risikos einer Inhaftierung aussetzten. Doch ihre Strategie ging auf. Als tatsächlich alle Pastoren zurücktraten, unterstützten die Menschen sie mit Liebe, Treue und Geld, sodass die Kirchenbehörden der Nazis ihre Pläne nicht umsetzen konnten, sie aus ihren Gemeinden zu entfernen. Durch die Rücktritte wurde jedoch die staatliche Kirche aufgelöst und eine neue Nazi-Kirche gegründet. Erst am 8. Mai 1945, als die deutsche Armee kapitulierte, konnten die Kirchen in Norwegen wieder in ihrer vorherigen Form agieren. Trotzdem hatte der Hirtenbrief, der vier Jahre zuvor auf den norwegischen Kanzeln verlesen wurde, eine wichtige Rolle gespielt. Dies zeigt erneut, dass man davon ausgehen kann, dass auch normale Menschen den Mut finden, sich einer Unterdrückung zu widersetzen und die Werte zu verteidigen, die ihnen wichtig sind.

17. Februar *An diesem Tag wurden 1993 die Anführer der Studentenproteste 1989 in China aus dem Gefängnis entlassen.* Ein Großteil von ihnen wurde in Peking festgenommen, wo Mao Zedong 1949 auf dem Tiananmen-Platz die „Volksrepublik“ unter dem aktuellen kommunistischem Regime ausrief. Das Bedürfnis nach echter Demokratie wurde über vierzig Jahre hinweg immer stärker, bis die Vorfälle in Tiananmen, Chengdu, Shanghai, Nanjing, Xi'an, Changsah und in anderen Regionen die Welt schockierten. Tausende Studenten wurden ermordet, verletzt und/oder eingesperrt. Trotz des Versuchs Chinas, die Berichterstattung zu unterbinden, fanden einige von ihnen internationale Beachtung. *Fang Lizhi*, Astrophysik-Professor, wurde Asyl in den Vereinigten Staaten gewährt und er unterrichtete an der University of Arizona. *Wang Dan*, ein 20 Jahre alter Student im Fach Geschichte an der Peking University,

wurde zweimal verhaftet und wurde 1998 verbannt. Er erhielt danach eine Position als Gastforscher in Oxford und wurde Vorsitzender der Chinese Constitutional Reform Association. *Chai Ling*, eine 23 Jahre alte Psychologiestudentin, entkam, nachdem sie zehn Monate im Untergrund gelebt hatte. Sie machte ihren Abschluss an der Harvard Business School und wurde Chief Operating Officer in einem Unternehmen, das Internetportale für Universitäten entwickelt. *Wu'er Kaixi,* der damals 21 Jahre alt war, begann einen Hungerstreik und rügte den Premier Li Peng im Nationalfernsehen. Er floh nach Frankreich und studierte später Wirtschaft in Harvard. *Liu Xiaobo*, ein Literaturkritiker, der die „Charter 08" gründete, bei der es sich um ein Manifest handelte, in dem es um Individualrechte, Redefreiheit und pluralistische Wahlen ging, wurde in der Nähe von Peking an einem unbekannten Ort eingesperrt. *Han Dongfang*, ein 27 Jahre alter Bahnarbeiter, der dabei half, die Autonomos Workers' Federation Pekings 1989 zu gründen, bei der es sich um die erste unabhängige Gewerkschaft handelte, wurde eingesperrt und später des Landes verwiesen. Han floh nach Hongkong und gründete dort das „China Labour Bulletin", um so die Rechte der chinesischen Arbeiter zu verteidigen. Der Mann, der sich vor eine Reihe Panzer stellte und dabei auf Video aufgenommen wurde, konnte nie identifiziert werden.

18. Februar *An diesem Datum hat der 88-jährige britische Philosoph/Aktivist Bertrand Russell 1961 einen Zug aus rund 4.000 Menschen zum Trafalgar Square in London geführt. Dort wurden Protestreden gegen die Ankunft der Polaris, eines atomaren U-Boots mit ballistischen Raketen, aus Amerika gehalten.* Die Teilnehmer des Marsches zogen weiter zum Verteidigungsministerium Großbritanniens, wo Russell eine Protestmitteilung an die Türen des Gebäudes klebte. Im Anschluss daran fand ein Sitzprotest in der Straße statt, der knapp drei Stunden andauerte. Diese Veranstaltung im Februar wurde von der neuen Anti-Atomkraftgruppe „Committee of 100" organisiert, deren gewählter Präsident Russell war. Das Komitee unterschied sich stark von der bereits existierenden Kampagne zur nuklearen Abrüstung in Großbritannien, als deren Präsident Russell zurückgetreten war. Der Zweck des Komitees war es, nicht nur einfache Straßendemonstrationen mit Teilnehmern, die Schilder trugen, zu veranstalten, sondern ausdrucksvolle, aufmerksamkeitserregende Taten des gewaltlosen Zivilwiderstands auszuführen. Im Februar 1961 erläuterte Russell seine Gründe für die Gründung des Komitees in einem Artikel im *New Statesman*. Dabei sprach er unter anderem von Folgendem: „Wenn all jene, die mit den Richtlinien der Regierung nicht einverstanden sind, an massiven Demonstrationen zivilen Ungehorsams teilnähmen, dann würden sie Unsinnigkeiten der Regierung unmöglich machen, und die sogenannten Politiker dazu bringen, Maßnahmen zu ergreifen, die das Überleben der Menschen ermöglichen würden." Das Committee of 100 führte ihre wirksamste Demonstration am 17. September 1961 durch, als die Teilnehmer die Molenköpfe der U-Boot-Basis Holy Loch Polaris blockierten. Danach kamen jedoch verschiedene Faktoren zusammen, die zu seinem schnellen Zerfall führten, wie die Uneinigkeit über die Ziele der Gruppe sowie vermehrte Festnahmen und die Beteiligung an Kampagnen zu anderen Problemen, die nichts mit Atomwaffen zu tun hatten. Russell selbst trat 1963 aus dem Komitee zurück und die Organisation löste sich im Oktober 1968 auf.

19. Februar *An diesem Tag begannen 1942 die Lehrer Norwegens während der deutschen Besatzung Norwegens im Zweiten Weltkrieg ihren gewaltlosen Widerstand gegen eine geplante Übernahme des Schulsystems durch die Nazis.* Diese Übernahme wurde von dem berüchtigten Nazi-Kollaborateur Vidkun Quisling angeordnet, der damals von den Nazis zum Ministerpräsidenten Norwegens ernannt worden war. Die Anordnung besagte, dass die

bestehende Lehrergewerkschaft aufgelöst werden sollte, und dass sich alle Lehrer bis zum 5. Februar 1942 einer neuen, von den Nazis angeführten Lehrergewerkschaft anschließen mussten. Doch die Lehrer ließen sich nicht einschüchtern und ignorierten den Termin am 5. Februar. Sie folgen stattdessen dem Vorbild einer Anti-Nazi-Organisation, die in Oslo im Untergrund agierte, die den Lehrern eine kurze Stellungnahme zugesandt hatten, dass sie sich gemeinsam weigern sollten, den Forderungen der Nazis nachzukommen. Die Lehrer sollten die Stellungnahme abschreiben und mit ihrem Namen und Adresse an die Quisling-Regierung schicken. Bis zum 19. Februar 1942 hatten die meisten der 12.000 Lehrerinnen und Lehrer Norwegens genau dies getan. Quisling reagierte panisch und schloss die norwegischen Schulen einen Monat lang. Dies wiederum führte dazu, dass empörte Eltern rund 200.000 Protestbriefe an die Regierung schickten. Die Lehrer hielten trotzig an privaten Orten Unterricht ab, und Untergrundorganisationen bezahlten den Familien der mehr als 1.300 männlichen Lehrern, die festgenommen wurden, die ausgefallenen Gehälter weiter. Die faschistischen Machthaber mussten sich eingestehen, dass ihr Plan, die Schulen Norwegens zu übernehmen, fehlgeschlagen war. Im November 1942 ließen sie alle eingesperrten Lehrer wieder frei und das Bildungssystem unterlag erneut norwegischer Kontrolle. Diese Strategie des gewaltlosen Massenwiderstands war erfolgreich im Kampf gegen die Unterdrückungspläne einer gnadenlosen Besatzermacht.

20. Februar *An diesem Tag verabschiedete der Kongress 1839 Gesetze, die Duelle im District of Columbia verboten.* Die Verabschiedung des Gesetzes war durch einen öffentlichen Aufschrei über ein Duell im Jahr 1838 in den berüchtigten „Bladensburg Dueling Grounds“ in Maryland, kurz vor der Grenze von D.C., zustande gekommen. Ein beliebter Kongressabgeordneter aus Maine, Jonathan Cilley, wurde von einem anderen Kongressabgeordneten, William Graves aus Kentucky, erschossen. Das Duell galt als besonders negativ, weil nicht nur drei Schusswechsel erforderlich waren, bis es vorbei war, sondern weil der Überlebende, Graves, nicht persönlich durch sein Opfer beleidigt worden war. Er hatte das Duell als Ersatzkandidat angenommen, um den Ruf eines Freundes wiederherzustellen, dem Zeitungsredakteur James Webb aus New York, den Cilley als korrupt bezeichnet hatte. Das Repräsentantenhaus seinerseits entschloss sich weder Graves noch die zwei anderen Kongressabgeordneten, welche bei dem Duell anwesend waren, zu zensieren, obwohl Duelle zu diesem Zeitpunkt schon gegen das Gesetz in D.C. sowie den meisten anderen Bundesstaaten und Territorien verstieß. Stattdessen brachte es einen Gesetzesvorschlag hervor, welcher „eine Aufforderung zum Duell im District of Columbia sowie die Strafe dafür“ verbieten würde. Die Ratifizierung des Gesetzesentwurfes beschwichtigte das öffentliche Begehren nach einem Verbot von Duellen, tat aber wenig dazu, die Tätigkeit tatsächlich zu unterbinden. Die Duellanten trafen sich auch weiterhin in Bladensburg, Maryland, wie sie es schon seit 1808 regelmäßig getan hatten. Dies taten sie meistens nachts. Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg fielen Duelle jedoch aus der Mode und verschwanden rapide aus den USA. Das letzte der ungefähr 50 Duelle in Bladensburg wurde in 1868 ausgefochten.

21. Februar *An diesem Tag im Jahr 1965 wurde der afroamerikanische muslimische Minister und Menschenrechtsaktivist Malcolm X erschossen, während er sich darauf vorbereitete, eine Rede vor der Organisation für Afro-Amerikanische Einheit [Organization of Afro-American Unity, OAAU] zu halten. Er hatte die säkulare Gruppe ein Jahr zuvor mit dem Ziel gegründet, die Verbindung zwischen Afroamerikanern und ihren afrikanischen Wurzeln wieder herzustellen und ihre ökonomische Unabhängigkeit aufzubauen.* Bei seiner Verfechtung der Menschenrechte Schwarzer vertrat er diverse Standpunkte. Als Mitglied der religiös-politischen Organisation

„Nation of Islam“ verurteilte er weiße Amerikaner als „Teufel“ und plädierte für Rassentrennung. Im Gegensatz zu Martin Luther King forderte er schwarze Menschen dazu auf, sich mit „egal welchen Mitteln“ voranzubringen. Bevor er die Nation of Islam verließ, verunglimpfte er die Organisation dafür, dass sie sich weigerte, aggressiv gegen Polizeigewalt gegen schwarze Menschen vorzugehen und mit schwarzen Lokalpolitikern zusammenzuarbeiten, um die Rechte von schwarzen Menschen zu stärken. Nachdem er 1964 an der Haddsch nach Mekka teilgenommen hatte, kam Malcolm schließlich zu der Erkenntnis, dass der wahre Feind der Afroamerikaner nicht weiße Menschen, sondern der Rassismus selbst war. Er hatte Muslime in „allen Farben, von blauäugigen Blonden bis zu tiefschwarzen Afrikanern“ gesehen, die miteinander wie Ebenbürtige umgingen und schloss daraus, dass der Islam die Lösung zum Überwinden von rassistisch begründeten Problemen war. Generell wird oft angenommen, dass Malcolm von Mitgliedern der American Nation of Islam (NOI) getötet wurde, aus der er ein Jahr zuvor ausgetreten war. Tatsächlich waren die Drohungen der NOI gegen ihn im Vorfeld des Attentats intensiver geworden und drei NOI-Mitglieder wurden daraufhin wegen seiner Ermordung verurteilt. Dennoch haben zwei der drei mutmaßlichen Mörder konsequent ihre Unschuld beteuert und Jahrzehnte von Recherche haben bisher unbeantwortete Fragen zum Fall aufgeworfen.

22. Februar *An diesem Tag in 1952 beschuldigte der nordkoreanische Außenminister das US-Militär, infizierte Insekten über Nordkorea abgeworfen zu haben.* Während des Koreakriegs (1950-53) litten chinesische und koreanische Soldaten immer wieder an Ausbrüchen tödlicher Krankheiten, welche sich später erschreckenderweise als Pocken, Cholera und Pest herausstellten. Vierundvierzig der Soldaten, welche bereits verstorben waren, wurden positiv auf Meningitis getestet. Die USA bestritten jegliche Beteiligung an biologischer Kriegsführung, obwohl es viele Augenzeugen, unter anderem einen australischen Reporter, gab. Weltweit forderte die Presse internationale Untersuchungen, während die USA und deren Verbündete die Anschuldigungen weiterhin als Schwindel bezeichneten. Die USA schlugen eine Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz vor, um jeden Zweifel auszuräumen, aber die Sowjetunion und ihre Verbündeten ließen dies nicht zu, da sie überzeugt waren, dass die USA gelogen hätten. Schlussendlich richtete der Weltfriedensrat die Internationale Wissenschaftliche Kommission für die Fakten zur bakteriellen Kriegsführung in China und Korea ein, welche durch anerkannte Wissenschaftler besetzt war – darunter einen angesehener britischen Biochemiker und Sinologen. Die Studie wurde durch Aussagen von Augenzeugen, Ärzten sowie vier amerikanischen Kriegsgefangenen aus dem Koreakrieg untermauert, welche bestätigten, dass die USA von 1951 an biologische Kriegsführung von Flugplätzen im amerikanisch besetzten Okinawa aus betrieben hatte. Der abschließende Report im September 1952 stellte fest, dass die USA Biowaffen eingesetzt hatten. Der Report wurde von dem International Association of Democratic Lawyers [Dem Internationalen Bund demokratischer Juristinnen und Juristen] als „Report über die U.S. Verbrechen in Korea“ veröffentlicht. Aus dem Report ging hervor, dass die USA frühere japanische Experimente mit Biowaffen fortgeführt hatten, welche bereits 1949 während eines sowjetischen Gerichtsverfahrens ans Licht gekommen waren. Damals bezeichneten die USA diese Prozesse als „bösartige und haltlose Propaganda.“ Die Japaner wurden allerdings für schuldig befunden. Und dann auch die USA.

23. Februar *An diesem Tag im Jahr 1836 begann die Schlacht von Alamo in San Antonio.* Der Kampf um Texas begann im Jahre 1835, als eine Gruppe Tejanos (Menschen mexikanischer

Abstammung und amerikanische Ureinwohner) sowie angloamerikanische Siedler das mexikanisch besetzte San Antonio eroberten und Texas als unabhängigen Staat proklamierten. Der mexikanische General, Antonio Lopez de Santa Anna, wurde einberufen, der anschließend drohte, dass die Armee „kein Erbarmen zeigen würde.“ Der amerikanische Oberbefehlshaber, Sam Houston, reagierte darauf, indem er den Siedlern befahl, San Antonio zu verlassen, da die 200 Siedler den 4.000 mexikanischen Soldaten stark unterlegen waren. Die Gruppe leistete Widerstand und suchte darauf Zuflucht in einem verlassenen Franziskanerkloster, welches 1718 erbaut und „The Alamo“ genannt wurde. Zwei Monate später, am 23. Februar 1836, starben sechshundert mexikanische Truppen im Kampf gegen einhundertdreiundsechzig Siedler. Die mexikanische Armee zündete die Leichen der Siedler aus dem Alamo-Kloster an. Oberbefehlshaber Houston richtete daraufhin eine Armee im Namen jener ein, die im Kampf um die Unabhängigkeit ihr Leben verloren. Der Slogan „Remember the Alamo“ [Gedenkt der Schlacht von Alamo] wurde zu einem Aufruf für texanische Kämpfer, und ein Jahrzehnt später auch für die U.S. Streitkräfte, die Mexiko während des Krieges eines wesentlich größeren Territoriums bestahlen. Nach der Schlacht von Alamo besiegte Houstons Armee schnell die mexikanischen Streitkräfte in San Jacinto. Im April 1836 wurde der Friedensvertrag von Velasco durch General Santa Anna unterzeichnet und die neue Republik Texas erklärte ihre Unabhängigkeit von Mexico. Erst im Dezember 1845 wurde Texas Teil der Vereinigten Staaten von Amerika. Es wurde im darauffolgenden Krieg erweitert.

24. Februar *An diesem Tag in 1933 trat Japan aus dem Völkerbund aus.* Der Völkerbund wurde 1920 gegründet mit dem Ziel, den Weltfrieden zu erhalten, welcher der Pariser Friedenskonferenz nach dem ersten Weltkrieg folgte. Gründungsmitglieder waren: Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Chile, China, Kolumbien, Kuba, Tschechoslowakei, Dänemark, El Salvador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Indien, Italien, Japan, Liberia, Niederlande, Neuseeland, Nicaragua, Norwegen, Panama, Paraguay, Persien, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Siam, Spanien, Schweden, Schweiz, Südafrika, das Vereinigte Königreich, Uruguay, Venezuela und Jugoslawien. 1933 veröffentlichte der Völkerbund einen Report, welcher Japan der Kämpfe in der Mandschurei anschuldigte und in dem gefordert wurde, dass die japanischen Truppen sich zurückziehen. Der japanische Staatsvertreter, Yosuke Matsuoka, wies die Befunde im Report mit folgender Stellungnahme zurück: „... Die Mandschurei gehört aus rein rechtlicher Sicht uns. Setzen Sie sich lieber mit der Geschichte auseinander. Wir haben die Mandschurei von Russland zurückerlangt. Wir haben sie zu dem gemacht, was sie heute ist.“ Er führte aus, dass Russland und China „tiefgreifende Besorgnis“ ausgelöst hätten und dass „Japan sich von den anderen Mitgliedern des Völkerbundes dahingehend unterscheiden würde, dass es eine ganze andere Meinung zur Friedenswiederherstellung im Fernen Osten verträte.“ Er wiederholte, dass die Mandschurei für Japan eine Angelegenheit von Leben und Tod war. „Japan war für den Fernen Osten immer schon der Stützpfeiler für Frieden, Ordnung und Fortschritt und wird das auch immer bleiben.“ „Würden sich die Amerikaner mit einer derartigen Kontrolle der Panamakanalzone einverstanden erklären? Würden die Briten das für Ägypten zulassen?“ Die USA und Russland wurden aufgefordert, eine Antwort zu geben. Trotz stillschweigender Unterstützung sind die USA, die Japan bezüglich des Imperialismus ausgebildet haben, niemals dem Völkerbund beigetreten.

25. Februar *An diesem Tag im Jahr 1932 veröffentlichte die prominente britische Suffragette,*

Feministin, Laienpredigerin und christliche Friedensaktivistin Maude Royden einen Brief im Londoner Daily Express. Der Brief war von zwei weiteren Frauenrechtlerinnen unterzeichnet und enthielt einen Vorschlag zur wahrscheinlich radikalsten Friedensinitiative des zwanzigsten Jahrhunderts. Danach wollten Royden und ihre Kolleginnen eine freiwillige „Friedensarmee" britischer Männer und Frauen nach Shanghai anführen, wo sie versuchen wollten, den Krieg zwischen den chinesischen und japanischen Truppen zu beenden, indem sie sich selbst unbewaffnet zwischen die beiden Seiten stellten. Die Kämpfe hatten nach einer kurzen Ruhepause, die auf den Einmarsch der japanischen Truppen in die Mandschurei im September 1931 gefolgt war, wieder angefangen. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hatte Royden dieses Konzept einer „Friedensarmee" in einer Predigt an ihre Gemeinde in einer kongregationalistischen Kirche in London vorgeschlagen. Darin meinte sie: „Männer und Frauen, die es für ihre Pflicht halten, sollten sich freiwillig melden und sich unbewaffnet zwischen die Kämpfenden stellen." Sie betonte, dass ihr Aufruf gleichermaßen an Männer und Frauen gerichtet sei und dass sich die Freiwilligen an den Völkerbund wenden sollten, der sie unbewaffnet an den Kriegsschauplatz schicken sollte. Schließlich wurde die Initiative Roydens vom Völkerbund einfach ignoriert und in der Presse verspottet. Obwohl jedoch die Friedensarmee niemals mobilisiert wurde, meldeten sich rund 800 Männer und Frauen freiwillig zur Teilnahme und wurde ein Rat der Friedensarmee eingerichtet, der mehrere Jahre aktiv blieb. Darüber hinaus wurde Roydens Konzept der „Friedensstoßtruppen", wie sie es nannte, im Laufe der Zeit von der Wissenschaft als Vorlage für alle nachfolgenden Interventionen anerkannt, die heute als „unbewaffnete interpositionäre Friedenskräfte" bezeichnet werden.

26. Februar *An diesem Tag im Jahr 1986 übernahm auf den Philippinen Corazon Aquino die Macht, nachdem Ferdinand Marcos nach einem gewaltlosen Aufstand abgesetzt worden war*. Marcos, der 1969 als Präsident der Philippinen wiedergewählt worden war, hatte, nachdem er von einer dritten Amtszeit ausgeschlossen wurde, trotzig das Kriegsrecht ausgerufen, die Kontrolle über das Militär übernommen, den Kongresses aufgelöst und die Inhaftierung seiner politischen Gegner angeordnet. Sein bekanntester Kritiker, Senator Benigno Aquino, hatte bereits sieben Jahre im Gefängnis verbracht, als bei ihm ein Herzleiden festgestellt wurde. Er war unter falschem Vorwand wegen Mord angeklagt, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden. Aufgrund seiner Krankheit griffen die USA endlich ein. Nachdem er in den USA behandelt und geheilt wurde, kehrte Aquino zurück in die Philippinen, mit dem Ziel, Marcos Alleinherrschaft zu beenden. Die Werke und Schriften von Gandhi überzeugten ihn, dass Gewaltlosigkeit der beste Weg war, Marcos zu besiegen. Als Aquino 1983 in die Philippinen zurückkam, wurde er jedoch sofort von der Polizei erschossen. Sein Tod brachte hunderttausende Anhänger auf die Straße, die „Gerechtigkeit für alle Opfer politischer Unterdrückung und des Terrorismus des Militärs" forderten. Benignos Witwe Corazon Aquino organisierte genau einen Monat nach der Ermordung Aquinos eine Massenkundgebung vor dem Malacañang-Palast. Während die Marine in die Menge schoss, setzten 15.000 friedsame Demonstranten ihren Umzug vom Palast zur Mendiola-Brücke fort. Obwohl es hunderte Verletzte und sogar elf Tote gab, wurden diese Proteste fortgesetzt, bis Corazon für die Präsidentschaft kandidierte. Als Marcos den Wahlsieg für sich beanspruchte, rief Corazon zu landesweitem zivilen Ungehorsam auf und 1,5 Millionen Menschen reagierten mit dem „Triumph der Volksversammlung". Drei Tage später beschloss der Kongress der Vereinigten Staaten, die Wiederwahl Marcos nicht anzuerkennen und stimmte mit einer Mehrheit für eine Kürzung der militärischen Unterstützung

der Philippinen bis zum Rücktritt Marcos. Das Parlament der Philippinen annullierte die gefälschten Wahlergebnisse und erklärten Corazon zur Präsidentin.

27. Februar *An diesem Tag im Jahr 1943 begann die Gestapo der Nazis in Berlin damit, jüdische Männer, die mit nichtjüdischen Frauen verheiratet waren, und ihre männlichen Kinder zu verhaften.* Insgesamt ca. 2.000 Männer und Jungen wurden in einem jüdischen Gemeindezentrum in der Rosenstraße eingesperrt, bis sie in die Arbeitslager in der Umgebung deportiert wurden. Ihre „gemischten" Familien konnten zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht sicher sein, dass die Männer nicht dasselbe Schicksal ereilen würde wie tausende Berliner Juden, die kurz davor in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert wurden. So versammelten sich die Familienangehörigen, die sich in wachsender Zahl hauptsächlich aus Ehefrauen und Müttern zusammensetzten, täglich vor dem Gemeindezentrum und veranstalteten den einzigen größeren öffentlichen Protest deutscher Bürger während des Krieges. Die Frauen der jüdischen Inhaftierten riefen im Sprechchor: „Gebt uns unsere Männer zurück." Als die Wachen der Nazis mit Maschinengewehren in die Menge richteten, riefen sie lauthals „Mörder, Mörder, Mörder..." Aus Furcht, dass ein Blutbad an hunderten deutschen Frauen mitten in Berlin zu Unruhen in breiteren Teilen der deutschen Bevölkerung führen könnte, ordnete der nationalsozialistische Propagandaminister Joseph Goebbels die Freilassung der verheirateten männlichen Juden an. Bis zum 12. März waren bis auf 25 alle der 2.000 inhaftierten Männer freigelassen worden. Am nächsten Tag wurden jedoch alle von ihnen wieder abgeholt und in ein Arbeitslager deportiert. Das Gemeindezentrum Rosenstraße existiert heute nicht mehr, jedoch wurde in einem Park in der Nähe 1995 ein Denkmal mit dem Namen „Block der Frauen" errichtet. Die Inschriften lauten: „Die Kraft des zivilen Ungehorsams, die Kraft der Liebe, bezwingen die Gewalt der Diktatur. Gebt uns unsere Männer wieder. Frauen standen hier, Tod besiegen. Jüdische Männer waren frei."

28. Februar *An diesem Tag im Jahr 1989 hielten 5.000 Kasachen verschiedenster Herkunft das erste Treffen der Anti-Atom-Bewegung Nevada-Semipalatinsk ab, die so genannt wurde, um Solidarität zu zeigen mit der Protestbewegung in den USA gegen Atomtests an einem Standort in Nevada.* Bis zum Ende der Veranstaltung hatten sich die kasachischen Organisatoren auf einen Aktionsplan zur Beendigung der Atomtests in der Sowjetunion geeinigt und als Endziel die weltweite Abschaffung der Atomwaffen formuliert. Ihr gesamtes Programm wurde als Petition in Umlauf gebracht und erhielt in kurzer Zeit mehr als eine Million Unterschriften. Die Anti-Atom-Bewegung war erst zwei Tage davor gegründet worden, als ein Dichter und Kandidat für den Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion besorgte Bürger aufrief, sich an einer Demonstration zu beteiligen, die sich gegen Atomwaffentests in einem Testzentrum in Semipalatinsk, einem Verwaltungsbezirk im sowjetischen Kasachstan, richtete. Obwohl oberirdische Atomtests durch einen 1963 von den USA und der Sowjetunion unterzeichneten Vertrag abgeschafft worden waren, blieben unterirdische Tests zulässig und wurden weiterhin auf dem Gelände von Semipalatinsk durchgeführt. Am 12. und 17. Februar 1989 war aus der Anlage radioaktives Material ausgetreten, das eine große Gefahr für die Gesundheit der Bewohner in der dicht besiedelten Umgebung darstellte. Größtenteils in Folge der von der Nevada-Semipalatinsk-Bewegung veranstalteten Aktionen forderte der Oberste Sowjet der UdSSR am 1. August 1989 einen Stopp für alle Atomtests der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Und im August 1991 schloss der Präsident Kasachstans die Anlage von Semipalatinsk offiziell als Standort für Atomtests und öffnete sie zur Rehabilitation von

Aktivisten. Mit diesen Maßnahmen schlossen die Regierungen Kasachstans und die Sowjetunion als erste weltweit ein Atomtestgelände.

29. Februar *An diesem Schalttag im Jahr 2004 entführten die Vereinigten Staaten den Präsidenten von Haiti und enthoben ihn seines Amtes.* Dies ist ein guter Tag, um sich daran zu erinnern, dass die Behauptung, Demokratien würden keinen Krieg gegen Demokratien führen, die Praxis der US-Demokratie ignoriert, andere Demokratien anzugreifen und zu stürzen. Der US-Diplomat Luis G. Moreno traf am Morgen des 29. Februar zusammen mit bewaffneten Mitgliedern des US-Militärs den populären haitianischen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide in seiner Residenz. Laut Moreno war Aristides Leben von haitianischen Gegnern bedroht worden, so dass er Zuflucht suchte. Aristides Erinnerung an jenen Morgen widersprach dem gewaltig. Aristide behauptete, dass er und seine Frau im Rahmen eines Putsches, der die Macht für von den USA unterstützten Gruppen sicherte, entführt worden waren. Aristide wurde nach Afrika verbannt und versuchte, viele US-afro-amerikanische politische Persönlichkeiten zu kontaktieren. Maxine Waters, eine Kongressabgeordnete aus Kalifornien, bestätigte Aristides Behauptung, dass „die Welt wissen müsse, dass es ein Coup war. Ich wurde entführt. Ich wurde ausgestoßen. So geschah es. Ich bin nicht zurückgetreten. Ich bin nicht freiwillig gegangen. Ich wurde gezwungen, abzutreten.“ Randall Robinson, ein weiterer ehemaliger Leiter der Organisation TransAfrica, die sich für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzt, bestätigte, dass „ein demokratisch gewählter Präsident“ von den Vereinigten Staaten „im Auftrag eines [von den USA] veranlassten Putsches entführt worden sei“, und fügte hinzu: „Es sei beängstigend, dass so etwas möglich sei.“ Einwände gegen die Handlungen der USA, über die der Congressional Black Caucus berichtete, und haitianische Vertreter in den USA führten drei Jahre später zur endgültigen Befreiung von Präsident Aristide sowie zur Anerkennung des Verbrechens, das von den Vereinigten Staaten begangen wurde.

1. März *Tag des atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik, auch bekannt als Bikini-Tag*. Dieser Tag erinnert an den Abwurf einer US-amerikanischen thermonuklearen Wasserstoffbombe namens „Bravo“ im Bikini-Atoll in Mikronesien im Jahr 1954. 1946 fragte ein Militäroffizier, der die US-Regierung vertrat, das Volk von Bikini, ob es bereit sei, sein Atoll „vorübergehend“ zu verlassen, damit die Vereinigten Staaten mit dem Testen von Atombomben zum „Wohle der Menschheit und zur Beendigung aller Weltkriege“ beginnen könnten. Die Menschen können seither wegen der verbleibenden radioaktiven Verstrahlung nicht in ihre Heimat zurückkehren. Seit 1954 klafft ein 56 Meter tiefes Loch mit einem Durchmesser von 1400 Metern im dortigen Ozeanboden. Dabei wurden die Korallenriffe pulverisiert und zusammen mit großen Wassermengen aus dem Ozean hochgeschossen. Die Strahlungswerte in den bewohnten Atollen Rongerik, Ujelang und Likiep stiegen ebenfalls dramatisch an. Die US-Marine schickte erst drei Tage nach der Explosion Schiffe, um die Bevölkerung von Rongelap und Utirik zu evakuieren. Die Menschen auf den Marshallinseln sowie den nahegelegenen Orten im Pazifik wurden im Wesentlichen als menschliche Versuchskaninchen eingesetzt bei einem unmenschlichen Versuch der USA, auf dem Atomwaffengebiet als Vorherrscher anerkannt zu werden. Der Tag des atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifiks ist ein Tag, an dem daran erinnert wird, dass die kolonialistische Denkweise, durch die die oben genannte Gräueltat ermöglicht wurde und die sie in vielerlei Hinsicht gefördert hat, auch heute noch existiert, da der Pazifik weder atomwaffenfrei noch unabhängig ist. Dies ist ein guter Tag für den Widerstand gegen Atomwaffen.

2. März *An diesem Tag im Jahr 1955, Monate vor Rosa Parks, wurde die Teenagerin Claudette Colvin in Montgomery, Alabama, verhaftet, weil sie sich weigerte, einem Weißen ihren Sitzplatz im Bus zu überlassen.* Colvin ist eine Vorkämpferin der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Am 2. März 1955 fuhr Colvin in einem Stadtbus von der Schule nach Hause, als ein Busfahrer sie anwies, einem weißen Fahrgast ihren Sitzplatz zu überlassen. Colvin weigerte sich und sagte: „Ich habe ein Grundrecht, hier zu sitzen, genauso wie diese Dame. Ich habe mein Ticket bezahlt, daher ist das auch mein Grundrecht." Sie war entschlossen, sich durchzusetzen. „Es hat sich angefühlt, als würde Sojourner Truth auf die eine Schulter drücken und Harriet Tubman auf die andere — als würden sie mir sagen: ‚Bleib sitzen, Mädchen!'. Ich klebte an meinem Sitzplatz", sagte sie der *Newsweek*. Colvin wurde wegen mehrerer Delikte verhaftet, unter anderem wegen eines Verstoßes gegen die Rassentrennungsgesetze der Stadt. Die National Association for the Advancement of Colored People [Nationale Organisation für die Förderung farbiger Menschen] zog kurz in Erwägung, Colvins Fall zur Anfechtung der Rassentrennungsgesetze heranzuziehen, entschied sich jedoch aufgrund ihres Alters dagegen. Ein Großteil dessen, was über Bürgerrechte in Montgomery geschrieben wurde, konzentrierte sich auf die Verhaftung von Rosa Parks, einer anderen Frau, die sich neun Monate nach Colvin weigerte, ihren Sitz im Bus zu räumen. Während Parks als Bürgerrechtsheldin gefeiert wird, wird die Geschichte von Claudette Colvin kaum beachtet. Auch wenn ihre Rolle im Kampf für ein Ende der Rassentrennung in Montgomery vielleicht nicht allgemein anerkannt wird, hat Colvin dazu beigetragen, die Bürgerrechtsbemühungen in der Stadt voranzutreiben.

3. März *An diesem Tag im Jahr 1863 wurde das erste amerikanische Wehrpflichtgesetz verabschiedet. Es enthielt eine Klausel, die eine Ausnahmegenehmigung gegen Entrichtung einer Gebühr von 300 Dollar zuließ.* Während des Bürgerkriegs verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz, das zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten die Einmusterung von US-Bürgern zur Folge hatte. Im Rahmen des Gesetzes sollen bis zum 1. April alle männlichen Bürger zwischen 20 und 45 Jahren, einschließlich einbürgerungsfähiger Ausländer, zum Wehrdienst eingemustert werden. Ausgenommen wurden jene, die sich aus deren Verpflichtung gegen eine Gebühr von 300 Dollar befreien oder eine angemessene Ersatzperson finden konnten. Diese Klausel führte zu den sogenannten Einberufungskrawallen in New York City, wo Demonstranten darüber empört waren, dass Ausnahmen im Endeffekt nur den reichsten US-Bürgern gewährt wurden, da es sich kein armer Mann leisten konnte, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Obwohl im Bürgerkrieg zum ersten Mal eine Einmusterungspflicht von US-Bürgern zum Wehrdienst eingeführt wurde, verlangte ein 1792 vom Kongress verabschiedetes Gesetz, dass alle diensttüchtigen männlichen Staatsbürger eine Waffe zu kaufen und sich deren örtlicher Staatsmiliz anzuschließen hätten. Es gab keine Strafe für die Nichteinhaltung dieses Gesetzes. Der Kongress verabschiedete während des Krieges von 1812 ein Wehrpflichtgesetz, doch der Krieg endete, ehe dieses in Kraft treten konnte. Während des Bürgerkrieges erließ die Regierung der Konföderierten Staaten von Amerika ebenfalls ein Wehrpflichtgesetz. Die USA haben während des Ersten Weltkrieges, im Jahr 1940, um sich auf den zweiten Weltkrieg vorzubereiten, und während des Koreakriegs erneut die Wehrpflicht eingeführt. Die letzte Einberufung zum US-Militär fand während des Vietnamkrieges statt.

4. März *An diesem Tag im Jahr 1969 wurde die Union of Concerned Scientists [Vereinigung besorgter Wissenschaftler, UCS] gegründet.* Die UCS ist eine von Wissenschaftlern und

Studenten am Massachusetts Institute of Technology gegründete gemeinnützige Interessenvertretung. In jenem Jahr war der Vietnamkrieg auf dem Höhepunkt, und der stark verschmutzte Fluss Cuyahoga in Cleveland war in Brand geraten. Entsetzt darüber, wie die US-Regierung die Wissenschaft sowohl für den Krieg als auch für die Umweltzerstörung missbrauchte, verfassten die UCS-Gründer eine Erklärung, in der sie dazu aufriefen, die wissenschaftliche Forschung weg von militärischen Technologien und hin zur Lösung drängender ökologischer und sozialer Probleme zu lenken. Im Gründungsdokument der Organisation heißt es, dass sie gegründet wurde, um „eine kritische und kontinuierliche Untersuchung der Regierungspolitik in Bereichen einzuleiten, in denen Wissenschaft und Technologie von tatsächlicher oder potenzieller Bedeutung sind", und um „Mittel und Wege zu finden, um Forschungsanwendungen weg von der gegenwärtigen Betonung auf die Militärtechnologie hin zur Lösung drängender ökologischer und sozialer Probleme zu lenken." Die Organisation beschäftigt Wissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler und Ingenieure, die sich mit Umwelt- und Sicherheitsfragen befassen, sowie leitende und unterstützende Mitarbeiter. Darüber hinaus konzentriert sich die UCS auf saubere Energie und sichere und umweltfreundliche landwirtschaftliche Praktiken. Die Organisation setzt sich auch stark für die Reduzierung von Atomwaffen ein. Die UCS half, den US-Senat dazu zu drängen, den neuen Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen (New START) zur Reduzierung der amerikanischen und russischen Atomwaffenbestände zu verabschieden. Durch diese Reduzierungen wurden die übergroßen Atomwaffenarsenale beider Länder abgebaut. Es haben sich viele weitere Organisationen dieser Arbeit angeschlossen, und es gibt noch viel mehr davon zu tun.

5. März *An diesem Tag im Jahr 1970 trat ein Atomwaffensperrvertrag in Kraft, nachdem ihn 43 Nationen ratifiziert hatten.* Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV), allgemein bekannt als Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT), ist ein internationaler Vertrag mit dem Ziel, die Verbreitung von Atomwaffen und -waffentechnologie zu verhindern und die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu fördern. Darüber hinaus zielt der Vertrag darauf ab, das letztendliche Ziel der atomaren Abrüstung und der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu erreichen. Der Vertrag trat 1970 offiziell in Kraft. Am 11. Mai 1995 wurde der Vertrag auf unbefristete Zeit verlängert. Dem NVV sind mehr Länder beigetreten als jedem anderen Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsabkommen, was die Bedeutung des Vertrags belegt. Insgesamt 191 Staaten sind dem Vertrag beigetreten. Indien, Israel, Pakistan und der Südsudan, vier Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, sind dem NVV nie beigetreten. Der Vertrag erkennt die Vereinigten Staaten, Russland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und China als fünf Atomwaffenstaaten an. Vier weitere Staaten sind bekanntermaßen im Besitz von Atomwaffen: Indien, Nordkorea und Pakistan, die dies zugegeben haben, und Israel, das sich weigert, darüber zu sprechen. Die nuklearen Vertragsstaaten sind verpflichtet, „Verhandlungen in gutem Glauben über wirksame Maßnahmen zur frühzeitigen Beendigung des atomaren Wettrüstens und zur atomaren Abrüstung" zu führen. Ihr Versäumnis, dies zu tun, hat dazu geführt, dass die Nichtatomwaffenstaaten einen neuen Vertrag über das Verbot von Atomwaffen anstreben. Die hohe Hürde, wenn ein solcher neuer Vertrag zustande kommt, wird darin bestehen, die Atomstaaten davon zu überzeugen, ihn zu ratifizieren.

6. März *An diesem Tag im Jahr 1967 wurde Muhammad Ali auf Anordnung des*

Musterungsdienstes in das US-Militär eingezogen. Er verweigerte dies mit der Begründung, dass seine religiösen Überzeugungen ihm verbieten, zu töten. Nach seinem Übertritt zum Islam im Jahr 1964 änderte Cassius Marcellus Clay, Jr. seinen Namen in Muhammad Ali. Er würde dreimaliger Weltmeister im Boxen werden. Während des US-Krieges gegen Vietnam im Jahr 1967 weigerte sich Ali, in die Armee einzutreten. Wegen seiner Verweigerung wurde Muhammad Ali wegen Wehrdienstverweigerung zu fünf Jahren Haft verurteilt. Außerdem wurde er mit einer Geldstrafe von zehntausend Dollar belegt und erhielt ein dreijähriges Boxverbot. Ali gelang es, der Gefängnisstrafe zu entgehen, aber er kehrte erst im Oktober 1970 in den Boxring zurück. Während der gesamten Zeit, in der Ali mit einem Boxverbot belegt war, brachte er weiterhin seinen Widerstand gegen den Krieg in Vietnam zum Ausdruck und bereitete sich gleichzeitig auf seine Rückkehr in den Sport 1970 vor. Er sah sich in der Öffentlichkeit heftiger Kritik ausgesetzt, weil er sich so offen gegen den Krieg stellte, doch er blieb seiner Überzeugung treu, dass es falsch war, das vietnamesische Volk anzugreifen, wenn die Afroamerikaner in seinem eigenen Land täglich so schlecht behandelt wurden. Obwohl Ali für seine Kraft und sein Talent im Zusammenhang mit dem Boxen im Ring bekannt war, war er kein unbedachter Befürworter von Gewalt. Er nahm in einer Zeit, in der es gefährlich und verpönt war, eine Haltung für den Frieden ein.

7. März *Im Jahr 1988 wurde an diesem Tag berichtet, dass die Abteilung Atlanta des Bezirksgerichts der Vereinigten Staaten entschied, dass eine Friedensgruppe den gleichen Zugang zu Schülern an Karrieretagen in Highschools haben muss wie Militäranwerber.* Das am 4. März 1988 erlassene Urteil war die Reaktion auf einen von der Atlanta Peace Alliance (APA) vorgebrachten Fall, in dem behauptet wurde, die Atlanta-Schulbehörde habe die Rechte des Ersten und Vierzehnten Verfassungszusatzes verletzt, indem er APA-Mitgliedern die Erlaubnis verweigerte, Schülern an öffentlichen Schulen in Atlanta Informationen über Bildungs- und Karrieremöglichkeiten im Zusammenhang mit dem Frieden zu präsentieren. Die APA wollte die gleiche Möglichkeit wie Militäranwerber, ihre Literatur an Schwarzen Brettern in Schulen und in Schulberatungsbüros zu platzieren und an Karrieretagen und Jugendmotivationstagen teilzunehmen. Am 13. August 1986 entschied das Gericht zugunsten des APA und wies die Schulbehörde an, dem APA die gleichen Möglichkeiten einzuräumen, wie sie den Militäranwerbern geboten werden. Die Schulbehörde reichte jedoch Widerspruch ein, dem am 17. April 1987 stattgegeben wurde. Der Fall wurde im Oktober 1987 verhandelt. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass die APA ein Recht auf Gleichbehandlung habe, und ordnete an, dass die Schulbehörde den Schülern an öffentlichen Highschools in Atlanta gleiche Möglichkeiten bietet, Informationen über Karrieren in der Friedensarbeit und über den Militärdienst zu vermitteln, indem er Literatur an Schwarzen Brettern und in Schulberatungsbüros aushängt. Außerdem entschied es, dass die APA berechtigt sei, an Karrieretagen teilzunehmen, und dass Richtlinien und Vorschriften, die Kritik an anderen Beschäftigungsmöglichkeiten verbieten und Redner ausschließen, deren Hauptschwerpunkt darin besteht, von der Teilnahme in einem bestimmten Bereich abzuschrecken, nichtig sind, weil sie die Rechte des Ersten Zusatzes zur Verfassung verletzen.

8. März *An diesem Tag im Jahr 1965, in dem Urteil die Vereinigten Staaten gegen Seeger, erweiterte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die Grundlage für die Befreiung vom Militärdienst als Kriegsdienstverweigerer.* Die Klage wurde von drei Personen erhoben, die behaupteten, dass ihnen der Status als Kriegsdienstverweigerer verwehrt wurde, weil sie keiner anerkannten Religionsgemeinschaft angehörten. Die Ablehnungen beruhten auf den Vorschriften des Universal Military Training and Service Act (Wehrpflichtgesetz). Diese Vorschriften besagen, dass Einzelpersonen vom Militärdienst befreit werden können, wenn „ihre religiösen Überzeugungen oder religiöse Bildung einer Teilnahme am Krieg oder dem Militärdienst entgegensteht". Religiöse Überzeugung wurde als Glaube an ein „höheres Wesen" interpretiert. Die Auslegung von religiösen Überzeugungen hing daher von der Definition des „höheren Wesens" ab. Anstatt die Vorschriften zu ändern, entschied sich das Gericht, die Definition des „höheren Wesens" zu erweitern. Das Gericht entschied, dass „höheres Wesen" als „das Konzept einer Macht oder eines Wesens oder als ein Glaube, dem alles andere untergeordnet ist oder von dem alles andere letztendlich abhängig ist", interpretiert werden soll. Das Gericht entschied daher, dass „der Status als Kriegsdienstverweigerer nicht nur denjenigen vorbehalten sein soll, die Konformität mit den Moralvorgaben eines höheren Wesens beanspruchen, sondern auch für diejenigen gelten soll, deren Meinungen gegenüber Krieg von einem bedeutungsvollen und aufrichtigen Glauben herrühren, der in dem Leben dieser Gläubigen einen Platz einnimmt, der dem entspricht, den der Gott derer einnimmt", die in der Regel befreit worden waren. Die erweiterte Definition des Begriffs wurde auch verwendet, um religiöse Überzeugungen von politischen, sozialen oder philosophischen Überzeugungen zu unterscheiden, die nach wie vor nicht zur Verwendung bei Entscheidungen über Kriegsdienstverweigerung erlaubt sind.

9. März *An diesem Tag im Jahr 1945 bombardierten die Vereinigten Staaten Tokio.* Die Napalmbomben *töteten schätzungsweise 100.000 japanische Zivilisten, verletzten eine Million Menschen, zerstörten Häuser und brachten sogar die Flüsse in Tokio zum Kochen. Dies gilt als tödlichster Angriff in der Geschichte des Kriegs. Die Bombardierung Tokios wurde gefolgt von* Atomangriffen, die Hiroshima und Nagasaki zerstörten und als Vergeltung für den japanischen Angriff auf die Militärbasis Pearl Harbor galten. Historiker fanden später heraus, dass die Vereinigten Staaten nicht nur von der Möglichkeit eines Angriffs auf Pearl Harbor wussten, sondern diesen provoziert hatten. Nachdem die Vereinigten Staaten Hawaii im Jahr 1893 einnahmen, begann der Bau eines US-Marinestützpunkts in Pearl Harbor. Die Vereinigten Staaten bauten nach dem 1. Weltkrieg einen Teil ihres Vermögens mithilfe von Waffenlieferungen an zahlreiche Nationen und durch den Bau von Stützpunkten in sogar noch mehr Nationen auf. Bis 1941 trainierten die Vereinigten Staaten die chinesische Luftwaffe, während sie sie mit Waffen, Kampfflugzeugen und Bombenflugzeugen belieferten. Die Einstellung der Waffenlieferungen an Japan während des Aufbaus des chinesischen Militärs war ein Teil der Strategie, die Japan aufbrachte. Die Drohung einer Einmischung der Vereinigten Staaten im Pazifik verstärkte sich, bis der US-Botschafter in Japan von einem möglichen Angriff auf Pearl Harbor hörte und seine Regierung elf Monate vor dem japanischen Angriff über diese Möglichkeit informierte. Der Militarismus gewann in den Vereinigten Staaten an Beliebtheit, als er zunahm und durch das Finden und Finanzieren von Kriegen Arbeitsplätze für Amerikaner schuf. Mehr als 405.000 US-Soldaten starben und mehr als 607.000 wurden während des 2. Weltkriegs verwundet – nur ein Bruchteil der mindestens 60 Millionen gesamten Todesopfer. Trotz dieser Statistik wuchs das Kriegsministerium und wurde im Jahr 1948 in Verteidigungsministerium umbenannt.

10. März *An diesem Tag im Jahr 1987 erkannten die Vereinten Nationen Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht an.* Kriegsdienstverweigerung ist definiert als eine Verweigerung des Dienstes an der Waffe in Militärkonflikten oder des Dienens in den Streitkräften aufgrund von moralischen oder religiösen Gründen. Diese Anerkennung etablierte dieses Recht als Teil der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit jeder Person. Die UN-Menschenrechtskommission empfahl auch Nationen mit einem Wehrpflichtsystem, „die Einführung verschiedener Formen von alternativen Diensten für Kriegsdienstverweigerer zu erwägen, die mit den Gründen für die Kriegsdienstverweigerung vereinbar sind, wobei die diesbezüglichen Erfahrungen einiger Staaten zu berücksichtigen sind, und es zu unterlassen, solche Personen inhaftieren zu lassen". Die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung ermöglicht es theoretisch denjenigen, die Krieg als falsch und unmoralisch ansehen, sich zu weigern, daran teilzunehmen. Die Umsetzung dieses Rechts ist noch in Arbeit. In den Vereinigten Staaten muss ein Mitglied des Militärs, das ein Kriegsdienstverweigerer wird, das Militär überzeugen, dem zuzustimmen. Eine Verweigerung des Dienstes in einem bestimmten Krieg ist niemals erlaubt; man kann nur den Dienst in allen Kriegen verweigern. Doch das Bewusstsein über die Bedeutung dieses Rechts sowie die Wertschätzung desselben nimmt zu. Es gibt Denkmäler auf der ganzen Welt, die zu Ehren von Kriegsdienstverweigerern errichtet wurden, und einen Feiertag, der auf den 15. Mai festgelegt wurde. US-Präsident John F. Kennedy betonte die Bedeutung dessen, als er diese Worte an einen Freund schrieb: „Krieg wird es bis zu jenem fernen Tag geben, an dem der Kriegsdienstverweigerer das gleiche Ansehen und Prestige genießt wie der Krieger heute".

11. März *An diesem Tag im Jahr 2004 wurden 191 Menschen durch Bomben der Al-Qaida in Madrid, Spanien getötet*. Am Morgen des 11. März 2004 erlebte Spanien den tödlichsten Terroranschlag oder Nicht-Kriegsangriff seiner jüngsten Geschichte. 191 Menschen wurden getötet und mehr als 1.800 verletzt, als ungefähr zehn Bomben in vier Nahverkehrszügen und drei Bahnhöfen in der Nähe von Madrid explodierten. Die Explosionen wurden durch selbstgebaute, unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen verursacht. Zunächst ging man davon aus, dass die Bomben das Werk von ETA, einer baskischen Separatistengruppe, waren, die von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union als Terrorgruppe eingestuft wird. Die Gruppe bestritt jedoch vehement die Verantwortung für die Bombenanschläge auf die Züge. Einige Tage nach der Explosion bekannte sich die Terrorgruppe Al-Qaida mithilfe einer Videonachricht zu den Anschlägen. Viele in Spanien sowie zahlreiche Länder auf der ganzen Welt sahen die Anschläge als Vergeltung für Spaniens Beteiligung am Irakkrieg. Die Anschläge fanden auch zwei Tage vor einer großen spanischen Wahl statt, bei der die gegen den Krieg eingestellten Sozialisten, angeführt von Premierminister Jose Rodriguez, an die Macht kamen. Rodriguez stellte sicher, dass alle spanischen Truppen aus dem Irak abgezogen wurden, wobei die letzten das Land im Mai 2004 verließen. Zum Gedenken an die Opfer dieses schrecklichen Anschlags wurde ein Gedenkwald am El Retiro Park in Madrid gepflanzt, in der Nähe einer der Bahnhöfe, wo sich die erste Explosion ereignete. Dies ist ein guter Tag, um zu versuchen, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen.

12. März *An diesem Tag im Jahr 1930 begann Gandhi den Salzmarsch.* Großbritanniens Salt Act (Salzgesetz) hinderte die Inder an der Gewinnung und dem Verkauf von Salz, einem Mineral,

das ein Hauptbestandteil ihrer täglichen Ernährung war. Die Bürger Indiens mussten das Salz direkt von den Briten kaufen, die nicht nur die Salzindustrie monopolisierten, sondern auch noch eine hohe Steuer erhoben. Der Unabhängigkeitsführer Mohandas Gandhi sah in dem Widerstand gegen das Salzmonopol einen Weg für die Inder, das britische Gesetz gewaltfrei zu brechen. Am 12. März machte sich Gandhi mit 78 Anhängern von Sabarmati aus auf und marschierte bis zu der Stadt Dandi am Arabischen Meer, wo die Gruppe ihr eigenes Salz aus Salzwasser herstellte. Der Marsch war ungefähr 388 km lang und auf dem Weg gewann Gandhi Tausende von Anhängern. In ganz Indien kam es zu Fällen zivilen Ungehorsams und mehr als 60.000 Inder wurden verhaftet, darunter auch Gandhi selbst am 21. Mai. Der massenhafte zivile Ungehorsam dauerte an. Im Januar 1931 wurde Gandhi aus dem Gefängnis entlassen. Er traf sich mit Lord Irwin, dem Vizekönig von Indien, und erklärte sich bereit, die Aktionen zu beenden, wenn er im Gegenzug als Verhandler in London an einer Konferenz über die Zukunft Indiens teilnehmen dürfe. Das Treffen brachte nicht das Ergebnis, das Gandhi sich erhofft hatte, aber die britische Führung erkannte, dass Gandhi großen Einfluss auf das indische Volk hatte und nicht so leicht gestoppt werden konnte. Tatsächlich setzte die gewaltfreie Widerstandsbewegung zur Befreiung Indiens ihre Aktivitäten fort, bis die Briten aufgaben und 1947 die Unabhängigkeit Indiens verkündet wurde.

13. März *An diesem Tag wurden im Jahr 1968 unweit des Dugway Proving Grounds der US-Armee in Utah Nervengaswolken freigesetzt und 6400 Schafe im nahe gelegenen Skull Valley vergiftet.* Der Dugway Proving Ground wurde in den 1940er Jahren errichtet, um dem Militär einen abgelegenen Ort für die Durchführung von Waffentests zu bieten. Einige Tage vor dem Vorfall war ein mit Nervengas beladenes Flugzeug der Armee über die Wüste von Utah geflogen. Das Flugzeug hatte die Aufgabe, das Gas über einem abgelegenen Teil der Wüste zu versprühen. Dieser Test war ein kleiner Teil der laufenden Forschung zu chemischen und biologischen Waffen in Dugway. Das getestete Nervengas war als VX bekannt, eine Substanz, die dreimal so giftig ist wie Sarin. Tatsächlich könnte ein einziger Tropfen VX einen Menschen in ungefähr 10 Minuten töten. Am Tag des Tests war die Düse, mit der das Nervengas versprüht wurde, defekt, weswegen das Flugzeug beim Aufstieg in größere Höhen weiter VX freisetzte. Starke Winde trugen das Gas nach Skull Valley, wo Tausende von Schafen weideten. Die Regierungsbeamten sind sich nicht einig über die genaue Anzahl der verstorbenen Schafe, sie liegt irgendwo zwischen 3500 und 6400. Nach dem Vorfall versicherte die Armee der Öffentlichkeit, dass der Tod so vieler Schafe unmöglich durch ein paar Tropfen VX verursacht worden sein konnte, die in so weiter Entfernung versprüht worden waren. Viele Amerikaner waren von diesem Vorfall, der Armee und ihrem rücksichtslosen Einsatz von Massenvernichtungswaffen äußerst empört.

14. März *An diesem Tag wurde im Jahr 1879 Albert Einstein geboren.* Einstein, einer der kreativsten Köpfe der Menschheitsgeschichte, wurde in Ulm, Deutschland, geboren. Er absolvierte einen Großteil seiner Ausbildung in der Schweiz, wo er sein Studium als Lehrer für Physik und Mathematik abschloss. Als er 1901 sein Diplom erhielt, konnte er keine Lehrstelle finden und nahm eine Stelle als technischer Experte beim Schweizer Patentamt an. An einem Großteil seiner bekanntesten Werke arbeitete er in seiner Freizeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte Einstein eine wichtige Rolle in der Weltföderalistenbewegung. Ihm wurde die Präsidentschaft des Staates Israel angeboten, aber er lehnte dieses Angebot ab. Seine wichtigsten Werke sind *Zur Elektrodynamik bewegter Körper, Über die spezielle und die allgemeine*

Relativitätstheorie, Die Grundlage der allgemeinen Relativitätstheorie, Warum Krieg? und *Mein Weltbild.* Einsteins wissenschaftliche Arbeiten halfen anderen Wissenschaftlern zwar bei der Entwicklung der Atombombe, er selbst war aber nicht an der Herstellung der auf Japan abgeworfenen Atombomben beteiligt und verurteilte später den Einsatz aller Atomwaffen. Obwohl er bis an sein Lebensende ein Verfechter des Pazifismus blieb, wandte er sich im Namen einer Gruppe von Wissenschaftlern an Präsident Franklin D. Roosevelt. Die Wissenschaftler zeigten sich besorgt über Amerikas mangelnde Aktivität im Bereich der Atomwaffenforschung und die mögliche Entwicklung einer Atombombe in Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg sprach sich Einstein für die Bildung einer Weltregierung aus, die die Kerntechnik überwachen und künftige bewaffnete Konflikte verhindern sollte. Er plädierte auch für eine allgemeine Kriegsdienstverweigerung. Er starb 1955 in Princeton, New Jersey.

15. März *An diesem Tag im Jahr 1970 wurden 78 indianische Aktivisten festgenommen, als diese versuchten, Fort Lawton zu besetzen, und die Stadt Seattle aufforderten, den Indianern das ungenutzte Land zurückzugeben.* Die Bewegung wurde von der Gruppe „United Indians of All Tribes“ (dt. „Vereinigte Indianer aller Stämme“) unter Bernie Whitebear ins Leben gerufen. Die Aktivisten besetzten Fort Lawton, einen 445 Hektar großen Militärstützpunkt im Stadtteil Magnolia in Seattle, und reagierten damit auf die zunehmend verfallenden Indianerreservate sowie auf die Opposition und die Herausforderungen, denen sich die wachsende städtische, indianische Bevölkerung in Seattle gegenübersah. In den 1950er Jahren wurden von der US-Regierung Umsiedlungsprogramme eingerichtet, im Zuge derer Tausende von Indianern in verschiedene Städte gebracht wurden, wo man ihnen bessere Beschäftigungs- und Bildungschancen in Aussicht stellte. In den späten sechziger Jahren war sich die Stadt Seattle des „Problems“ der städtischen Indianer bereits einigermaßen bewusst, doch die indianische Bevölkerung wurde von der Politik in Seattle immer noch sehr schlecht vertreten und war frustriert über die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Stadt. Inspiriert von Bewegungen wie Black Power beschloss Whitebear, einen Angriff auf Fort Lawton zu organisieren. Die Aktivisten standen dem mit Schutzausrüstung ausgestatteten 392. Bataillon der Militärpolizei gegenüber. Die anwesenden Indianer waren mit Sandwiches, Schlafsäcken und Kochutensilien „bewaffnet“. Die Indianer drangen von allen Seiten in den Stützpunkt vor, die große Konfrontation fand aber im Randbereich des Stützpunkts statt, wo ein Aufgebot von 40 Soldaten eintraf und begann, Menschen ins Gefängnis zu verfrachten. 1973 übergab das Militär einen Großteil des Landes aber nicht an die Indianer, sondern an die Stadt, wo es schließlich zum Discovery Park wurde.

16. März *An diesem Tag wurde im Jahr 1921 War Resisters' International (WRI), die Internationale der KriegsdienstgegnerInnen, gegründet.* Die WRI ist ein antimilitaristisches und pazifistisches Netzwerk und hat mit über 80 angeschlossenen Gruppen in 40 Ländern großen internationalen Einfluss. Mehrere Gründer dieser Organisation waren Kriegsgegner des Ersten Weltkriegs, darunter der erste Sekretär der WRI, Herbert Brown, der in Großbritannien als Kriegsdienstverweigerer eine zweieinhalbjährige Haftstrafe verbüßte. Die US-amerikanische Sektion der WRI, die War Resisters League (WRL), wurde 1923 offiziell gegründet. Die WRI mit ihrem Hauptsitz in London vertritt die Ansicht, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und dass alle Kriege, unabhängig von ihrer Absicht, nur den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Regierungen dienen. Außerdem führen alle Kriege zu enormer Umweltzerstörung sowie Leid und Tod und etablieren schließlich wieder nur neue Macht- und Herrschaftsstrukturen. Ziel der Organisation ist es, Kriege mit Hilfe von gewaltfreien

Kampagnen, an denen lokale Gruppen und Einzelpersonen beteiligt sind, zu beenden. Die Arbeit der WRI umfasst drei Hauptprogramme: das Programm für Gewaltfreiheit, das aktiven Widerstand und Nichtkooperation fördert, das Programm „Das Recht, das Töten zu verweigern", das Kriegsdienstverweigerer unterstützt und den Militärdienst sowie die Rekrutierung kontrolliert, und schließlich das Programm „Gegen die Militarisierung der Jugend", mit dem versucht wird, herauszufinden und zu kritisieren, wie militärische Werte und Moralvorstellungen verherrlicht und der Jugend der Welt gegenüber als anständig, normal oder unvermeidlich präsentiert werden.

17. März *An diesem Tag fand im Jahr 1968 der größte britische Protestmarsch gegen den Vietnamkrieg statt, an dem 25.00 Menschen versuchten, die amerikanische Botschaft am Grosvenor Square in London zu stürmen.* Die Veranstaltung hatte relativ friedlich und organisiert begonnen. Rund 80.000 Menschen hatten sich versammelt, um gegen die Militäraktion der Vereinigten Staaten in Vietnam und die Unterstützung Großbritanniens für die USA zu protestieren. Vor der US-Botschaft hatten Hunderte von Polizisten Stellung bezogen. Nur die Schauspielerin und Antikriegsaktivistin Vanessa Redgrave und ihre drei Unterstützer durften die Botschaft betreten, um einen Protestbrief zu übergeben. Auf der Straße wurden die Demonstranten daran gehindert, die Botschaft zu betreten. Sie weigerten sich jedoch zurückzuweichen und warfen Steine, Feuerwerkskörper und Rauchbomben auf die Polizisten. Manche Augenzeugen gaben an, dass die Demonstranten gewalttätig wurden, nachdem „Skinheads" anfingen, ihnen gegenüber kriegsbefürwortende Slogans zu skandieren. Ungefähr vier Stunden später waren circa 300 Menschen verhaftet und 75 Menschen ins Krankenhaus eingeliefert worden, darunter circa 25 Polizeibeamte. Frontsänger und Mitbegründer der legendären Rockband *The Rolling Stones*, Mick Jagger, war einer der Demonstranten auf dem Grosvenor Square an diesem Tag und manche glaubten, dass die Ereignisse ihn dazu inspirierten, die Lieder *Street*, *Fighting Man* und *Sympathy for the Devil* zu schreiben. In den nächsten Jahren kam es noch zu einigen Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, aber in London war keine so groß wie die vom 17. März. Größere Demonstrationen folgten in den USA und die letzten US-Truppen zogen im Jahre 1973 endlich aus Vietnam ab.

18. März *An diesem Tag begann 1644 der dritte Englische Powhatankrieg.* Die Englischen Powhatankriege waren eine Reihe von drei Kriegen zwischen dem Indianerstamm der Powhatan-Konföderation und den englischen Siedlern in Virginia in Nordamerika. Für etwa zwölf Jahre nach dem Ende des zweiten Krieges herrschte zwischen den amerikanischen Ureinwohnern und den Kolonialisten Frieden. Allerdings unternahmen die Krieger der Powhatan am 18. März 1644 einen letzten Versuch, ihr Land von den englischen Siedlern ein für alle Mal zu befreien . Die amerikanischen Ureinwohner wurden von Häuptling Opechancanough angeführt, ihr Oberhaupt und jüngerer Bruder von Häuptling Powhatan, der die Powhatan-Konföderation gegründet hatte. Bei dem ersten Angriff wurden rund 500 Kolonialisten getötet. Jedoch war diese Zahl im Vergleich zu dem Angriff im Jahr 1622, bei dem rund ein Drittel der Kolonialistenbevölkerung ums Leben gekommen war, relativ gering. Monate nach dem Angriff nahmen die Engländer Opechancanough gefangen, der zu der Zeit zwischen 90 und 100 Jahre alt war, und brachten ihn nach Jamestown. Dort wurde er von einem Soldaten, der sich entschied die Sache selbst in die Hand zu nehmen, in den Rücken geschossen. Später schlossen die Engländer und Necotowance, der Nachfolger von Opechancanough, Abkommen ab. Diese Abkommen verkleinerten das Gebiet der Powhatan erheblich und beschränkten es auf sehr kleine Reservate in Gebieten

nördlich des Flusses York. Die Abkommen erfüllten ihren Zweck, die amerikanischen Ureinwohner von Überfällen auf die europäischen Kolonialisten abzuhalten. Diese konnten so das Land besiedeln, bevor sie sich schließlich weiter ausbreiteten und weiterzogen.

19. März *An diesem Tag griffen die USA im Jahr 2003 zusammen mit ihren Koalitionsstreitkräften den Irak an.* US-Präsident George W. Bush sagte in einer Fernsehansprache, dass es das Ziel des Krieges sei, „den Irak zu entwaffnen, seine Bevölkerung zu befreien und die Welt vor einer ernsten Gefahr zu verteidigen.“ Bush und seine Verbündeten auf Seiten der Republikaner und Demokraten rechtfertigten den Irak-Krieg oft mit der falschen Behauptung, dass der Irak Atom-, Chemie- und Biowaffen besäße und dass das Land mit Al-Qaida verbündet sei. Dies überzeugte die Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung, dass der Irak-Krieg mit den Verbrechen des 11. Septembers 2001 in Verbindung stand. Den am wissenschaftlich anerkanntesten Zahlen zufolge kamen bei dem Krieg 1,4 Millionen Iraker und Irakerinnen ums Leben, 4,2 Millionen erlitten Verletzungen und 4,5 Millionen Menschen wurden zu Geflüchteten. Die 1,4 Millionen Todesfälle entsprachen 5 % der Bevölkerung. Während des Einmarsches kam es zu 29.200 Luftangriffen gefolgt von 3.900 weiteren in den nächsten acht Jahren. Das US-Militär nahm dabei Zivilisten, Journalisten, Krankenhäuser und Krankenwägen ins Visier. Es verwendete Streubomben, Phosphorbomben, abgereichertes Uran und eine neue Art von Napalm in städtischen Gebieten. Geburtsfehler, Krebsraten und Kindersterblichkeit stiegen sprunghaft an. Wasserspeicher, Kläranlagen, Krankenhäuser, Brücken und Elektrizitätskraftwerke wurden zerstört und nicht wieder aufgebaut. Über Jahre hinweg begünstigten die Besatzungsmächte ethnische und konfessionelle Spaltung und Konflikte. Dies führte im Land zu Segregation und einer Unterdrückung von Rechten, die die Iraker und Irakerinnen selbst unter dem brutalen Polizeistaat Saddam Husseins genossen hatten. Terrororganisationen, darunter eine die sich später den Namen IS geben sollte, wurden gegründet und fanden Zuspruch. Dies ist ein guter Tag, um sich für Reparationen an das irakische Volk einzusetzen.

20. März An diesem Tag im Jahr 1983 nahmen insgesamt 150.000 Menschen, rund 1 % der australischen Bevölkerung, an Anti-Atomwaffen-Demonstrationen teil. Die Atomabrüstungsbewegung begann in Australien in den 1980er-Jahren, entwickelte sich dann jedoch im Land ungleichmäßig. Die Organisation People for Nuclear Disarmament (zu dt. Menschen für Atomabrüstung) wurde 1981 gegründet und verzeichnete besonders in Victoria, dem Gründungsort des Verbands, eine wachsende Zahl an Führungsmitgliedern. Die Gruppe bestand zum Großteil aus unabhängigen Sozialisten und radikalen Akademikern, die die Bewegung durch eine Organisation für Friedensforschung begannen. People for Nuclear Disarmament forderte die Schließung von US-Militärbasen in Australien und äußerte Kritik an der Militärallianz Australiens mit den Vereinigten Staaten. Andere Organisationen mit einer ähnlichen Struktur wie die der PND entstanden auf bundesstaatlicher Ebene. Australien kann auf eine lange Geschichte des Antimilitarismus zurückblicken. Während des Vietnamkriegs im Jahr 1970 demonstrierten rund 70.000 Menschen in Melbourne und 20.000 in Sydney gegen den Krieg. In den 80er Jahren setzten es sich die Australier zum Ziel, jeglichen Beitrag der Nation zur Unterstützung von US-amerikanischen Atomwaffenkapazitäten einzustellen. Die Demonstration vom 20. März 1983, die am Sonntag vor Ostern stattfand, ging als die erste „Palmsonntagsdemonstration“ in die Geschichte ein. Durch die Demonstration äußerten australische Bürgerinnen und Bürger allgemeine Bedenken hinsichtlich Frieden und nuklearer

Abrüstung . Die Palmsonntagsdemonstrationen wurden in Australien in den 1980er Jahren weiter fortgeführt. Dank dem weithin geäußerten Widerstand gegen die Expansion des Atomprogramms, der sich in diesen Demonstrationen niederschlug, wurde die Ausweitung des australischen Atomprogramms gestoppt.

21. März Dieser Tag wurde 1966 durch die Vereinten Nationen zum Internationalen Tag gegen Rassismus erklärt. Auf der ganzen Welt finden an diesem Tag diverse Ereignisse und Aktivitäten statt, die darauf abzielen, Menschen auf die verheerenden und schädlichen Folgen von rassistischer Diskriminierung aufmerksam zu machen. Außerdem dient der Tag allen Menschen als Erinnerung an ihre Verpflichtung, sich als Bürgerinnen und Bürger einer komplexen und dynamischen Weltgemeinschaft, deren Fortbestand von der Toleranz und Akzeptanz gegenüber Menschen anderer Hautfarbe abhängt, in allen Lebensaspekten gegen rassistische Diskriminierung einzusetzen. Dieser Tag soll ebenso jungen Menschen auf der ganzen Welt dabei helfen, ihre Meinung zu äußern, friedliche Wege zu fördern, Rassismus zu bekämpfen, und die Toleranz in ihren Gemeinschaften zu stärken. So erkennen die Vereinten Nationen an, dass die Vermittlung von Werten wie Toleranz und Akzeptanz einer der wertvollsten und effektivsten Wege sei, rassistische Ungerechtigkeit und Diskriminierung in Zukunft zu bekämpfen. Dieser Tag wurde sechs Jahre nach dem sogenannten Sharpeville-Massaker eingeführt. Während dieses tragischen Ereignisses eröffnete die Polizei das Feuer und tötete 69 Menschen bei einer friedlichen Demonstration gegen die Apartheid-Gesetze in Südafrika. Die Vereinten Nationen riefen die internationale Gemeinschaft dazu auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung aller Arten von rassistischer Diskriminierung zu stärken, als sie diesen Tag als Erinnerung an das Massaker von 1966 ausriefen. So setzen sich die Vereinten Nationen auch weiterhin dafür ein, alle Formen von rassistischer Intoleranz und politischer Gewalt im Zusammenhang mit rassistischen Spannungen zu bekämpfen.

22. März An diesem Tag demonstrierten 1980 30.000 Menschen in Washington, D.C. gegen die Wehrpflicht. Während der Demonstration wurden Ausgaben der von der Organisation National Resistance Committee gegründeten Zeitung *Resistance News* (zu dt. Widerstandsnachrichten) an Demonstranten und Teilnehmer verteilt. Das NRC wurde 1980 aus Widerstand gegen die Wehrpflicht gegründet und blieb bis in die frühen 1990er Jahre aktiv. Die Flyer der *Resistance News*, die an die Menge verteilt wurden, veranschaulichten den Standpunkt des NRC. So sprach sich die Organisation für alle Arten der Kriegsdienstverweigerung aus, egal ob der Grund des Widerstands auf Pazifismus, Religion, ideologischer Überzeugung oder auf irgendeiner anderen Begründung beruhte. Unter Präsident Carter wurde 1980 die Registrierung für den Militärdienst in den Vereinigten Staaten als Teil der „Vorbereitung“ auf eine mögliche Intervention der USA in Afghanistan wieder eingeführt. Während der Proteste im ganzen Land an diesem Tag und während des ganzen Jahres 1980 wurden Schilder wie „Verweigere die Registrierung“ oder „Ich werde mich nicht registrieren“ in der Menge von Tausenden von Menschen gesehen, die glaubten, dass es ihr Recht als Menschen sei, die Registrierung zum Militärdienst zu verweigern. Dies ist eine gute Gelegenheit, einige Formulare zur Registrierung auszusortieren und anzuerkennen, dass das Recht, die Teilnahme an gewaltsamen und zerstörerischen Konflikten zu verweigern, ein Grundrecht aller Menschen ist, da niemand gezwungen werden sollte, sich an einem so katastrophalen Ereignis wie einem Krieg zu beteiligen.

23. März *An diesem Tag im Jahr 1980 hielt Erzbischof Óscar Romero von El Salvador seine berühmte Friedenspredigt.* Er rief die salvadorianischen Soldaten und die Regierung von El Salvador dazu auf, Gottes höherer Ordnung zu gehorchen und die Verletzung grundlegender Menschenrechte sowie Unterdrückungs- und Mordtaten einzustellen. Am folgenden Tag nahm Romero an einer monatlichen Versammlung von Priestern teil, um über das Priestertum zu reflektieren. Am Abend feierte er die Heilige Messe in einer kleinen Kapelle im Divine Providence Hospital. Als er seine Predigt beendete, hielt ein rotes Fahrzeug auf der Straße vor der Kapelle an. Ein bewaffneter Mann stieg aus, lief zur Tür der Kapelle und schoss. Romero wurde ins Herz getroffen. Das Fahrzeug raste davon. Am 30. März nahmen mehr als 250.000 Trauergäste aus der ganzen Welt an seiner Beerdigung teil. Während der Zeremonie explodierten Rauchbomben auf den Straßen in der Nähe der Kathedrale, und Gewehrschüsse kamen aus den umliegenden Gebäuden. Zwischen 30 und 50 Menschen wurden durch Schüsse und in der darauffolgenden Massenflucht getötet. Zeugen behaupteten, die Sicherheitskräfte der Regierung hätten die Bomben in die Menge geworfen, und Scharfschützen der Armee, als Zivilisten verkleidet, hätten vom Balkon oder Dach des Nationalpalastes geschossen. Während die Schießerei weiter im Gange war, wurde Romeros Leiche in einer Krypta unterhalb des Altarraums begraben. Die Vereinigten Staaten trugen sowohl während der Präsidentschaft von Jimmy Carter als auch während der Präsidentschaft von Ronald Reagan zu dem Konflikt bei, indem sie dem Militär der Regierung von El Salvador Waffen und Ausbildung zur Verfügung stellten. Im Jahr 2010 rief die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 24. März zum „Internationalen Tag für das Recht auf die Wahrheit über grobe Menschenrechtsverletzungen und für die Würde der Opfer“ aus.

24. März *An diesem Tag des Jahres 1999 begannen die Vereinigten Staaten und die NATO damit, 78 Tage lang Jugoslawien zu bombardieren.* Die Vereinigten Staaten waren der Ansicht, dass der Kosovo, anders als im späteren Fall der Krim, das Recht zur Abspaltung habe. Aber die Vereinigten Staaten wollten nicht, dass dies, wie im Fall der Krim, ohne den Tod von Menschen geschieht. In der Ausgabe von The Nation vom 14. Juni 1999 berichtete George Kenney, ein ehemaliger Referent des Außenministeriums für Jugoslawien: „Eine unanfechtbare Pressequelle, die regelmäßig mit Außenministerin Madeleine Albright reist, erzählte diesem [Schriftsteller], dass ein hoher Beamter des Außenministeriums, der Reporter bei den Rambouillet-Gesprächen zu tiefem Stillschweigen verpflichtet hatte, damit geprahlt hatte, dass die Vereinigten Staaten ‚die Messlatte absichtlich höher gelegt hatten, als die Serben akzeptieren konnten‘“, um den Frieden zu vermeiden. Die Vereinten Nationen ermächtigten die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten 1999 nicht, Serbien zu bombardieren. Ebenso wenig wie der Kongress der Vereinigten Staaten. Die USA führten einen massiven Bombenangriff durch, bei dem eine große Zahl von Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden, der die zivile Infrastruktur, Krankenhäuser und Medien zerstörte und eine Flüchtlingskrise auslöste. Diese Zerstörung wurde durch Lügen, Erfindungen und Übertreibungen über Gräueltaten erreicht und dann anachronistisch als Reaktion auf die Gewalt gerechtfertigt, zu deren Entstehung sie beitrug. Im Jahr vor dem Bombenanschlag wurden rund 2.000 Menschen getötet, die meisten von der Guerilla der Befreiungsarmee des Kosovo, die mit Unterstützung der CIA versuchte, eine serbische Reaktion zu provozieren, die den westlichen humanitären Kämpfern gefallen würde. Eine Propagandakampagne verband übertriebene und fiktive Gräueltaten mit dem Holocaust der Nazis. Es gab tatsächlich Gräueltaten, aber die meisten von ihnen geschahen nach dem

Bombenanschlag, nicht davor. Der Großteil der westlichen Berichterstattung kehrte diese Chronologie um.

25. März *Dies ist der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels.* An diesem Tag nehmen wir uns Zeit, der 15 Millionen Männer, Frauen und Kinder zu gedenken, die über 400 Jahre lang Opfer des transatlantischen Sklavenhandels waren. Dieses brutale Verbrechen wird immer als eine der, wenn nicht die dunkelste Episode der Menschheitsgeschichte angesehen werden. Der transatlantische Sklavenhandel war die größte Zwangsmigration in der Geschichte, da Millionen Afroamerikaner gewaltsam aus ihrer Heimat in Afrika vertrieben und in andere Gebiete der Welt umgesiedelt wurden, wo sie auf übervollen Sklavenschiffen in Häfen in Südamerika und auf den karibischen Inseln ankamen. Von 1501-1830 überquerten für jeden Europäer vier Afrikaner den Atlantik. Diese Migration ist auch heute noch spürbar, denn in ganz Amerika leben sehr viele Menschen afrikanischer Abstammung. Wir ehren und gedenken heute derer, die infolge des schrecklichen und barbarischen Sklavensystems gelitten haben, und derer, die in Folge gestorben sind. Im Februar 1865 wurde die Sklaverei in den Vereinigten Staaten offiziell abgeschafft, aber die De-facto-Sklaverei und die legale Rassentrennung hielten fast das ganze folgende Jahrhundert hindurch an, während die De-facto-Rassentrennung und der Rassismus bis heute fortbestehen. An diesem Tag finden weltweit verschiedene Veranstaltungen statt, darunter Gedenkfeiern und Mahnwachen für die Verstorbenen. Dieser Tag ist auch eine gute Gelegenheit, die Öffentlichkeit, insbesondere junge Menschen, über die Auswirkungen von Rassismus, Sklaverei und transatlantischem Sklavenhandel aufzuklären. In allen Schulen, Hochschulen und Universitäten finden Aufklärungsveranstaltungen statt. Im Jahr 2015 wurde am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York City eine Gedenkstätte errichtet.

26. März *An diesem Tag im Jahr 1979 wurde das israelisch-ägyptische Friedensabkommen unterzeichnet.* Während einer Zeremonie, die im Weißen Haus stattfand, unterzeichneten der ägyptische Präsident Anwar Sadat und der israelische Premierminister Menachem Begin den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag, der der erste Friedensvertrag zwischen Israel und einem arabischen Land überhaupt war. Während der Zeremonie hatten sowohl die beiden Staatschefs als auch US-Präsident Jimmy Carter den starken Wunsch, dass dieser Vertrag dem Nahen Osten wirklichen Frieden bringen und die Gewalt und die Kämpfe, die seit Ende der 1940er Jahre andauerten, beenden würde. Israel und Ägypten waren seit dem arabisch-israelischen Krieg, der direkt nach der Gründung Israels begann, in Konflikte verwickelt. Der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten war das Ergebnis monatelanger schwieriger Verhandlungen. In diesem Vertrag vereinbarten beide Nationen, die Gewalt und den Konflikt zu beenden und diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Ägypten stimmte zu, Israel als Land anzuerkennen, und Israel willigte ein, die Sinai-Halbinsel zu verlassen, die es 1967 während eines sechstägigen Krieges von Ägypten eingenommen hatte. Für ihre Leistung bei der Unterzeichnung dieses Vertrags wurden Sadat und Begin 1978 gemeinsam mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Viele in der arabischen Welt reagierten verärgert auf den Friedensvertrag, da sie ihn als Verrat ansahen, und Ägypten wurde aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Im Oktober 1981 ermordeten muslimische Extremisten Sadat. Die Friedensbemühungen zwischen den Nationen gingen auch ohne Sadat weiter, aber trotz des Vertrags sind die Spannungen zwischen diesen beiden Ländern des Nahen Ostens nach wie vor hoch.

27. März *An diesem Tag im Jahr 1958 wurde Nikita Sergejewitsch Chruschtschow Premierminister der Sowjetunion.* Am Tag vor seiner Wahl schlug Chruschtschow eine neue Außenpolitik vor. Sein Vorschlag, dass die Atommächte die Abrüstung in Erwägung ziehen und die Produktion von Atomwaffen einstellen sollten, wurde gut aufgenommen. Im Anschluss an die Rede stimmte Außenminister Andrej A. Gromyko zu, dass das „Verbot von nuklearen und thermonuklearen Waffentests“ Teil der sowjetischen Agenda sei. Marschall Woroschilow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, bekräftigte, dass die neue Regierung „die Initiative behielt“ und dass die Menschen auf der Welt Herrn Chruschtschow als „standhaften, unermüdlichen Verfechter des Friedens“ kannten. Während Chruschtschow friedliche Beziehungen zu kapitalistischen Ländern vorschlug, glaubte er weiterhin fest an den Kommunismus. Und natürlich schritt der Kalte Krieg unter seiner Regierung voran, als ungarische Proteste gewaltsam unterdrückt wurden, die Berliner Mauer gebaut wurde und ein über Russland fliegendes US-Spionageflugzeug angegriffen und sein Pilot gefangen genommen wurde. Die USA entdeckten daraufhin Atomraketen an einem russischen Stützpunkt in Kuba. Chruschtschow erklärte sich schließlich bereit, die Raketen zu entfernen, als US-Präsident John F. Kennedy versprach, dass die USA Kuba nicht angreifen würden, und ferner – vertraulich – alle Atomwaffen von einer US-Basis in der Türkei entfernen würden. Chruschtschow überraschte die Welt viele Male, indem er den ersten Satelliten und den ersten Astronauten ins All schickte. Sein Versäumnis, den kommunistischen Amtskollegen Mao Zedong aus China davon zu überzeugen, über Abrüstung nachzudenken, führte letztendlich zu seinem Mangel an Unterstützung in der Sowjetunion. Im Jahre 1964 war Chruschtschow gezwungen zurückzutreten, nicht jedoch bevor er mit den USA und dem Vereinigtem Königreich ein teilweises Verbot von Atomtests verhandelt hatte.

28. März *An diesem Tag im Jahr 1979 ereignete sich ein Unfall im Atomkraftwerk Three Mile Island in Pennsylvania.* Ein Teil des Kerns schmolz im zweiten Reaktor der Anlage. In den Monaten nach dem Unfall veranstaltete die US-Öffentlichkeit zahlreiche Anti-Atomkraft-Demonstrationen im ganzen Land. Der US-Öffentlichkeit wurden zahlreiche Lügen unterbreitet, die vom Anti-Atomkraft-Aktivisten Harvey Wasserman dokumentiert wurden. Erstens wurde der Öffentlichkeit versichert, dass es keine Strahlungsfreisetzungen gab. Dies stellte sich schnell als falsch heraus. Der Öffentlichkeit wurde dann mitgeteilt, dass die Freisetzungen kontrolliert und absichtlich durchgeführt wurden, um den Druck auf den Kern zu verringern. Beide dieser Behauptungen waren falsch. Der Öffentlichkeit wurde gesagt, die Freisetzungen wären „unbedeutend“. Stack-Überwachungen waren jedoch gesättigt und unbrauchbar, und die Nuclear Regulatory Commission teilte dem Kongress später mit, sie wisse nicht, wie viel Strahlung in Three Mile Island freigesetzt wurde noch wohin diese ging. Offizielle Schätzungen besagten, dass eine einheitliche Dosis für alle Personen in der Region einer einzelnen Röntgenaufnahme der Brust entsprach. Schwangere Frauen werden jedoch nicht mehr geröntgt, da seit Langem bekannt ist, dass eine Einzeldosis einem Embryo oder Fötus in der Gebärmutter katastrophale Schäden zufügen kann. Der Öffentlichkeit wurde gesagt, eine Evakuierung aus der Region sei nicht nötig. Der Gouverneur von Pennsylvania, Richard Thornburgh, evakuierte dann jedoch schwangere Frauen und Kleinkinder. Leider wurden viele in das nahe gelegene Hershey geschickt, das mit radioaktivem Niederschlag überschüttet wurde. In Harrisburg verdreifachte sich die Kindersterberate. Haus-zu-Haus-Umfragen in der Region ergaben ein erheblich erhöhtes

Vorkommen von Krebs, Leukämie, Geburtsfehlern, Atemwegsproblemen, Haarausfall, Hautausschlägen, Läsionen und vielem mehr.

29. März *An diesem Tag im Jahr 1987 marschierten die Vietnam Veterans for Peace in Nicaragua von Jinotega nach Wicuili.* Die am Marsch beteiligten Veteranen hatten die Versuche der Vereinigten Staaten, das Land Nicaragua durch die Unterstützung der terroristischen Contras zu destabilisieren, aktiv überwacht. Die Organisation Veterans for Peace wurde 1985 von zehn US-Veteranen als Reaktion auf das globale Atom-Wettrüsten und die US-Militärinterventionen in verschiedenen zentralamerikanischen Ländern gegründet. Die Organisation wuchs auf mehr als 8.000 Mitglieder, als die Vereinigten Staaten 2003 in den Irak einmarschierten. Als Veterans for Peace zunächst gegründet wurde, bestand es hauptsächlich aus US-Militärveteranen, die im Zweiten Weltkrieg, Koreakrieg, Vietnamkrieg und Golfkrieg gedient hatten. Die Organisation bestand auch aus Veteranen aus Friedenszeiten und Nicht-Veteranen, ist aber in den letzten Jahren in Übersee gewachsen und hat viele aktive Mitglieder im Vereinigten Königreich. Die Organisation Veterans for Peace bemüht sich sehr, Alternativen zu Krieg und Gewalt zu fördern. Die Organisation hat sich gegen viele der Militärpolitiken der USA, der NATO und Israels ausgesprochen und ist weiterhin dagegen, einschließlich militärischer Aktionen und Bedrohungen für Russland, den Iran, den Irak, Libyen, Syrien usw. Heute beteiligen sich Mitglieder dieser Organisation weiterhin aktiv an Kampagnen, um das Verständnis für die schrecklichen Kosten von Krieg zu fördern, und ein Großteil der aktuellen Arbeit konzentriert sich auf den scheinbar endlosen Krieg gegen den Terror. Die Organisation erstellt Projekte zur Unterstützung zurückkehrender Veteranen, zur Bekämpfung des Drohnenkriegs und zur Bekämpfung militärischer Rekrutierungsbemühungen in Schulen.

30. März *An diesem Tag im Jahr 2003 marschierten 100.000 Menschen durch Jakarta, die Hauptstadt Indonesiens, um gegen den Krieg im Irak zu demonstrieren, der offiziell am 19. März 2003 begann.* Es war die größte Antikriegskundgebung, die jemals in der größten muslimischen Nation der Welt stattgefunden hat. An diesem Tag fand auch die erste offiziell genehmigte Antikriegsdemonstration in China statt. Eine Gruppe von 200 ausländischen Studenten durfte an der US-Botschaft in Peking vorbei marschieren und Antikriegsslogans rufen. In Deutschland bildeten 40.000 Menschen eine 50 Kilometer lange Menschenkette zwischen den Städten Münster und Osnabrück. In Berlin nahmen 23.000 an einer Kundgebung im Tiergarten teil. Märsche und Kundgebungen fanden auch in Santiago, Mexiko-Stadt, Montevideo, Buenos Aires, Caracas, Paris, Moskau, Budapest, Warschau und Dublin, Indien und Pakistan statt. Laut dem französischen Wissenschaftler Dominique Reynié nahmen zwischen dem 3. Januar und dem 12. April 2003 weltweit 36 Millionen Menschen an 3.000 Protesten gegen den Irak-Krieg teil. Die größten Proteste in dieser Zeit fanden in Europa statt. Rom ist im Guinness-Buch der Rekorde als Austragungsort der größten Antikriegskundgebung aller Zeiten aufgeführt: drei Millionen Menschen. Weitere große Kundgebungen fanden in London statt (die Organisatoren bezifferten die Zahl auf 2 Millionen); New York City (375.000); und 60 Kleinstädte und Städte in ganz Frankreich (300.000). Eine Gallup-Umfrage vom März 2003, die in den ersten Kriegstagen durchgeführt wurde, ergab, dass 5 % der Amerikaner an Antikriegsdemonstrationen teilgenommen oder auf andere Weise ihre Opposition gegen den Krieg zum Ausdruck gebracht hatten. Der New-York-Times-Schriftsteller Patrick Tyler behauptete, dass diese enormen Kundgebungen „zeigten, dass es zwei Supermächte auf dem Planeten gäbe, die Vereinigten Staaten und die weltweite öffentliche Meinung“.

31. März *An diesem Tag im Jahr 1972 versammelte sich eine Menschenmenge auf dem Londoner Trafalgar Square gegen Atomwaffen.* Mehr als 500 Menschen trafen sich an diesem Tag auf dem Platz, um ihre Angst und Frustration über die fortgesetzten nuklearen und atomaren Tests der britischen Regierung auszudrücken. Das ursprüngliche schwarze Banner, das 1958 von der Campaign for Nuclear Disarmament (deutsch: Kampagne für nukleare Abrüstung) verwendet wurde, wurde auf den Platz gebracht, bevor ein 80-Kilometer-Ostermarsch von London nach Aldermaston, Berkshire, begann. Der viertägige Marsch sollte laut Dick Nettleton, Sekretär der Kampagne, Menschen, die zu der Annahme verleitet wurden, dass die Atomwaffen-Forschungseinheit geschlossen wurde, darüber informieren, dass sie stattdessen nach Aldermaston verlegt werden würde. Das Vorhaben war auf die kürzlich erfolgte offizielle Übergabe der Waffenforschungsverwaltung von der Atomenergiekommission an das Verteidigungsministerium zurückzuführen. Nettleton stellte fest, dass 81 % der Arbeit der Kommission Verbesserungen sowohl an Atomwaffen als auch an der britischen Bombe beinhalteten. Er fügte außerdem hinzu, dass Wissenschaftler ihn darüber informiert hätten, dass sie um ihre eigenen Arbeitsbedingungen besorgt waren, während die Bemühung um Forschung und Entwicklung dieser Waffen voranschritt. Die Demonstranten marschierten in Richtung der Stadt Chiswick und hofften, dass sie auf ihrem Weg zum Atomzentrum Unterstützung von den Nachbarn erhalten würden. Sie erwarteten Beeinträchtigungen durch die Polizei, als sie in Aldermaston ankamen, fanden aber auch dreitausend Unterstützer. Zusammen legten sie siebenundzwanzig schwarze Särge vor die Tore, einen für jedes Jahr seit dem Bombenangriff der USA auf Japan. Sie hinterließen auch ein Schild von der Campaign for Nuclear Disarmament dekoriert mit Narzissen, die ein Symbol der Hoffnung sind.

1. April *An diesem Tag im Jahre 2018 hielt die USA ihren ersten Tag der essbaren Bücher ab.* President Donald Trump hatten diesen Tag am 1. April 2017 per Executive Order eingeführt. Das internationale Festival der essbaren Bücher wurde im Jahr 2000 gegründet und wurde seither in Ländern wie Australien, Brasilien, Indien, Italien, Japan, Luxemburg, Mexiko, Marokko, den Niederlanden, Russland und Hongkong gefeiert. Sie wird auch in den USA auf regionaler Ebene gefeiert: seit 2004 in Ohio, 2005 in Los Angeles, 2006 in Indianapolis und in Florida im Rahmen der National Library Week. Trumps Berater waren der Meinung, dass der Tag der essbaren Bücher eine großartige Gelegenheit sei, einer heiteren Veranstaltung einen patriotischen Zweck zu geben. Er könnte ein Kernpunkt im Kalender im Krieg gegen gefälschte Nachrichten und zur Feier des amerikanischen Exzeptionalismus werden.
Trump war besonders begeistert, als er hörte, dass die Perkins-Bibliothek am Hastings College in Nebraska 2008 den Tag der essbaren Bücher im Rahmen der Banned Books Week (Woche der verbannten Bücher) gefeiert hatte.
Trumps Executive Order legte die zu befolgenden Regeln fest.

1. Er soll jedes Jahr am 1. April stattfinden.
2. Es soll kein Feiertag sein, sondern ein soziales Medienereignis.
3. Die Bürger sollen vor oder nach der Arbeit oder in genehmigten Pausen teilnehmen.
4. Die Bürger sollen die Texte, die sie an diesem Tag essen möchten, auf Twitter auflisten.

5. Die Nationale Sicherheitsbehörde soll für künftige Aktivitäten alle aufgelisteten Texte sammeln und ordnen.

Wie Trump schon sagte, als er auf den Stufen der Kongressbibliothek den Tag der essbaren Bücher ankündigte: „Dieser Tag ist der perfekte Tag für all diese Fake-News-Hausierer da draußen, die am besten alles Gesagte wieder zurücknehmen, dem Programm folgen und mithelfen, Amerika wieder großartig zu machen“.

2. April *An diesem Tag im Jahre 1935 traten tausende von US-Studenten in einen Streik gegen den Krieg.* Mitte bis Ende der 1930er-Jahre wuchsen College Studenten mit den Schrecken des Ersten Weltkriegs auf, ein Gefühl, das sich durch ganz Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten zog. Sie waren überzeugt, dass ein Krieg niemandem nützt, ein neuer jedoch zu befürchten war.
1934 fand ein US-Protest mit 25.000 Studenten statt, zum Gedenken an den Tag des Eintritts der USA in den Ersten Weltkrieg.
1935 wurde in den USA ein „Studentenstreik gegen den Krieg“-Komitee ins Leben gerufen, der eine noch größere Bewegung von 700 Studenten der Universität von Kentucky anzog, der sich 175.000 weitere Studenten in den USA und Tausende weitere in der ganzen Welt anschlossen. Studenten von 140 Universitäten in 31 Ländern verließen an diesem Tag ihre Klassenzimmer mit der Ansicht, dass „ein Protest gegen Massenmord nützlicher war als eine Stunde Unterricht.“ Als die Besorgnis über die deutschen Besatzungen, die Unruhen zwischen Japan und der Sowjetunion, Italien und Äthiopien zunahm, wuchs der Druck auf die Studenten, Stellung zu nehmen.
An der KU (Kentucky University) kritisierte Kenneth Born, ein Mitglied des Diskussionsteams, die Ausgaben von 300 Milliarden Dollar für den Ersten Weltkrieg und argumentierte, dass „Rationalismus eine bessere Lösung bringen könnte.“
Während er auf dem Podium stand, wurde die Menge Tränengas ausgesetzt. Born jedoch überredete die Studenten zu bleiben, indem er erklärte: „Im Krieg werdet Ihr mit noch viel Schlimmerem konfrontiert.“ Charles Hackler, ein Jurastudent, beschrieb die Demonstrationen als Hinweise darauf, dass „ein Krieg nicht unvermeidbar sei“ und nannte die ROTC-Paraden „Kriegspropaganda für Kapitalisten, Waffenhändler und andere Kriegsprofiteure.“ Da viele ebendieser Studenten am Ende gezwungen wurden, im Zweiten Weltkrieg in Europa, Asien und Afrika zu kämpfen und zu sterben, wurden ihre Worte immer schmerzlicher.

3. April *An diesem Tag im Jahr 1948 trat der Marshall-Plan in Kraft.*
Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Vereinten Nationen humanitäre Hilfe für die zerstörten Länder Europas bereitzustellen. Die USA, die keine erheblichen Schäden verzeichnen konnten, boten finanzielle und militärische Unterstützung an. Präsident Truman ernannte daraufhin den ehemaligen Stabschef der US-Armee, George Marshall, der für seine Diplomatie bekannt war, zum Außenminister.
Marshall und seine Mitarbeiter erarbeiteten den „Marshall-Plan“, oder das Europäische Aufbauprogramm, um die europäischen Volkswirtschaften wieder aufzubauen. Die Sowjetunion war eingeladen, lehnte aber ab, da sie fürchtete, die USA könnte sich in ihre finanziellen Entscheidungen einmischen. Sechzehn Nationen nahmen das Angebot an und erlebten zwischen 1948 und 1952 einen starken wirtschaftlichen Aufschwung, der zur Nordatlantischen Allianz und

später zur Europäischen Union führte.
Bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises für seine Verdienste richtete sich George Marshall mit folgende Worten an die Welt: „Es gab zahlreiche Stellungnahmen zur Verleihung des Friedensnobelpreises an einen Soldaten. Ich befürchte, dass es mir weniger bemerkenswert erscheint, als dies für andere offensichtlich ist. Ich kenne viele Schrecken und Tragödien des Krieges. Als Vorsitzender der American Battle Monuments Commission ist es heute meine Pflicht, den Bau und die Erhaltung von Soldatenfriedhöfen in vielen Ländern, besonders in Westeuropa, zu betreuen. Der Preis des Krieges gerechnet in Menschenleben ist ständig vor mir ausgebreitet, ordentlich aufgeschrieben in vielen Büchern, deren Spalten Grabsteine sind.
Ich bin zutiefst bewegt, Mittel oder Wege zu finden, um ein weiteres Kriegsunheil zu vermeiden. Fast täglich höre ich von Ehefrauen oder Müttern oder Familien der Gefallenen. Die Tragödie der Nachwirkungen ist mir fast ständig vor Augen.“

4. April *An diesem Tag im Jahr 1967 hielt Martin Luther King vor 3000 Gläubigen in der interkonfessionellen Riverside Church in New York City eine Ansprache.* Die Rede mit dem Titel „Jenseits von Vietnam: Zeit, das Schweigen zu brechen“ leitete die Transformation Kings vom Bürgerrechtler zum Propheten des Social Gospel (soziales Evangelium) ein. Darin präsentierte er nicht nur ein umfassendes Programm zur Beendigung des Krieges, sondern identifizierte auch in denselben besonnenen Tönen ohne Rhetorik ein „weit tieferes Leiden im amerikanischen Geist“, für das der Krieg ein Symptom war. Wir müssen uns, so betonte er, „einer radikalen Umkehr der Werte unterziehen.... Eine Nation, die weiterhin Jahr für Jahr mehr Geld für militärische Abwehr als für Programme zur sozialen Förderung ausgibt, steuert dem spirituellen Tod entgegen.“ Im Anschluss an die Rede wurde King von den amerikanischen Institutionen mehrheitlich zurechtgewiesen. Die New York Times war der Meinung, dass „die Strategie, die Friedensbewegung und die Bürgerrechte zu vereinen, sehr wohl für beide Anliegen katastrophal sein könnte“, und ähnliche Kritik kam von der schwarzen Presse und der NAACP. Doch trotz der Einschüchterungen und möglicher rassistischer Vergeltungsmaßnahmen zog sich King nicht zurück. Er verfolgte einen radikalen Kurs und begann mit der Planung der Poor People's Campaign, einem Projekt, das alle Benachteiligten Amerikas, ungeachtet ihrer Rasse oder Nationalität, im gemeinsamen Anliegen zur Wahrung der Menschenwürde vereinen sollte.
Er fasste seine neue Geisteshaltung mit den Worten zusammen: „Das Kreuz könnte den Tod ihrer Popularität bedeuten.“ Trotzdem: „Nimm dein Kreuz und trage es einfach.
Das ist der Weg, für den ich mich entschieden habe. Komme was wolle, es macht jetzt keinen Unterschied.“ Ein Jahr nach dieser Rede, genau auf den Tag, fiel er einem tödlichen Anschlag zum Opfer.

5. April *An diesem Tag im Jahr 1946 sprach General Douglas MacArthur über das Kriegsverbot, das als Artikel 9 in die neue japanische Verfassung aufgenommen wurde.* Artikel 9 enthält Formulierungen, die fast identisch sind mit denen des Kellogg-Briand-Pakts, dem viele Nationen beigetreten sind. „Während alle Bestimmungen dieser vorgelegten neuen Verfassung von Bedeutung sind und individuell und kollektiv zum gewünschten Ziel führen, wie es in Potsdam zum Ausdruck kam,“ sagte er, „möchte ich besonders jene Bestimmung erwähnen, die sich mit dem Kriegsverzicht befasst. Ein solcher Verzicht ist zwar in mancher Hinsicht eine logische Folge der Zerstörung von Japans kriegerischem Potenzial, geht aber noch weiter in der Abtretung des souveränen Rechts Japans, auf Waffen im internationalen Bereich zurückzugreifen. Japan verkündet damit seinen Glauben an eine Gesellschaft von Nationen durch

gerechte, tolerante und wirksame Regeln der universellen sozialen und politischen Moral und vertraut darauf seine nationale Integrität. Ein Zyniker mag eine solche Handlung nur als Demonstration eines kindlichen Glaubens an ein visionäres Ideal sehen, aber der Realist wird darin eine viel tiefere Bedeutung sehen. Er wird verstehen, dass es in der Evolution der Gesellschaft notwendig wurde, bestimmte Rechte aufzugeben. … Der Vorschlag... jedoch erkennt einen weiteren Schritt in der Evolution der Menschheit... abhängig von einer Weltführung, der es nicht an moralischem Mut fehlt, den Willen der Massen, die Krieg verabscheuen, umzusetzen... Ich vertraue daher Japans Vorschlag für den Verzicht auf Krieg der sorgfältigen Überlegung aller Völker an. Er zeigt den Weg – den einzigen Weg."

6. April *An diesem Tag im Jahr 1994 wurden die Präsidenten von Ruanda und Burundi ermordet.* Die Beweise weisen auf Paul Kagame, ein von den USA unterstützter und ausgebildeter Kriegsmacher – später Präsident von Ruanda – als schuldige Partei hin. Dies ist ein guter Tag, um sich daran zu erinnern, dass Kriege Völkermorde nicht verhindern können, sondern diese verursachen können. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali, sagte „Der Völkermord in Ruanda war zu einhundert Prozent die Verantwortung der Amerikaner!" Das lag daran, dass die Vereinigten Staaten eine Invasion in Ruanda am 1. Oktober 1990 durch eine ugandische Armee unter Führung von in den USA ausgebildeten Killern unterstützten. Sie unterstützten den Angriff für dreieinhalb Jahre. Als Reaktion darauf folgte die ruandische Regierung nicht dem Modell der Internierung der Japaner durch die USA im Zweiten Weltkrieg. Sie haben außerdem nicht die Idee von Verrätern in ihren Reihen fabriziert, da die Invasionsarmee tatsächlich 36 aktive Zellen in Ruanda hatte. Die ruandische Regierung hat allerdings 8.000 Menschen festgenommen und sie für ein paar Tage bis hin zu sechs Monaten festgehalten. Die Menschen flüchteten vor den Invasoren, was zu einer riesigen Flüchtlingskrise führte, die Landwirtschaft zerstörte, die Wirtschaft ruinierte und die Gesellschaft zerrüttete. Die Vereinigten Staaten und der Westen bewaffneten die Kriegsmacher und übten durch die Weltbank, den IWF und der USAID zusätzlichen Druck aus. Zu den Ergebnissen gehörte auch eine verstärkte Feindseligkeit zwischen den Hutus und Tutsis. Letztendlich würde die Regierung stürzen. Zuerst kämen die Massenschlachten, die als Ruandischer Völkermord bekannt sind. Und davor käme die Ermordung an zwei Präsidenten. Die Ermordung von Zivilisten in Ruanda geht seitdem weiter, obwohl die Ermordung im benachbarten Kongo viel stärker ist, wo Kagames Regierung den Krieg hinführte – mit Hilfe, Waffen und Truppen der USA.

7. April *An diesem Tag im Jahr 2014 forderte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa das US-amerikanische Militär auf, sein Land zu verlassen.* Correa war besorgt über die „sehr hohe Zahl" an US-Offizieren, die sich in die Angelegenheiten Ecuadors einmischten. Alle 20 Angehörigen des US-amerikanischen Militärs, ausgenommen der US-amerikanische Militärattaché, waren davon betroffen. Das war der bisher letzte Schritt in den Bemühungen Ecuadors, von den USA die alleinige Herrschaft über seine innere Sicherheit wiederzuerlangen. Der erste Schritt war 2008, als Correa sein eigenes Militär bereinigt hatte, dessen Streitkräfte angeblich von der CIA infiltriert und beeinflusst worden waren. Dann im Jahr 2009 hat Ecuador die dort stationierten US-Truppen vertrieben, als das Land sich weigerte, den auslaufenden 10-jährigen mietfreien Pachtvertrag für einen US-Militärstützpunkt in Manta an der Pazifikküste Ecuadors zu verlängern. Die US Air Force bezeichnete den Stützpunkt euphemistisch als ihre südlichste „Forward Operating Location" (ein sog. vorgeschobener Stützpunkt), der angeblich

den Drogenhandel aus Kolumbien stoppen soll. Vor der Schließung macht Correa ein Angebot, um den Stützpunkt zu erhalten. „Wir verlängern den Stützpunkt unter einer Bedingung“, sagte er, „und zwar, dass sie uns einen Stützpunkt in Miami errichten lassen – einen ecuadorianischen Stützpunkt.“ Die Vereinigten Staaten hatten natürlich kein Interesse an diesem Vorschlag. Die Heuchlerei der US-Haltung wurde von Maria Augusta Calle, Mitglied der ecuadorianischen Nationalversammlung, zusammengefasst, über die die *New York Times* berichtete, das sie sagte: „Es ist eine Frage der Würde und Souveränität. Wie viele ausländische Stützpunkte gibt es in den USA?“ Wir kennen natürlich die Antwort darauf. Auf die Frage jedoch, ob US-Stützpunkte in anderen Ländern geschlossen werden können, gibt die Geschichte Ecuadors eine inspirierende Antwort.

8. April *An diesem Tag im Jahr 1898 wurde Paul Robeson geboren.* Pauls Vater ist aus der Sklaverei entkommen, bevor er sich in Princeton niederließ und seinen Abschluss an der Lincoln University machte. Trotz der landesweiten Rassentrennung erhielt Paul ein akademisches Stipendium für die Rutgers University, wo er als Jahrgangsbester seinen Abschluss machte, bevor er an die Columbia Law School wechselte. Rassismus erschwerte seine Karriere. Er fand dann jedoch eine andere Laufbahn im Theater, wo er sich für afroamerikanische Geschichte und Kultur einsetzte. Paul wurde berühmt für seine preisgekrönten Rollen in Stücken wie *Othello*, *Emperor Jones (Der Kaiser Jones)* und *All God’s Chillun Got Wings (Alle Kinder Gottes haben Flügel)* und für seine hervorragende Darbietung von *Old Man River* in *Showboat.* Das Publikum verlangte nach Zugaben für seine Auftritte weltweit. Robeson studierte Sprache und führte Lieder über Frieden und Gerechtigkeit in 25 Ländern auf. Das führte zu Freundschaften mit dem afrikanischen Staatsoberhaupt Jomo Kenyatta, dem indischen Jawaharlal Nehru, W.E.B. Du Bois, Emma Goldman, James Joyce und Ernest Hemingway. 1933 hat Robeson den Erlös aus *All God’s Chillun* an jüdische Flüchtlinge gespendet. 1945 forderte er Präsident Truman auf, ein Gesetz gegen Lynchjustiz zu verabschieden, stellte den Kalten Krieg in Frage und fragte, warum Afroamerikaner für ein Land mit so einem grassierenden Rassismus kämpfen sollten. Paul Robeson wurde dann vom Ausschuss für unamerikanische Umtriebe als Kommunist bezeichnet, was seine Karriere quasi zum Stillstand brachte. Achtzig seiner Konzerte wurden abgesagt und zwei angegriffen, während die Staatspolizei zuschaute. Robeson antwortete: „Ich singe überall dort, wo die Leute wollen, dass ich singe... und ich werde keine Angst vor brennenden Kreuzen in Peekskill oder irgendwo sonst haben.“ Die USA haben Robeson den Pass für 8 Jahre entzogen. Robeson schrieb vor seinem Tod eine Autobiographie *Here I Stand*, die anscheinend auf Betäubung mit Drogen und Elektroschocks durch die CIA folgte.

9. April *An diesem Tag im Jahr 1947 wurde der erste Freedom Ride, „Journey of Reconciliation“, durch CORE (Congress of Racial Equality) und FOR (Fellowship of Reconciliation) gesponsert.* Nach dem Zweiten Weltkrieg entschied der Oberste Gerichtshof der USA, dass Rassentrennung in Zügen und Bussen zwischen den Bundesstaaten verfassungswidrig ist. Da dieses Urteil in den Südstaaten ignoriert wurde, begannen der Fellowship of Reconciliation (FOR) und eine Gruppe von acht Afroamerikanern und acht Weißen des Congress for Racial Equality (CORE), darunter auch die Gruppenleiter Bayard Rustin und George House, in die Busse zu steigen und zusammenzusitzen. Sie stiegen sowohl in die Greyhound- als auch die Trailways-Busse in Washington D.C. in Richtung Petersburg, wo der Greyhound dann nach Raleigh fuhr und der Trailways nach Durham. Der Greyhound-Fahrer rief die Polizei, als sie in Oxford ankamen, als Rustin sich weigerte aus dem vorderen Teil des Busses wegzugehen. Die

Polizei hat nichts unternommen, als der Fahrer und Rustin für 45 Minuten stritten. Beide Busse sind am nächsten Tag in Chapel Hill angekommen. Bevor sie jedoch am 13. April auf dem Weg nach Greensboro waren, wurden vier der Rider (zwei Afrokamerikaner und zwei Weiße) in die nahe gelegene Polizeistation gezwungen, festgenommen und mit jeweils 50 Dollar Kaution belegt. Der Zwischenfall zog die Aufmerksamkeit von vieler Menschen in der Gegend auf sich, darunter einige Taxifahrer. Einer davon schlug den weißen Rider James Peck auf den Kopf, als er ausstieg, um die Kautionen zu zahlen. Martin Watkins, ein weißhäutiger Kriegsinvalide, wurde von Taxifahrern verprügelt, weil er bei einer Bushaltestelle mit einer Afroamerikanerin gesprochen hatte. Alle Anschuldigungen gegen die weißen Angreifer wurden fallen gelassen und die Geschädigten wurde wegen Anstiftung zu Gewalt angeklagt. Die bahnbrechende Arbeit dieser Bürgerrechtskämpfer führte schließlich zu den sogenannten Freedom Rides von 1960 und 1961.

10. April *An diesem Tag wurde 1998 in Nordirland das Karfreitagsabkommen unterzeichnet, das nach 30 Jahren ein Ende des Nordirlandkonflikts „The Troubles" darstellte.* Dieser Konflikt war Mitte der 1960er Jahre entstanden, als die Protestanten in Nordirland eine demographische Mehrheit erlangten und sie folglich eine derartige Kontrolle über die staatlichen Institutionen erlangten, dass die römisch-katholische Minderheit benachteiligt wurde. In den späten 1960er Jahren führte eine aktive Bürgerrechtsbewegung vonseiten der katholischen Bevölkerung zu Bombenanschlägen, Attentaten und Ausschreitungen zwischen Katholiken, Protestanten und der britischen Polizei und Armee, und diese Situation hielt folglich bis in die frühen 1990er Jahre an. Bis Anfang 1998 waren die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden in Nordirland sehr beschränkt. Die historische protestantische Ulster Unionist Party (Befürworter einer Union mit Großbritannien) weigerte sich, mit Sinn Fein, dem größtenteils katholischen und irisch-republikanischen politischen Arm der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) zu verhandeln, und die IRA selbst war bis dahin nicht bereit, ihre Waffen niederzulegen. Doch die vielen Gespräche mit den verschiedenen Parteien, die 1996 aufgenommen wurden und an denen Vertreter von Irland, der verschiedenen politischen Parteien Nordirlands und der britischen Regierung beteiligt waren, erwiesen sich schließlich als erfolgreich. Vereinbart wurde ein eigenes gewähltes Parlament für Nordirland (die Northern Ireland Assembly), das für die meisten internen Angelegenheiten, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Regierungen von Irland und Nordirland und für die kontinuierliche Rücksprache zwischen den Regierungen von Irland und Großbritannien zuständig ist. Im Mai 1998 wurde das Abkommen in einem gemeinsamen Referendum in Irland und Nordirland mit großer Mehrheit angenommen. Und am 2. Dezember 1999 beendete die Republik Irland ihre in der Verfassung festgelegten Gebietsansprüche auf die gesamte irische Insel und gab das Vereinigte Königreich seinen Anspruch einer direkten Einflussnahme auf Nordirland auf.

11. April *An diesem Tag wurde im Jahr 1996 in Kairo, Ägypten, der Vertrag von Pelindaba unterzeichnet*. Mit seiner Umsetzung würde der Vertrag den gesamten afrikanischen Kontinent zu einer atomwaffenfreien Zone erklären und damit wäre auch die letzte von vier derartigen Zonen geschaffen, die die gesamte südliche Halbkugel überspannen. 48 afrikanische Staaten haben den Vertrag unterzeichnet, der jeden Unterzeichnerstaat dazu verpflichtet, „keine Atomsprengkörper welcher Art und wo auch immer zu erforschen, zu entwickeln, herzustellen, zu lagern oder anderweitig zu erwerben, zu besitzen oder die Kontrolle darüber zu haben." Der Vertrag verbietet auch Tests mit Atomsprengkörpern, verlangt die Demontage bereits

hergestellter Sprengkörper und die Umrüstung bzw. den Abbau sämtlicher Einrichtungen zur Herstellung derartiger Sprengkörper. Darüber hinaus verbietet der Vertrag die Entsorgung von radioaktivem Material in der gesamten Zone der Vertragsländer. Außerdem werden Atomstaaten eindringlich aufgefordert, keine Atomwaffen gegen einen Staat in der atomwaffenfreien Zone „einzusetzen oder deren Einsatz anzudrohen". Eine Pressemitteilung des UN-Sicherheitsrates vom nächsten Tag, dem 12. April 1996, fasste die Bedeutung des Vertrags von Pelindaba zusammen, der schließlich 13 Jahre später, am 15. Juli 2009, in Kraft trat, nachdem er von einem erforderlichen 28. afrikanischen Staat ratifiziert wurde. Obwohl der Sicherheitsrat eine rasche Umsetzung des Vertrags erhofft hatte, sah er in der grundsätzlichen Zustimmung der mehr als 40 afrikanischen Länder sowie nahezu aller Atommächte „einen wichtigen Beitrag für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit." Die Pressemitteilung des Sicherheitsrates fasste abschließend zusammen: „Der Sicherheitsrat ergreift diese Gelegenheit, derartige Bemühungen... auf internationaler und regionaler Ebene zu fördern, die darauf abzielen, die Allgemeingültigkeit der Nichtverbreitung von Kernwaffen zu erreichen."

12. April *An diesem Tag im Jahr 1935 beteiligten sich etwa 175.000 Studierende in ganz Amerika an Schulstreiks und friedlichen Demonstrationen, in denen sie zusicherten, sich niemals an einem bewaffneten Konflikt zu beteiligen.* In den USA fanden auch 1934 und 1936 ähnliche Anti-Kriegs-Demonstrationen von Studierenden 1935 statt und die Zahl der Beteiligten stieg von 25.000 im Jahr 1934 auf 500.000 im Jahr 1936. Da viele Studierenden die Wurzeln der Kriegsgefahr, die vom Faschismus in Europa ausging, im Chaos des Ersten Weltkriegs sahen, wurde jede der Demonstrationen im April abgehalten, in dem Monat, in dem die USA in den Ersten Weltkrieg eingetreten waren. In der Überzeugung, dass nur das Großkapital und Unternehmensinteressen von diesem Krieg profitiert hatten, sprachen die Studenten ihre Abscheu über das aus ihrer Sicht sinnlose Abschlachten von Millionen Menschen aus und zeigten sie ihren Unwillen, sich an einem weiteren sinnlosen Krieg im Ausland zu beteiligen. Interessanterweise beruhte ihr starker Widerstand gegen den Krieg jedoch nicht auf antiimperialistischen oder isolationistischen politischen Ansichten, sondern in erster Linie auf einem spirituellen Pazifismus, der entweder persönlich war oder sich aus der Mitgliedschaft in einer pazifistischen Organisation ergab. Eine bekannte Anekdote macht das treffend deutlich. 1932 hatte sich Richard Moore, ein Student der University of California in Berkeley, aktiv in der Antikriegsbewegung beteiligt. „Meine Position", erklärter er später, „war erstens: Ich glaube nicht ans Töten, und zweitens: Ich wollte mich nicht einer höheren Autorität unterwerfen, sei es nun Gott oder die Vereinigten Staaten von Amerika." Eine derartige Authentizität erklärt auch, warum Hunderttausende junger Männer damals glaubten, dass der Krieg verhindert werden könnte, wenn sich alle jungen Männer einfach weigern zu kämpfen.

13. April *An diesem Tag im Jahr 1917 richtete US-Präsident Woodrow Wilson mittels Präsidentenverfügung das Committee on Public Information (CPI) ein.* Das CPI war eine Idee von George Creel, einem Sensationsjournalisten der damaligen Zeit, der auch zum Vorsitzenden ernannt wurde, und hatte zum Ziel, eine kontinuierliche Propagandakampagne zu führen und sowohl im Inland als auch international Unterstützung für den verspäteten Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg, der nur eine Woche davor erfolgt war, aufzubauen. In Erfüllung seiner Aufgabe verknüpfte das CPI moderne Werbetechniken mit einem ausgefeilten Verständnis der menschlichen Psychologie. Es führte „freiwillige Richtlinien" ein, kontrollierte die Kriegsberichterstattung und überschwemmte Kulturprogramme mit kriegsbefürwortendem

Material, was einer regelrechten Zensur nahe kam. Die Nachrichtenabteilung des CPI gab rund 6.000 Pressemitteilungen heraus, die jede Woche mehr als 20.000 Zeitungskolumnen füllten. Das CPI hatte eine eigene Abteilung für diese Beiträge, die an unzählige Zeitungen verkauft wurden, und rekrutierte führende Essayisten, Romanautoren und Kurzgeschichtenschreiber, um jeden Monat zwölf Millionen Menschen die offizielle Regierungslinie in leicht verständlicher Form zu vermitteln. Eine andere Abteilung war für die Propaganda in Bildern zuständig und bepflasterte das ganze Land mit aussagekräftigen Plakatwänden in patriotischen Farben. Auch Wissenschaftler wurden angeworben, um am laufenden Band Prospektmaterialien wie etwa *Deutsche Kriegspraktiken* und *Eroberung und Kultur* zu produzieren. Und die Filmabteilung produzierte Filme mit Titeln wie *The Kaiser, the Beast of Berlin*. Mit der Gründung des CPI waren die USA die erste moderne Nation, die in sehr großem Umfang Propaganda verbreitete. Damit vermittelten sie eine wichtige Lektion: Wenn selbst eine namentlich demokratische Regierung, geschweige denn eine totalitäre, zum Krieg entschlossen ist, kann es ihr durchaus gelingen, eine gespaltene Nation durch eine umfassende und lange Kampagne mit falscher Propaganda hinter sich zu vereinen.

14. April *An diesem Tag im Jahr 1988 verabschiedete das dänische Parlament eine Resolution, die darauf bestand, dass die dänische Regierung alle ausländischen Kriegsschiffe, die dänische Häfen anlaufen wollen, informieren muss, dass sie vorab bestätigen müssen, ob sie Atomwaffen mit sich führen oder nicht.* Trotz Dänemarks 30-jähriger Politik, Atomwaffen auf seinem gesamten Hoheitsgebiet, einschließlich seiner Häfen, zu verbieten, war diese Politik routinemäßig umgangen worden, indem Dänemark ein von den Vereinigten Staaten und anderen NATO-Verbündeten eingesetztes Strategem akzeptierte. Bekannt als NCND, „weder bestätigen noch dementieren“, erlaubte diese Politik NATO-Schiffen effektiv nach Belieben Atomwaffen in dänische Häfen zu bringen. Die neue, restriktive Resolution warf jedoch Probleme auf. Bevor diese verabschiedet wurde, sagte der amerikanische Botschafter in Dänemark zu den dänischen Politikern, dass die Resolution sehr wohl alle NATO-Kriegsschiffe davon abhalten könnte, Dänemark anzulaufen, wodurch gemeinsame Übungen auf See beendet und die militärische Zusammenarbeit beeinträchtigt würde. Da über 60 % der Dänen ihr Land in der NATO haben wollten, wurden diese Drohungen von der dänischen Mitte-rechts-Regierung ernst genommen. Es kam zu einer Wahl am 10. Mai, was darin resultierte, dass die Konservativen an der Macht blieben. Als sich am 2. Juli ein amerikanisches Kriegsschiff einem dänischen Hafen näherte und sich weigerte, preiszugeben, was für Waffen es an Bord hat, wurde ein Brief über die neue dänische Politik, der an Bord geworfen wurde, kurzerhand wieder an Land geworfen. Am 8. Juni erzielte Dänemark eine neue Vereinbarung mit den USA, die es NATO-Schiffen wieder erlauben würde, dänische Häfen anzulaufen, ohne zu bestätigen oder zu dementieren, dass sie Atomwaffen an Bord haben. Um die antinukleare Stimmung im eigenen Land zu besänftigen, informierte Dänemark die NATO-Regierungen gleichzeitig über sein langes Verbot von Atomwaffen auf seinem Hoheitsgebiet in Friedenszeiten.

15. April *An diesem Tag im Jahr 1967 fanden in New York, San Francisco und vielen anderen Städten in den Vereinigten Staaten die bis dahin größten Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg in der Geschichte der USA statt.* In New York begann die Demonstration im Central Park und endete vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen. Mehr als 125.000 Menschen nahmen daran teil, darunter auch Dr. Martin Luther King Jr., Harry Belafonte, James Bevel und Dr. Benjamin Spock. Über 150 Einberufungsbescheide wurden verbrannt. Weitere

100.000 Menschen liefen von der Second & Market Street im Zentrum von San Francisco zum Kezar Stadium im Golden Gate Park, wo sich der Schauspieler Robert Vaughn sowie Coretta King gegen eine Beteiligung Amerikas im Vietnamkrieg aussprachen. Beide Protestmärsche waren Teil der „Frühjahrsmobilisierung zur Beendigung des Vietnamkrieges“ (Spring Mobilization to End the Vietnamese War). Die Organisatoren der Frühjahrsmobilisierung trafen sich erstmals am 26. November 1966. Den Vorsitz hatte der erfahrene Friedensaktivist A. J. Muste und dazu gehörten auch David Dellinger, Herausgeber der *Liberation*, Edward Keating, Herausgeber von *Ramparts*, Sidney Peck von der Case Western Reserve University und Robert Greenblatt von der Cornell University. Im Januar 1967 ernannten sie Reverend James Luther Bevel, einen engen Kollegen von Martin Luther King Jr., zum Leiter der Frühjahrsmobilisierung. Am Ende des Protestmarsches in New York verkündete Bevel, dass der nächste Halt Washington, D.C. ist. Vom 20. bis 21. Mai 1967 versammelten sich dort 700 Antikriegsaktivisten für die Frühjahrsmobilisierungskonferenz. Ihr Ziel war es, die Demonstrationen im April auszuwerten, und einen zukünftigen Kurs für die Antikriegsbewegung festzulegen. Sie gründeten außerdem einen Verwaltungsausschuss – das Nationale Mobilisierungskomitee zur Beendigung des Vietnamkrieges (National Mobilization Committee to End the War in Vietnam), um zukünftige Veranstaltungen zu planen.

16. April *An diesem Tag im Jahr 1862 unterzeichnete Präsident Abraham Lincoln einen Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Sklaverei in Washington, D.C.* Dies ist der Emanzipationstag in Washington, D.C. Die Beendigung der Sklaverei in Washington, D.C. verlief ohne Krieg. Während die Sklaverei andernorts in den Vereinigten Staaten durch die Schaffung neuer Gesetze beendet wurde, nachdem eine dreiviertel Million Menschen auf zahlreichen großen Feldern getötet worden waren, wurde die Sklaverei in Washington, D.C. auf die gleiche Weise beendet, wie sie in weiten Teilen der übrigen Welt beendet wurde, nämlich durch das Überspringen und die einfache Schaffung neuer Gesetze. Das Gesetz, das Sklaverei in D.C. beendete, wendete kompensierte Emanzipation an. Es kompensierte nicht die Menschen, die versklavt worden waren, sondern vielmehr die Menschen, die sie versklavt hatten. Sklaverei und Leibeigenschaft waren weltweit verbreitet und wurden innerhalb eines Jahrhunderts weitgehend beendet, weitaus häufiger durch kompensierte Emanzipation als durch Krieg, unter anderem in den Kolonien Großbritanniens, Dänemarks, Frankreichs und der Niederlande sowie in den meisten Teilen Südamerikas und der Karibik. Im Nachhinein sieht es sicherlich vorteilhaft aus, Ungerechtigkeiten ohne Massentötung und -zerstörung zu beenden, die über ihr unmittelbares Übel hinaus auch dazu neigt, eine Ungerechtigkeit nicht vollständig zu beenden, und dazu neigt, lang anhaltenden Groll und Gewalt zu erzeugen. Am 20. Juni 2013 veröffentlichte das *Atlantic Magazine* einen Artikel mit dem Titel „Nein, Lincoln hätte die ‚Sklaven nicht kaufen können‘“. Warum nicht? Nun, die Sklavenbesitzer wollten nicht verkaufen. Das ist absolut richtig. Sie wollten nicht, absolut nicht. Aber *The Atlantic* konzentrierte sich auf ein anderes Argument, nämlich, dass es einfach zu teuer gewesen wäre – es hätte 3 Milliarden Dollar gekostet (in Geld der 1860er). Wenn man allerdings genau liest, dann gibt der Autor zu, dass der Krieg mehr als doppelt so viel gekostet hat.

17. April *An diesem Tag im Jahr 1965 fand der erste Marsch auf Washington gegen den Vietnamkrieg statt.* Die Organisation Students for a Democratic Society (SDS) initiierte den Marsch, an dem 15.000 bis 25.000 Studenten aus dem ganzen Land, der Women's Strike for Peace, das Student Nonviolent Coordinating Committee, Bob Moses vom Mississippi Freedom Summer und die Sänger Joan Baez und Phil Ochs teilnahmen. Die Fragen, die damals von SDS-

Präsident Paul Potter gestellt wurden, sind auch heute noch aktuell: „Was ist das für ein System, das es rechtfertigt, dass die Vereinigten Staaten oder irgendein Land das Schicksal des vietnamesischen Volkes an sich reißen und es herzlos für seine eigenen Zwecke benutzen? Was ist das für ein System, das die Menschen im Süden entrechtet, Millionen und Abermillionen von Menschen im ganzen Land verarmt und von der breiten Masse und dem Versprechen der amerikanischen Gesellschaft ausgeschlossen lässt, das gesichtslose und schreckliche Bürokratien schafft und diese zu dem Ort macht, an dem die Menschen ihr Leben verbringen und ihre Arbeit tun, das konsequent materielle Werte über menschliche Werte stellt – und sich selbst immer noch als frei bezeichnet und immer noch darauf beharrt, passend zu sein, um die Welt überwachen zu können? Welchen Platz haben gewöhnliche Menschen in diesem System und wie sollen sie es kontrollieren ... Wir müssen diesem System einen Namen geben. Wir müssen es einen Namen geben, es beschreiben, analysieren, es verstehen und ändern. Denn nur wenn dieses System geändert und unter Kontrolle gebracht wird, besteht Hoffnung, die Kräfte zu stoppen, die heute einen Krieg in Vietnam oder morgen einen Mord im Süden oder all die unkalkulierbaren, unzähligen subtileren Gräueltaten, die überall – und andauernd – an Menschen verübt werden, verursachen."

18. April *An diesem Tag im Jahr 1997 fand die Pflugscharen-Aktion „Choose Life" in der Waffenfabrik Bofors in Karlskoga, Schweden, statt.* Der Name „Pflugscharen" bezieht sich auf den Text des Propheten Jesaja, der sagte, dass Waffen zu Pflugscharen geschlagen werden sollen. Pflugscharen-Aktionen wurden Anfang der 1980er Jahre bekannt, als mehrere Aktivisten die Spitzen von Atomsprengköpfen beschädigten. Bofors exportierte Waffen nach Indonesien. Wie der Aktivist Art Laffin berichtet, betraten zwei schwedische Friedensaktivistinnen, Cecelia Redner, eine Pfarrerin in der Schwedischen Kirche, und Marija Fischer, eine Studentin, die Bofors-Waffenfabrik in Karlskoga, Schweden, pflanzten einen Apfelbaum und versuchten, eine Marinekanone zu entwaffnen, die nach Indonesien exportiert werden sollte. Cecilia wurde der Versuch vorsätzlicher Beschädigung und Marija die Beihilfe zur Straftat zu Last gelegt. Beide wurden auch wegen Verstoßes gegen ein Gesetz zum Schutz von Unternehmen angeklagt, die „für die Gesellschaft von Bedeutung" sind. Beide Frauen wurden am 25. Februar 1998 verurteilt. Bei wiederholten Unterbrechungen durch den Richter argumentierten sie in Redners Worten gefasst: „Wenn mein Land einen Diktator bewaffnet, darf ich nicht passiv und gehorsam sein, da dies mich des Verbrechens des Völkermords in Osttimor schuldig machen würde. Ich weiß, was los ist, und ich kann nicht nur der indonesischen Diktatur oder meiner eigenen Regierung die Schuld geben. Unsere Pflugscharen-Aktion war für uns eine Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und solidarisch mit den Menschen in Osttimor vorzugehen." Fischer fügte hinzu: „Wir haben versucht, ein Verbrechen zu verhindern, und das ist eine Verpflichtung nach unserem Gesetz." Redner wurde zu Geldstrafen und 23 Jahren Fürsorgeerziehung verurteilt. Fischer wurde zu Geldstrafen und zwei Jahren Bewährungsstrafe verurteilt. Es wurde keine Freiheitsstrafe verhängt.

19. April *An diesem Tag im Jahr 1775 wurde die US-Revolution mit Gefechten in Lexington und Concord von Gewalt geprägt.* Diese Wende folgte dem zunehmenden Einsatz gewaltfreier Maßnahmen, die häufig mit späteren Epochen verbunden sind, darunter große Protestaktionen, Boykotte, die Förderung der lokalen und unabhängigen Produktion, die Entwicklung von Korrespondenzausschüssen und die Übernahme der lokalen Macht in weiten Teilen des ländlichen Massachusetts. Der gewaltsame Unabhängigkeitskrieg von Großbritannien wurde

hauptsächlich von den wohlhabendsten weißen männlichen Landbesitzern in den Kolonien vorangetrieben. Während das Ergebnis eine für die damalige Zeit bahnbrechende Verfassung und Bill of Rights beinhaltete, war die Revolution Teil eines größeren Krieges zwischen den Franzosen und den Briten, hätte ohne die Franzosen nicht gewonnen werden können, übertrug die Macht von einer Elite auf eine andere, stellte keinen populistischen Akt des Ausgleichs dar, Aufstände von armen Bauern und versklavten Menschen waren genauso häufig wie zuvor und Menschen flüchteten aus der Sklaverei, um die britische Seite zu unterstützen. Eine Motivation für den Krieg war die Aufrechterhaltung der Sklaverei nach dem Wachstum einer britischen Abschaffungsbewegung und dem Urteil des britischen Gerichts zur Freilassung von James Sommerset. Patrick Henrys „Gib mir Freiheit oder gib mir den Tod“ wurde nicht nur Jahrzehnte nach Henrys Tod geschrieben, sondern er selbst hielt Sklaven und war nie selbst dem Risiko einer Versklavung ausgesetzt. Eine Motivation für den Krieg war der Wunsch einer Expansion nach Westen, was eine Ermordung und Ausbeutung der Ureinwohner zur Folge hatte. Wie bei vielen US-Kriegen seither stand bei diesem ersten Krieg die Expansion im Mittelpunkt. Der Vorwand, der Krieg sei unvermeidlich oder wünschenswert, wurde dadurch unterstützt, dass die Tatsache ignoriert wurde, dass Kanada, Australien, Indien und andere Orte keine Kriege brauchten.

20. April *An diesem Tag im Jahr 1999 führten zwei Schüler der Columbine High School in Littleton, Colorado, einen Amoklauf aus, bei dem 13 Menschen getötet und mehr als 20 weitere verletzt wurden, bevor sie ihre Waffen auf sich selbst richteten und Selbstmord begingen.* Diese Tat war bis zu diesem Zeitpunkt die schlimmste High-School-Schießerei in der Geschichte der USA und löste eine nationale Debatte über Waffenkontrolle, Schulsicherheit und die Hintergründe des Amoklaufs der beiden Schützen Eric Harris (18) und Dylan Klebold (17) aus. Die National Rifle Association ging auf das Problem der Waffenkontrolle ein und führte eine Anzeigenkampagne durch, die die Ausweitung der Hintergrundüberprüfungen als scheinbar sinnvoll erachtete. Diese Überprüfungen sollten von den bereits geltenden Anforderungen für Waffenläden und Pfandhäuser auf Waffenmessen, wo die Waffen der Mörder von einem Freund auf betrügerische Weise gekauft worden waren, ausgedehnt werden. Im Hintergrund unternahm die NRA jedoch eine Lobbyarbeit mit einer Investition von 1,5 Millionen US-Dollar und vernichtete eine damals im Kongress anhängige Gesetzesvorlage mit genau dieser Anforderung. Es wurden auch Anstrengungen unternommen, um die Sicherheit in Schulen durch den Einsatz von Sicherheitskameras, Metalldetektoren und zusätzlichen Sicherheitskräften zu verbessern, was sich jedoch als unwirksam bei der Beseitigung von Gewalt erwies. Unter den vielen Versuchen der Beleuchtung der Psychopathologie der Mörder, wies der Dokumentarfilm *Bowling for Columbine* von Michael Moore stark auf einen kulturellen Zusammenhang zwischen den Handlungen der Mörder und Amerikas Vorliebe für den Krieg hin — dies wurde sowohl durch Kriegsszenen als auch die nahe gelegene Anwesenheit des großen Waffenherstellers Lockheed Martin dargestellt. Ein Kritiker von Moores Film schlägt vor, dass diese Darstellungen sowie weitere, welche die Auswirkungen der Armut auf die Zerstörung des familiären Zusammenhalts veranschaulicht, sowohl auf die zugrunde liegenden Ursachen des Terrorismus in der US-amerikanischen Gesellschaft als auch auf die einzige Möglichkeit hinweisen, ihn wirksam auszurotten.

21. April *An diesem Tag im Jahr 1989 versammelten sich rund 100.000 chinesische Universitätsstudenten auf dem Tiananmen-Platz in Peking, um an den Tod des gestürzten*

reformorientierten Führer der Kommunistischen Partei Chinas Hu Yaobang zu erinnern und ihre Unzufriedenheit mit der autokratischen Regierung Chinas zum Ausdruck zu bringen. Am folgenden Tag lehnte die Regierung bei einem offiziellen Gedenkgottesdienst für Hu in der Großen Halle des Volkes die Forderung der Studenten ab, sich mit Ministerpräsident Li Peng zu treffen. Dies führte zu einem Studentenboykott an chinesischen Universitäten, weit verbreiteten Forderungen nach demokratischen Reformen und trotz der Warnungen der Regierung zu einem Studentenmarsch zum Platz des Himmlischen Friedens. In den folgenden Wochen nahmen Arbeiter, Intellektuelle und Beamte an den Studentendemonstrationen teil, und bis Mitte Mai drängten sich Hunderttausende Demonstranten auf den Straßen Pekings. Am 20. Mai erklärte die Regierung das Kriegsrecht in der Stadt und forderte Truppen und Panzer auf, um die Menge zu zerstreuen. Am 3. Juni wurden auf Befehl, den Platz des Himmlischen Friedens und die Straßen Pekings gewaltsam zu räumen, von den Truppen Hunderte von Demonstranten niedergeschossen und Tausende Menschen wurden verhaftet. Die friedliche Forderung der Demonstranten nach demokratischen Reformen angesichts der brutalen Unterdrückung rief jedoch sowohl Anteilnahme als auch Empörung bei der internationalen Gemeinschaft hervor. Ihr Mut wurde in der Tat durch die Verbreitung der Medien am 5. Juni auf einem mittlerweile ikonischen Foto legendär, das einen einsamen Mann mit weißem Hemd, genannt „Panzermann“, zeigt, der trotzig vor einer Kolonne an Menschenmengen zerstreuenden Militärpanzern steht. Drei Wochen später verhängten die USA und andere Länder Wirtschaftssanktionen gegen China. Obwohl die Sanktionen die Wirtschaft des Landes belasteten, wurde der internationale Handel Ende 1990 wieder aufgenommen, was teilweise auf die Freilassung mehrerer hundert inhaftierter Dissidenten in China zurückzuführen war.

22. April *Dieses Datum kennzeichnet den Tag der Erde und auch den Geburtstag von Immanuel Kant.* J. Sterling Morton, ein Journalist aus Nebraska, setzte sich 1872 für das Pflanzen von Bäumen in den Prärien des Bundesstaates ein und ernannte den 10. April zum ersten „Arbor Day“, den Tag des Baumes. Der Arbor Day wurde zehn Jahre später zu einem gesetzlichen Feiertag und wurde zu Ehren von Mortons Geburtstag auf den 22. April verschoben. Der Tag wurde national als „Abholzungs-Ära“ gefeiert, die durch die Expansion der USA zwischen 1890 und 1930 ausgelöst wurde. Bis 1970 wurde eine wachsende Basisbewegung zum Schutz der Umwelt vor Verschmutzung vom Gouverneur von Wisconsin, Gaylord Nelson, und dem Aktivisten John McConnell aus San Francisco unterstützt. Der erste „Tag der Erde“-Marsch fand am 21. März 1970 am Tag der Frühlingstagundnachtgleiche statt. Sowohl am 21. März als auch am 22. April finden in den USA weiterhin Veranstaltungen zum Tag der Erde statt. Der deutsche Wissenschaftler und Philosoph Immanuel Kant wurde ebenfalls am 22. April geboren, im Jahr 1724. Kant machte mehrere wichtige wissenschaftliche Entdeckungen, ist jedoch vor allem für seine Beiträge zur Philosophie bekannt. Seine Philosophie konzentrierte sich darauf, wie wir unsere eigenen Welten autonom konstruieren. Nach Kant sollten die Handlungen der Menschen an moralische Gesetze gebunden sein. Kants Schlussfolgerung darüber, was wirklich notwendig ist, damit jeder von uns eine bessere Welt erlebt, ist das Streben nach dem höchsten Wohl für alle. Das entspricht auch den Vorstellungen der Menschen, die sich für die Erhaltung der Erde und für den Frieden einsetzen. Kant zufolge kann Frieden auf Erden erst herrschen, wenn die Menschen sich zu neuen Wesen entwickeln, die gelernt haben, das große Ganze zu sehen.

23. April *An diesem Tag im Jahr 1968 besetzten Studenten der Columbia University Universitätsgebäude, um gegen Kriegsforschung und den Abriss von Gebäuden in Harlem für*

eine neue Sporthalle zu protestieren. Überall in den USA lehnten Studenten sich gegen die Autorität der Universitäten auf und stellten die Rolle von Erziehung in einer Kultur in Frage, die die Schrecken des Krieges, einen endlosen Militärdienst sowie ungezügelten Rassismus und Sexismus unterstützte. Als ein Student Dokumente entdeckte, die die Zusammenarbeit der Columbia University mit dem für den Vietnamkrieg forschenden Institute for Defense Analysis [Institut für Verteidigungsanalysen] des US-Verteidigungsministeriums aufzeigte und Verbindungen zum ROTC [Trainings-Corps für Reserveoffiziere] hatte, führte dies zu Protesten von Studenten der Gruppierung SDS (Students for a Democratic Society). Viele schlossen sich ihnen an, darunter auch die SOS (Student Afro-American Society), die außerdem gegen die Verdrängung von Hunderten von in Harlem lebenden afroamerikanischen Anwohnern für eine von Columbia in Morningside Park gebaute rassengetrennte Sporthalle protestierten. Die Reaktion der Polizei führte zu einem Streik der Fakultät und Studenten, in dessen Folge die Columbia University für den Rest des Semesters geschlossen blieb. Während der Proteste an der Columbia University, die zu Schlägen und Verhaftungen von 1.100 Studenten führten, wurde 1968 auch in über 100 anderen Universitäten der USA demonstriert. Es war das Jahr der Ermordung von Martin Luther King und Robert F. Kennedy, und beim Parteitag der Demokratischen Partei der USA in Chicago war die Polizei mit Schlägen, Tränengas und Verhaftungen gegen mehrere Tausend Antikriegsdemonstranten vorgegangen. Am Ende führten die Proteste zum dringend benötigten Wandel. In der Columbia University wurde keine geheime Kriegsforschung mehr betrieben, das ROTC, das Militär und Anwerber des CIA verließen das Universitätsgelände, die Sporthalle wurde aufgegeben, die Frauenbewegung wurde bekannter und Ethnic Studies wurden eingeführt. Und schließlich nahmen auch der Vietnamkrieg und Kriegsdienst ein Ende.

24. April *An diesem Tag im Jahr 1915 wurden in der türkischen Hauptstadt Konstantinopel (dem heutigen Istanbul) mehrere Hundert armenische Intellektuelle zusammengetrieben, verhaftet und in die Region um Ankara abgeschoben. Die meisten von ihnen wurden letztendlich ermordet.* Die muslimische Regierung des osmanischen Reichs unter der Führung einer Gruppe von Reformern, die sich die „Jungtürken“ nannten und 1908 an die Macht gekommen waren, betrachtete die nichttürkische christliche Bevölkerung als eine Bedrohung der Sicherheit des Reichs. Den meisten Historikern zufolge machte sie sich daher an die „Türkisierung“ bzw. die ethnische Säuberung des Kalifats, indem die christliche armenische Bevölkerung systematisch vertrieben oder ermordet wurde. Im Jahr 1914 traten die Türken auf der Seite Deutschlands und des Kaiserreichs Österreich-Ungarn in den Ersten Weltkrieg ein und erklärten allen nicht verbündeten Christen den Heiligen Krieg. Als die Armenier Freiwilligenbataillone organisierten, um die russische Armee bei Kämpfen gegen die Türken in der Kaukasusgegend zu unterstützen, setzten sich die Jungtürken für die Massenvertreibung der armenischen Zivilbevölkerung aus den Kriegsgebieten an der Ostfront ein. Einfache armenische Bürger wurden ohne jede Nahrung oder Trinkwasser auf Todesmärsche geschickt, und Tausende wurden durch Tötungskommandos abgeschlachtet. Bis 1922 verblieben nur noch weniger als 400.000 der ursprünglich zwei Millionen Armenier im osmanischen Reich. Seit ihrer Kapitulation nach dem 1. Weltkrieg hat die türkische Regierung stets nachdrücklich bestritten, einen Völkermord an den Armeniern begangen zu haben. Es habe sich um notwendige Handlungen gegen feindliche Kräfte gehandelt. Im Jahr 2010 erkannte jedoch ein Ausschuss des US-Kongresses die Massentötungen als Völkermord an. Diese Maßnahme rückte erneut das Augenmerk darauf, wie leicht Misstrauen oder Angst vor dem Fremden in innerstaatlichen oder internationalen Konflikten zu

abscheulichen Vergeltungsmaßnahmen führen können, die jede moralische Grenze überschreiten.

25. April *An diesem Tag im Jahr 1974 stürzte die Nelkenrevolution die Regierung von Portugal, eine autoritäre Diktatur, die seit 1933 bestand – die Diktatur, die sich in Westeuropa am längsten gehalten hatte.* Was als Militärputsch begonnen hatte, der von der MFA („Bewegung der Streitkräfte“), einer Gruppe regimekritischer Offiziere, organisiert wurde, entwickelte sich, als die Bevölkerung Appelle ignorierte, zu Hause zu bleiben, schnell zu einem friedlichen Volksaufstand. Die Nelkenrevolution erhielt ihren Namen von den roten Nelken, die gerade blühten, und die den Soldaten von Menschen, die sich in den Straßen zu ihnen gesellten, in die Läufe ihrer Gewehre gesteckt wurden. Ausgelöst wurde der Putsch dadurch, dass die Regierung auf Beibehaltung der Kolonien bestand, in denen seit 1961 Kämpfe gegen die Aufständischen geführt wurden. Diese Kämpfe wurden von der Bevölkerung und vielen Mitgliedern des Militärs abgelehnt. Viele junge Männer emigrierten, um die Wehrpflicht zu umgehen. Rund 40 % des portugiesischen Staatshaushalts wurde von Kriegen in Afrika verschlungen. Sehr bald nach dem Putsch wurde den ehemaligen portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Cabo Verde, Mosambik, São Tomé und Príncipe, Angola und Timor-Leste die Unabhängigkeit gewährt. Die Vereinigten Staaten spielten in der Nelkenrevolution eine ambivalente Rolle. Henry Kissinger sprach sich den deutlichen Empfehlungen des US-Botschafters zum Trotz nachdrücklich gegen deren Unterstützung aus. Er beharrte darauf, dass es sich um eine kommunistische Rebellion handele. Erst nach einem Besuch von Teddy Kennedy in Portugal und dessen nachdrücklicher Empfehlung, die Revolution zu unterstützen, fasste die USA den entsprechenden Beschluss. Zur Feier dieses Ereignisses ist der 25. April heute in Portugal ein Nationalfeiertag, der „Tag der Freiheit“. Die Nelkenrevolution zeigt, dass Frieden auch ohne Gewalt und Aggression erreicht werden kann.

26. April *An diesem Tag im Jahr 1986 kam es im Kernkraftwerk Tschernobyl in der ukrainischen Stadt Prypjat in der Sowjetunion zum schlimmsten Reaktorunfall, den die Welt bis dahin gesehen hatte.* Zu dem Unfall kam es während eines Tests, bei dem geprüft werden sollte, wie das Kraftwerk bei einem Stromausfall funktionieren würde. Im Lauf des Verfahrens machten die Betreiber des Kraftwerks mehrere Fehler und schufen ein instabiles Umfeld im Reaktor Nr. 4, wodurch Feuer ausbrach und drei Explosionen ausgelöst wurden, die zum Abheben des 1000 Tonnen schweren Deckels des Reaktorkerns führten. Bei dem durch den schmelzenden Reaktorkern ausgelösten Brand schossen die Flammen zwei Tage lang 300 Meter weit in den Himmel und setzten radioaktives Material frei, das sich im Westen der Sowjetunion und in Europa ausbreitete. Bis zu 70.000 Einwohner der Gegend litten an schweren Strahlenschäden, an denen Tausende starben, wie auch die geschätzt 4.000 Aufräumkräfte im Werk von Tschernobyl. Zu weiteren Folgen zählen die dauerhafte Zwangsumsiedlung von 150.000 Anwohnern aus dem Gebiet von 30 Kilometern um Tschernobyl, ein dramatischer Anstieg von Geburtsfehlern in der Gegend sowie ein Anstieg von Schilddrüsenkrebs in der Ukraine um das Zehnfache. Seit der Katastrophe von Tschernobyl haben Experten sehr unterschiedliche Meinungen zur Vertretbarkeit von Kernenergie als Energiequelle vorgebracht. Beispielsweise berichtete die *The New York Times* direkt im Anschluss an die Nuklearkatastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima Daiichi im März 2011, dass „die Japaner bereits Vorsichtsmaßnahmen ergriffen haben, die verhindern sollten, dass der Unfall zu einem weiteren Tschernobyl wird, selbst wenn weitere Strahlung freigesetzt wird“. Demgegenüber argumentierte Helen Caldicott, die

Gründerin von Physicians for Social Responsibility [Ärzte für soziale Verantwortung] in einem Artikel der *Times* im April 2011, es gäbe keine sichere Strahlungsmenge und Kernkraft sollte daher nicht betrieben werden.

27. April *An diesem Tag im Jahr 1973 schloss die britische Regierung die Zwangsvertreibung der gesamten indigenen Bevölkerung von Diego Garcia und anderen Inseln des Chagos-Archipels im mittleren Indischen Ozean ab.* Seit 1967 waren die drei- bis viertausend als „Chagossianer" bezeichneten gebürtigen Inselbewohner in armseligen Laderäumen von Frachtschiffen nach Mauritius transportiert worden, einer ehemaligen selbstverwalteten britischen Kolonie im Indischen Ozean, über 1.500 Kilometer entfernt vor der südöstlichen Küste Afrikas. Die Zwangsumsiedlungen waren in einer Vereinbarung von 1966 festgelegt worden, in deren Rahmen Großbritannien die offiziell unter dem Namen „Britisches Territorium im Indischen Ozean" bekannte Inselgruppe an die USA zur Nutzung als geopolitisch strategischen Militärstützpunkt verpachtet hatte. Im Gegenzug erhielten die Briten Nachlässe auf die Kosten amerikanischer Lieferungen für ihr U-Boot-gestütztes Polaris-Interkontinentalraketensystem. Während sich die Vereinbarung für beide Länder als vorteilhaft erwies, kämpften die deportierten Chagos-Insulaner um ihr Überleben. Ihnen wurde zwar 1977 eine Entschädigung von 650.000 britischen Pfund zugesprochen, doch ein mögliches Recht auf Rückkehr nach Diego Garcia blieb weiterhin unter Petitionen und Gerichtsverfahren begraben. Im November 2016 erließ die britische Regierung schließlich eine niederschmetterndes Edikt. Sie erklärte unter Berufung auf die „Umsetzbarkeit, Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen und Kosten für den britischen Steuerzahler", dass den knapp ein halbes Jahrhundert zuvor aus ihrer Heimat zwangsvertriebenen Chagossianern die Rückkehr nicht gestattet würde. Stattdessen verlängerte die britische Regierung den Pachtvertrag mit den Amerikanern zur Nutzung ihres Territoriums im Indischen Ozean als Militärstützpunkt um weitere 20 Jahre und versprach den deportierten Chagossianern eine weitere Entschädigung von 40 Millionen Pfund. Die Organisation U.K. Chagos Support Association ihrerseits nannte die britische Entscheidung eine „sinnlose und herzlose Entscheidung, für dass sich das Land schämen sollte".

28. April *An diesem Tag trat 1915 in Den Haag (Niederlande) der Internationale Frauenfriedenskongress mit über 1.200 Teilnehmerinnen aus 12 Ländern zusammen, um Strategien zu entwickeln, die dazu beitragen sollten, den damals in Europa tobenden Krieg zu beenden, und um ein Programm in die Wege zu leiten, das durch die Untersuchung der Ursachen von Kriegen und die Erarbeitung von Vorschlägen zu deren Beseitigung zukünftige Kriege verhindern sollte.* Um ihr erstes Ziel voranzubringen, verabschiedeten die Delegierten des Kongresses Resolutionen und entsandten Vertreterinnen in die meisten kriegführenden Nationen des Ersten Weltkriegs, denn sie glaubten, dass ihr friedliches Handeln als Frauen eine positive moralische Wirkung haben würde. Für die laufende Arbeit zur Untersuchung und Beseitigung von Kriegsursachen gründeten sie jedoch eine neue Organisation mit dem Namen Women's International League for Peace and Freedom (WILPF). Die erste internationale Präsidentin der Organisation, Jane Addams, wurde in Washington persönlich von Präsident Woodrow Wilson empfangen, der neun seiner berühmten Vierzehn Punkte für die Aushandlung eines Endes des Ersten Weltkriegs auf Ideen der WILPF begründete. Die Liga, deren Hauptsitz sich in Genf (Schweiz) befindet, arbeitet heute auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene sowie mit nationalen Sektionen in aller Welt zusammen und organisiert Tagungen und Konferenzen, auf denen wichtige aktuelle Themen untersucht und behandelt werden. Hierzu gehören auf

innenpolitischer Ebene auch Themen wie volle Rechte für Frauen sowie Rassengerechtigkeit und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Auf globaler Ebene setzt sich die Organisation für die Förderung von Frieden und Freiheit, die Entsendung von Missionen in Konfliktländer und – gemeinsam mit internationalen Gremien und Regierungen – die friedliche Beilegung von Konflikten ein. Für ihr Engagement in diesen Bereichen wurden zwei Führungspersönlichkeiten der Liga mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Jane Addams im Jahr 1931 und Emily Greene Balch, die erste Internationale Generalsekretärin der WILPF, im Jahr 1946.

29. April *An diesem Tag wurden im Jahr 1975 kurz vor dem Sieg der kommunistischen Streitkräfte in Südvietnam über 1.000 Amerikaner und 5.000 Vietnamesen per Helikopter aus der Hauptstadt Saigon auf US-amerikanische Schiffe im Südchinesischen Meer evakuiert.* Der Einsatz von Hubschraubern war durch die heftigen Bombenangriffe auf den Flughafen Son Nhut nahe Saigon bedingt, die am frühen Morgen desselben Tages stattgefunden hatten. Obwohl diese Operation äußerst umfangreich war, wurde sie durch die improvisierte Flucht weiterer 65.000 Vietnamesen überschattet, die hofften, es in Fischkuttern, Lastkähnen, selbstgebauten Flößen und Sampans bis zu den 40 amerikanischen Kriegsschiffen zu schaffen, die am Horizont winkten. *Diese Evakuierungen ereigneten sich mehr als zwei Jahre nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens* im Januar 1973 durch Vertreter der USA, Südvietnams, des Vietcongs und Nordvietnams. Darin wurde ein Waffenstillstand für ganz Vietnam, der Abzug der US-Truppen, die Freilassung von Kriegsgefangenen und die friedliche Vereinigung von Nord- und Südvietnam vereinbart. Zwar hatten alle amerikanischen Truppen Vietnam bis März 1973 verlassen, es waren jedoch über 7.000 zivile Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums zurückgeblieben, um den südvietnamesischen Streitkräften bei der Abwehr von Verletzungen des Waffenstillstands durch die Nordvietnamesen und Vietcongkämpfer zu helfen, die schon bald wieder zu einem heftigen Krieg eskalierten. Als der Krieg mit dem Fall Saigons am 30. April 1975 endete, sagte der nordvietnamesische Oberst Bui Tin zu den verbliebenen Südvietnamesen: „Ihr habt nichts zu befürchten. Unter Vietnamesen gibt es keine Sieger und keine Besiegten. Nur die Amerikaner wurden besiegt.“ Insgesamt hat dieser Krieg jedoch 58.000 Amerikanern und mindestens vier Millionen vietnamesischen Soldaten und Zivilisten das Leben gekostet.

30. April *An diesem Datum wurden im Jahr 1977 bei einer aufsehenerregenden Protestaktion gegen ein sich damals in Seabrook, New Hampshire, im Bau befindliches Atomkraftwerk 1.415 Menschen verhaftet.* Wegen der Massenverhaftungen, die zu den umfangreichsten in der Geschichte der USA gehörten, trug die Konfrontation in Seabrook zur Entstehung einer nationalen Gegenbewegung gegen die Atomkraft bei und spielte eine bedeutende Rolle bei der Eindämmung der Bestrebungen der US-Atomindustrie und der Bundespolitiker, Hunderte von Reaktoren im ganzen Land zu bauen. Ursprünglich waren zwei Reaktoren geplant, die zu Kosten von weniger als 1 Milliarde Dollar bis 1981 ans Netz gehen sollten. Letztlich wurde das Atomkraftwerk in Seabrook jedoch auf einen einzigen Reaktor reduziert, der 6,2 Milliarden Dollar kostete und erst 1990 kommerziell ans Netz ging. Die Sicherheitsbilanz des Seabrook-Kraftwerks war über die Jahre hinweg hervorragend. Außerdem hat es eine wichtige Rolle dabei gespielt, dass es dem US-Bundesstaat Massachusetts gelang, die vorgeschriebenen Senkungen der Kohlenstoffemissionen einzuhalten. Dennoch nennen die Atomkraftgegner eine Reihe von Gründen, den Trend zur Abschaltung von Kernreaktoren fortzusetzen, anstatt noch mehr zu bauen. Hierzu gehören die extrem hohen Bau- und Instandhaltungskosten, die zunehmende

Attraktivität alternativer sauberer erneuerbarer Energiequellen, die katastrophalen Folgen einer unfallbedingten Reaktorschmelze, die Notwendigkeit praktikabler Evakuierungsstrategien und, was vielleicht am wichtigsten ist, das anhaltende Problem der sicheren Entsorgung von Atommüll. Derartige Bedenken, die zum Teil als Vermächtnis des Seabrook-Protests ins öffentliche Bewusstsein gerückt sind, haben die Rolle von Kernkraftwerken in der amerikanischen Energieerzeugung erheblich reduziert. Bis 2015 hatte sich die Anzahl an Reaktoren in den USA von der in den 1990er Jahren erreichten Höchstzahl von 112 auf 99 reduziert. Sieben weitere sollten im folgenden Jahrzehnt abgeschaltet werden.

1. Mai Der 1. Mai ist in der nördlichen Hemisphäre ein traditioneller Tag zur Feier der Wiedergeburt und – seit dem Haymarket-Vorfall 1886 in Chicago – in weiten Teilen der Welt ein Tag, an dem die Rechte von Arbeitnehmern und deren gewerkschaftliche Organisierung gefeiert werden. An diesem Tag im Jahr 1954 ging außerdem für die Einwohner eines bis dahin als Paradies geltenden Inselarchipels die Sonne zweimal auf und eine endlose Welle von Strahlenkrankheit brach über sie und ihre Nachkommen herein, weil die US-Regierung eine Wasserstoffbombe getestet hatte. Ebenfalls an diesem Tag fanden im Jahr 1971 massive Demonstrationen gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam statt. Außerdem erklärte Präsident George W. Bush – in einem Fluganzug auf einem Flugzeugträger im Hafen von San Diego stehend – an diesem Tag im Jahr 2003 lachhafterweise, dass der „Auftrag erledigt“ sei, als die Zerstörung des Irak gerade begann. Ebenso gab die US-Marine am selben Tag des Jahres 2003 schließlich dem öffentlichen Protest nach und stellte die Bombardierung der Insel Vieques ein. Im Jahr 2005 veröffentlichte die Londoner *Sunday Times* an diesem Tag das Downing Street Memo, das den Inhalt einer Kabinettssitzung der britischen Regierung vom 23. Juli 2002 in der Downing Street 10 enthüllte. Sie enthüllten die Pläne der USA, einen Krieg gegen den Irak zu führen und über die Gründe dafür zu lügen. Dies ist ein guter Tag, um die Welt über Kriegslügen aufzuklären.

2. Mai *An diesem Tag im Jahr 1968 sollten die Demonstranten in Washington D.C. ankommen, um die Poor People's Campaign [eine rassenübergreifende Organisation armer und obdachloser Menschen] einzuweihen, die letzte Bürgerrechtsbewegung, die Martin Luther King Jr. in seinem Streben nach gewaltfreien Sozialreformen in Amerika ins Auge gefasst hatte.* King selbst erlebte nicht mehr, wie die Kampagne Gestalt annahm, denn er wurde wenige Wochen zuvor ermordet. Trotz seines Todes wurde die Southern Christian Leadership Conference nach einer zweiwöchigen Verzögerung fortgeführt, und zwar mit neuen Anführern sowie einer viel breiteren Agenda als die, die sich King jemals hätte vorstellen können. Vom 15. Mai bis zum 24. Juni 1968 besetzten etwa 2.700 arme Menschen und Anti-Armutsaktivisten, die Afroamerikaner, Asiaten, Hispanoamerikaner und Ureinwohner aus dem ganzen Land vertraten, Washingtons National Mall in einem Zeltlager, das als Resurrection City bekannt ist. Ihre Rolle bestand darin, Unterstützung für fünf Kernforderungen der Kampagne zu demonstrieren. Dazu gehörten Beschlüsse auf Bundesebene, die eine sinnvolle Arbeit zu einem existenzsichernden Lohn für jeden erwerbsfähigen Bürger sowie ein sicheres Einkommen für Menschen, die keine Arbeit finden oder gar nicht arbeiten können, garantieren sollen. Es wurde nie ein auf diesen Forderungen basierendes Gesetz erlassen, aber die sechs Wochen andauernden Demonstrationen in Resurrection City waren nicht ohne Erfolg. Die Demonstranten lenkten nicht nur die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Probleme armer Menschen, sondern sie hatten über sechs Wochen Zeit, ihre persönlichen Erfahrungen von Armut mit Demonstranten anderer ethnischen Gruppen zu teilen. Dieser Austausch trug dazu bei, die zuvor unabhängigen und eng fokussierten

Gruppen zu einer einzigen breit abgestützten aktivistischen Kraft zusammenzubringen. In den letzten Jahren wurde dieses Organisationsmodell von Occupy Wall Street, Black Lives Matter, dem Frauenmarsch 2017 und der wiederbelebten Kampagne für die Armen von 2018 übernommen.

3. Mai *An diesem Tag im Jahr 1919 wurde Pete Seeger in New York City geboren.* Petes Vater unterrichtete Musik an der Universität von Kalifornien in Berkeley, während seine Mutter an der Juilliard School Geigenunterricht hielt. Petes Bruder, Mike, wurde Mitglied der New Lost City Ramblers, und seine Schwester, Peggy, wurde Volksmusikerin und trat gemeinsam mit Ewan McColl auf. Pete bevorzugte politischen Aktivismus, der durch Volksmusik ausgedrückt werden konnte. Nun mit seinen Fähigkeiten als Songschreiber und Performer gewappnet, schloss sich Pete 1940 Woodie Guthrie bei seinem Vorhaben an, Mitglied der linksgerichteten, Antikriegs-Aktivisitengruppe und -Band „The Almanac Singers“ an. Pete schrieb einen ungewöhnlichen Song mit dem Titel „Dear Mr. President“, der sich mit dem dringenden Bedarf, Hitler zu stoppen, befasste und zum Titelsong eines Almanac-Singers-Albums gekürt wurde. Später diente er während des Zweiten Weltkriegs und kehrte zurück, um der amerikanischen Volksmusik neues Leben einzuhauchen. Dabei schloss er sich The Weavers an, die wiederum The Kingston Trio, The Limelighters, The Clancy Brothers und die allgemeine Beliebtheit der Volksmusikszene in den 1950er-60er Jahren inspirierten. The Weavers wurden schließlich vom Kongress auf eine schwarze Liste gesetzt, und Pete wurde vom Ausschuss für unamerikanische Aktivitäten des Repräsentantenhauses vorgeladen. Pete weigerte sich unter Berufung auf die Rechte im Ersten Verfassungszusatz, auf diese Vorwürfe zu antworten: „Ich werde keine Fragen zu meiner Assoziierung, meinen philosophischen oder religiösen Überzeugungen oder meinen politischen Überzeugungen, zu meinem Wahlverhalten oder sonst irgendeiner privaten Angelegenheit beantworten. Solche Fragen sind unangemessen und sollten unter solchem Zwang keinem Amerikaner gestellt werden.“ Pete wurde dann wegen Missachtung verurteilt, was ein Jahr später wieder aufgehoben wurde. Pete hielt den Aktivismus weiterhin am Leben, indem er Lieder wie „Where Have All the Flowers Gone“ und „If I had a Hammer“ schrieb.

4. Mai *An diesem Tag im Jahr 1970 schoss die Nationalgarde von Ohio in eine Menge von Demonstranten der Kent State University. Dabei wurden neun Menschen verletzt und vier getötet.* Präsident Richard Nixon war weitgehend aufgrund seines Versprechens, den Vietnamkrieg zu beenden, gewählt worden. Am 30. April kündigte er an, dass er den Krieg auf Kambodscha ausweiten werde. An zahlreichen Hochschulen kam es zu Protesten. An der Kent State gab es eine große Antikriegskundgebung, gefolgt von Ausschreitungen in der Stadt. Die Nationalgarde von Ohio wurde nach Kent beordert. Bevor sie ankommen konnten, brannten die Studenten das ROTC-Gebäude nieder. Am 4. Mai versammelten sich 2.000 Studenten auf dem Campus. Siebenundsiebzig Mitglieder der Garde zwangen sie unter Einsatz von Tränengas und Bajonetten aus dem Gemeindeland und über einen Hügel. Ein Student, Terry Norman, hatte ebenfalls eine Gasmaske und war mit einem 38er-Revolver bewaffnet. Er soll die entgegenkommenden Wachtruppen fotografiert haben. Mehrere Studenten bemerkten jedoch, dass er vor allem Fotos von Demonstranten machte. Nach einem Handgemenge wurde er verjagt. Es fielen Pistolenschüsse. Als Terry zu einer anderen Gruppe von Gardisten im verkohlten ROTC lief, rief sein Verfolger: „Haltet ihn auf. Er hat eine Waffe.“ Terry übergab seine Waffe dem Campus-Polizisten, der ihn angeheuert hatte. Mitglieder des Fernsehteams von WKYC hörten den Detektiv sagen: „Mein Gott. Vier Schüsse gab es!“ Währenddessen hatten die

Truppen, die die Spitze des Hügels erreicht hatten, Pistolenschüsse gehört. Sie dachten, man würde auf sie schießen, und feuerten willkürlich in die Menge. Die vier daraus resultierenden Todesfälle lösten massive Proteste aus, die zur Schließung von 450 Colleges in den USA führten. Die Schießerei von Kent war ein wichtiger Katalysator für die Beendigung des Vietnamkrieges.

5. Mai *An diesem Tag im Jahr 1494 landete Christoph Kolumbus auf seiner zweiten Reise nach Amerika auf der westindischen Insel Jamaika.* Zu dieser Zeit war die Insel von den Arawaken bevölkert, einem einfachen und friedlichen indischen Volk von ungefähr 60.000 Menschen, die hauptsächlich als Fischer und Kleinbauern für ihren Fortbestand sorgten. Kolumbus selbst betrachtete die Insel hauptsächlich als einen Ort, an dem er Vorräte aufbewahren und Getreideernte und Viehzucht betreiben konnte, während er und seine Männer auf dem amerikanischen Kontinent nach neuem Land für Spanien suchten. Dennoch zog der Ort auch spanische Siedler an und wurde 1509 von einem spanischen Gouverneur kolonisiert. Dies bedeutete eine Katastrophe für die Arawaken. Ihnen wurde sehr anstrengende körperliche Arbeit aufgezwungen, damit der Erbau einer neuen spanischen Hauptstadt vorangetrieben werden konnte und zudem europäischen Krankheiten ausgesetzt, die sie nicht überleben würden. In weniger als fünfzig Jahren würden sie ausgelöscht werden. Als man merkte, dass die Arawaken-Bevölkerung immer weniger wurde, wurden aus Westafrika Sklaven importiert, die die Zwangsarbeiten übernehmen sollten. In der Mitte des 17. Jahrhunderts griffen die Engländer an, die inzwischen von Jamaikas wertvollen natürlich Ressourcen Wind bekamen. Die Spanier ergaben sich schnell und flohen zunächst nach Kuba, nachdem sie ihre Sklaven oder „Maroons“ befreiten. Die Maroons gerieten dann in jahrelangen Konflikt mit den englischen Kolonisten, bevor sie durch das britische Emanzipationsgesetz aus dem Jahr 1833 vollständig befreit wurden. Nach einem Aufstand der vernachlässigten Armen unter den englischen Kolonisten wurde Jamaika 1865 eine britische Kronkolonie und unternahm bedeutende soziale, verfassungsmäßige und wirtschaftliche Schritte in Richtung Souveränität. Die Insel erhielt am 6. August 1962 ihre Unabhängigkeit von Großbritannien und wird heute als demokratische parlamentarische konstitutionelle Monarchie regiert.

6. Mai An diesem Tag im Jahr 1944 hatte Mahatma Gandhi, der inzwischen 73 Jahre alt war und trotz versagender Gesundheit eine Operation benötigte, endlich seine siebte und damit letzte Haftstrafe abgesessen, die man ihm aufgrund seiner Handlungen als Anführer einer gewaltlosen Kampagne für die Unabhängigkeit Indiens von der britischen Herrschaft verhängt hatte. Er war am 9. August 1942 verhaftet worden, nachdem der indische Nationalkongress die „Quit India“-Bewegung bewilligte und die Menschen zu *Satyagraha* und dem zivilen Ungehorsam aufrief, um die Unabhängigkeit Indiens von den Briten voranzutragen. Als Gandhis Verhaftung stattdessen eine gewalttätige Reaktion unter seinen Anhängern auslöste, trieb sie den britischen Raj dazu, seine ohnehin strenge Kontrolle zu verschärfen und zu versuchen, Gandhi mit erfundenen politischen Verleumdungen zu beschmutzen. Nachdem er ungefähr zwei Jahre später aus seiner Haft entlassen wurde, sah sich Gandhi mit einer wachsenden muslimischen Stimmung für die Teilung des Subkontinents in einen muslimischen und hinduistischen Staat konfrontiert. Diese Idee lehnte er jedoch vehement ab. Es folgten daraufhin andere politische Konflikte. Am Ende wurden aber sowohl das Ergebnis als auch die Bedingungen der Unabhängigkeit Indiens allein von den Briten bestimmt. Nachdem sie endlich die Unerbittlichkeit der indischen Anforderungen akzeptierten, verabschiedeten sie am 15. Juni 1947 freiwillig und auf parlamentarischem Wege ein Gesetz, durch das den Indern ihre Unabhängigkeit gewährt werden sollte. Entgegen der

Bemühungen Gandhis, ein vereintes und religiös pluralistisches Indien entstehen zu lassen, folgte der Erlassung dieses neuen Gesetzes die Aufteilung des Subkontinents in zwei unabhängige Staaten, nämlich Indien und Pakistan. Auch im Gesetz vorgesehen war die Festlegung eines Unabhängigkeitstages vor dem 15. August. Gandhis größere Vision wurde erst Jahrzehnte später anerkannt, als er in die „TIME"-Ausgabe „Person des Jahrhunderts" aufgenommen wurde. Im Magazin wurde von seiner Arbeit sowie seinem Kampfgeist berichtet, wobei die Zeitschrift anmerkte, dass diese „dem 20. Jahrhundert die Augen für jene Ideen geöffnet hat, die für alle Epochen als moralisches Vorbild dienen."

7. Mai *An diesem Tag im Jahr 1915 wurde die RMS Lusitania von den Deutschen versenkt — Dies war eine entsetzliche Mordtat.* An Bord der *Lusitania* befanden sich sowohl Waffen als auch Truppen für die Briten – ein weiterer schrecklicher Akt des Massenmordes. Das Schlimmste an all dem waren allerdings die Lügen, die um das Ereignis herum verbreitet wurden. In New Yorker Zeitungen sowie anderen Zeitungen in den Vereinigten Staaten wurden Warnanzeigen von den Deutschen veröffentlicht. Diese Warnungen wurden neben Anzeigen platziert, die für die *Lusitania* warben, und wurden von der deutschen Botschaft unterzeichnet. Viele Zeitungen hatten auch Berichte über die Warnanzeigen geschrieben. Das Kreuzfahrtunternehmen „Cunard" wurde auch zu diesem Thema befragt. Der ehemalige Kapitän der *Lusitania* war bereits zurückgetreten – angeblich wegen des Stresses, durch ein Gebiet zu fahren, was Deutschland bereits öffentlich zur Kriegszone erklärt hatte. Währenddessen soll Winston Churchill gesagt haben, dass „es sehr wichtig sei, neutrale Schiffe an unsere Küste zu locken, in der Hoffnung, so die USA mit Deutschland zu verwickeln." Unter seiner Führung blieb der *Lusitania* trotz einer Mitteilung von Cunard, dass dieser für die Überfahrt notwendig sei, jeglicher Militärschutz der britischen Armee vorenthalten. Angesichts der scheinbar mangelnden Neutralität der amerikanischen Regierung gegenüber der Versenkung der Lusitania trat der US-Außenminister, William Jennings Bryan, zurück. Die Tatsache, dass die *Lusitania* Waffen und Truppen zugunsten der britischen Armee und damit zur Bekämpfung Deutschlands lieferte, wurde von Deutschland und anderen Beobachtern behauptet und stimmte. Damals wurde von der US-Regierung das behauptet, was auch heute in den Geschichtsbüchern festgeschrieben steht: Die unschuldige *Lusitania* wurde ohne Vorwarnung angegriffen – eine Handlung, die angeblich den Kriegseintritt berechtigt hatte. Damit wurden zwei Jahre später auch die USA in den Wahnsinn des Ersten Weltkriegs hineingezogen.

Muttertag wird von verschiedenen Ländern an verschiedenen Tagen gefeiert. In vielen Ländern fällt er auf den zweiten Sonntag im Mai. Dies ist ein guter Tag, um die Mother's Day Proclamation [Die ursprüngliche Ausrufung des Muttertags] noch einmal zu lesen und den Tag dem Frieden zu widmen.

8. Mai *An diesem Tag im Jahr 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Es war auch jener Tag, an dem Oskar Schindler die von ihm aus den Vernichtungslagern geretteten Juden darum bat, sich nicht an einfachen deutschen Bürgerinnen und Bürgern zu rächen.* Schindler selbst war nicht gerade ein Vorbild für Anständigkeit oder moralische Grundsätze. Nachdem er im September 1939 den Nazis nach Polen folgte, wurde er schnell mit einigen sehr einflussreichen Gestapo-Agenten befreundet, die er daraufhin mit Geld, Frauen und Alkohol zu bestechen vermochte. Mit ihrer Hilfe erwarb er eine Emailwarenfabrik in Krakau, in der primär aus wirtschaftlichen Gründen Juden eingestellt wurden. Mit der Zeit begann er aber, mit den Juden mitzufühlen und

fand die Brutalität der Nazis ihnen gegenüber abstoßend. Im Sommer 1944 bewahrte er, wie auch in dem Film *„Schindlers Liste“* aus dem Jahr 1993 dargestellt wurde, 1.200 seiner jüdischen Mitarbeiter vor einem sicheren Tod in den Gaskammern Polens, indem er sie unter hohem persönlichen Risiko in eine im Sudetenland der damals noch nationalsozialistisch besetzten Tschechoslowakei befindliche Fabrik versetzte. Als er nach der Befreiung am ersten VE Day [Sieg-in-Europa-Tag] zu ihnen sprach, bat er sie nachdrücklich darum, „sich nicht zu rächen oder an terroristischen Handlungen teilzunehmen.“ Schindlers Taten und Worte halten die Hoffnung auf eine bessere Welt weiterhin aufrecht. Wenn er es trotz seiner Schwächen immer noch das Mitgefühl und den Mut gefunden hat, großes Unrecht wiedergutzumachen, dann deutet das darauf hin, dass diese Fähigkeit in uns allen steckt. Auch heute brauchen wir die Tugenden, die Schindler aufgezeigt hat, um ein System räuberischer Konzerninteressen zu bekämpfen, das von nationalen Tötungsmaschinen unterstützt wird und nur den Interessen einiger weniger Käuflicher dient. Nur so kann die Welt zusammenarbeiten, um den Ansprüchen normaler Menschen gerecht zu werden, wodurch unsere Spezies letztendlich überleben und ihr wahres menschliches Potenzial erschließen wird.

9. Mai *An diesem Tag im Jahr 1944 legte der autokratische Präsident von El Salvador, General Maximiliano Hernandez Martinez, sein Amt nieder, nachdem in der ersten Maiwoche ein gewaltloser, von Studenten organisierter nationaler Streik begann. Dieser Streik führte dazu, dass die Wirtschaft El Salvadors größtenteils in sich zusammenfiel und die Zivilgesellschaft außer Gefecht gesetzt wurde.* Nachdem er Anfang der 1930er Jahre aufgrund eines Putsches an die Macht kam, rief Martinez eine Geheimpolizei ins Leben und verbot die Kommunistische Partei El Salvadors sowie kleinbäuerliche Organisationen, schränkte die Pressefreiheit ein, ließ mutmaßliche Umstürzler verhaften, nahm Arbeiteraktivisten ins Visier und übernahm die Verwaltungsmacht an Universitäten. Im April 1944 taten sich Studenten und Mitglieder der Universitätsfakultäten gegen das Regime zusammen, um einen friedlichen Protest durchzuführen, an dem bis zur ersten Woche im Mai Bürgerinnen und Bürger jeder Couleur beteiligt waren. Am 5. Mai forderte die Verhandlungsdelegation der Streikenden den Präsidenten dazu auf, sein Amt umgehend niederzulegen. Stattdessen wendete sich Martinez an das Radio und riet Bürgerinnen und Bürgern, zur Arbeit zurückzukehren. Dies führte zu einem erweiterten Protest der Bevölkerung sowie einer ausgeprägteren polizeilichen Brutalität gegenüber der Protestierenden, wobei ein Protestierender ums Leben kam. Nach dessen Beerdigung nahmen Tausende an einem Protest nahe dem Nationalpalast teil und stürmten daraufhin in den Palast, den der Präsident inzwischen verlassen hatte. Der Präsident traf sich am 8. Mai angesichts mangelnder Alternativen mit der Verhandlungsdelegation und willigte ein, endgültig aus seinem Amt zurückzutreten. Dies trat am folgenden Tag in Kraft. An Martinez Stelle trat ein Amtsträger namens General Andres Ignacio Menendez, der vielen politischen Gefangenen den Straferlass gewährte, die Einschränkung der Pressefreiheit wieder aufhob und sogar damit anfing, Vorbereitungen auf eine Parlamentswahl in die Wege zu leiten. Diese Phase des demokratischen Aufschwungs war aber von kurzer Dauer, da Menendez fünf Monate später selbst durch einen Putsch gestürzt wurde.

10. Mai *An diesem Tag im Jahr 1984 genehmigte der Internationale Gerichtshof in Den Haag ohne Gegenstimmen einen Antrag Nicaraguas auf Erteilung einer einstweiligen Anordnung gegen die USA. Durch die Anordnung soll den USA unterbunden werden, nicaraguanische Häfen zu verminen, durch die in den vergangenen drei Monaten bereits 8 Schiffe aus*

verschiedenen Nationen beschädigt worden sein sollen. Die USA akzeptierten die Entscheidung ohne Einwände und wiesen darauf hin, dass die Verminung bereits im März eingestellt worden sei und deshalb nicht wieder aufgenommen würde. Die Verminung wurde teils von durch die USA finanzierten Guerrillas, die gegen die linke Sandinista-Regierung ankämpften, und hochspezialisierten lateinamerikanischen CIA-Mitarbeitern durchgeführt. Nach Angaben der USA sollen die Arbeiten Teil der Bemühungen von CIA-Agenten zur Neuausrichtung der Strategie der Guerrillas, bekannt als „Contras", von gescheiterten Versuchen territorialer Übernahmen auf wirtschaftliche Sabotage gewesen sein. Die handgefertigten akustischen Geräte, die zur Verminung eingesetzt wurden, trugen zum Erfolg der oben genannten Bemühungen bei, indem aus- und eingehende Warenlieferungen beeinträchtigt wurden. Der Export nicaraguanischen Kaffees sowie anderer Hafengüter wurde unterbrochen und importierte Ölvorräte wurden immer weniger. Gleichzeitig begann die CIA eine direktere Rolle bei der Ausbildung und Führung der antisandinistischen Rebellen zu übernehmen, und Verwaltungsbeamte erkannten ein Interesse daran, die sandinistische Regierung „demokratischer" und weniger an Kuba und die Sowjetunion gebunden zu machen. Der Internationale Gerichtshof seinerseits fügte seinem Urteil zum US-Bergbau eine Erklärung hinzu, in der er bekräftigte, dass Nicaraguas politische Unabhängigkeit „voll respektiert und... nicht durch militärische oder paramilitärische Aktivitäten gefährdet werden sollte." Diese Bestimmung fand jedoch keine einstimmige Unterstützung. Obwohl mit einem Vorsprung von 14 zu 1 angenommen, stimmte der US-Richter Stephen Schwebel mit „Nein."

11. Mai *An diesem Tag im Jahr 1999 begann in Den Haag (Niederlande) die größte internationale Friedenskonferenz der Geschichte.* Die Konferenz markierte den hundertsten Jahrestag der ersten internationalen Friedenskonferenz, die im Mai 1899 in Den Haag stattfand und den Prozess der Interaktion zwischen der Zivilgesellschaft und den Regierungen mit dem Ziel eingeleitet hatte, Krieg zu verhindern und seine Auswüchse zu kontrollieren. An der fünftägigen Haager Friedensappell-Konferenz 1999 nahmen mehr als 9.000 Aktivisten, Regierungsvertreter und Gemeindevertreter aus über 100 Ländern teil. Das Ereignis war besonders bedeutsam, weil es im Gegensatz zu späteren globalen UNO-Gipfeln gänzlich nicht von Regierungen, sondern von Mitgliedern der Zivilgesellschaft organisiert wurde, die sich bereit zeigten, auf eine Welt jenseits des Krieges zu drängen, auch wenn ihre Regierungen dies nicht taten. Die Teilnehmer, darunter Persönlichkeiten wie UN-Generalsekretär Kofi Annan, Königin Noor von Jordanien und Erzbischof Desmond Tutu von Südafrika, nahmen an über 400 Panels, Workshops und Rundtischgesprächen teil und diskutierten und debattierten Mechanismen zur Abschaffung des Krieges und zur Schaffung einer Kultur des Friedens. Das Ergebnis war ein Aktionsplan mit 50 detaillierten Programmen, die eine jahrzehntelange internationale Agenda für Konfliktverhütung, Menschenrechte, Friedenssicherung, Abrüstung und den Umgang mit den Grundursachen von Kriegen festlegen. Die Konferenz definierte Frieden erfolgreich neu, so dass er nicht nur die Abwesenheit von Konflikten zwischen und innerhalb von Staaten bedeutet, sondern auch die Abwesenheit von wirtschaftlicher und sozialer Ungerechtigkeit. Diese konzeptionelle Erweiterung hat es seither ermöglicht, Umweltschützer, Menschenrechtsverfechter, Entwickler und andere zusammenzubringen, die sich traditionell nicht als „Friedensaktivisten" verstanden, um auf eine nachhaltige Friedenskultur hinzuarbeiten.

12. Mai *An diesem Tag im Jahr 1623 hielten englische Kolonisten in Virginia sogenannte Friedensgespräche mit den Powhatan-Indianern ab, vergifteten aber absichtlich den von ihnen gelieferten Wein und töteten 200 der Powhatan-Indianer, bevor sie 50 weitere erschossen und*

skalpierten. Seit 1607, als Jamestown, die erste dauerhafte englische Siedlung in Nordamerika, an den Ufern des James River in Virginia gegründet wurde, waren die Kolonisten mit einer regionalen Allianz von Stämmen, der Powhatan-Konföderation, die von ihrem obersten Häuptling Powhatan angeführt wurde, im Krieg gewesen. Ein wichtiges Thema waren die expansionistischen Übergriffe der Siedler auf indianisches Land. Als jedoch Powhatans Tochter Pocahontas 1614 den prominenten englischen Kolonisten und Tabakbauern John Rolfe heiratete, stimmte Powhatan widerwillig einem unbegrenzten Waffenstillstand mit den Kolonisten zu. Pocahontas hatte in der Tat wesentlich zum frühen Überleben der Siedlung in Jamestown beigetragen, indem sie den englischen Kapitän John Smith 1607 vor der Hinrichtung bewahrte und nach ihrer erzwungenen Bekehrung zum Christentum 1613 erfolgreich als Missionarin unter den Einheimischen diente. Mit ihrem frühen Tod im März 1617 schwanden langsam die Aussichten auf weiteren Frieden. Nachdem Powhatan selbst 1618 gestorben war, übernahm sein jüngster Bruder das Kommando und führte im März 1622 einen Großangriff an, bei dem Siedlungen und Plantagen der Kolonisten niedergebrannt und ein Drittel ihrer Bewohner, etwa 350, erschossen oder zerhackt wurden. Es war dieser „Powhatan-Aufstand“, der im Mai 1623 zu dem fadenscheinigen „Friedensgespräch“ führte, bei dem die Kolonisten nichts anderes als finstere Rache anstrebten. Der Aufstand hatte die Siedlung Jamestown in völligem Durcheinander hinterlassen, und 1624 wurde Virginia eine königliche Kolonie. Das würde bis zur amerikanischen Revolution so bleiben.

13. Mai *An diesem Tag im Jahr 1846 stimmte der US-Kongress dem Antrag von Präsident James K. Polk zu, Mexiko den Krieg zu erklären.* Der Krieg wurde durch Grenzstreitigkeiten ausgelöst, an denen Texas beteiligt war, das 1836 seine eigene Unabhängigkeit von Mexiko als souveräne Republik gewonnen hatte, aber nach der Verabschiedung eines Annexionsvertrags zwischen den USA und Texas durch den Kongress, der im März 1845 von Polks Vorgänger John Tyler unterzeichnet wurde, zu einem US-Staat geworden war. Als US-Bundesstaat beanspruchte Texas den Rio Grande als seine südliche Grenze, während Mexiko den Fluss Nueces im Nordosten als rechtliche Grenze beanspruchte. Im Juli 1845 befahl Präsident Polk Truppen in das umstrittene Land zwischen den beiden Flüssen. Als die Bemühungen, eine Lösung auszuhandeln, scheiterten, rückte die US-Armee bis zur Mündung des Rio Grande vor. Die Mexikaner reagierten im April 1846, indem sie ihre eigenen Truppen über den Rio Grande schickten. Am 11. Mai forderte Polk den Kongress auf, Mexiko den Krieg zu erklären, mit der Begründung, die mexikanischen Streitkräfte seien „in unser Gebiet eingedrungen und hätten das Blut unserer Mitbürger auf unserem eigenen Boden vergossen.“ Der Antrag des Präsidenten wurde zwei Tage später vom Kongress mit überwältigender Mehrheit angenommen, aber er rief auch bei führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Politik und Kultur sowohl moralische als auch intellektuelle Zurechtweisung hervor. Trotzdem wurde der Konflikt letztlich zu Bedingungen beigelegt, die nicht die Gerechtigkeit, sondern die Übermacht begünstigten. Der Friedensvertrag, der den Krieg im Februar 1848 beendete, machte den Rio Grande zur südlichen Grenze von Texas und trat Kalifornien und New Mexico an die Vereinigten Staaten ab. Im Gegenzug würden die USA Mexiko die Summe von 15 Millionen Dollar zahlen und sich bereit erklären, alle Ansprüche von US-Bürgern gegen Mexiko zu begleichen.

14. Mai *An diesem Tag im Jahr 1941, als der Zweite Weltkrieg bereits in Europa wütete, meldete sich eine erste Welle von US-Kriegsdienstverweigerern in einem Arbeitslager im*

Patapsco State Forest in Maryland, bereit, ihrem Land einen sinnvollen Ersatzdienst zu leisten. Für viele der Verweigerer hatte sich die Gelegenheit, diese Alternative zu verfolgen, aus dem breiteren gesellschaftlichen Verständnis davon ergeben, wie Religion den Glauben formen kann. Zuvor hatten sich fast alle für die Wehrpflicht in Frage kommenden männlichen Amerikaner durch ihre Mitgliedschaft in historischen „Friedenskirchen“ wie den Quäkern und Mennoniten für den Status eines Kriegsdienstverweigerers qualifiziert. Das Gesetz von 1940 über die selektive Ausbildung und den selektiven Dienst (Selective Training and Service Act) hatte jedoch die Anspruchsberechtigung für diesen Status auf Personen ausgedehnt, die aus einem religiösen Hintergrund abgeleitete Überzeugungen hatten, die sie veranlassten, sich gegen jede Form des Militärdienstes zu stellen. Falls solche Personen eingezogen würden, könnten sie nun für „Arbeiten von nationaler Bedeutung unter ziviler Leitung“ eingesetzt werden. Das Lager in Patapsco war das erste von schließlich 152 Lagern in den USA und Puerto Rico, das im Rahmen eines Programms mit der Bezeichnung „Ziviler öffentlicher Dienst“ die Verfügbarkeit solcher Arbeit stark erweiterte. Von 1941 bis 1947 führte der Dienst Arbeitseinsätze für rund 20.000 Kriegsdienstverweigerer durch, hauptsächlich in den Bereichen Forstwirtschaft, Bodenschutz, Brandbekämpfung und Landwirtschaft. Die einzigartige Organisation des Programms trug auch dazu bei, die Anti-Verweigerer-Vorurteile der Öffentlichkeit zu neutralisieren, indem sie an ihre historische Unterstützung für private gegenüber öffentlichen Initiativen appellierte. Die Lager wurden von Komitees der Mennoniten-, Brüder- und Quäkerkirche eingerichtet und betrieben, und das gesamte Programm kostete die Regierung und die Steuerzahler nichts. Die Wehrpflichtigen dienten ohne Lohn, und ihre Kirchengemeinden und Familien waren voll und ganz für ihre sonstigen Anforderungen verantwortlich.

15. Mai *An diesem Tag im Jahr 1998 hielt Palästina seinen ersten Nakba-Tag ab, den Tag der Katastrophe.* Die Einführung des Tages geht zurück auf Jassir Arafat, den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde. Er wollte damit der Vertreibung von Palästinensern während der Zeit des ersten arabisch-israelischen Krieges (1947–49) gedenken. Den Nakba-Tag gibt es einen Tag nach dem israelischen Unabhängigkeitstag. Bis zu jenem 14. Mai 1948, an dem Israel seine Unabhängigkeit erklärte, waren bereits etwa 250.000 Palästinenser aus dem Territorium des neuen Staates geflohen bzw. vertrieben worden. Nach dem 15. Mai 1948 wurde die Vertreibung der Palästinenser gängige Praxis. Insgesamt waren mehr als 750.000 Palästinenser und damit etwa 80 % der Bevölkerung arabisch-palästinensischer Herkunft von Flucht oder Vertreibung aus ihrer Heimat betroffen. All jene, die über ausreichende Mittel verfügten, flohen meist in die palästinensische Diaspora, um dadurch ihrer Vertreibung zuvorzukommen. Von den Mittellosen strandeten zahlreiche in Flüchtlingslagern in den angrenzenden Staaten. Die Gründe für den Exodus waren vielschichtig: die Zerstörung arabischer Dörfer (zwischen 400 und 600 palästinensische Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und das urbane Palästina wurde zerstört), das Vorrücken des jüdischen Militärs und die Angst vor weiteren Massakern zionistischer Milizen analog zu Deir Yasin, direkte Ausweisungsanordnungen der israelischen Behörden, der Zusammenbruch des palästinensischen Führungsapparats oder auch der Widerwillen vieler, unter jüdischer Kontrolle zu leben. Später sorgte die erste israelische Regierung mit mehreren Gesetzen dafür, dass die Palästinenser nicht in ihre Häuser zurückkehren oder ihr Eigentum beanspruchen konnten. Bis heute sind zahlreiche Palästinenser und ihre Nachkommen Flüchtlinge geblieben. Ihr Flüchtlingsstatus sowie die Frage, ob Israel ihnen das geforderte Recht auf Rückkehr in ihre Heimat bzw. Entschädigung für erlittene Verluste einräumen wird, gehören zu den zentralen Fragen des weiterhin schwelenden

israelisch-palästinensischen Konflikts. Einige Historiker haben die Vertreibung der Palästinenser als ethnische Säuberung bezeichnet.

16. Mai *An diesem Tag im Jahr 1960 fand in Paris ein bedeutender diplomatischer Gipfel statt, an dem auch US-Präsident Dwight Eisenhower und der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow teilnahmen. Vor Beginn des Treffens hegten beide Seiten die Hoffnung, ihre bilateralen Beziehungen zu verbessern, doch der Gipfel endete im Streit.* Denn im unmittelbaren Vorfeld der Zusammenkunft hatte eine sowjetische Flugabwehrrakete erstmals ein für den Einsatz in hohen Höhen ausgelegtes amerikanisches U-2-Aufklärungsflugzeug über sowjetischem Territorium abgeschossen, das detaillierte Aufnahmen von militärischen Anlagen machte. Nach 22 erfolgten U-2-Flügen hatte Chruschtschow nun gesicherte Beweise dafür, dass die Amerikaner ein Spionageprogramm unterhielten. Zuvor hatten sie dies stets bestritten. Als Eisenhower Chruschtschows Forderung nach einer Einstellung aller zukünftigen Aufklärungsflüge eine Absage erteilte, verließ der sowjetische Ministerpräsident wutentbrannt das Treffen, woraufhin der Gipfel für beendet erklärt wurde. Die Spionageflüge waren indes die Idee des US-Geheimdienstes CIA. Bereits seit 1953 hatte die CIA unter Leitung von Allen Dulles damit begonnen, in einem stark antikommunistischen und fremdenfeindlichen Umfeld eine moralisch verkommene Geheimregierung zu installieren. Deren zahlreiche Verfehlungen brachte David Talbot 2015 in seinem aufschlussreichen Buch *The Devil's Chessboard* (deutsch: Das Schachbrett des Teufels) zu Papier. Laut Talbot initiierte die CIA sogar „Regierungsumstürze" und schreckte vor Manipulation und der Ermordung ausländischer Regierungschefs als Mittel amerikanischer Außenpolitik nicht zurück. Weiterhin vertritt Talbot vehement die Auffassung, dass die CIA die Invasion in der Schweinebucht seinerzeit scheitern ließ, um den jungen Präsidenten Kennedy so zu zwingen, die Insel zu bombardieren und die Marines nach Kuba zu entsenden. Durch derartige Betrügereien und Treuebrüche, sofern wahr, wird deutlich, inwieweit der Fanatismus des Kalten Krieges die amerikanische Politik entstellt, die demokratischen Prinzipien des Landes untergraben und eine dunkle Macht hervorgebracht hat, die bereit ist, ihre physische und moralische Gewalt auch nach innen gegen jene zu richten, die den Mut aufbringen, sich ihr zu widersetzen.

17. Mai *An diesem Tag im Jahr 1968 verbrannten neun Menschen in Catonsville im US-Bundesstaat Maryland Einberufungsbefehle des Militärs*. Die Priester-Brüder Daniel und Philip Berrigan sowie die katholischen Bürgerrechtsaktivisten David Darst, John Hogan, Tom Lewis, Marjorie Bradford Melville, Thomas Melville, George Mische und Mary Moylan wurden festgenommen, nachdem sie aus Protest gegen die Einberufung junger Amerikaner in den andauernden Vietnamkrieg Hunderte Einberufungsakten aus den Büroräumen der US-Wehrpflichtbehörde in Catonsville (Maryland) gestohlen und diese anschließend mit selbst hergestelltem Napalm verbrannt hatten. Als sie anschließend zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden und die Zeitungen über ihre Geschichte berichteten, waren viele über ihr Schicksal erzürnt. Pater Daniel erklärte sich mit folgenden Worten: „Liebe Freunde, entschuldigt die Störung der öffentlichen Ordnung und, dass wir Papier statt Kinder verbrannt haben... wir konnten nicht anders, so wahr Gott uns helfe." Zu Prozessbeginn in Baltimore erfuhren die „Neun von Catonsville" von zahlreichen Gruppen aus allen Landesteilen Unterstützung bei ihrem Kampf gegen die Einberufung in den Krieg. Die Antikriegsbewegung wurde weiterhin vom Klerus, von der Studentenorganisation „Students for a Democratic Society" (deutsch: Studenten für eine demokratische Gesellschaft), von Studenten der Cornell University und von

der Gewerkschaft der Wohlfahrtsverbände von Baltimore unterstützt. In den Straßen der Stadt demonstrierten daraufhin tausende Menschen. Sie forderten die Freilassung der Neun und ein Ende der „Einberufungssklaverei“, durch die der wachsende Imperialismus nicht nur in Vietnam, sondern auch in Südamerika, Afrika und anderen Teilen der Welt sichtbar wurde. Die Neun machten bei ihrem Prozess deutlich, dass die Bevölkerung kein anderes Mittel als den zivilen Ungehorsam habe, wenn sich Dinge mit ihren moralischen, religiösen und patriotischen Grundsätzen als unvereinbar erweisen. Die Neun haben ihre Tat niemals geleugnet und richteten den Akzent auf ihre Absicht dahinter. Damit inspirieren sie auch heute noch jene, die trotz der Schuldsprüche und Verurteilungen gegen die „Neun von Catonsville“ der Entsendung von Amerikas Jugend in unzählige Kriege entgegentreten.

18. Mai *An diesem Tag im Jahr 1899 wurde die Haager Friedenskonferenz eröffnet*. Angeregt wurde die Einberufung der Konferenz von Russland mit dem Ziel der „Abrüstung und eines dauerhaften Weltfriedens“. Daraufhin kamen in der niederländischen Stadt Vertreter aus 26 Nationen, darunter den USA, zusammen, um über Alternativen zum Krieg zu diskutieren. Die Delegierten teilten sich dabei in drei Kommissionen auf, um ihre Ideen zu unterschiedlichen Themen zu erörtern und vorzubringen. Die erste Kommission kam einstimmig überein, dass „eine Beschränkung der militärischen Lasten, welche gegenwärtig die Welt bedrücken, in hervorragender Weise wünschenswert ist.“ Die zweite Arbeitsgruppe unterbreitete Vorschläge zur Überarbeitung der Erklärung von Brüssel zur Kriegsführung und zur Überarbeitung des Genfer Abkommens, um den Schutz von Verwundeten und das Rote Kreuz als Schutzzeichen auszuweiten. Die dritte Kommission unterbreitete den Vorschlag zur Einführung eines Schiedsverfahrens, um internationale Konflikte auf friedliche Art und Weise beizulegen. Damit wurde schließlich der Grundstein für den Ständigen Schiedshof gelegt. In diesem Zusammenhang wurden 72 Richter als unparteiische Schlichter auserkoren, die Regeln und Verfahren zur Formulierung einer entsprechenden Rechtsordnung beaufsichtigen sollten. Zum 18. Mai 1901 war der Gerichtshof errichtet – als „der wichtigste Schritt, mit weltweit humanitärer Tragweite, der von den Mächten jemals unternommen wurde, um den Krieg endgültig zu überwinden“. Überdies wurde seinerzeit argumentiert, dass die Errichtung eines Gerichtsgebäudes mitsamt Bibliothek für den Ständigen Schiedshof für die Sicherung des Friedens in hohem Maße nützlich sein wird. Binnen sieben Jahren wurden 135 Schiedsverträge geschlossen, darunter zwölf unter Beteiligung der USA. Die Staaten kamen überein, ihre Differenzen vor dem Haager Tribunal beizulegen, sofern sie weder „die Unabhängigkeit noch die Ehre noch die Lebensinteressen oder die Ausübung der Souveränität der Vertragsstaaten verletzen“ und sofern vorausgesetzt ist, dass es „unmöglich war, eine einvernehmliche Lösung mittels direkten diplomatischen Verhandlungen oder durch sonstige Art der Schlichtung herbeizuführen.“

19. Mai *An diesem Tag im Jahr 1967 ratifizierte die Sowjetunion ein Abkommen, welches den Einsatz von Atomwaffen im Erdorbit verbot*. Das Abkommen untersagte es Ländern den Mond, andere Planeten oder jeden anderen Himmelskörper als Militärbasis oder Außenposten zu nutzen. Vor der sowjetischen Ratifizierung war das „Weltraumabkommen“, wie es bei Inkrafttreten im Oktober 1967 genannt wurde, bereits von den USA, Großbritannien und dutzenden anderen Ländern unterzeichnet oder ratifiziert worden. Das Abkommen war eine von den Vereinten Nationen angeführte internationale Antwort auf die weit verbreiteten Ängste, dass die USA und die Sowjetunion den Weltraum zur nächsten atomaren Kriegszone machen könnten. Die Sowjets waren erst zögerlich in Bezug auf einen Bann von Atomwaffen im Weltraum. Sie bestanden darauf, dass sie ein solches Abkommen nur unterzeichnen würden, wenn die USA alle ihre internationalen Militärbasen, auf denen sich Kurz- oder Mittelstreckenraketen befanden, eliminieren würde – eine Forderung, welche von den USA abgelehnt wurde. Die Sowjets ließen nach der Unterzeichnung des „Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser“ im August 1963 von der Forderung ab. Der Vertrag verbot nukleare Test überall außer unter der Erde. In den folgenden Jahrzehnten nutzte das US-Militär den Weltraum trotzdem zur Kriegsführung und widersetze sich Initiativen von Russland und anderen Ländern, welche vorsahen jegliche Bewaffnung des Weltraums und den Einsatz von Atomkraft im Weltraum zu verbieten. Das Benutzen von Satelliten zur Zielerfassung und die fortgeführte Entwicklung von Weltraumwaffen ist Teil des Ziels der „Full Spectrum Dominance“ („Überlegenheit auf allen Ebenen“) des US-Militärs – ein Konzept, welches President Ronald Reagan einst als „Star Wars“ oder „Missile Defense“ bezeichnete.

20. Mai *An diesem Tag in 1968 wurde Bostons sehr progressive Arlington Street Unitarian Church eines der ersten Gotteshäuser, welche Vietnamkriegsverweigerern Kirchenasyl anbot.* Einer der beiden Asylsuchenden war William Chase, ein Soldat, der unerlaubt dem Dienst ferngeblieben war und sich nach neun Tagen dem U.S.-Militär stellte, nachdem ihm Zusagen bezüglich seines Status als Kriegsdienstverweigerer gemacht wurden. Robert Talmanson, ein Wehrpflichtiger, der seine Einberufung zum Militär nicht erfolgreich angefochten hatte, wurde allerdings von US-Marshals von der Kanzel der Kirche geholt und mit Hilfe der Bostoner Polizei durch die Demonstranten nach draußen eskortiert. Bei der Gewährung des Kirchenasyls hatte sich die Arlington Street Church an Sloane Coffin, dem Kaplan der Yale-Universität, orientiert. Dieser hatte dazu gedrängt, alte Traditionen als religiösen Widerstand gegen den ungerechten Krieg in Vietnam wiederzubeleben. Coffin hatte dazu im vorhergehenden Oktober während einer Antikriegsdemonstration in der Kirche aufgerufen. Während der Demonstration hatten 60 Männer ihre Einberufungsbescheide im Altarraum der Kirche verbrannt und 280 weitere hatten ihre Bescheide vier Geistlichen, u. a. Coffin und dem Pfarrer der Kirche Dr. Jack Mendelsohn, welche alle selber mögliche Strafen riskierten, übergeben. Am folgenden Sonntag richte Dr. Mendelssohn Worte an seine Gemeinde, welche die Wichtigkeit des Abends zusammenfassten: „Wenn... es Menschen gibt“, sprach er, „die alle legalen Mittel ausgeschöpft haben, um sich den monströsen Verbrechen zu widersetzen, die in ihrem Namen von ihrer Regierung begangen werden... und stattdessen das Gethsemene des zivilen Ungehorsams wählen, wie soll die Kirche dann reagieren? Sie wissen doch, wie [die Kirche] letzten Montag entschieden hat. Aber die weitere Antwort, die, die wirklich wichtig ist, ist Ihre.“

21. Mai *An diesem Tag im Jahr 1971 besetzten Mitglieder des American Indian Movement (AIM) eine verlassene U.S.-Marine-Luftbasis in Milwaukee, Wisconsin.* Die Besetzung folgte auf eine ähnlich Übernahme durch AIM-Mitglieder und andere indianische Stämme und Organisationen fünf Tage zuvor, bei der eine kurz vor der Dekommissionierung stehende Marine-Luftbasis bei Minneapolis übernommen wurde. Auf dem Gelände sollte eine Schule exklusiv für Indianer und ein Kulturzentrum entstehen. Diese Aktion wurde durch den Artikel 6 des Sioux-Abkommen von 1868 gerechtfertigt, laut dem Eigentum, das ursprünglich den Indianern gehört hatte, an sie zurückgehen sollte, wenn es durch die Regierung aufgegeben wurde. Da die Übernahme der verlassenen Basis in Milwaukee vom 21. Mai allerdings den Marinebetrieb gestört hatte, wurden die Besetzer der Minneapolis-Basis inhaftiert – und ihre Pläne je beendet. AIM wurde 1968 gegründet, um fünf primäre Ziele der amerikanischen Ureinwohner zu verfolgen: wirtschaftliche Unabhängigkeit, Wiederbelebung der traditionellen Kultur, Schutz der gesetzlichen Rechte, Autonomie über Stammesgebiete und Rückgabe von Stammesland, das illegal beschlagnahmt wurde. Bei der Verfolgung ihrer Ziele war die Organisation an einer Reihe erinnerungswürdiger Proteste beteiligt. Dazu gehören die Besetzung der Insel Alcatraz von 1969 bis 1971, der Marsch auf Washington 1972, um gegen die Verletzung von Verträgen durch die USA zu protestieren, und die Übernahme eines Geländes bei Wounded Knee 1973, um gegen die Indianerpolitik der Regierung zu protestieren. Heute verfolgt die landesweit ansässige Organisation weiterhin ihre Gründungsziele. Auf ihrer Webseite stellt die AIM klar, dass die Kultur der amerikanischen Ureinwohner es wert ist, „stolz darauf zu sein und verteidigt zu werden“ und fordert alle amerikanischen Ureinwohner auf, „geistig stark zu bleiben und sich immer daran zu erinnern, dass die Bewegung größer ist als die Errungenschaften oder Fehler ihrer Anführer.“

22. Mai *An diesem Tag im Jahr 1998 stimmten die Wähler in Nordirland und der Republik Irland für das Nordirische Friedensabkommen, besser bekannt als das Karfreitagsabkommen, und beendeten damit 30 Jahre Krieg zwischen den Nationalisten und den Unionisten in Nordirland.* Das Abkommen, verhandelt in Belfast am Karfreitag, den 10. April 1998, hat zwei Teile: ein parteiübergreifendes Abkommen zwischen den meisten der nordirischen Parteien (die Democratic Unionist Party hatte als einzige nicht unterzeichnet) und ein internationales Abkommen zwischen den Regierungen von Großbritannien und der Republik Irland. Das Abkommen etablierte eine Vielzahl an Institutionen, welche Nordirland und die Republik Irland sowie die Republik Irland und das Vereinigte Königreich verbanden. Dazu gehörten die Northern Ireland Assembly (Nordirland-Versammlung), grenzüberschreitende Institutionen mit der Irischen Republik und ein Gremium, das die dezentralisierten Versammlungen im gesamten Vereinigten Königreich (Schottland, Wales und Nordirland) mit den Parlamenten im Vereinigten Königreich und in der Irischen Republik verbindet. Das Herzstück des Abkommens waren Regelungen in Bezug auf Souveränität, Zivil- und Kulturrechte, die Dekommissionierung von Waffen, Demilitarisierung, Recht und Polizeiarbeit. Gerry Adams, Präsident der irisch-nationalistischen Organisation Sinn Fein, äußerte die Hoffnung, dass die historische Vertrauenslücke zwischen Nationalisten und Unionisten „auf der Basis der Gleichberechtigung überbrückt wird. Wir strecken hier die Hand der Freundschaft aus.“ Der Vorsitzende der Ulster Unionist Party, David Trimble, antwortete, dass er eine „große Chance... einen Heilungsprozess zu starten“ sah. Bertie Ahern, Staatsoberhaupt der Republik Irland, fügte hinzu, dass er hoffte,

man könne nun einen Schlussstrich unter die „blutige Vergangenheit“ ziehen. Das Abkommen trat am 2. Dezember 1999 in Kraft.

23. Mai *An diesem Tag im Jahr 1838 begann die endgültige Umsiedlung der amerikanischen Ureinwohner aus ihrem angestammten Land im Südosten Nordamerikas in die Gebiete westlich des Mississippi, die als Indianerterritorium ausgewiesen wurden.* Ab den 1820er Jahren forderten die europäischen Siedler im Südosten mehr Land. Sie begannen, illegalerweise auf indianischen Gebieten zu siedeln und setzten die Bundesregierung unter Druck, die Indianer aus dem Südosten umzusiedeln. 1830 konnte Präsident Andrew Jackson den Indian Removal Act vom Kongress verabschieden lassen. Dieses Gesetz bemächtigte die Bundesregierung, die Eigentumsrechte an Land im Südosten, das den Indianern gehörte, zu löschen. Auch wenn einige Menschen, wie der U.S.-Kongressabgeordnete Davy Crockett aus Tennessee, das vehement ablehnten, folgten baldige Zwangsumsiedlungen. Das Gesetz betraf die amerikanischen Ureinwohner, die als die Fünf zivilisierten Stämme bekannt waren: die Cherokee, Chickasaw, Choctaw, Creek und Seminolen. Die Choctaw waren die ersten, die ab 1831 umgesiedelt wurden. Die Umsiedlung der Seminolen begann trotz ihrem Widerstand im Jahr 1832. 1834 wurden die Creek umgesiedelt. Im Jahre 1837 waren es dann die Chickasaw. Bis 1837 wurden mit der Umsiedlung dieser vier Stämme 46.000 Indianer aus ihrer Heimat vertrieben, wodurch 10 Millionen Hektar für die europäische Besiedlung frei wurden. 1838 waren nur noch die Cherokee übrig. Ihre Zwangsumsiedlung wurde durch staatliche und lokale Milizen durchgeführt, welche die Cherokee zusammentrieben und in großen und beengten Lagern zusammenpferchten. Die Witterungseinflüsse, sich schnell ausbreitende Infektionskrankheiten, Schikanen durch einheimische Grenzbewohner und unzureichende Rationen töteten bis zu 8.000 der mehr als 16.000 Cherokee, welche den Marsch begonnen hatten. Die Zwangsumsiedlung der Cherokee 1838 wurde als „Trail of Tears“ („Pfad der Tränen“) bekannt.

24. Mai *An diesem Tag wird jährlich der Internationale Frauentag für Frieden und Abrüstung (IFFA) weltweit zelebriert.* In den frühen 1980er Jahren in Europa ins Leben gerufen, würdigt der IFFA die historischen und aktuellen Bemühungen von Frauen in internationalen Projekten zur Friedensschaffung und Abrüstung. Laut einer IFFA-Verlautbarung im Internet lehnen die von ihr geehrten Aktivistinnen Gewalt als Lösung für die Herausforderungen der Welt ab und setzen sich stattdessen für eine gerechte und friedliche Welt ein, die menschliche – und nicht militärische – Bedürfnisse erfüllt. Der Aktivismus von Frauen für den Frieden hat eine lange Tradition, die bis in die Zeit vor 1915 zurückreicht, als etwa 1.200 Frauen aus kriegführenden und neutralen Ländern in Den Haag gegen den Ersten Weltkrieg demonstrierten. Während des Kalten Krieges organisierten Frauenaktivistengruppen auf der ganzen Welt Konferenzen, Aufklärungskampagnen, Seminare und Demonstrationen, die darauf abzielten, die Anhäufung von Waffen zu beenden, den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen zu verbieten und den möglichen Einsatz von Atomwaffen zu verhindern. Mit dem Ende des zwanzigsten Jahrhundert erweiterte die Frauenfriedensbewegung ihre Agenda erheblich. Angetrieben von der Erkenntnis, dass verschiedene Formen häuslicher Gewalt, einschließlich der Gewalt gegen Frauen, mit der im Krieg erlebten Gewalt in Verbindung gebracht werden können, und dass häuslicher Frieden mit dem kulturellen Respekt für Frauen verbunden ist, begannen aktivistische Gruppen innerhalb der Bewegung, die doppelten Ziele der Abrüstung und der Frauenrechte zu

verfolgen. Im Oktober 2000 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution zu Frauen, Frieden und Sicherheit, in der ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die Geschlechterperspektive in alle Bereiche der Friedensförderung, einschließlich Abrüstung, Demobilisierung und Rehabilitation, einzubeziehen. Dieses Dokument gilt immer noch als historischer Wendepunkt in der Anerkennung des direkten Beitrags von Frauen zum Friedensaktivismus.

25. Mai *An diesem Tag im Jahr 1932 demonstrierten die Veteranen der Bonus Army des Ersten Weltkriegs in Washington, D.C. und wurde von Douglas MacArthur mit Tränengas angegriffen.* Den Veteranen des Ersten Weltkriegs wurde vom Kongress eine Prämie versprochen, mit der Auflage, dass sie bis 1945 auf ihre Zahlungen warten müssten. Bis 1932 hatte die Depression viele Veteranen arbeitslos und obdachlos gemacht. Etwa 15.000 organisierten sich als „Bonus Expeditionary Force“ und marschierten nach Washington, um ihre Zahlungen einzufordern. Sie bauten Unterkünfte für ihre Familien und kampierten auf der anderen Seite des Flusses gegenüber dem Capitol, während sie auf eine Antwort des Kongresses warteten. Befürchtungen von Anwohnern führten dazu, dass jeder der Veteranen aufgefordert wurde, Kopien seiner ehrenvollen Entlassung vorzulegen. Der Anführer der BEF, Walter Waters, sprach: „Wir sind auf Dauer hier und werden nicht verhungern. Wir werden eine Veteranenorganisation mit höchster Integrität bleiben. Wenn die Prämie ausgezahlt wird, wird sie die beklagenswerte wirtschaftliche Situation weitgehend lindern.“ Am 17. Juni wurde gegen den Bonus abgestimmt und die Veteranen begangen einen stillen „Todesmarsch“ auf dem Capitol, bis der Kongress am 17. Juli vertagt wurde. Am 28. Juli orderte der Generalstaatsanwalt die Evakuierung der Veteranen vom Staatseigentum durch die Polizei, welche nach ihrer Ankunft zwei Veteranen tötete. Präsident Hoover befahl der Armee, den Rest zu evakuieren. General Douglas MacArthur und Major Dwight D. Eisenhower schickten die Kavallerie, angeführt von Major George Patton, und sechs Panzer. Die Veteranen gingen davon aus, dass es sich dabei um Unterstützung handelte. Stattdessen wurden sie mit Tränengas besprüht, ihre Lager wurden angezündet und zwei Babys starben, weil die Krankenhäuser im Umkreis mit Veteranen gefüllt waren.

26. Mai *An diesem Datum im Jahr 1637 starteten englische Kolonisten einen nächtlichen Angriff auf ein großes Pequot-Dorf in Mystic, Connecticut, und verbrannten und töteten alle 600 bis 700 Bewohner.* Ursprünglich Teil der puritanischen Siedlung in der Massachusetts Bay, hatten sich die englischen Kolonisten in Connecticut ausgebreitet und gerieten zunehmend in Konflikt mit den Pequot. Um den Indianern das Fürchten zu lehren, errichtete John Endicott, der Gouverneur von Massachusetts Bay, im Frühjahr 1637 eine große Streitmacht. Die Pequot trotzten jedoch der Mobilmachung, indem sie 200 ihrer Krieger zum Angriff einer Koloniesiedlung schickten. Sie töteten sechs Männer und drei Frauen. Als Gegenschlag griffen die Kolonisten das Pequot-Dorf in Mystic an. Heute ist der Angriff bekannt als das Mystic-Massaker. John Mason, Captain der Kolonie, der eine Miliz führte, die von fast 300 Kriegern der Mohegan, Narragansett und Niantic unterstützt wurde, gab den Befehl, das Dorf in Brand zu setzen und die einzigen beiden Ausgänge aus der Palisade, die es umschloss, zu blockieren. Die eingeschlossenen Pequot, die über die Palisade zu klettern versuchten, wurden erschossen. Diejenigen, die erfolgreich waren, wurden von den Kriegern der Narragansett getötet. War es Völkermord, wie einige Historiker behaupten? John Underhill, der Captain der Kolonie, der eine 20-Mann-Miliz in diesem Angriff führte, befand das Töten von Frauen, Kindern, Älteren und Gebrechlichen als gerechtfertigt. Er verwies auf die Heilige Schrift, die „besagt, dass Frauen und Kinder mit ihren Eltern sterben

müssen.... Das Wort Gottes wies uns den Weg für unser Vorhaben.“ Nach zwei weiteren Angriffen auf Pequot-Dörfer im Juni und Juli 1637 fand der Pequot-Krieg ein Ende. Die meisten überlebenden Indianer wurden als Sklaven verkauft.

27. Mai *An diesem Tag im Jahr 1907 wurde Rachel Carson, die brillante Naturschriftstellerin und amerikanische Pionierin der Umweltbewegung in Silver Spring, Maryland, geboren.* Mit der Veröffentlichung ihres Hauptwerks *Der stumme Frühling* über die Gefahren des unüberlegten Einsatzes chemischer Pestizide, wie beispielsweise DDT, für das Ökosystem, löste Carson 1962 eine großflächige Debatte aus. Carson bleibt auch für ihre breitere Moralkritik der US-Gesellschaft in Erinnerung. Sie war Teil einer großen Aufstandsbewegung von Wissenschaftlern und linksgerichteten Denkern in den 1950er und 1960er Jahren, die anfänglich aus Sorge vor den Auswirkungen der durch oberirdische Atomtests ausgelösten radioaktiven Strahlung entstand. 1963, ein Jahr bevor sie an Brustkrebs verstarb, bezeichnete sich Carson in einer Rede in Kalifornien vor etwa 1500 Ärzten zum ersten Mal als „Umweltschützerin“. Ungeachtet des vorherrschenden gesellschaftlichen Ethos, das auf Habgier, Beherrschung und einem rücksichtslosen, von moralischen Grundsätzen ungehemmtem Vertrauen in die Wissenschaft gründete, verteidigte sie leidenschaftlich ihren Standpunkt, dass alle Menschen Teil eines zusammenhängenden Netzwerks aus Verbindungen und wechselseitigen Beziehungen mit der Natur sind und dass sie durch deren Zerstörung selbst Schaden nehmen würden. Heutzutage ist die Weltbevölkerung weiterhin den Gefahren des gesellschaftlichen Ethos ausgesetzt, dessen Wandel Carson herbeizuführen versuchte – vielleicht mehr als jemals zuvor, wie man am Beispiel des Klimawandels, nuklearer Bedrohung und Forderungen nach „einsatzfähigeren“ Atomwaffen sieht. Jetzt ist höchste Zeit, dass Umweltschutzgruppen sich Organisationen anschließen, die sich gegen den Krieg und für Waffenkontrolle einsetzen und konstruktive Friedensarbeit leisten. Mit ihren Millionen von engagierten Mitgliedern könnten solche Gruppen effektiv Beweismaterial zusammentragen, dass Atomwaffen und Krieg eine fundamentale Bedrohung für eine vernetzte globale Umwelt darstellen.

28. Mai *An diesem Tag im Jahr 1961 wurde Amnesty International gegründet.* In dem Artikel namens „The Forgotten Prisoners“ in der Zeitung *The Observer* erklärte der britische Anwalt Peter Benenson die Notwendigkeit einer Menschenrechtsorganisation, um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 umzusetzen. Benenson schrieb von seiner Sorge über die vermehrten Verstöße gegen Artikel 18: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit... und Artikel 19: Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten...“ 1962 begannen die Niederländer mit Benenson an der Verteidigung der Bürgerrechte zu arbeiten und 1968 wurde Amnesty International in den Niederlanden gegründet. Ihr Einsatz Folter zu beenden, die Todesstrafe abzuschaffen, politische Morde zu verhindern und Haftstrafen aufgrund der Ethnie, Religion oder des Geschlechts abzuwenden, führte zur Gründung von Sektionen von Amnesty International in zahlreichen Ländern, die von über sieben Millionen Menschen weltweit unterstützt wurden. Ihre gründlichen Recherchen, Ermittlungen und Dokumentierungen wurden in Archiven des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte festgehalten und umfassen Interviewaufnahmen und Propagandamaterial von Fallbeispielen, in denen Bürgerrechte verweigert wurden. Das Internationale Sekretariat verfügt über Akten zu

Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise die Verurteilung von politischen Gefangenen zur unrechtmäßigen Haftstrafen gemäß der politischen Linie eines Landes. Amnesty International stand für ihre Weigerung in der Kritik, sich gegen den Krieg auszusprechen, obwohl sie Kriegsgräuel verurteilen. Auch wurden sie dafür kritisiert, dem Westen geholfen zu haben, Kriege zu beginnen, indem sie die Propaganda über mutmaßliche Gräueltaten unterstützten.

29. Mai *An diesem Tag im Jahr 1968 begann die Poor People's Campaign.* Bei einer Southern Christian Leadership Conference im Dezember 1967 schlug Martin Luther King eine Kampagne vor, um Ungleichheit und Armut in Amerika zu beseitigen. Er stellte sich vor, dass die Armen sich organisieren und Regierungsvertreter in Washington treffen, um mit ihnen über den fortwährenden Krieg, den Mangel an Arbeitsstellen, gerechten Mindestlohn und Bildung zu diskutieren und der wachsenden Zahl von verarmten Erwachsenen und Kindern eine Stimme zu geben. Die Kampagne wurde von zahlreichen, vielfältigen Gruppen unterstützt, wie Indianern Amerikas, mexikanischen Amerikanern, Puerto Ricanern und zunehmend verarmenden, weißen Gemeinschaften. Als die Kampagne nationale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen begann, wurde King am 4. April 1968 ermordet. Rev. Ralph Abernathy trat an Kings Stelle als Anführer der SCLC, führte die Kampagne fort und erreichte Washington am Muttertag, den 12. Mai 1968, mit Hunderten von Demonstranten. Auch Coretta Scott King kam mit Tausenden von Frauen an, die wirtschaftliche Grundrechte einforderten und gelobten, täglich zu Bundesbehörden zu marschieren, um das Thema der Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu verhandeln. Bis zum Ende dieser Woche hat die Gruppe, bestehend aus 5000 Menschen, trotz strömenden Regens, der die National Mall in Schlamm verwandelt hatte, Zelte aufgebaut und den Lagerplatz „Resurrection City“ genannt. Die Ehefrau Robert Kennedys war unter den Ankömmlingen der Demonstration am Muttertag und verfolgte mit dem Rest der Welt ungläubig, wie ihr Ehemann am 5. Juni ermordet wurde. Kennedys Leichenprozession führte vorbei an der Resurrection City auf ihrem Weg zum Nationalfriedhof Arlington. Das Innenministerium erzwang schließlich die Schließung der Resurrection City. Es bezog sich auf eine abgelaufene Genehmigung zur Nutzung des Parkgrundstücks.

30. Mai *An diesem Tag im Jahr 1868 wurde zum ersten Mal der Memorial Day abgehalten, als zwei Frauen in Columbus, Mississippi, Blumen sowohl an Soldatengräbern der Konföderierten Staaten als auch der Unionsstaaten niederlegten.* Diese Geschichte der Frauen, die den Opfern beider Seiten im Amerikanischen Bürgerkrieg gedachten, indem sie die Gräber mit Blumen in ihren Händen besuchten, ereignete sich bereit zwei Jahre zuvor, nämlich am 25. April 1866. Laut dem *Center for Civil War Research* verbrachten unzählige Ehefrauen, Mütter und Töchter Zeit auf den Friedhöfen. Im April 1862 schloss sich ein Kaplan aus Michigan einigen Frauen aus Arlington, Virginia an, um die Gräber in Fredericksburg zu schmücken. Am 4. Juli 1864 besuchte eine Frau das Grab ihres Vaters. Viele weitere Frauen, die ihre Väter, Ehemänner und Söhne verloren haben, gesellten sich zu ihr und legten Blumenkränze an jedem Grab in Boalsburg, Pennsylvania, nieder. Im Frühjahr 1865, beobachtete ein Arzt, der später Generalarzt der Nationalgarde in Wisconsin wurde, Frauen, die Blumen an Gräbern nahe Knoxville, Tennessee, niederlegten, als er mit dem Zug daran vorbeifuhr. „Die Töchter des Südens“ taten das Gleiche am 26. April 1865 in Jackson, Mississippi, gemeinsam mit Frauen aus Kingston, Georgia, und Charleston, South Carolina. 1866 riefen die Frauen aus Columbus, Mississippi, dazu auf, einen Gedenktag ins Lebens zu rufen. Daraus entstand das Gedicht „Das Blau und das

Grau“ von Francis Miles Finch. Eine Ehefrau und Tochter eines gefallenen Colonel aus Columbus, Georgia, und eine weitere Trauergruppe aus Memphis, Tennessee, wandten sich mit ähnlichen Aufrufen an ihre Gemeinden, gemeinsam mit weiteren Frauen aus Carbondale, Illinois, und Petersburg und Richmond, Virginia. Wer auch immer zuerst die Idee zu einem Gedenktag für Veteranen vorgetragen hatte, er wurde endlich von der US-Regierung anerkannt.

31. Mai *An diesem Tag im Jahr 1902 wurde der Zweite Burenkrieg durch den Frieden von Vereeniging beendet.* Während der Napoleonischen Kriege besetzten die Briten die Kapkolonie an der Spitze von Südafrika. Die Buren (Niederländisch für Bauern), die die Küstenregion seit den 1600er besiedelten, zogen Richtung Norden ins afrikanische Stammesgebiet (der Große Treck), was zur Errichtung der Transvaal-Republik und des Oranje-Freistaats führte. Die Entdeckung von Diamanten und Gold in diesen Gebieten führte bald zu einer weiteren Invasion der Briten. Als 1900 die Briten ihre Städte besetzten, gingen die Buren zu einem brutalen Guerillakrieg über. Die britischen Streitkräfte reagierten, indem sie genug Truppen einsetzten, um die Guerilla niederzuschlagen, ihr Land zu zerstören und ihre Ehefrauen und Kinder in Konzentrationslagern zu internieren. 20.000 Menschen starben auf grausame Weise an Hunger und Krankheiten. 1902 stimmten die Buren dem Frieden von Vereeniging und der britischen Herrschaft zu. Im Gegenzug wurden die Truppen und die Familien der Buren freigelassen und ihre Selbstverwaltung in Aussicht gestellt. 1910 gründeten die Briten die Südafrikanische Union und herrschten über das Kap der Guten Hoffnung, Natal, Transvaal und den Oranje-Freistaat als Kolonien des Vereinigten Königreichs. Angesichts wachsender Spannungen in Europa rief Präsident Theodore Roosevelt zu einer Konferenz auf, die dazu führte, dass gesetzgebende Abkommen verabschiedet wurden und internationale Gerichte imperialistische Übernahmen verboten. Diese Handelsaufforderung verschaffte Präsident Roosevelt einen Friedensnobelpreis und bremste den britischen Kolonialismus in Afrika. Die Buren erlangten die unabhängige Kontrolle über ihre Republiken wieder. Währenddessen wandelte sich die Ansicht der Welt auf das Kriegsvölker„recht“ durch internationale Besorgnis und Forderungen nach Rechenschaft.

1. Juni *An diesem Tag im Jahr 1990 unterzeichneten der US-Präsident George Bush und das sowjetische Staatsoberhaupt Michail Gorbatschow ein historisches Abkommen zur Beendigung der Produktion chemischer Waffen und zum Beginn der Zerstörung der Chemiewaffenbestände beider Länder.* Das Abkommen sah eine Verringerung der Chemiewaffenarsenale beider Länder um 80 % vor. Dieser Prozess begann 1992 unter der gegenseitiger Überwachung durch von beiden Ländern bestimmten Beobachtern. Bis zu den 1990er Jahren hatten die meisten Länder die Technologie, um chemische Waffen herstellen zu können. Der Irak hatte sie beispielsweise bereits im Krieg gegen den Iran eingesetzt. Ein weiteres Ziel des Bush-/Gorbatschow-Abkommens war es, einen Wandel des internationalen Klimas herbeizuführen, das kleinere Länder davon abhalten würde, chemische Waffen für potentiellen Kriegseinsatz zu horten. Dieses Ziel wurde erreicht. 1993 unterzeichneten mehr als 150 Nationen die Chemiewaffenkonvention. Das Abkommen verbietet den Einsatz chemischer Waffen weltweit und wurde durch den US-Senat im Jahr 1997 ratifiziert. Im selben Jahr wurde die Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag, Niederlanden, gegründet. Die internationale Organisation überwacht die Umsetzung des Waffenverbots. Sie ist verantwortlich für die Überwachung der Chemiewaffenherstellung und der Vernichtungsstätten und übernimmt die Verfolgung von Fällen, in denen chemische Waffen mutmaßlich eingesetzt wurden. Stand Oktober 2015 wurden rund 90 % der weltweiten Chemiewaffenbestände zerstört. Das ist eine historische Errungenschaft, die aufzeigt, dass ähnliche Programme zum weltweiten Verbot und

zur Zerstörung von Atomwaffen und somit letztendlich die globale Abrüstung und die Abschaffung des Kriegs durch menschliche Bestrebungen und politische Entschlossenheit umsetzbar sind.

2. Juni *An diesem Tag im Jahr 1939 fährt ein deutsches Schiff mit verzweifelten jüdischen Flüchtlingen so nah an die Küste von Florida, dass die Lichter von Miami zu sehen sind, wird jedoch abgewiesen, da Präsident Franklin Roosevelt alle Bemühungen im Kongress, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, blockiert hatte.* Dieser Tag eignet sich gut, um sich in Erinnerung zu rufen, dass Kriegsrechtfertigungen manchmal erst nach Kriegsende zurechtgestrickt werden. Am 13. Mai 1939 bestiegen 900 jüdische Flüchtlinge die S.S. St. Louis der Hamburg-Amerika-Linie mit Kurs auf Kuba, um den Konzentrationslagern in Deutschland zu entkommen. Als sie gezwungen waren, das Land zu verlassen, hatten sie wenig Geld, doch die horrenden Preise für die Reise ließen ihre Pläne für einen Neustart in einem anderen Land in einem noch bedrohlicheren Licht erscheinen. Sobald sie in Kuba angekommen waren, glaubten sie, dass sie in die Vereinigten Staaten einreisen dürften. Dennoch führten die Spannungen an Bord des Schiffes zu einigen Selbstmorden, bevor sie in den kubanischen Hafen einliefen, wo sie nicht von Bord gehen durften. Der Kapitän richtete eine Selbstmordpatrouille ein, um die Passagiere während der Nächte, die sie im Hafen verbrachten, im Auge zu behalten, da sie Schwierigkeiten hatten, den Grund dafür zu verstehen. Dann wurde ihnen befohlen, zu gehen. Der Kapitän segelte entlang der Küste Floridas in der Hoffnung, Willkommensschilder zu sehen, doch es kamen nur US-Flugzeuge und Schiffe der Küstenwache, um sie wegzulotsen. Am 7. Juni gab es kaum noch Lebensmittel, als der Kapitän ankündigte, dass sie nach Europa zurückkehren müssten. Als sich ihre Geschichte verbreitete, boten Holland, Frankreich, Großbritannien und Belgien an, einige Flüchtlinge aufzunehmen. Vom 13. bis 16. Juni traf die St. Louis mit Schiffen zusammen, die auf diese Länder zusteuerten und kam genau zu Beginn des Zweiten Weltkriegs an.

3. Juni *An diesem Tag im Jahr 1940 endete die Schlacht von Dünkirchen mit einem deutschen Sieg und dem vollständigen Rückzug der alliierten Streitkräfte aus Dünkirchen nach England.* Vom 26. Mai bis zum 4. Juni wurden die alliierten Streitkräfte direkt von den Stränden abgezogen, ein sehr schwieriger Prozess. Hunderte britischer und französischer Zivilboote fungierten freiwillig als Shuttles zu und von den größeren Schiffen; die Truppen warteten stundenlang schultertief im Wasser. Über 300.000 britische, französische und belgische Truppen wurden gerettet. Lange bekannt als das „Wunder von Dünkirchen“, basierend auf dem Glauben, dass Gott Gebete erhört habe, war es in Wirklichkeit der Höhepunkt eines verheerenden Bildes der Schrecken des Krieges. Deutschland war in den Niederlanden und in Frankreich in Nordeuropa eingefallen. Es folgte ein Blitzkrieg, und bis zum 12. Mai hatten die Niederländer kapituliert. Am 22. Mai fuhren die deutschen Panzer nach Norden die Küste hinauf nach Calais und Dünkirchen, den letzten verbleibenden Fluchthäfen. Die Briten erlitten eine schreckliche Niederlage und Großbritannien selbst war bedroht. Fast die gesamte schwere Ausrüstung, Panzer, Artillerie, motorisierte Transporte und mehr als 50.000 Soldaten blieben auf dem Kontinent zurück, die meisten von den Deutschen gefangen genommen. Über zehn Prozent von ihnen wurden getötet. Bei der Evakuierung gingen tausend britische Soldaten verloren. Während sie auf Rettung warten mussten, starben rund 16.000 französische Soldaten. Neunzig Prozent von Dünkirchen wurden während der Schlacht zerstört. Die Zahl von 300.000 evakuierten Soldaten gibt Anlass zur Besorgnis, wenn man bedenkt, dass die Briten und die USA während des

gesamten Krieges beteuerten, sie hätten weder die Zeit noch die Gelegenheit, Juden aus Deutschland zu evakuieren.

4. Juni *An diesem Datum wird jedes Jahr weltweit der von der UNO gesponserte Internationale Tag der unschuldigen Kinder, die Opfer von Aggressionen geworden sind, begangen*. Der Tag der Kinderopfer wurde im August 1982 von einer Sonderversammlung der Vereinten Nationen als Reaktion auf die vielen Todesopfer libanesischer Kinder in Beirut und anderen libanesischen Städten nach den ersten israelischen Luftangriffen des Libanonkriegs am 4. Juni 1982 eingeführt. In der Praxis soll der Tag der Kinderopfer zwei umfassenderen Zwecken dienen: der Anerkennung der vielen Kinder auf der ganzen Welt, die Opfer physischen, mentalen und emotionalen Missbrauchs sind, sei es im Krieg oder Frieden, zu Hause oder in der Schule; und der Ermutigung von Einzelpersonen und Organisationen weltweit, sich des Ausmaßes und der Auswirkungen des Missbrauchs von Kindern bewusst zu werden und aus Kampagnen zum Schutz und zur Wahrung ihrer Rechte zu lernen oder sich daran zu beteiligen. Wie UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar in seiner Botschaft zum Tag der Kinderopfer 1983 feststellte: „Kinder, die unter Ungerechtigkeit und Armut leiden, müssen von der Erwachsenenwelt, die diese Situationen schafft, geschützt und befähigt werden, nicht nur durch ihr direktes Handeln, sondern auch indirekt durch globale Probleme wie Klimawandel und Verstädterung.“ Der Internationale Tag der Kinderopfer ist nur einer von mehr als 150 jährlich stattfindenden Internationalen Tagen der UNO. Die Tage sind wiederum Teil eines umfassenderen UN-Bildungsprojekts, bei dem bestimmte Ereignisse oder Themen mit bestimmten Tagen, Wochen, Jahren und Jahrzehnten verbunden sind. Die wiederholten Beobachtungen schärfen das öffentliche Bewusstsein für die verschiedenen Ereignisse oder Themen und fördern Maßnahmen zu deren Bewältigung, die mit den Zielen der UNO vereinbar bleiben.

5. Juni *An diesem Tag im Jahr 1962 wurde die Port-Huron-Erklärung verabschiedet.* Dieses Manifest wurde von Students for a Democratic Society erstellt und hauptsächlich von Tom Hayden, einem Studenten der Universität von Michigan, verfasst. Studenten, die in den 1960er Jahren an US-Universitäten studierten, fühlten sich gezwungen, etwas gegen den Mangel an Freiheit und individuellen Rechten zu unternehmen, den sie in einem Land „von, durch und für das Volk“ erlebten. In der Erklärung hieß es: „Erstens zwang die durchdringende und opfernde Tatsache der menschlichen Erniedrigung, symbolisiert durch den Kampf des Südens gegen rassistische Bigotterie, die meisten von uns vom Schweigen zum Aktivismus. Zweitens brachte die einschließende Tatsache des Kalten Krieges, symbolisiert durch die Präsenz der Bombe, das Bewusstsein, dass wir selbst, unsere Freunde und Millionen von abstrakten 'anderen', die wir aufgrund unserer gemeinsamen Gefahr direkter kannten, jederzeit sterben könnten ... Mit Kernenergie können ganze Städte leicht mit Strom versorgt werden, doch die dominanten Nationalstaaten scheinen eher Zerstörungen zu entfesseln, die größer sind als die, die in allen Kriegen der Menschheitsgeschichte angerichtet wurden.“ Sie fürchteten auch die Ambivalenz der Nation gegenüber: „Der weltweite Ausbruch der Revolution gegen Kolonialismus und Imperialismus, die Verankerung totalitärer Staaten, die Kriegsgefahr, die Überbevölkerung, die internationale Unordnung, die Supertechnologie – diese Trends stellten die Hartnäckigkeit unseres eigenen Engagements für Demokratie und Freiheit auf die Probe ... wir selbst sind von Dringlichkeit durchdrungen, doch die Botschaft unserer Gesellschaft ist, dass es keine gangbare Alternative zur Gegenwart gibt.“ Schließlich wurde in dem Manifest ein eindringliches Plädoyer

für „eine Veränderung der Bedingungen der Menschheit ... ein Bemühen, das in der alten, noch unerfüllten Vorstellung vom Menschen verwurzelt ist, einen bestimmenden Einfluss auf seine Lebensumstände zu erlangen.“

6 Juni *An diesem Tag im Jahr 1968, um 1:44 Uhr, starb der Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy an den tödlichen Schusswunden, die ihm ein Attentäter kurz nach Mitternacht am Tag zuvor zugefügt hatte*. Die Schüsse fielen in der Speisekammer des Ambassador-Hotels in Los Angeles statt, das Kennedy verließ, nachdem er seinen Sieg in der kalifornischen Präsidentschaftsvorwahl mit Anhängern gefeiert hatte. Seit diesem Ereignis hat man sich gefragt: Wie würde das Land aussehen, wenn Robert Kennedy Präsident geworden wäre? Jede Antwort muss den Vorbehalt einschließen, dass Kennedy kein Favorit für die Wahl zum Präsidenten war. Weder die Machthaber in der Demokratischen Partei noch die so genannte „schweigende Mehrheit“ der Amerikaner – die sich vor randalierenden Schwarzen, Hippies und College-Radikalen fürchten – konnten ihm viel Unterstützung bieten. Dennoch hatte es die Welle des kulturellen Wandels in den 1960er Jahren ermöglicht, eine Koalition von Besitzenden und Nichtbesitzenden zu bilden, die den Krieg in Vietnam beenden und die Probleme von Rasse und Armut angehen wollten. Bobby Kennedy erschien vielen als der Kandidat, der diese Koalition am ehesten verwirklichen könnte. In seinen improvisierten Bemerkungen vor den Schwarzen in der Innenstadt in der Nacht von Martin Luther Kings Ermordung und in seiner Rolle hinter den Kulissen bei den Verhandlungen über ein Ende der Kubakrise hatte er eindeutig Qualitäten von Einfühlungsvermögen, Leidenschaft und rationaler Distanziertheit gezeigt, die zu tiefgreifenden Veränderungen inspirieren könnten. Der Kongressabgeordnete und prominente Bürgerrechtler John Lewis sagte über ihn: „Er wollte... nicht nur Gesetze ändern ... Er wollte ein Gemeinschaftsgefühl aufbauen.“ Arthur Schlesinger, Kennedys Wahlkampfhelfer und Biograph, kommentierte dies unverblümt: „Wäre er 1968 zum Präsidenten gewählt worden, wären wir 1969 aus Vietnam herausgekommen.“

7. Juni *An diesem Tag im Jahr 1893 weigerte sich Mohandas Gandhi in seinem ersten Akt zivilen Ungehorsams, die Regeln der Rassentrennung in einem südafrikanischen Zug einzuhalten, und wurde in Pietermaritzburg gewaltsam hinausgeworfen.* Daraus entwickelte sich ein Leben, in dem er mit gewaltfreien Mitteln für die Bürgerrechte kämpfte, vielen Indern in Afrika die Freiheit brachte und die Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien bewirkte. Gandhi, ein intelligenter und inspirierender Mann, war bekannt für eine Spiritualität, die alle Religionen umfasste. Gandhi glaubte an „Ahimsa“ oder die positive Kraft der Liebe und integrierte sie in seine politische Philosophie des „Festhaltens an der Wahrheit oder Festigkeit in einer gerechten Sache.“ Dieser Glaube, oder „Satyagraha“, erlaubte es Gandhi, politische Themen zu den moralischen und rechtschaffenen zu machen, die sie wirklich sind. Gandhi überlebte zwar drei Anschläge auf sein Leben, Angriffe, Krankheiten und lange Haftstrafen, versuchte aber nie, sich an seinen Gegnern zu rächen. Stattdessen setzte er sich für einen friedlichen Wandel ein und inspirierte alle, das Gleiche zu tun. Als Großbritannien die unfaire Salzsteuer auf die Verarmten erhob, gab er der indischen Unabhängigkeitsbewegung Leben, indem er einen Marsch durch Indien zum Meer führte. Viele starben oder wurden inhaftiert, bevor die Briten der Freilassung aller politischen Gefangenen zustimmten. Als Großbritannien die Kontrolle über das Land verlor, erlangte Indien seine Unabhängigkeit zurück. Gandhi, der als Vater seiner Nation bekannt war, wurde dann in Mahatma umbenannt, was „Seelenvoller“ bedeutet. Trotz seiner gewaltlosen Vorgehensweise wurde festgestellt, dass jede Regierung, die

sich Gandhi widersetzte, schließlich nachgeben musste. Sein Geschenk an die Welt war es, den Glauben zu zerstreuen, dass Krieg jemals nötig ist. Gandhis Geburtstag, der 2. Oktober, wird weltweit als Internationaler Tag der Gewaltfreiheit gefeiert.

8. Juni *An diesem Tag im Jahr 1966 verließen 270 Studenten der New York University die Graduierungsfeierlichkeiten, um gegen die Verleihung des Ehrentitels an Verteidigungsminister Robert McNamara zu protestieren.* Am selben Tag, ein Jahr später, kehrten zwei Drittel der Abschlussklasse der Brown University dem Staatssekretär Henry Kissinger, dem Abschlusssprecher, den Rücken. Beide Proteste brachten die Entfremdung zum Ausdruck, die eine wachsende Zahl von US-Hochschulstudenten von den Aktionen ihrer Regierung im Vietnamkrieg empfindet. Bis 1966, nachdem Präsident Lyndon Johnson die Präsenz der US-Truppen und die Bombenangriffe in Vietnam dramatisch verschärft hatte, war der Krieg für Studenten zu einem Brennpunkt des politischen Aktivismus geworden. Sie veranstalteten Demonstrationen, verbrannten Einberufungskarten, protestierten beim Militär und auf den Jobmessen von Dow Chemical auf dem Campus und riefen Slogans wie „Hey, hey, LBJ, wie viele Kinder hast du heute getötet?“ Die meisten Proteste waren lokal oder auf dem Campus angesiedelt, aber fast alle wurden von einem gemeinsamen Ziel inspiriert: die Verbindungen zwischen der US-Kriegsmaschinerie und der Universität mit ihren von Natur aus „liberalen“ Idealen zu lösen. Für einige Studenten mag sich dieses Ziel aus der erweiterten intellektuellen Perspektive ergeben haben, die sie oft im Universitätsstudium gewonnen haben. Andere Studenten setzten sich aus verschiedenen Gründen für eine studentenzentrierte Unabhängigkeit der Universität ein, und viele waren bereit, Verletzungen oder Verhaftungen zu riskieren, indem sie dies in so direkten Aktionen wie der Besetzung von Universitätsgebäuden und Verwaltungsbüros forderten. Diese Bereitschaft, aus moralischen Gründen rechtliche Grenzen zu überschreiten, zeigte sich in einer Umfrage des *Milwaukee Journal* aus dem Jahr 1968. Dort sprachen sich fünfundsiebzig Prozent einer repräsentativen Stichprobe aller Studenten für organisierte Proteste als „legitimes Mittel zum Ausdruck von Studentenbeschwerden“ aus.

9. Juni *An diesem Tag im Jahr 1982 erklärte sich General Efraín Rios Montt zum Präsidenten von Guatemala und setzte den gewählten Präsidenten ab.* Rios Montt war Absolvent der berüchtigten School of the Americas (der US-Militärschule, die so viele lateinamerikanische Mörder und Folterer ausgebildet hat). Rios Montt richtete eine dreiköpfige Militärjunta mit sich selbst als Präsident ein. Unter Kriegsrecht, einer ausgesetzten Verfassung und ohne Legislative hielt diese Junta geheime Tribunale ab und schränkte politische Parteien und Gewerkschaften ein. Rios Montt zwang die beiden anderen Mitglieder der Junta zum Rücktritt. Er behauptete, dass Campesinos und die Einheimischen Kommunisten seien, und begann, sie zu entführen, zu foltern und zu ermorden. Eine Guerilla-Armee formierte sich zum Widerstand gegen Rios Montt, und es folgte ein 36-jähriger Bürgerkrieg. Zehntausende von Nicht-Kombattanten wurden getötet und „verschwanden“ durch das Regime mit einer Rate von mehr als 3.000 pro Monat. Die Reagan-Regierung und Israel unterstützten die Diktatur mit Waffen, Spionage und Ausbildung. Rios Montt selbst wurde 1983 durch einen Putsch gestürzt. Bis 1996 dauerten die Morde in Guatemala in einer Kultur der Straflosigkeit an. Rios Montt war von 1990 bis 2007 Kongressabgeordneter, dem die Verfassung verbietet, für das Präsidentenamt zu kandidieren, und der vor Strafverfolgung geschützt war. Als seine Immunität endete, wurde er schnell wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Er wurde zu 80 Jahren im Gefängnis verurteilt, aber Rios Montt wurde wegen angeblicher Senilität nicht inhaftiert. Rios

Montt ist am 1. April 2018 im Alter von 91 Jahren gestorben. Im März 1999 entschuldigte sich der US-Präsident Bill Clinton für die amerikanische Unterstützung der Diktatur. Aber die grundlegende Lektion vom Schaden beim Export von Militarismus muss erst noch gelernt werden.

10. Juni *An diesem Tag im Jahr 1963 sprach Präsident John F. Kennedy an der American University für den Frieden.* Gerade einmal fünf Monate vor seiner Ermordung sprach Kennedy über die Schönheit der Universitäten und ihre Rolle und lieferte dabei unvergessliche und weise Worte, darunter die folgenden: „Ich habe daher diesen Zeitpunkt und diesen Ort gewählt, um ein Thema zu erörtern, über das zu oft Unwissenheit herrscht und bei dem die Wahrheit zu selten gesehen wird – und doch ist es eines der wichtigsten Themen auf Erden: der Frieden... Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht bekommen hat. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern, zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben. Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des Zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe von Wind und Wasser, Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballs getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden... Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlussfolgerung, dass der Krieg unvermeidlich ist, dass die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, dass wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können. Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden.“

11. Juni *An diesem Tag im Jahr 1880 wurde Jeannette Rankin geboren.* Die erste Frau, die in den Kongress gewählt wurde, war eine Absolventin der University of Montana, die ihre Karriere in der Sozialarbeit begann. Als Pazifistin und Suffragette half Rankin Frauen, das Wahlrecht zu erhalten, indem sie einen Gesetzesentwurf einführte, das ihnen die Bürgerschaft unabhängig von ihren Ehemännern gewährte. Als Rankin ihren Sitz im April 1917 einnahm, wurde die US-Beteiligung am Ersten Weltkrieg diskutiert. Sie stimmte mit Nein, trotz extremer Gegenstimmen, was dazu führte, dass sie ihre zweite Amtszeit verlor. Rankin arbeitete dann für die National Conference for the Prevention of War und stellte sich dann wieder zur Wahl für den Kongress mit dem Slogan „Bereitet euch aufs Äußerste auf Verteidigung vor; haltet unsere Männer von Europa fern!“ Sie schrieb ihren zweiten Sieg im Jahr 1940 den Frauen zu, die ihre Stimme gegen den Ersten Weltkrieg zu schätzen wussten. Rankin war wieder im Kongress, als Präsident Franklin Roosevelt den Kongress bat, für eine Kriegserklärung an Japan zu stimmen, was die USA in den Zweiten Weltkrieg führte. Rankins Stimme war die einzige Gegenstimme. Inmitten vieler Gegenreaktionen setzte sie ihre Arbeit fort und organisierte unter anderem die Jeannette Rankin Brigade für einen Marsch auf Washington im Jahr 1968, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren. Rankin forderte den Kongress auf, sich um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern, und prangerte die Wahlmöglichkeiten von Frauen an, die „ihre Söhne in den Krieg ziehen lassen, weil sie Angst haben, dass ihre Ehemänner ihre Jobs in der Industrie verlieren,

wenn sie protestieren.“ Sie beklagte, dass US-Bürgern nur „eine Auswahl an Übeln, nicht an Ideen“ geboten wird. Rankins Worte schienen ungehört zu verhallen, da Kriege weitergingen, trotz der einfachen Alternative, für die sie ein Leben lang gearbeitet hatte. Sie sagte: „Wenn wir abrüsten würden, wären wir das sicherste Land auf Erden.“

12. Juni *An diesem Tag im Jahr 1982 demonstrierten eine Million Menschen in New York gegen Atomwaffen. Es ist ein guter Tag, um sich gegen Atomwaffen auszusprechen.* Während die Vereinten Nationen eine Sondertagung zur Abrüstung abhielten, lenkte die Menschenmenge im Central Park die internationale Aufmerksamkeit auf die Zahl der Amerikaner, die gegen das nukleare Wettrüsten sind. Dr. Randall Caroline Forsberg war eine der führenden Organisatoren des „Nuclear Freeze“ und die Zahl der Demonstranten, die sich ihr in New York anschlossen, führte zu dem, was als „größte politische Demonstration in der Geschichte Amerikas“ bezeichnet wurde. Forsberg erhielt den „Genie-Preis“ des MacArthur Fellowship in Anerkennung ihrer Arbeit für eine bessere, friedlichere Welt, indem sie auf die Krisen aufmerksam macht, die zur Beschleunigung des Atomwaffenprogramms gehören. Zu dieser Zeit war Präsident Ronald Reagan nicht erfreut und ging so weit zu sagen, dass Mitglieder der Nuclear-Freeze-Bewegung „unpatriotisch“, „kommunistische Anhänger“ oder möglicherweise sogar „ausländische Agenten“ sind. In seiner zweiten Amtszeit hatte seine Regierung genug Druck verspürt, um Gespräche über die Reduzierung der Größe der Atomwaffenarsenale zu beginnen. Es wurde ein Treffen mit der Sowjetunion organisiert, und es begannen Gespräche zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Oberhaupt Michail Gorbatschow, um die Waffen aus Ost- und Westeuropa zu entfernen, mit der gemeinsamen Erkenntnis, dass „ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden sollte.“ Dies geschah nach einem Treffen in Reykjavik, Island, bei dem ein Vorschlag von Gorbatschow, alle Atomwaffen bis zum Jahr 2000 abzuschaffen, von den USA nicht akzeptiert wurde. Doch 1987 wurde der INF-Vertrag (Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme) unterzeichnet, der beide Länder verpflichtete, mit dem Abbau ihrer Arsenale zu beginnen.

13. Juni *An diesem Tag im Jahr 1971 wurden in der New York Times die „Pentagon Papers“ veröffentlicht, die Details über das Engagement der USA in Vietnam vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1968 enthielten.* Am 13. Juni 1971, nach Jahren der Proteste gegen die Einberufung, das anhaltende Töten in Vietnam und die Schreie nach Vernunft, die von der US-Regierung unbeantwortet blieben, erhielt die New York Times einige „geheime“ Informationen von einem ehemaligen Militäranalysten. Frustriert von seinen eigenen anhaltenden Bemühungen, den Krieg zu stoppen, wandte sich Daniel Ellsberg an die New York Times und gewährte ihr einen Einblick in die wahren Gründe, warum die Vereinigten Staaten zu einem Militärstaat geworden waren: „Eine umfangreiche Studie darüber, wie die Vereinigten Staaten in Indochina in den Krieg zogen, die vom Pentagon vor drei Jahren durchgeführt wurde, zeigt, dass vier Administrationen nach und nach ein Gefühl der Verpflichtung gegenüber einem nicht-kommunistischen Vietnam entwickelten, eine Bereitschaft, den Norden zu bekämpfen, um den Süden zu schützen und eine letztendliche Frustration über diese Bemühungen – in einem viel größeren Ausmaß, als ihre öffentlichen Erklärungen zu der Zeit zugaben.“ Der US-Generalstaatsanwalt beschuldigte die Times, durch die Veröffentlichung von Regierungsgeheimnissen gegen das Gesetz verstoßen zu haben und brachte sie zwei Tage später zum Schweigen. Die Washington Post veröffentlichte die Geschichte und wurde ebenfalls vor das Bundesgericht gebracht. Das Land wartete ungläubig, bis endlich die richtungsweisende

Entscheidung für die Pressefreiheit getroffen wurde. Der Oberste Gerichtshof entschied zugunsten der Veröffentlichung, wobei einer der Richter, Hugo L. Black, die folgende Erklärung abgab: „Indem sie die Machenschaften der Regierung, die zum Vietnamkrieg führten, aufdeckten, taten die Zeitungen auf edle Weise das, was die Gründerväter hofften und darauf vertrauten, dass sie es tun würden."

14. Juni *An diesem Tag im Jahr 1943 erklärte der Oberste Gerichtshof der USA den obligatorischen Flaggengruß für Schulkinder für ungültig.* Der ursprüngliche „Pledge to the Flag" (Fahnenschwur), der in den 1800er Jahren für eine Feier zur Entdeckung Amerikas geschrieben wurde, lautete: „Ich schwöre Treue auf meine Flagge und die Republik, für die sie steht, eine Nation, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden." Während des Zweiten Weltkriegs sah die Politik Vorteile darin, den Schwur zum Gesetz zu machen. Die Worte „der Vereinigten Staaten" und „von Amerika" wurden hinzugefügt. 1945 wurde der Titel geändert und es wurden Regeln zum richtigen Gruß zur Flagge hinzugefügt. Die Grußregeln wurden geändert, als sie mit denen von Nazi-Deutschland verglichen wurden, von: „Stehen, die rechte Hand mit der entblößten Handfläche zur Stirn heben" zu: „Stehen, die rechte Hand auf das Herz legen." Die Worte „unter Gott" wurden nach „eine Nation" hinzugefügt und 1954 von Präsident Eisenhower verabschiedet. Ursprünglich war es in 35 Bundesstaaten vorgeschrieben, dass Schüler der öffentlichen Schulen vom Kindergarten bis zur zwölften Klasse jeden Tag mit den Händen über dem Herz vor der Flagge stehen und dabei den „Pledge of Allegiance" aufsagen. Als die Zahl der Staaten, in denen der Schwur abgelegt wurde, auf 45 anstieg, stellten viele die Scheinheiligkeit eines Gesetzes in Frage, das von Kindern verlangt, den Treueschwur auf eine Flagge abzulegen, die „Freiheit und Gerechtigkeit für alle" repräsentiert. Andere stellten einen Konflikt zwischen dem Schwur und ihren religiösen Überzeugungen fest und beriefen sich auf die Verletzung der Rechte des ersten Zusatz der Verfassung. Obwohl 1943 von den Gerichten anerkannt wurde, dass von Schülern kein Fahnenschwur verlangt werden kann, werden diejenigen, die nicht täglich stehen, salutieren und den Schwur ablegen, weiterhin kritisiert, geächtet, suspendiert und als „unpatriotisch" bezeichnet.

15. Juni *An diesem Tag im Jahr 1917 und am 16. Mai 1918 wurden die Espionage and Sedition Acts (Spionage- und Aufwiegelungsgesetz) verabschiedet.* Der Espionage Act wurde erlassen, als die USA in den Ersten Weltkrieg verwickelt wurden, um den Bürgern alles zu verbieten, was das Militär in seinem Kampf gegen Deutschland und seine Verbündeten untergraben könnte. Das Gesetz wurde weniger als ein Jahr später im sogenannten Sedition Act von 1918 geändert. Der Sedition Act war umfassender und machte alles, was gegen die Beteiligung der USA am Ersten Weltkrieg getan, gesagt oder geschrieben wurde, illegal. Dies führte dazu, dass viele US-Bürger befürchteten, verhaftet zu werden, wenn sie ihre Meinung gegen den Wehrdienst oder die Beteiligung am Krieg äußerten, und dass sie diese Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Frage stellten. Jegliche Kritik an der Verfassung, der Einberufung, der Flagge, der Regierung, dem Militär oder sogar der Militäruniform wurde illegal gemacht. Es wurde auch für jeden illegal, den Verkauf von US-Anleihen zu behindern, eine deutsche Flagge in seinen Häusern zu zeigen oder für eine Sache zu sprechen, die von Ländern unterstützt wurde, die nun als Feinde der USA galten. Verstöße gegen diese neuen Gesetze führten zu Verhaftungen mit Geldstrafen von bis zu zehntausend Dollar und Verurteilungen, die zu Haftstrafen von bis zu zwanzig Jahren führen konnten. Mindestens fünfundsiebzig Zeitungen durften nichts gegen den Krieg drucken, wenn sie weitermachen wollen, und 2.000 Menschen wurden verhaftet. In dieser Zeit wurden 1.000 Menschen, viele von ihnen Immigranten, verurteilt und inhaftiert. Obwohl der

Sedition Act 1921 aufgehoben wurde, blieben viele der Gesetze des Espionage Acts in den USA in Kraft, da ein Krieg zum nächsten führte.

16. Juni *Am diesem Tag im Jahr 1976 ereignete sich das Soweto-Massaker.* 700 Kinder wurden getötet, weil sie sich weigerten, Afrikaans zu lernen. Schon bevor die Nationalistische Partei 1948 die Macht übernahm, kämpfte Südafrika mit der Rassentrennung. Während die Bildung für Weiße kostenlos war, wurden schwarze Kinder durch das Bantu-Schulsystem vernachlässigt. Neunzig Prozent der schwarzen südafrikanischen Schulen wurden von katholischen Missionaren mit minimaler staatlicher Unterstützung betrieben. Im Jahr 1953 wurde mit dem Bantu Education Act jegliche Finanzierung von Bildung für Afrikaner aus den Staatsausgaben gestrichen, gefolgt von einem University Education Act, der es schwarzen Studenten verbot, weiße Universitäten zu besuchen. Der Auslöser für den Aufstand in Soweto war das Bantu-Dekret, dass für Unterricht und Prüfungen eine Sprache verwendet werden musste, die selbst die Lehrer nicht fließend beherrschten, Afrikaans. Als die Prüfungszeit näher rückte, organisierten Schüler von zwei Highschools, inspiriert von der *südafrikanischen Studentenbewegung*, *das Action Committee of the Soweto Students Representative Council (SSRC)*, um einen friedlichen Protest gegen diese immer schwieriger werdenden Forderungen zu planen. Der Marsch begann in Soweto, vorbei an anderen Highschools, wo sich ihnen Schüler aus diesen Schulen anschlossen, und setzte sich fort, bis Tausende gemeinsam zur „Onkel Toms“ Stadthalle in Orlando marschierten. Als sie ankamen, wurden sie von der Polizei unterbrochen und mit Tränengas und Kugeln angegriffen. Als die Massenerschießungen begannen, hatten sich den Demonstranten bereits über 300 weiße Studenten und unzählige schwarze Arbeiter im Kampf gegen die Apartheid und die Bantu-Erziehung angeschlossen. Auf die Brutalität von Seiten der Polizei reagierten überlebende Studenten sowie deren Unterstützer friedlich, aber mit Beharrlichkeit. Monatelang setzten sie den entschlossenen Kampf für Gleichberechtigung fort, der von diesem denkwürdigen afrikanischen „Tag der Jugend“ inspiriert war.

17. Juni *An diesem Tag im Jahr 1974 verübte die Provisional Irish Republican Army einen Sprengstoffanschlag auf das Parlament in London, wobei elf Personen verletzt wurden.* Dieses drastische Ereignis stellte einen von zahlreichen Anschlägen innerhalb der dreißig Jahre des „Nordirlandkonflikts“ dar. Im Jahr 1920 hatte das britische Parlament in einem Versuch, die Gewalt einzudämmen, ein Gesetz verabschiedet, das Irland spaltete, wobei beide Teile formell immer noch Teil des Vereinigten Königreichs waren. Doch statt des beabsichtigten Friedens nahmen die Guerillaaktivitäten zwischen den Protestanten im Norden, die dem Vereinigten Königreich treu ergeben waren, und den Katholiken im Süden, die ein unabhängiges und vereintes Irland wollten, zu. Die Besetzung durch britische Truppen im Jahr 1969 bewirkte eine weitere Zunahme der Gewalttaten. Die IRA bombardierte von 1972 bis 1996 mehrere Ziele in England. Der Kampf auf dem Festland forderte 175 Todesopfer. Spätere Waffenstillstandsvereinbarungen wurden zwar getroffen, scheiterten jedoch. Ein öffentlichkeitswirksamer Anschlag während der Zeit des Nordirlandkonflikts ereignete sich, als die Provisional IRA im Jahr 1979 den im Urlaub befindlichen Briten Lord Louis Mountbatten in Nordirland mit einer Bombe an Bord seines Bootes umbrachte. Das Karfreitagsabkommen von 1998 beendete den Konflikt formell mit einer Vereinbarung über die Machtaufteilung der Regierung. Während der jahrzehntelangen Terroranschläge, die sowohl von nationalistischen als auch unionistischen Paramilitärs verübt wurden, kamen fast 3600 Menschen ums Leben. Doch unter der Oberfläche lauerte noch Gefahr. Das knappe Ergebnis einer Abstimmung des

Vereinigten Königreichs über die Abspaltung von der Europäischen Union (EU), der sogenannte Brexit, führte zu einem Streit über künftige Zollregelungen, da Irland zwischen der EU und der Nicht-EU aufgeteilt werden würde. Eine Autobombe in Londonderry, Nordirland, wurde der Real Irish Republican Army angelastet, einer Gruppe, die hundert Jahre nach der Teilung immer noch für ein vereintes Irland kämpft. Dieser Anschlag machte, genau wie viele hundert weitere Anschläge im Laufe der Jahre, die Sinnlosigkeit der Gewalt und die kontraproduktiven Folgen von Sprengstoffanschläge auf Menschen deutlich.

18. Juni *An diesem Tag im Jahr 1979 wurde der SALT II-Vertrag zur Begrenzung von Langstreckenraketen und -bombern von den Präsidenten Carter und Breschnew unterzeichnet.* Dieser Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sowjetrepubliken wurde geschlossen, als beide sich der Tatsache „*bewusst* wurden, dass ein Atomkrieg verheerende Folgen für die gesamte Menschheit haben würde...“ und „*ihren Wunsch bekräftigten*, Maßnahmen zur weiteren Begrenzung und zum weiteren Abbau strategischer Waffen zu ergreifen, mit dem Ziel, eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen....“. Präsident Carter übersandte den Vertrag an den Kongress, wo die Debatte weiterging, bis die sowjetische Intervention in Afghanistan die Ratifizierung verhinderte. Im Jahr 1980 kündigte Präsident Carter an, dass die Vereinigten Staaten unabhängig davon die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens dennoch erfüllen würden, wenn die Sowjetunion dies erwidern würde, und Breschnew stimmte dem zu. Der Grundstein für die SALT-Verträge wurde gelegt, als Präsident Ford mit Breschnew zusammentraf, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Zahl der unabhängig voneinander zielenden Wiedereintrittskörper begrenzt, der Bau neuer landgestützter interkontinentaler ballistischer Raketenwerfer verboten, der Einsatz neuer strategischer Angriffswaffen und strategischer nuklearer Trägersysteme begrenzt und der Vertrag bis 1985 gültig blieb. Präsident Nixon willigte ein, ebenso wie Präsident Reagan, der dann in den Jahren 1984 und 1985 Verstöße durch die Sowjetunion erklärte. 1986 verkündigte Reagan, dass „...die USA Entscheidungen bezüglich ihrer strategischen Streitkräftestruktur auf Grundlage der Art und des Umfangs der Bedrohung durch sowjetische strategische Streitkräfte und nicht auf der Grundlage der in der SALT-Struktur enthaltenen Standards treffen müssen....“. Er fügte hinzu, dass die USA „...weiterhin äußerste Zurückhaltung üben und gleichzeitig die strategische Abschreckung beibehalten würden, um dazu beizutragen, das notwendige Klima für eine maßgebliche Reduzierung der strategischen Waffenarsenale beider Seiten zu schaffen“.

19. Juni *An diesem Tag feiern zahlreiche Amerikaner jedes Jahr den „Juneteenth“, den 19. Juni 1865, als Afroamerikaner, die noch in Galveston, Texas, versklavt waren, erfuhren, dass sie zweieinhalb Jahre zuvor eigentlich rechtmäßig befreit worden waren.* Präsident Lincolns Emanzipationsproklamation, die am Neujahrstag 1863 in Kraft getreten war, hatte die Freilassung aller Sklaven in Staaten und Gemeinden angeordnet, die sich im Bürgerkrieg gegen die Union aufgelehnt hatten, doch Sklavenhalter in Texas hatten sich offensichtlich dagegen entschieden, dem Befehl Folge zu leisten, bis sie dazu gezwungen wurden. Dieser Tag kam, als am 19. Juni 1865 zweitausend Soldaten der Union in Galveston eintrafen. Generalmajor Gordan Granger verlas ein Dokument, das die Menschen in Texas darüber informierte, dass „... in Übereinstimmung mit einer Proklamation der Exekutive der Vereinigten Staaten alle Sklaven frei sind ... und die Verbindung, die bisher zwischen [Herren und Sklaven] bestand, zu der

zwischen Arbeitgeber und freiem Arbeiter wird“. Unter den befreiten Sklaven machte sich als Reaktion auf diese Nachricht sowohl Schock als auch Jubel breit. Einige blieben, um mehr über die neue Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beziehung zu erfahren, aber viele weitere zogen, getrieben vom Rausch ihrer neugewonnen Freiheit, auf der Stelle los, um sich an anderen Orten ein neues Leben aufzubauen. Die ehemaligen Sklaven, die fortzogen und sich schweren Herausforderungen gegenübersahen, machten im Laufe der Zeit den „Juneteenth“, den Tag ihrer Befreiung, zu einem jährlichen Anlass, sich mit anderen Familienmitgliedern in Galveston zu treffen, um sich gegenseitig zu ermutigen und gemeinsam zu beten. Im Laufe der Jahre breitete sich diese Feier auch auf weitere Gebiete aus und gewann immer mehr an Popularität, sodass der „Juneteenth“ im Jahr 1980 schließlich zu einem offiziellen Staatsfeiertag in Texas erklärt wurde. Heute nutzen neu gegründete lokale und nationale Organisationen des „Juneteenth“ die Gedenkfeierlichkeiten, um das Bewusstsein und die Wertschätzung für die afroamerikanische Geschichte und Kultur zu stärken und gleichzeitig die Selbstentfaltung aller Kulturen sowie den Respekt vor ebendiesen zu fördern.

20. Juni *Dies ist der Weltflüchtlingstag*. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, wurde im Januar 2017 ernannt, nachdem er sich sein Leben lang dafür eingesetzt hatte, das endlose Leid zu beenden, das Unschuldige durch Kriege erleiden müssen. Antonio Guterres wurde 1949 in Lissabon geboren. Er hat einen Abschluss als Ingenieur und spricht fließend Portugiesisch, Englisch, Französisch und Spanisch. Durch seine Wahl in das portugiesische Parlament im Jahr 1976 wurde er in die Parlamentarische Versammlung des Europarates berufen, wo er den Vorsitz des Ausschusses für Demografie, Migration und Flüchtlinge innehatte. Bei seiner zwanzigjährigen Tätigkeit als Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge erlebte Guterres mehr Leid, Hunger, Folter, Krankheit und Tod von Zivilisten, Männern, Frauen und Kindern in Flüchtlingslagern und Kriegsgebieten als die meisten Menschen. Obwohl er von 1995-2002 als Premierminister Portugals fungierte, nahm er als Präsident des Europäischen Rates weiterhin an den internationalen Bemühungen teil. Seine Unterstützung führte zur Verabschiedung der Lissabon-Strategie für Beschäftigung und Wachstum und zur Ausrufung des Weltflüchtlingstages durch die Vereinten Nationen im Dezember 2000. Der 20. Juni wurde im Gedenken an ein Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen aus dem Jahr 1951 ausgewählt, das fünfzig Jahre zuvor getroffen worden war, und um den anhaltenden Anstieg der weltweiten Flüchtlingszahl auf 60 Millionen Beachtung zu schenken. Guterres' Worte wurden zur Einleitung der Webseite des Weltflüchtlingstages gewählt: „Hier geht es nicht darum, eine Belastung zu teilen. Es geht darum, eine globale Verantwortung zu teilen, die nicht nur auf der allgemeinen Idee unserer gemeinsamen Menschlichkeit, sondern auch auf den sehr spezifischen Verpflichtungen des Völkerrechts beruht. Die Grundprobleme sind Krieg und Hass, nicht Menschen, die fliehen; Flüchtlinge gehören zu den ersten Opfern des Terrorismus.“

21. Juni *An diesem Tag im Jahr 1971 entschied der Internationale Gerichtshof, dass Südafrika sich aus Namibia zurückziehen müsse.* Von 1915 bis 1988 war Namibia als Südwestafrika bekannt und galt praktisch als eine Provinz Südafrikas. Es war in hohem Maße kolonisiert worden, zuerst von Deutschland und dann von Großbritannien. Südafrika war im Ersten Weltkrieg unabhängig von Großbritannien, drang aber zur Unterstützung des britischen Empires erfolgreich in das deutsche Gebiet ein. Der Völkerbund stellte Südwestafrika unter ein britisches Mandat mit südafrikanischer Verwaltung. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten die Vereinten

Nationen diese Politik fort. Bis 1960 stellte die South West Africa People's Organization (SWAPO) eine politische Kraft dar, die mit ihrer People's Liberation Army of Namibia (PLAN) einen Guerillafeldzug begann. Im Jahr 1966 widerrief die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Mandat Südafrikas, aber Südafrika bestritt seine Autorität und führte die Apartheid ein. Dabei gab es eine nur aus Weißen bestehende Regierung auf der einen und die Bantustans, d. h. schwarze Ghettos, auf der anderen Seite. 1971 bestätigte der Internationale Gerichtshof die Autorität der UNO über Namibia und entschied, dass die Militärpräsenz Südafrikas in Namibia illegal sei. Südafrika weigerte sich, sich zurückzuziehen, und es kam zu einem kräftezehrenden Krieg in dem Gebiet, das sich bis nach Angola erstreckte, das dort von kubanischen Truppen unterstützt wurde. Erschöpft und voller Angst vor der kubanischen Militärpräsenz unterzeichnete Südafrika 1988 einen Waffenstillstand. In diesem Krieg kamen 2.500 südafrikanische Soldaten ums Leben und die Kosten beliefen sich auf eine Milliarde Dollar pro Jahr. Im Jahr 1990 wurde Namibias Unabhängigkeit erklärt. Der Abbau von Diamanten, anderen Edelsteinen und Uran in Namibia hatte das Interesse Südafrikas an einer Kolonisierung des Gebietes geweckt. Dies ist ein geeigneter Tag, um über die wahren Gründe für die Kolonisierung, die daraus resultierenden Kriege und ihre Auswirkungen nachzudenken.

22. Juni *An diesem Tag im Jahr 1987 bildeten mehr als 18.000 japanische Friedensaktivisten eine 16 Kilometer lange Menschenkette, um gegen die anhaltende militärische Besetzung Okinawas durch die USA zu protestieren.* Die Schlacht von Okinawa 1945 war der tödlichste Angriff im Pazifikkrieg – ein 82-tägiger „Taifun aus Stahl“, der 200.000 Tote forderte. Mehr als 100.000 japanische Soldaten wurden getötet, gefangen genommen oder begingen Selbstmord; die Alliierten erlitten mehr als 65.000 Tote, und ein Viertel der Zivilbevölkerung Okinawas wurde getötet. Im Rahmen eines Vertrags von 1952 erlangten die USA die volle Kontrolle über Okinawa und herrschten 27 Jahre lang über die Insel, wobei sie privates Land konfiszierten, um Stützpunkte und Flugplätze zu bauen – einschließlich des weitläufigen Luftwaffenstützpunkts Kadena, den US-Bomber später zum Angriff auf Korea und Vietnam nutzten. Über sieben Jahrzehnte hinweg verseuchte das Pentagon das Meer, das Land und die Luft der Insel mit Arsen, angereichertem Uran, Nervengas und chemischen Karzinogenen, weshalb Okinawa auch den Spitznamen „Schrotthaufen des Pazifiks“ erhielt. Im Jahr 1972 ermöglichte es ein neuer Vertrag Japan, eine gewisse Kontrolle über Okinawa zurückzugewinnen, aber 25.000 US-Soldaten (und 22.000 Familienmitglieder) blieben dort stationiert. Und es fanden stetig gewaltlose Proteste statt. Im Jahr 2000 bildeten 25.000 Aktivisten eine Menschenkette um den Luftwaffenstützpunkt Kadena. Im Jahr 2019 bedeckten 32 US-Basen und 48 Ausbildungsstätten 20 % der Insel. Trotz jahrelanger Widerstände an der Basis begann das Pentagon, seine Militärpräsenz durch einen neuen Marine-Flugstützpunkt in Henoko im Norden Okinawa zu erweitern. Das wunderschöne Korallenriff von Henoko sollte unter Tonnen von Sand begraben werden, wodurch nicht nur die Korallen, sondern auch Meeresschildkröten, gefährdete Dugongs und viele andere seltene Lebewesen bedroht wurden.

23. Juni *An diesem Datum wird jedes Jahr der Tag des öffentlichen Dienstes der Vereinten Nationen von Organisationen und Abteilungen des öffentlichen Dienstes auf der ganzen Welt begangen.* Der von der UN-Generalversammlung im Dezember 2002 ins Leben gerufene Tag des öffentlichen Dienstes wurzelt in der Erkenntnis, dass ein fähiger öffentlicher Dienst eine wichtige Rolle bei der Förderung einer erfolgreichen Regierungsführung und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung spielt. Zweck des Tages ist es, die Arbeit von Menschen in lokalen

und nationalen Gemeinschaften auf der ganzen Welt zu würdigen, die entschlossen sind, ihre Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen. Unabhängig davon, ob es sich bei den Beitragsleistenden um bezahlte Beamte wie Postboten, Bibliothekare und Lehrer oder um Personen handelt, die unbezahlte Dienste für Organisationen wie freiwillige Feuerwehren und Rettungsdienste leisten, sie kommen grundlegenden menschlichen Bedürfnissen nach und sind für das Wohlergehen der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung. Aus diesem Grund soll der Tag des öffentlichen Dienstes gleichzeitig junge Menschen ermutigen, eine Karriere im öffentlichen Sektor einzuschlagen. Organisationen und Dienststellen, die an diesem Tag teilnehmen, setzen in der Regel eine Vielzahl von Mitteln ein, um dessen Ziele zu erreichen. Dazu gehören die Einrichtung von Ständen, von denen aus über den öffentlichen Dienst informiert wird, die Organisation von Mittagessen mit Gastrednern, die Durchführung interner Preisverleihungen oder besonderen Ankündigungen zur Ehrung von öffentlichen Bediensteten. Die Öffentlichkeit wird dazu ermuntert, sich diesem Geist des Tages des öffentlichen Dienstes anzuschließen, indem sie all jenen dankt, die friedliche und legale Dienste leisten und nicht den vermeintlichen Dienst der Beteiligung an der Kriegsführung. Wir sollten uns alle fragen: Was wären wir ohne die Angestellten im öffentlichen Dienst, die nach einem schlimmen Sturm unsere Energieversorgung wiederherstellen, unsere Straßen frei von Abwasser halten und unseren Müll einsammeln?

24. Juni *An diesem Tag im Jahr 1948 unterzeichnete Präsident Truman den Selective Service Act (Wehrdienstgesetz), jenes Gesetz, das dem modernen Rekrutierungssystem in den USA zugrunde liegt.* Mit diesem Gesetz wurden alle Männer ab 18 Jahren verpflichtet, sich beim Selective Service (Wehrdienstkommission) zu registrieren. Außerdem konnten alle Männer zwischen 19 und 26 Jahren für 21 Monate zum Wehrdienst eingezogen werden. Nur wenige junge Amerikaner widersetzten sich der Rekrutierung bis zur Mitte der 1960er Jahre, als viele Studenten begannen, ihre Vorbehalte gegen die Beteiligung der USA am eskalierenden Vietnamkrieg mit dem Rekrutierungssystem zu verknüpfen. Einige lehnten auch die oft subjektiv begründeten Zurückstellungen vom Wehrdienst ab, die von den lokalen Rekrutierungsbehörden aufgrund des Familienstandes oder wegen eines Studiums gewährt wurden. 1966 verabschiedete der Kongress ein Gesetz, das das Rückstellungssystem verbesserte. Dem Widerstand der Studenten gegen die Rekrutierung konnte man damit aber kaum etwas entgegensetzen. Im Laufe der Zeit wurden jedoch Änderungen am Selective Service Act vorgenommen, in denen die Aufhebung der Wehrpflicht beschlossen wurde. Heute ist der Wehrdienst in den USA ganz freiwillig. Viele Amerikaner im Einberufungsalter wissen diese Freiheit sehr zu schätzen. Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass viele junge Männer, die sich freiwillig zum Wehrdienst melden, dies in erster Linie tun, weil es ihnen einen Job bietet, ihre Rolle in der Gesellschaft aufwertet und ihr Selbstwertgefühl stärkt. Nur wenige sind sich bewusst, dass sie für diese Vorteile ihr Leben riskieren und anderen möglicherweise Leid und Ungerechtigkeit zufügen. Der Selective Service zur Registrierung potenzieller Soldaten bleibt weiterhin bestehen, obwohl diese Praxis bereits in vielen Ländern der Vergangenheit angehört.

25. Juni *An diesem Tag im Jahr 1918 wurde Eugene Debs, Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten und ein versierter Redner, der für seine vernichtenden Angriffe auf die Plutokraten der USA bekannt war, verhaftet, weil er sich gegen die Teilnahme der USA am Ersten Weltkrieg ausgesprochen hatte.* Debs und seine Parteikollegen waren aber bei Weitem

nicht die Einzigen, die Kritik übten. Der Kriegseintritt der USA im Jahr 1917 hatte schnell die Meinungsverschiedenheiten im Kongress und unter den bürgerlichen Libertären sowie religiösen Pazifisten ans Tageslicht gebracht. Als Reaktion darauf verabschiedete der Kongress den Espionage Act (Spionagegesetz), in dem es unter Strafe gestellt wurde, zu aktivem Widerstand gegen den Krieg aufzurufen. Debs ließ sich jedoch nicht abschrecken. In einer Rede in Canton, Ohio, am 18. Juni 1918 sprach er über das Thema Krieg im Allgemeinen und sagte dabei vieles, das auch noch ein Jahrhundert später Gültigkeit hat. „In der gesamten Menschheitsgeschichte“, proklamierte er, „war es immer die herrschende Gesellschaftsklasse, die Kriegserklärungen machte. Die Schlachten geschlagen hat dann immer die beherrschte Klasse… Ihr müsst verstehen, dass ihr mehr seid als nur Sklaven und Kanonenfutter....” Diese Rede in Canton sollte jedoch die letzte vor Debs' Verhaftung sein. Am 12. September 1918 wurde er wegen Verstoßes gegen den Espionage Act von Geschworenen am US-Bezirksgericht in Cleveland schuldig gesprochen. Sieben Monate später wurde die Verurteilung im Berufungsverfahren beim Obersten Gerichtshof der USA bestätigt und Debs zu zehn Jahren Haft verurteilt. Der anschließende Gefängnisaufenthalt in Atlanta hielt ihn aber nicht davon ab, 1920 für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Die Tatsache, dass Debs trotz seiner Inhaftierung bei den Wahlen fast eine Million Stimmen erhielt, sollte auch den Leuten Mut machen, die sich heute für den Frieden einsetzen.

26. Juni *An diesem Tag begehen die UN-Mitgliedsstaaten, zivilgesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen auf der ganzen Welt jedes Jahr den Internationalen Tag der Vereinten Nationen zur Unterstützung von Folteropfern*. Dieser Tag wurde durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1997 ins Leben gerufen. Man beruft sich dabei auf die UN-Antifolterkonvention, die im Juni 1987 in Kraft getreten ist und von den meisten Ländern ratifiziert wurde. Mit der jährlichen Begehung dieses Tages soll die erfolgreiche Anwendung der UN-Antifolterkonvention sichergestellt werden. Laut der UN-Antifolterkonvention gilt Folter nach internationalem Recht als Kriegsverbrechen und darf unter keinen Umständen als Instrument der Kriegsführung eingesetzt werden. Folter und andere Formen grausamer, erniedrigender und unmenschlicher Behandlung kommen aber auch heute in Kriegen noch viel zu oft zum Einsatz. Der dokumentierte Einsatz von Folter durch die Vereinigten Staaten wird nicht strafrechtlich verfolgt und bleibt ungeahndet. Der von den Vereinten Nationen geförderte Tag zur Unterstützung von Folteropfern spielt eine wichtige Rolle, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Organisationen wie das International Rehabilitation Council for Torture Victims (Internationaler Rehabilitationsrat für Folteropfer) und Amnesty International spielen weltweit eine aktive Rolle bei der Organisation von Veranstaltungen, die die Menschen für das Problem der menschlichen Folter sensibilisieren sollen. Diese Organisationen fördern auch die Unterstützung von unkomplizierten und spezialisierten Programmen, die erforderlich sind, um Folteropfern bei der Überwindung ihres Traumas zu helfen. Rehabilitationszentren und Organisationen auf der ganzen Welt, die von Einrichtungen wie „The UN Voluntary Fund for Victims of Torture“ (Freiwilliger Fonds der Vereinten Nationen für Folteropfer) finanziert werden, haben gezeigt, dass Opfer nach den traumatischen Erfahrungen tatsächlich wieder genesen können.

27. Juni *An diesem Tag im Jahr 1869 wurde Emma Goldman geboren.* In Litauen aufgewachsen, überlebte Goldman die russische Revolution und den Antisemitismus, der viele Menschen in die Migration trieb. Mit fünfzehn Jahren flüchtete Goldman vor einer von ihrem

Vater arrangierten Ehe gemeinsam mit ihrer Schwester nach Amerika. In New York veranlassten sie 10,5-Stunden-Arbeitstage in einer Mantelfabrik dazu, einer neu gegründeten Gewerkschaft beizutreten, die kürzere Arbeitstage forderte. Goldman begann, sich für die Rechte von Frauen und ArbeitnehmerInnen einzusetzen und wurde als feministische Anarchistin bekannt, die die Menschen radikalisierte. Sie wurde regelmäßig verhaftet. Als Präsident McKinley ermordet wurde, erntete Goldman im ganzen Land Kritik, da der Attentäter einen ihrer Vorträge besucht hatte. 1906 gründete sie die Zeitschrift „Mother Earth" (Mutter Erde), um die LeserInnen über die Ideologien des Feminismus und des Anarchismus aufzuklären. Nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg wurden Gesetze wie der „Sedition Act" (Aufwiegelungsgesetz) erlassen, in dem Pazifisten als unpatriotisch kategorisiert wurden, was das Ende der Redefreiheit bedeutete. Goldman unterstützte mit ihrer Zeitschrift weiterhin pazifistische Initiativen und organisierte gemeinsam mit den Aktivisten Leonard Abbott, Alexander Berkman und Eleanor Fitzgerald die „No-Conscription League" (Bündnis gegen die Wehrpflicht). Ziel dieses Bündnisses war es, „gegen alle Kriege der kapitalistischen Regierungen Widerstand zu leisten." Sie und Berkman wurden wegen „Verschwörung zur Verhinderung der Einberufung zur Armee" verhaftet, mit einer Geldstrafe von 10.000 US-Dollar belegt und zu zwei Jahren Haft verurteilt. Nach ihrer Freilassung wurde Goldman nach Russland deportiert. Dort schrieb sie „My Disillusionment in Russia" (Meine Enttäuschungen in Russland) und ihre Autobiografie „Gelebtes Leben". Ihre letzten Jahre verbrachte sie damit, zu reisen und vor ihren AnhängerInnen in ganz Europa Vorträge zu halten. Sie durfte für neunzig Tage in die USA zurückreisen, bevor ihr Antrag auf Beerdigung in Chicago nach ihrem Tod im Jahr 1940 bewilligt wurde.

28. Juni *An diesem Tag im Jahr 2009 wurde die demokratisch gewählte Regierung von Honduras in einem Militärputsch, der letztendlich von den USA unterstützt wurde, gestürzt.* Der linke Präsident des Landes, Manuel Zelaya, wurde nach Costa Rica ins Exil verbannt, nachdem mehr als ein Dutzend Soldaten am frühen Morgen in seine Residenz gestürmt waren und ihn festgenommen hatten. Diese Aktion setzte dem langen Kampf um das am selben Tag geplante nationale Referendum ein Ende. Der Präsident hatte gehofft, damit die Unterstützung der Bevölkerung für mögliche Verfassungsreformen zu demonstrieren. Seine politischen Gegner behaupteten jedoch, dass Zelayas wahres Ziel darin bestünde, die in der Verfassung verankerte Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten auf eine einzige vierjährige Amtszeit aufzuheben. Kurz nach dem Putsch erklärte US-Präsident Barack Obama: „Wir glauben, dass der Putsch nicht rechtmäßig war und Präsident Zelaya weiterhin der Präsident von Honduras ist…." An die Stelle dieser Positionierung traten jedoch bald die Aktionen von Außenministerin Hillary Clinton. In ihrer Biografie *Entscheidungen* aus dem Jahr 2014 schreibt Clinton: „Ich sprach mit meinen Kollegen in der Hemisphäre ... Wir entwarfen eine Strategie, wie die Ordnung in Honduras wiederhergestellt und freie, faire Wahlen rasch und rechtmäßig abgehalten werden konnten, so dass der Konflikt um Zelaya irrelevant werden würde." Nicht ganz unerwartet belohnte die von den USA unterstützte Regierung, die 2010 nach dem Putsch an die Macht kam, Personen, die den Putschisten loyal gegenüberstanden mit Spitzenministerien und öffnete damit Tür und Tor für jahrelange Korruption, Gewalt und Anarchie durch die Regierung und die Zivilbevölkerung. Progressive Aktivisten in Honduras arbeiteten weiterhin hart für eine Zukunft, in der eine rechtmäßig gewählte Regierung ehrlich und zum Wohl aller tätig ist, einschließlich der marginalisierten und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen.

29. Juni *An diesem Tag im Jahr 1972 entschied der Oberste Gerichtshof der USA im Fall*

Furman gegen Georgia, dass die Todesstrafe, so wie sie damals in den einzelnen Bundesstaaten angewendet wurde, verfassungswidrig war. Das Gerichtsurteil war auch für zwei andere Fälle relevant: *Jackson gegen Georgia* und *Branch gegen Texas*. In beiden Fällen ging es um die Verfassungsmäßigkeit eines Todesurteils wegen Vergewaltigung. Das ist die Vorgeschichte zum Fall Furman gegen Georgia: Furman brach in ein Privathaus ein und wurde dabei von einem Bewohner des Hauses entdeckt. Beim Fluchtversuch stolperte Furman und fiel hin, wobei die Waffe, die er bei sich trug, losging und einen Bewohner tötete. Vor Gericht wurde Furman des Mordes für schuldig erklärt und zum Tode verurteilt. In diesem Fall stellte sich wie auch in den beiden anderen Fällen die Frage, ob die Todesstrafe einen Verstoß gegen den 8. Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten darstellt, welcher grausame und ungewöhnliche Bestrafung verbietet, oder gegen den 14. Zusatzartikel, der den gleichen Schutz durch das Gesetz für alle vorsieht. Ein Gericht mit mehreren Richtern beschloss als Kollektiv in einer per curiam-Entscheidung (5:4), die nur einen Paragrafen umfasste, dass die Verhängung der Todesstrafe in allen drei Fällen eine grausame und ungewöhnliche Bestrafung ist und gegen die Verfassung verstößt. Nur die Richter Brennan und Marshall hielten die Todesstrafe in allen Fällen für verfassungswidrig. Die drei anderen Richter, die der per curiam-Entscheidung zustimmten, setzten den Akzent auf die Willkür, mit der Todesurteile üblicherweise verhängt wurden, was häufig auf eine rassistische Voreingenommenheit gegenüber schwarzen Angeklagten hinwies. Die Gerichtsentscheidung zwang die Bundesstaaten und den nationalen Gesetzgeber, ihre Gesetze für Kapitalverbrechen zu überdenken, um sicherzustellen, dass die Todesstrafe nicht willkürlich oder in diskriminierender Weise verhängt wird.

30. Juni *An diesem Tag im Jahr 1966 verweigerten die ersten drei US-Soldaten, die sogenannten Fort Hood Three, ihre Entsendung nach Vietnam.* Der Gefreite David Samas, der Gefreite Dennis Mora und der Obergefreite James A. Johnson trafen sich in Fort Gordon, Georgia, bevor sie dem 142. Bataillon der 2. Panzerdivision in Fort Hood, Texas, zugewiesen wurden. Trotz ihres Widerstands gegen den eskalierenden Krieg in Vietnam erhielten sie ihre erwarteten Einsatzbefehle. Aufgrund der Proteste in den USA ließen sie sich vor ihrem Einsatz für 30 Tage beurlauben, um sich einen Anwalt zu suchen und mit Friedensaktivisten in Verbindung zu setzen. Es gelang ihnen, sich mit Dave Dellinger, Fred Halstead und A. J. Muste, bekannten Pazifisten mit Verbindungen zum einflussreichen Fifth Avenue Vietnam Peace Parade Committee, zu treffen und in New York eine Pressekonferenz zu organisieren. Die drei kamen zur Pressekonferenz, wo ihnen hunderte Unterstützer von Bürgerrechtsinitiativen den Rücken stärkten, und luden andere US-Soldaten dazu ein, sich ihnen anzuschließen und ihren Einsatz ebenfalls zu verweigern. Ihre Kriegsdienstverweigerung sollte einfach ein Appell an die Vernunft sein: „Der Krieg in Vietnam muss gestoppt werden… Wir wollen nichts mit einem Vernichtungskrieg zu tun haben. Wir sind gegen die sträfliche Verschwendung von Amerikanern und Ressourcen. Wir weigern uns, nach Vietnam zu gehen!" Die drei wurden schließlich von der Polizei nach Fort Dix, New Jersey, gebracht, wo sie vom Kommandierenden General Hightower angewiesen wurden, sofort nach Saigon zu fahren. Wieder weigerten sie sich und erklärten den Vietnamkrieg für illegal. Die drei wurden verhaftet, im September vor ein Kriegsgericht gestellt und zu drei weiteren Jahren verurteilt, wobei der Oberste Gerichtshof alle Berufungen ablehnte. Während dieser drei Jahre fühlten sich Hunderte von Aktivdienstleistenden und Veteranen inspiriert, sich der Antikriegsbewegung anzuschließen.

1. Juli *An diesem Tag im Jahr 1656 trafen die ersten Quäker in Amerika ein, nachdem sie in das spätere Boston gekommen waren.* Die puritanische Kolonie in Boston war in den 1650er Jahren

gut etabliert und hatte strenge, auf ihrer Religion basierende Regeln. Als die Quäker 1656 aus England ankamen, wurden sie mit Anschuldigungen wegen Hexerei, Verhaftungen, Inhaftierung und der Forderung begrüßt, Boston mit dem nächsten Schiff zu verlassen. Bald wurde eine Verordnung von den Puritanern verabschiedet, nach der den Schiffskapitänen, die die Quäker nach Boston brachten, hohe Geldstrafen auferlegt wurden. Quäker, die sich aus Protest behauptet hatten, wurden weiterhin angegriffen und geschlagen, und mindestens vier wurden hingerichtet, bevor ein Urteil von Prinz Charles II. Hinrichtungen in der Neuen Welt verbot. Als immer mehr verschiedene Siedler im Hafen von Boston eintrafen, fanden die Quäker genug Akzeptanz, um in Pennsylvania eine eigene Kolonie zu gründen. Die Angst oder Fremdenfeindlichkeit der Puritaner kollidierte in Amerika mit der Gründungsprämisse von Freiheit und Gerechtigkeit für alle. Mit dem Wachstum Amerikas wuchs auch seine Vielfalt. Die Akzeptanz anderer war eine Praxis, zu der die Quäker wesentlich beitrugen, indem sie anderen die Praxis des Respekts vor den Ureinwohnern Amerikas, der Ablehnung der Sklaverei, des Kriegswiderstands und des Strebens nach Frieden zum Vorbild nahmen. Die Quäker von Pennsylvania demonstrierten für die anderen Kolonien die moralischen, finanziellen und kulturellen Vorteile der Praxis des Friedens statt des Krieges. Die Quäker lehrten andere Amerikaner die Notwendigkeit, die Sklaverei und alle Formen der Gewalt abzuschaffen. Viele der besten Linien, die sich durch die US-Geschichte ziehen, beginnen damit, dass die Quäker unerschütterlich ihre Ansichten als radikale Minderheiten vertraten, die von den fast allgemein akzeptierten Doktrinen abweichen.

2. Juli *An diesem Tag im Jahr 1964 unterzeichnete US-Präsident Lyndon B. Johnson den Civil Rights Act von 1964.* Versklavte Menschen waren 1865 US-Bürger mit Wahlrecht geworden. Dennoch wurden ihre Rechte im gesamten Süden weiterhin unterdrückt. Gesetze, die von einzelnen Staaten verabschiedet wurden, um die Rassentrennung zu unterstützen, und brutale Aktionen weißer Vormachtsgruppen wie des Ku-Klux-Klan bedrohten die den ehemaligen Sklaven versprochenen Freiheiten. 1957 richtete das US-Justizministerium eine Bürgerrechtskommission zur Untersuchung dieser Verbrechen ein, die vom Bundesgesetz nicht behandelt wurden, bis Präsident John F. Kennedy von der Bürgerrechtsbewegung dazu bewegt wurde, im Juni 1963 einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem es heißt: „Diese Nation wurde von Männern vieler Nationen und Hintergründe gegründet. Sie wurde auf dem Prinzip gegründet, dass alle Menschen gleich geschaffen sind und dass die Rechte eines jeden Mannes geschmälert werden, wenn die Rechte eines einzelnen Mannes bedroht sind“. Nach der Ermordung Kennedys fünf Monate später musste Präsident Johnson die Sache zu Ende bringen. In seiner Rede zur Lage der Nation plädierte Johnson: „Lasst diese Sitzung des Kongresses als die Sitzung bekannt werden, die mehr für die Bürgerrechte getan hat als die letzten hundert Sitzungen zusammengenommen“. Als der Gesetzentwurf im Senat eintraf, trafen hitzige Argumente aus dem Süden auf eine 75-tägige Verschleppungstaktik. Das Bürgerrechtsgesetz von 1964 wurde schließlich mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Dieses Gesetz verbietet die Rassentrennung in allen öffentlichen Einrichtungen und verbietet die Diskriminierung durch Arbeitgeber und Gewerkschaften. Außerdem wurde eine Beschäftigungskommission für Chancengleichheit eingerichtet, die Bürgern, die versuchen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, Rechtsbeistand anbietet.

3. Juli *An diesem Tag im Jahr 1932* wurde The Green Table*, ein Antikriegsballett, das die Unmenschlichkeit und Korruption des Krieges widerspiegelt, zum ersten Mal bei einem Choreographie-Wettbewerb in Paris aufgeführt.* Geschrieben und choreographiert von dem

deutschen Tänzer, Lehrer und Choreographen Kurt Jooss (1901-1979), ist das Ballett dem „Totentanz“ nachempfunden, der in mittelalterlichen deutschen Holzschnitten dargestellt ist. Jede der acht Szenen dramatisiert auf unterschiedliche Weise, wie die Gesellschaft dem Aufruf zum Krieg nachkommt. Die Figur des Todes verführt nacheinander Politiker, Soldaten, einen Fahnenträger, ein junges Mädchen, eine Ehefrau, eine Mutter, Flüchtlinge und einen Industrieprofiteur, die alle unter den gleichen Bedingungen, unter denen sie ihr Leben führen, in den Totentanz gebracht werden. Nur die Figur der Ehefrau bietet einen Hauch von Widerstand. Sie wird zu einer rebellischen Partisanin und ermordet einen Soldaten, der von der Front zurückkehrt. Für dieses Vergehen schleppt sie der Tod zur Hinrichtung durch ein Erschießungskommando. Vor den ersten Schüssen wendet sich die Frau jedoch dem Tod zu und kniet sich nieder. Der Tod wiederum gibt ihr ein anerkennendes Nicken und schaut dann ins Publikum auf. In einer Rezension von *The Green Table* aus dem Jahr 2017 schreibt die freiberufliche Redakteurin Jennifer Zahrt, dass ein anderer Rezensent der von ihr besuchten Aufführung kommentierte: „Der Tod blickte uns alle an, als wolle er uns fragen, ob wir verstehen.“ Zahrt antwortet: „Ja“, als ob sie zustimmen würde, dass der Ruf des Todes zum Krieg immer auf irgendeine Weise bestätigt wird. Es ist jedoch zu beachten, dass es in der modernen Geschichte viele Fälle gibt, in denen es einem kleinen Bruchteil einer bestimmten Bevölkerung, organisiert als gewaltfreie Widerstandsbewegung, gelungen ist, den Ruf des Todes für alle zum Schweigen zu bringen.

4. Juli *An diesem Tag feiern die Vereinigten Staaten jedes Jahr ihre Unabhängigkeitserklärung von England im Jahre 1776, während eine bedingungslos gewaltfreie Aktivistengruppe mit Sitz in Yorkshire, England, ihren eigenen „Unabhängigkeitstag von Amerika“ begeht.* Bekannt als die Menwith Hill Accountability Campaign (MHAC), besteht der Hauptzweck der Gruppe seit 1992 darin, die Frage der britischen Souveränität in Bezug auf die US-Militärstützpunkte, die im Vereinigten Königreich operieren, zu untersuchen und zu beleuchten. Im Mittelpunkt der MHAC steht der 1951 gegründete US-Stützpunkt Menwith Hill in North Yorkshire. Menwith Hill wird von der Nationalen Sicherheitsbehörde der USA (NSA) betrieben und ist der größte US-Stützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten zur Informationssammlung und Überwachung. Durch Fragen im Parlament und die Prüfung des britischen Rechts im Rahmen von Gerichtsverfahren konnte die MHAC feststellen, dass das formelle Abkommen zwischen den USA und Großbritannien von 1957 bezüglich der NSA Menwith Hill ohne parlamentarische Prüfung verabschiedet wurde. Das MHAC stellte auch fest, dass die Aktivitäten der Basis zur Unterstützung des globalen US-Militarismus, des so genannten Raketenabwehrsystems der USA und der Informationsbeschaffung der NSA tiefgreifende Auswirkungen auf die bürgerlichen Freiheiten und die Praxis der elektronischen Überwachung hatten, die in der Öffentlichkeit und im Parlament kaum diskutiert wurden. Das erklärte Endziel des MHAC ist die vollständige Beseitigung aller US-Militär- und Überwachungsstützpunkte im Vereinigten Königreich. Die Organisation arbeitet mit anderen Aktivistengruppen auf der ganzen Welt, die in ihren eigenen Ländern ähnliche Ziele verfolgen, zusammen und unterstützt sie. Wenn solche Bemühungen letztendlich erfolgreich sind, würden sie einen großen Schritt in Richtung einer globalen Entmilitarisierung darstellen. Die USA betreiben derzeit etwa 800 größere Militärbasen in mehr als 80 Ländern und Gebieten im Ausland.

5. Juli *An diesem Tag im Jahr 1811 erklärte Venezuela als erste spanisch-amerikanische Kolonie seine Unabhängigkeit.* Seit April 1810 war ein Unabhängigkeitskrieg geführt worden.

Die Erste Republik Venezuela hatte eine unabhängige Regierung und eine Verfassung, dauerte aber nur ein Jahr. Die Massen Venezuelas wehrten sich dagegen, von der weißen Elite von Caracas regiert zu werden, und blieben der Krone treu. Der berühmte Held, Simón Bolívar Palacios, wurde in Venezuela aus einer prominenten Familie geboren, und unter ihm wurde der bewaffnete Widerstand gegen die Spanier fortgesetzt. Er wurde als El Libertador gefeiert, als die Zweite Republik Venezuela ausgerufen wurde und Bolívar diktatorische Macht erhielt. Wieder einmal übersah er die Bestrebungen der nicht-weißen Venezolaner. Es dauerte auch nur ein Jahr, von 1813-1814. Caracas blieb unter spanischer Kontrolle, aber 1819 wurde Bolívar zum Präsidenten der Dritten Republik Venezuela ernannt. 1821 wurde Caracas befreit, und es entstand Gran Colombia, das heutige Venezuela und Kolumbien. Bolívar verließ das Land, kämpfte aber weiterhin auf dem Kontinent und sah, wie sein Traum von einem vereinigten spanischen Amerika in der Konföderation der Anden, die das heutige Ecuador, Bolivien und Peru vereint, in gewisser Weise verwirklicht wurde. Auch hier erwies sich die neue Regierung als schwer zu kontrollieren und hielt nicht lange durch. Die Menschen in Venezuela lehnten die Hauptstadt Bogota im fernen Kolumbien ab und leisteten Widerstand gegen das Großkolumbien. Bolívar bereitete sich darauf vor, ins Exil nach Europa zu gehen, aber er starb im Dezember 1830 im Alter von 47 Jahren an Tuberkulose, bevor er nach Europa abreisen konnte. Als er im Sterben lag, sagte der frustrierte Befreier des nördlichen Südamerikas: „Alle, die der Revolution dienten, haben das Meer gepflügt.“ Das ist die Sinnlosigkeit des Krieges.

6. Juli *An diesem Tag im Jahr 1942 zog die dreizehnjährige Anne Frank mit ihren Eltern und ihrer Schwester in einen leeren hinteren Teil eines Bürogebäudes in Amsterdam, Holland, in dem Annes Vater Otto das Bankgeschäft der Familie fortsetzte.* Dort versteckten sich die deutschen, jüdischen Familienangehörigen, die nach Hitlers Aufstieg 1933 in Holland Zuflucht gesucht hatten, vor den Nazis, die nun das Land besetzten. Während der Zeit in ihrem Versteck führte Anne ein Tagebuch, in dem sie die Erlebnisse der Familie festhielt, die sie weltberühmt machen sollten. Als die Familie entdeckt und zwei Jahre später verhaftet wurde, wurden Anne, ihre Mutter und ihre Schwester in ein deutsches Konzentrationslager deportiert, wo alle drei innerhalb weniger Monate dem Typhusfieber erlagen. All dies ist allgemein bekannt. Nicht so viele Amerikaner kennen jedoch den Rest der Geschichte. Dokumente, die 2007 veröffentlicht wurden, deuten darauf hin, dass Otto Franks kontinuierliche neunmonatige Bemühungen im Jahr 1941, Visa für die Einreise seiner Familie in die USA zu erhalten, durch zunehmend nachteilige amerikanische Überprüfungsstandards vereitelt wurden. Nachdem Präsident Roosevelt davor gewarnt hatte, dass jüdische Flüchtlinge, die sich bereits in den USA aufhielten, „unter Zwang spionieren“ könnten, wurde ein Verwaltungsmandat erteilt, das den USA die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge mit nahen Verwandten in Europa untersagte, basierend auf der weit hergeholten Vorstellung, dass die Nazis diese Verwandten als Geiseln halten könnten, um die Flüchtlinge zur Spionage für Hitler zu zwingen. Die Antwort verkörperte die Torheit und Tragödie, die entstehen können, wenn kriegsbedingte Ängste um die nationale Sicherheit Vorrang vor humanen Bedenken haben. Sie deutete nicht nur an, dass die ätherische Anne Frank in einen Dienst als Nazi-Spionin gezwungen werden könnte. Sie könnte auch zu dem vermeidbaren Tod unzähliger europäischer Juden beigetragen haben.

7. Juli *An diesem Tag im Jahr 2005 fand in London eine Reihe von koordinierten terroristischen Selbstmordanschlägen statt.* Drei Männer zündeten in der Londoner U-Bahn selbstgemachte Bomben in ihren Rucksäcken, getrennt voneinander, aber zur selben Zeit und ein vierter tat

dasselbe in einem Bus. Einschließlich der vier Terroristen starben zweiundfünfzig Menschen verschiedener Nationalitäten, und siebenhundert wurden verletzt. Studien haben ergeben, dass 95 % der terroristischen Selbstmordanschläge durch den Wunsch motiviert sind, einen militärischen Besatzer dazu zu bringen, eine Besetzung zu beenden. Diese Angriffe waren keine Ausnahmen von dieser Regel. Die Motivation war die Beendigung der Besetzung des Irak. Ein Jahr zuvor, am 11. März 2004, hatten Al-Qaida-Bomben 191 Menschen in Madrid, Spanien, getötet, kurz vor einer Wahl, bei der eine Partei gegen die Teilnahme Spaniens am von den USA geführten Krieg gegen den Irak kämpfte. Das spanische Volk wählte die Sozialisten an die Macht, und sie zogen bis Mai alle spanischen Truppen aus dem Irak ab. Es gab keine Bomben mehr in Spanien. Nach dem Angriff in London 2005 verpflichtete sich die britische Regierung, die brutalen Besetzungen des Irak und Afghanistans fortzusetzen. Die Antwort waren Terroranschläge in London in den Jahren 2007, 2013, 2016 und 2017. Interessanterweise sind von allen terroristischen Selbstmordanschlägen nachweislich null durch Ressentiments aufgrund von Lebensmitteln, medizinischer Versorgung, Schulbildung oder sauberer Energie motiviert gewesen. Die Minimierung von Selbstmordanschlägen kann durch die Linderung kollektiven Leidens, Not und Ungerechtigkeit unterstützt werden. Gleichzeitig muss auf gewaltfreie Appelle reagiert werden, die häufig Gewalttaten vorausgehen, aber größtenteils ignoriert werden. Diese Verbrechen als Verbrechen zu behandeln und nicht als Kriegshandlungen kann den Teufelskreis durchbrechen.

8. Juli *An diesem Tag im Jahr 2014, während eines siebenwöchigen Konflikts, der später als Gaza-Krieg von 2014 bezeichnet wurde, startete Israel eine siebenwöchige Luft- und Bodenoffensive im von der Hamas kontrollierten Gazastreifen.* Das erklärte Ziel dieser Operation war es, den Raketenbeschuss von Gaza nach Israel zu stoppen, der zugenommen hatte, nachdem im Juni drei israelische Jugendliche von zwei militanten Hamas-Mitgliedern im Westjordanland entführt und ermordetet wurden, was eine scharfe Reaktion Israels zur Folge hatte. Die Hamas wiederum wollte den internationalen Druck auf Israel erhöhen, dessen Blockade im Gazastreifen aufzuheben. Nach dem Ende des Krieges waren die zivilen Todesopfer, Verletzte und von Obdachlosigkeit betroffenen Personen jedoch so einseitig auf der unterlegenen Seite der Bevölkerung Gazas zu beklagen – weit über 2.000 Zivilpersonen Gazas starben, im Vergleich zu nur 5 Israelis – dass eine Sondersitzung des internationalen Russell-Tribunals zu Palästina einberufen wurde, um einen möglichen Genozid Israels zu untersuchen. Den Geschworenen fiel es nicht schwer zu dem Schluss zu gelangen, dass das israelische Angriffsmuster sowie die willkürliche Zielauswahl als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu werten sind, da sie eine kollektive Bestrafung der gesamten Zivilbevölkerung darstellten. Ebenso wurde der Anspruch Israels zurückgewiesen, dass deren Handlungen als Selbstverteidigung gegen die Raketenangriffe aus Gaza zu rechtfertigen seien, da diese Angriffe Widerstandsaktionen von einem Volk darstellten, das unter der bestrafenden Kontrolle Israels litt. Dennoch lehnte die Jury es ab, die israelischen Handlungen als Genozid einzustufen, da diese Anschuldigung rechtlich zwingende Beweise für eine „Zerstörungsabsicht“ erfordert. Selbstredend waren diese Schlussfolgerungen für die tausenden Toten, Verletzten und Obdachlosen Gazas ohne große Bedeutung. Für sie und den Rest der Welt blieb als einzige reale Antwort auf die Misere des Kriegs nur die Beendigung des Krieges.

9. Juli *An diesem Tag im Jahr 1955 warnten Albert Einstein, Bertrand Russell und sieben weitere Wissenschaftler in einem zuvor verfassten Schreiben davor, dass eine Entscheidung*

zwischen Krieg und menschlichem Überleben zu fällen sei. Anerkannte Wissenschaftler weltweit, darunter Max Born aus Deutschland und der französische Kommunist Frederic Joliot-Curie, unterstützten Albert Einstein und Bertrand Russell bei ihrem Bestreben, den Krieg abzuschaffen. Das Manifest, das letzte Dokument, das Einstein vor seinem Tod unterzeichnete, lautete: „Angesichts der Tatsache, dass in Zukunft Atomaffen in weltweiten Kriegen mit Sicherheit zum Einsatz kommen werden, und dass diese Waffen das dauerhafte Fortbestehen der Menschheit bedrohen, fordern wir die Regierungen dieser Welt nachdrücklich auf zu erkennen, und öffentlich anzuerkennen, dass deren Zweck nicht in einem Einsatz in einem Weltkrieg besteht, und wir fordern die Regierungen mit Nachdruck auf, friedliche Mittel für die Beilegung sämtlicher Streitigkeiten zu finden.“ Der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara äußerte seine eigene Befürchtung, dass eine Atomkatastrophe unabwendbar sei, solange die Atomwaffenarsenals nicht abgebaut würden und sagte: „Der durchschnittliche Sprengkopf der USA hat eine Zerstörungskraft, die 20-mal so groß ist wie die der über Hiroshima abgeworfenen Atombombe. Von den 8.000 aktiven oder operativen amerikanischen Sprengköpfen sind 2.000 in ständiger Alarmbereitschaft... Die USA hat die Politik ‚kein Erstschlag‘ nie bestätigt, weder während meiner 7-jährigen Amtszeit als Minister noch danach. Wir waren darauf vorbereitet – und sind es auch weiterhin – den Einsatz von Atomwaffen einzuleiten – durch die Entscheidung einer einzelnen Person, des Präsidenten... der Präsident ist bereit, innerhalb von 20 Minuten eine Entscheidung zu treffen, die zum Start einer der verheerendsten Waffen der Welt führen könnte. Eine Kriegserklärung auszusprechen erfordert die Zustimmung des Kongresses, aber ein nukleares Inferno kann nach einer nur zwanzigminütigen Abwägung durch den Präsidenten und seine Berater entfacht werden.“

10. Juli *An diesem Tag im Jahr 1985 bombardierte die französische Regierung das Flaggschiff von Greenpeace, The Rainbow Warrior, und versenkte es. Das Schiff lag an einem Kai in Auckland vor Anker, einer großen Stadt auf der neuseeländischen Nordinsel.* Die Organisation Greenpeace hatte das Schiff zum Kampf für den Umweltschutz eingesetzt, um eine weitere ihrer gewaltfreien Kampagnen gegen die Atomtests der Franzosen im Pazifik durchzuführen. Neuseeland befürwortete diese Proteste nachdrücklich, was auch dessen führende Rolle in der internationalen Anti-Atomkraft-Bewegung widerspiegelte. Frankreich wiederum betrachtete Atomtests als notwendigen Bestandteil für seine Sicherheit und befürchtete, dass zunehmender internationaler Druck möglicherweise zum Ende dieser Tests führen würde. Die Franzosen betrachteten vor allem die Pläne von Greenpeace argwöhnisch, mit dem Schiff vom Hafen Aucklands loszusegeln und einen weiteren Protest im Mururoa-Atoll in Französisch-Polynesien im Südpazifik durchführen zu wollen. Als Flaggschiff konnte die Rainbow Warrior eine Flotte kleinerer Protestschiffe anführen, die gewaltfreie Manöver fahren könnten, die wiederum von der französischen Flotte schwer zu kontrollieren gewesen wären. Das Schiff war außerdem groß genug, um ausreichend Ausrüstung und Kommunikationsgeräte mitzuführen, um sowohl einen Protest über einen längeren Zeitraum organisieren als auch Funkkontakt zur Außenwelt halten zu können, um Meldungen und Fotos an internationale Nachrichtenorganisationen zu senden. Um dies zu verhindern, wurden französische Geheimdienstmitarbeiter dorthin entsendet, um das Schiff zu versenken und eine Weiterfahrt zu verhindern. Dieser Vorfall führte zu einer erheblichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Neuseeland und Frankreich und trug zu einer erheblichen Stärkung des neuseeländischen Nationalbewusstseins bei. Da Großbritannien und die Vereinigten Staaten es versäumten, diesen Vorfall als Terroranschlag zu verurteilen, stärkte dies die Unterstützung innerhalb Neuseeland für eine unabhängigere Außenpolitik.

11. Juli *An diesem Tag lenkt jedes Jahr der 1989 ins Leben gerufene Weltbevölkerungstag unter der Schirmherrschaft der UN die Aufmerksamkeit auf Themen im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum, z. B. Familienplanung, Geschlechtergerechtigkeit, Gesundheit und Umweltschutz, Bildung, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Menschenrechte.* Zusätzlich zu diesen Themen haben Bevölkerungsexperten erkannt, dass ein rasches Bevölkerungswachstum in armen Ländern die verfügbaren Ressourcen beanspruche, was schnell zu sozialer Instabilität, zivilen Konflikten und Krieg führen kann. Dies trifft in erheblichem Maße zu, da eine rasche Zunahme der Bevölkerung häufig zu einer großen Mehrheit von unter Dreißigjährigen führt. Wenn eine derartige Bevölkerung von einer schwachen oder autokratischen Regierung regiert wird, und das Land einen Mangel an lebenswichtigen Ressourcen und grundlegenden Bildungs-, Gesundheits- sowie Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen aufweist, entsteht daraus ein Hotspot für zivile Konflikte. Die Weltbank nennt Angola, Sudan, Haiti, Somalia und Myanmar als Extrembeispiele für „einkommensschwache Ländern unter Belastung". Bei all diesen Ländern wird die Stabilität durch eine Bevölkerungsdichte geschwächt, die den vorhandenen Raum und die vorhandenen Ressourcen belastet. Sobald zivile Konflikte Fuß fassen, fällt es diesen Ländern schwer, ihre wirtschaftliche Entwicklung wieder aufzunehmen – selbst wenn sie über umfangreiche natürliche Ressourcen verfügen. Die Mehrheit der Experten warnt davor, dass ein hohes Bevölkerungswachstum und unzureichende Ressourcen für die Menschen wahrscheinlich zu lokalen Unruhen führen. Natürlich wird durch die Exporte der sogenannten Industrieländer von Waffen, Kriegen, Todeskommandos, Staatsstreichen und Interventionen anstelle von humanitärer und ökologischer Hilfe Gewalt in armen und überbevölkerten Teilen der Welt angefacht, einige von ihnen nicht mehr überbevölkert, aber dafür deutlich ärmer als Japan oder Deutschland.

12. Juli *An diesem Tag im Jahr 1817 wurde Henry David Thoreau geboren.* Auch wenn er vielleicht am meisten für seinen philosophischen Transzendentalismus bekannt ist – durch den er, wie in seinem Werk *Walden* die Naturerscheinungen als Reflexionen der geistigen Gesetze betrachtete, war Thoreau auch ein Nonkonformist, der die Auffassung vertrat, dass sich moralisches Verhalten nicht aus dem Gehorsam gegenüber einer Autorität ableitet, sondern vom individuellem Gewissen. Diese Ansicht wird in seinem langen Aufsatz *Ziviler Ungehorsam* näher ausgeführt, der spätere Verfechter von Bürgerrechten, wie z. B. Martin Luther King und Mahatma Gandhi, inspirierte. Die Themen, die Thoreau am meisten Sorgen bereiteten, waren Sklaverei und der Mexikanische Krieg. Er weigerte sich, Steuern zu zahlen, mit denen der Krieg in Mexiko unterstützt werden sollte, was zu seiner Inhaftierung führte. Seine Ablehnung der Sklaverei wurde in seinen Werken „Slavery in Massachusetts" und „A Plea for Captain John Brown" deutlich. Thoreaus Verteidigung des radikalen Abolitionisten John Brown stand der verbreiteten Verachtung von Brown entgegen, nachdem dieser versucht hatte, Sklaven durch das Stehlen von Waffen aus dem Arsenal von Harpers Ferry zu bewaffnen. Dieser Angriff führt zum Tod eines US-Marinesoldaten und 13 Aufständischen. Brown wurde wegen Mord, Verrat und Anstiften von versklavten Menschen zur Rebellion angeklagt und schließlich gehängt. Thoreau verteidigte Brown jedoch weiterhin und sagte, dass seine Absichten menschlich waren, er seinem Gewissen gefolgt sei, und die US-amerikanischen Verfassungsrechte eingehalten habe. Der darauffolgende Sezessionskrieg würde zum tragischen Tod von mehr als 700.000 Menschen führen. Thoreau starb, als der Krieg 1861 begann. Dennoch ließen sich viele, die die Sache der Union unterstützten, sowohl Soldaten als auch Zivilisten, weiterhin von Thoreaus Ansicht

inspirieren, dass die Abschaffung der Sklaverei für eine Nation notwendig sei, die den Anspruch hat, Humanität, Wertevorstellungen, Rechte und Gewissen für sich anzuerkennen.

13. Juli *An diesem Tag im Jahr 1863, mitten im Sezessionskrieg, führte der erstmalige Einzug von US-Zivilisten während des Krieges zu viertägigen Unruhen in New York City, die zu den blutigsten und verheerendsten in der Geschichte der USA gezählt werden.* Der Aufstand spiegelte nicht vordergründig die moralische Opposition zum Krieg wider. Eine tiefere Ursache könnte die Unterbrechung der Baumwollimporte aus dem Süden gewesen sein, die 40 % aller vom Hafen der Stadt verschifften Güter ausmachten. Für Unruhen sorgten die resultierenden Arbeitsplatzverluste, die dann durch die Emanzipationsproklamation des Präsidenten im September 1862 noch weiter verschärft wurden. Lincolns Erlass schürte Ängste unter arbeitenden weißen Männern davor, dass sie bald durch freigelassene Schwarze aus dem Süden auf einem bereits kleiner gewordenen Arbeitsmarkt ersetzt werden würden. Ausgehend von diesen Ängsten begannen viele Weiße abwegigerweise Afroamerikaner sowohl für den Krieg als auch für ihre eigene ungewisse wirtschaftliche Zukunft verantwortlich zu machen. Der Auszug eines militärischen Einberufungsgesetzes von Anfang 1863, das reichen Personen erlaubte, einen Ersatz zu tätigen oder sich freizukaufen, führte bei vielen weißen arbeitenden Männern zu Ausschreitungen. Da sie sich gezwungen sahen, ihr Leben für eine Union zu riskieren, von der sie sich verraten fühlten, fanden sie sich am 13. Juli zu Tausenden ein, um Gewalttaten gegenüber schwarzen Bürgern und deren Wohnungen und Geschäften zu verüben. Schätzungen zufolge wurden dabei 1.200 Menschen getötet. Auch wenn die Aufstände am 16. Juli durch eintreffende föderale Truppen beendet wurden, hatte der Krieg erneut tragische, unbeabsichtigte Folgen verursacht. Aber auch gute Seiten sollten sich zeigen. Die abolitionistische Bewegung der Afroamerikaner direkt in New York erwachte langsam aus dem Dornröschenschlaf, um dann die Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung in der Stadt voranzubringen und die Gesellschaft zum Besseren zu verändern.

14. Juli *An diesem Tag 1789 stürmten die Menschen von Paris die Bastille und nahmen sie ein – eine königliche Festung und ein Gefängnis, das zu einem Symbol für die Gewaltherrschaft der französischen Bourbon-Monarchen geworden war.* Trotz Hunger und der Bezahlung hoher Steuern, von der die Kirche und der Adel ausgenommen waren, marschierten die Bauern und Arbeiter auf die Bastille, nur mit dem Gedanken, das dort eingelagerte Schwarzpulver der Armee zu beschlagnahmen, das zur Versorgung der Truppen vorgesehen war, die der König um Paris herum stationieren hatte lassen. Als unerwartet eine offene Feldschlacht losbrach, befreiten die Marschierenden jedoch die Gefangenen und nahmen den Gefängnisgoverneur gefangen. Diese Handlungen markierten den symbolischen Auftakt der Französischen Revolution – ein Jahrzehnt politischer Unruhen, die wiederum Kriege hervorbrachten und eine Terrorherrschaft gegenüber Konterrevolutionären, bei denen zehntausende Menschen, darunter König und Königin, ermordet wurden. In Anbetracht dieser Konsequenzen kann man argumentieren, dass ein bedeutsameres Ereignis in der frühen Entfaltung der Revolution am 4. August 1789 stattgefunden hat. An diesem Tag trat die neue Konstituante (die verfassungsgebende Nationalversammlung) des Landes zusammen und unternahm weitreichende Reformen, die Frankreichs historischen Feudalismus mit all den alten Regeln, Steuerbestimmungen und Privilegien zugunsten des Adels und Klerus effektiv beendeten. Der Großteil der französischen Bauern begrüßten die Reformen und sahen sie als Antwort auf ihre dringendsten Missstände. Doch die Revolution selbst sollte sich noch für zehn Jahre hinziehen, bis zur Übernahme der politischen Macht durch Napoleon im

November 1799. Im Gegensatz dazu zeigen allein die Reformen vom 4. August eine so bemerkenswerte Bereitschaft der privilegierten Eliten, den Frieden und das Wohlergehen der Nation über die privaten Interessen zu stellen, dass sie weltgeschichtliche Aufmerksamkeit verdienen.

15. Juli *An diesem Tag im Jahr 1834 wurde die Spanische Inquisition, offiziell bekannt als das Tribunal des Heiligen Amtes der Inquisition, während der Minderjährigkeitsregierung von Königin Isabella II. endgültig abgeschafft.* Das Amt war 1478 unter päpstlicher Autorität von den gemeinsamen Katholischen Königen Spaniens, König Ferdinand II. von Aragon und Königin Isabella I. von Kastilien, eingeführt worden. Ihr ursprünglicher Zweck war es, bei der Konsolidierung des neu vereinigten spanischen Königreichs zu helfen, indem sie ketzerische oder rückfällige jüdische oder muslimische Konvertiten zum Katholizismus ausmerzte. Brutale und demütigende Methoden wurden eingesetzt, um dieses Ziel zu erreichen und die religiöse Nonkonformität immer weiter zu unterdrücken. In den 350 Jahren der Inquisition wurden rund 150.000 Juden, Muslime, Protestanten und aufsässige katholische Kleriker verfolgt. Von ihnen wurden 3.000 bis 5.000 hingerichtet, größtenteils durch Verbrennung auf dem Scheiterhaufen. Darüber hinaus wurden etwa 160.000 Juden, die die christliche Taufe verweigerten, aus Spanien vertrieben. Die Spanische Inquisition wird immer als eine der bedauerlichsten Episoden der Geschichte in Erinnerung bleiben, doch das Potenzial für den Aufstieg unterdrückerischer Macht bleibt in jedem Zeitalter tief verwurzelt. Die Anzeichen dafür sind immer dieselben: immer mehr Kontrolle über die Massen zum Wohlstand und Nutzen der regierenden Eliten; immer weniger Wohlstand und Freiheit für das Volk; und der Einsatz von verlogenen, unmoralischen oder brutalen Techniken, um die Dinge so zu halten. Wenn solche Zeichen in der modernen Welt auftauchen, kann ihnen effektiv mit einem entgegengesetzten politischen Aktivismus begegnet werden, der die Kontrolle auf eine breitere Bürgerschaft überträgt. Den Menschen selbst ist am ehesten zuzutrauen, dass sie sich für humane Ziele einsetzen, die diejenigen, die sie regieren, dazu zwingen, nicht nach elitärer Macht, sondern nach dem Gemeinwohl zu streben.

16. Juli *An diesem Tag im Jahr 1945 testeten die USA erfolgreich die erste Atombombe der Welt* auf *dem Bombenabwurfplatz Alamogordo in New Mexico*. Die Bombe war das Produkt des so genannten Manhattan-Projekts, einer Forschungs- und Entwicklungsarbeit, die Anfang 1942 ernsthaft begann, als Befürchtungen aufkamen, dass die Deutschen ihre eigene Atombombe entwickeln würden. Das US-Projekt gipfelte in einer Anlage in Los Alamos, New Mexico, wo die Probleme des Erreichens einer ausreichenden kritischen Masse zur Auslösung einer nuklearen Explosion und das Design einer lieferbaren Bombe ausgearbeitet wurden. Als die Testbombe in der Wüste von New Mexico gezündet wurde, verdampfte sie den Turm, auf dem sie saß, schickte ein gleißendes Licht 40.000 Fuß (12.000 km) in die Luft und erzeugte die Zerstörungskraft von 15.000 bis 20.000 Tonnen TNT. Weniger als einen Monat später, am 9. August 1945, wurde eine Bombe der gleichen Bauart, Fat Boy genannt, auf Nagasaki, Japan, abgeworfen und tötete schätzungsweise 60.000 bis 80.000 Menschen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich zwischen den USA und der Sowjetunion ein nukleares Wettrüsten, das schließlich oder zumindest vorübergehend durch eine Reihe von Rüstungskontrollabkommen eingedämmt wurde. Einige wurden später von US-Administrationen, die einen strategischen militärischen Vorteil in den globalen Machtbeziehungen suchten, außer Kraft gesetzt. Nur wenige würden jedoch bestreiten, dass der geplante oder versehentliche Einsatz von immer leistungsfähigeren Atomwaffen die Menschheit und andere Spezies gefährdet und dass es

zwingend notwendig ist, Abrüstungsabkommen zwischen den beiden großen Atommächten zu stärken. Die Organisatoren eines neuen Abkommens zum Verbot aller Atomwaffen wurden 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

17. Juli *An diesem Tag im Jahr 1998 wurde auf einer diplomatischen Konferenz in Rom ein Vertrag verabschiedet, der als Römisches Statut bekannt ist und den Internationalen Strafgerichtshof gründete.* Der Gerichtshof soll als letztes Mittel dienen, um militärische und politische Oberhäupter in allen Unterzeichnerstaaten wegen Völkermordes, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu stellen. Das Römische Statut zur Errichtung des Gerichtshofs trat am 1. Juli 2002 in Kraft und wurde von mehr als 150 Staaten ratifiziert oder unterzeichnet – allerdings nicht von den USA, Russland oder China. Die US-Regierung ihrerseits hat sich stets gegen ein internationales Gericht ausgesprochen, das ihre militärischen und politischen Oberhäupter zu einem einheitlichen globalen Standard der Gerechtigkeit anhalten könnte. Die Clinton-Administration beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen über den Vertrag zur Gründung des Gerichtshofs, bemühte sich aber um eine anfängliche Überprüfung der Fälle durch den Sicherheitsrat, die es den USA ermöglicht hätte, gegen jede Strafverfolgung, die sie ablehnten, ein Veto einzulegen. Als der Gerichtshof 2001 kurz vor der Umsetzung stand, widersetzte sich die Bush-Administration energisch und handelte bilaterale Abkommen mit anderen Ländern aus, um sicherzustellen, dass US-Bürger vor Strafverfolgung geschützt sind. Jahre nach der Umsetzung des Gerichts hat die Trump-Administration vielleicht am deutlichsten gezeigt, warum die US-Regierung weiterhin dagegen ist. Im September 2018 ordnete die Administration die Schließung des Büros der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Washington an und drohte mit Sanktionen gegen den Gerichtshof, sollte dieser Ermittlungen zu angeblichen Kriegsverbrechen der USA, Israels oder eines seiner Verbündeten aufnehmen. Könnte dies nicht darauf hindeuten, dass der Widerstand der USA gegen den Internationalen Strafgerichtshof weniger mit der Verteidigung des Prinzips der nationalen Souveränität zu tun hat als mit dem Schutz der uneingeschränkten Freiheit, Macht über Recht auszuüben?

18. Juli *An diesem Datum wird jährlich der Internationale Nelson-Mandela-Tag der Vereinten Nationen begangen*. Der Tag, der mit Mandelas Geburtstag zusammenfällt und zu Ehren seiner vielen Beiträge zur Kultur des Friedens und der Freiheit begangen wird, wurde im November 2009 offiziell von der UNO ausgerufen und erstmals am 18. Juli 2010 begangen. Als Menschenrechtsanwalt, politischer Gefangener und erster demokratisch gewählter Präsident eines freien Südafrikas widmete Nelson Mandela sein Leben einer Vielzahl von Anliegen, die für die Förderung von Demokratie und einer Kultur des Friedens wichtig sind. Dazu gehören unter anderem Menschenrechte, Förderung der sozialen Gerechtigkeit, Versöhnung, Rassenbeziehungen und Konfliktlösung. Zum Thema Frieden bemerkte Mandela in einer Rede im Januar 2004 in Neu-Delhi, Indien: „Religion, Ethnie, Sprache, soziale und kulturelle Praktiken sind Elemente, die die menschliche Zivilisation bereichern und zum Reichtum unserer Vielfalt beitragen. Warum sollten sie zu einer Ursache für Spaltung und Gewalt werden dürfen?“ Mandelas Beitrag zum Frieden hatte wenig mit strategischen Bemühungen zur Beendigung des globalen Militarismus zu tun; sein Schwerpunkt, der dieses Ziel zweifellos unterstützt, lag darin, ungleiche Gruppen auf lokaler und nationaler Ebene in einem neuen Gefühl der gemeinsamen Gemeinschaft zusammenzubringen. Die UNO ermutigt diejenigen, die Mandela an seinem Tag ehren möchten, 67 Minuten ihrer Zeit – eine Minute für jedes seiner 67 Jahre im öffentlichen Dienst – der Durchführung einer kleinen Geste der Solidarität mit der Menschheit zu widmen.

Zu den Vorschlägen, dies zu tun, gehören diese einfachen Maßnahmen: Helfen Sie jemandem, einen Job zu finden. Gehen Sie mit einem einsamen Hund aus einem örtlichen Tierheim spazieren. Freunden Sie sich mit jemandem an, der einen anderen kulturellen Hintergrund hat.

19. Juli *An diesem Tag im Jahr 1881 ergab sich Sitting Bull, Häuptling der Sioux-Indianer der amerikanischen Great Plains, mit seinen Anhängern der US-Armee, nachdem er nach vier Jahren Exil in Kanada ins Dakota-Territorium zurückgekehrt war.* Sitting Bull hatte seine Leute im Mai 1877 über die Grenze nach Kanada geführt, nachdem sie ein Jahr zuvor an der Schlacht am Little Big Horn teilgenommen hatten. Das war der letzte der großen Sioux-Kriege in den 1870er Jahren, in denen die Plains-Indianer ihr Erbe als unabhängige Büffeljäger gegen die Übergriffe des weißen Mannes verteidigten. Die Sioux waren am Little Big Horn siegreich gewesen und hatten sogar den berühmten Kommandeur der U.S. Seventh Cavalry, Lieutenant Colonel George Custer, getötet. Ihr Sieg veranlasste die US-Armee jedoch dazu, die Bemühungen zu intensivieren, um die Plains-Indianer in Reservate zu zwingen. Aus diesem Grund hatte Sitting Bull seine Anhänger in die Sicherheit von Kanada geführt. Nach vier Jahren jedoch hatte die fast vollständige Ausrottung der Büffel in den Plains-Gebieten, die zum Teil auf die übereifrige kommerzielle Jagd zurückzuführen war, die im Exil Lebenden an den Rand des Verhungerns gebracht. Von den US-amerikanischen und kanadischen Behörden überredet, machten sich viele von ihnen auf den Weg nach Süden in die Reservate. Schließlich kehrte Sitting Bull mit nur 187 Anhängern, von denen viele alt oder krank waren, in die Vereinigten Staaten zurück. Nach zwei Jahren Haft wurde der einst stolze Häuptling in das Reservat Standing Rock im heutigen South Dakota versetzt. 1890 wurde er bei einem Handgemenge von US-amerikanischen und indianischen Agenten erschossen, die befürchteten, er würde die wachsende Geistertanz-Bewegung anführen, die die Lebensweise der Sioux wiederherstellen wollte.

20. Juli *An diesem Tag im Jahr 1874 führte Lieutenant Colonel George Custer ein Expeditionskorps, bestehend aus mehr als 1.000 Männern sowie Pferden und Rindern der U.S. Seventh Cavalry, in die bis dahin unerforschten Black Hills des heutigen South Dakota.* Der Vertrag von Fort Laramie aus dem Jahr 1868 hatte den Sioux-Indianerstämmen der nördlichen Great Plains, die sich bereit erklärten, dort zu siedeln, Land im Reservat in der Region der Black Hills im Dakota-Territorium zugewiesen und den Weißen den Zutritt verwehrt. Der offizielle Zweck der Custer-Expedition war die Erkundung möglicher Standorte für militärische Forts in oder in der Nähe der Black Hills, um die Sioux-Stämme zu kontrollieren, die dem Laramie-Vertrag nicht beigetreten waren. In Wirklichkeit ging es bei der Expedition aber auch darum, die laut Gerüchten vorhandenen Mineralien-, Holz- und Goldvorkommen zu finden, auf die die US-Oberhäupter unter Missachtung des Vertrages unbedingt zugreifen wollten. Tatsächlich entdeckte die Expedition Gold, was Tausende von Bergleuten illegal in die Black Hills lockte. Die USA kündigten den Laramie-Vertrag im Februar 1876, und die darauf folgende Schlacht am Little Bighorn am 25. Juni im südlichen Montana führte zu einem unerwarteten Sieg der Sioux. Im September jedoch besiegte die US-Armee die Sioux in der Schlacht von Slim Buttes mit einer Taktik, die die Sioux daran hinderte, in die Black Hills zurückzukehren. Die Sioux nannten diese Schlacht „Die Schlacht, in der wir die Black Hills verloren“. Die USA haben jedoch möglicherweise selbst eine bedeutende moralische Niederlage erlitten. Indem sie den Sioux eine sichere Heimat nahmen, die für ihre Kultur von zentraler Bedeutung war, sanktionierten sie eine Außenpolitik, die ihren Ambitionen auf wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft keine humanen Grenzen setzte.

21. Juli *An diesem Tag im Jahr 1972 wurde der preisgekrönte Stand-up-Comedian George Carlin wegen ordnungswidrigen Verhaltens und Gotteslästerung verhaftet, nachdem er seine berühmte „Seven Words You Can Never Use on Television"-Routine (Sieben Wörter, die man im Fernsehen nicht sagen darf) auf dem jährlichen Summerfest-Musikfestival in Milwaukee aufgeführt hatte.* Carlin hatte seine Stand-up-Karriere in den späten 1950er Jahren als anständiger Komiker begonnen, der für seinen cleveren Wortwitz und seine Erinnerungen an seine irische Arbeiterklassen-Erziehung in New York bekannt war. Bis 1970 hatte er sich jedoch neu erfunden, mit einem Bart, langen Haaren und Jeans, und einer Comic-Nummer, die, laut einem Kritiker, von „Drogen und unzüchtiger Sprache" durchsetzt war. Die Änderung zog eine sofortige negative Reaktion von Nachtclubbesitzern und Zuschauern nach sich, deshalb begann Carlin in Kaffeehäusern, Folkclubs und Hochschulen aufzutreten, wo ein jüngeres, moderneres Publikum sein neues Image und sein freches Programm begrüßte. Dann kam das Sommerfest 1972, wo Carlin erfuhr, dass seine verbotenen „Seven Words" auf einer Bühne am Seeufer in Milwaukee genauso wenig willkommen waren wie im Fernsehen. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte wurden jedoch genau diese Worte – mit der Abkürzung s-p-f-c-c-m-t – als ganz natürlicher Bestandteil der Rhetorik eines Stand-up-Komikers weitläufig akzeptiert. Spiegelte die Veränderung eine Verrohung der amerikanischen Kultur wider? Oder war es ein Sieg für die freie Meinungsäußerung, der der jungen Generation half, die betäubenden Heucheleien und Schandtaten des privaten und öffentlichen Lebens Amerikas zu durchschauen? Der Komiker Lewis Black erklärte einmal, warum seine eigenen, mit Obszönitäten durchsetzten, komödiantischen Unverschämtheiten nie an Beliebtheit verlieren zu schienen. Er sagte, es half natürlich auch, dass die U.S. Regierung und seine Führung ihn ständig mit neuem Material versorgten, mit dem er arbeiten konnte.

22. Juli *An diesem Tag im Jahr 1756 gründete die pazifistische Religious Society of Friends im kolonialen Pennsylvania, allgemein bekannt als die Quäker, „The Friendly Association for Regaining and Preserving Peace with the Indians by Pacific Measures."* Die Voraussetzung für diese Aktion wurde 1681 geschaffen, als der Englische Adelige William Penn, einer der frühen Quäker und Gründer der Provinz Pennsylvania, ein Friedensabkommen mit Tammany unterzeichnete, dem Oberhaupt der Indianer der Delaware Nation. Die allgemeine Ausrichtung, die die Friendly Association anstrebte, wurde durch die religiösen Überzeugungen der Quäker erleichtert, dass Gott ohne die Vermittlung von Geistlichen erfahren werden kann und dass Frauen geistig den Männern gleichgestellt sind. Diese Lehren harmonierten mit dem schamanistischen und egalitären Hintergrund der indianischen Kultur und erleichterten es den Indianern, die Quäker als Missionare zu akzeptieren. Für die Quäker sollte die Vereinigung sowohl den Indianern als auch anderen Europäern als leuchtendes Beispiel dafür dienen, wie interkulturelle Beziehungen geführt werden sollten. Im Gegensatz zu anderen europäischen Wohltätigkeitsorganisationen gab die Association in der Tat ihre Gelder für die Wohlfahrt der Indianer aus, lehnte die Religionen der Indianer nicht ab und lud die Indianer in das Quäker-Versammlungshaus zum Gottesdienst ein. Im Jahre 1795 ernannten die Quäker ein Komitee, das die Indianer in die ihrer Meinung nach nötigen Zivilisationsformen wie Nutztierhaltung einzuführen sollte. Sie boten auch moralische Unterstützung an und hielten z. B. die Seneca an, nüchtern, sauber, pünktlich und fleißig zu sein. Sie versuchten jedoch in keinster Weise, die Indianer zu ihrem Glauben zu bekehren. Bis heute steht die kaum bekannte Friendly Association

dafür, dass der sicherste Weg für eine bessere Welt in friedlichen, respektvollen und nachbarschaftlichen Beziehungen unter den Nationen liegt.

23. Juli *An diesem Tag im Jahre 2002 traf sich der britische Premierminister Tony Blair mit hochrangigen Vertretern der britischen Regierung, des Verteidigungsministeriums und des Geheimdienstes in der 10 Downing Street, der offiziellen Residenz des Premierministers in London, um die bevorstehende Gefahr eines von den USA geführten Krieges gegen den Irak zu besprechen.* Das Protokoll dieser Sitzung wurde in einem Dokument, das als Downing Street „Memo" bekannt ist, aufgezeichnet, das ohne offizielle Genehmigung in *der [London] Sunday Times* im Mai 2005 veröffentlicht wurde. Das Memo, das einmal mehr beweist, dass Krieg eine Lüge ist, enthüllt nicht nur, dass die US-Bush-Regierung sich entschlossen hatte, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen, lange bevor sie sich erfolglos um eine UN-Ermächtigung bemühte, sondern auch, dass die Briten bereits zugestimmt hatten, als militärische Partner am Krieg teilzunehmen. Diese Einigung wurde getroffen, obwohl britische Regierungsbeamte erkannt hatten, dass die Argumente für einen Krieg gegen den Irak „dünn" waren. Die Bush-Regierung hatte ihren Vorstoß gegen das Saddam-Regime auf dessen angebliche gleichzeitige Unterstützung von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen aufgebaut. Aber dabei, so stellten die britischen Beamten fest, hatte die Regierung ihre Geheimdienstinformationen und Fakten so ausgerichtet, dass sie zu ihrer Politik passten, und nicht die Politik zu ihren Geheimdienstinformationen und Fakten. Das Memo aus der Downing Street wurde nicht früh genug aufgedeckt, um den Irak-Krieg abzuwenden, aber es hätte durchaus dazu beitragen können, zukünftige US-Kriege weniger wahrscheinlich zu machen, wenn die US-Konzernmedien ihr Bestes getan hätten, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Stattdessen legten die Medien alles daran, die im Memo dokumentierten Beweise für den Betrug zu unterdrücken, als es schließlich drei Jahre später veröffentlicht wurde.

24. Juli *Dieser Tag im Jahr 1893 ist der Geburtstag des weitgehend in Vergessenheit geratenen amerikanischen Friedensaktivisten Ammon Hennacy in Negley, Ohio.* Als Sohn von Quäker Eltern praktizierte Hennacy eine sehr persönliche Art von Friedensaktivismus. Er beteiligte sich nicht dabei, das Kriegs-fördernde, komplexe System des amerikanischen Militarismus direkt anzugreifen. Stattdessen appellierte er in einer „Ein-Mann-Revolution", wie er es nannte, an das Gewissen der einfachen Leute, indem er gegen Krieg, staatliche Hinrichtungen und andere Formen der Gewalt protestierte, oft auf die Gefahr hin verhaftet zu werden, oder durch ausdauerndes Fasten. Hennacy, der sich einen christlichen Anarchisten nannte, verweigerte in beiden Weltkriegen die Meldung zum Wehrdienst und verbüßte für seinen Widerstand zum ersten zwei Jahre Gefängnis – teilweise in Einzelhaft. Ebenso weigerte er sich, Einkommenssteuer zu bezahlen, die zum Teil zur Unterstützung des Militärs verwendet wurde. In seiner Autobiografie *The Book of Ammon* beschwört Hennacy seine amerikanischen Mitbürger, sich zu weigern, sich für den Wehrdienst zu registrieren, Kriegsanleihen zu kaufen, Munition für den Krieg herzustellen oder Steuern für den Krieg zu bezahlen. Er glaubte nicht, dass politische oder institutionelle Maßnahmen einen Wandel herbeiführen würden. Aber er glaubte offenbar, dass er selbst, zusammen mit einigen anderen friedliebenden, klugen und mutigen Bürgern, durch das vorbildliche Beispiel ihrer Worte und Taten eine erhebliche Anzahl ihrer Mitbürger dazu bewegen könnte, darauf zu bestehen, dass Konflikte auf jeder Ebene mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Hennacy starb 1970, als der Vietnamkrieg noch lange nicht zu Ende war. Aber er hätte sich bestimmt auf den Tag gefreut, an dem der berühmte Friedensslogan

der damaligen Zeit nicht mehr fantasievoll, sondern real war: „Stell dir vor es gibt Krieg und keiner geht hin."

25. Juli *An diesem Tag im Jahr 1947 verabschiedete der US-Kongress den National Security Act, der einen Großteil des bürokratischen Rahmens für die Gestaltung und Umsetzung der Außenpolitik der Nation während des Kalten Krieges und darüber hinaus festlegte.* Das Gesetz hatte drei Komponenten: Es legte das Marine- und das Kriegsministerium in einem neuen Verteidigungsministerium zusammen; es gründete den Nationalen Sicherheitsrat, der die Aufgabe hatte, aus dem zunehmenden Strom diplomatischer und nachrichtendienstlicher Informationen Kurzberichte für den Präsidenten zu erstellen; und es richtete den US-Geheimdienst ein, der nicht nur mit dem Sammeln von Informationen aus den verschiedenen militärischen Bereichen und dem Außenministerium beauftragt war, sondern auch mit der Durchführung verdeckter Operationen in fremden Nationen. Seit ihrer Gründung sind diese Behörden im Hinblick auf Zuständigkeiten, Größe, Etat und Macht ständig gewachsen. Allerdings haben sowohl die Zwecke, für die diese Mittel eingesetzt wurden, als auch die Maßnahmen, mit denen sie aufrechterhalten werden, tiefgreifende moralische und ethische Fragen aufgeworfen. Die CIA arbeitet im Verborgenen auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit und der Möglichkeit der demokratischen Selbstverwaltung. Das Weiße Haus führt geheime und offizielle Kriege ohne Genehmigung des Kongresses oder der Vereinten Nationen oder der Öffentlichkeit. Das Verteidigungsministerium kontrolliert ein Etat, das im Jahr 2018 größer war als das der mindestens nächsten sieben Nationen mit den höchsten Militärausgaben zusammen, und ist dennoch die einzige US-Regierungsbehörde, die nie einer Prüfung unterliegt. Die gewaltigen Ressourcen, die für den Militarismus verschwendet werden, könnten anderweitig verwendet werden, um die oft dringendsten physischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der einfachen Menschen in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu erfüllen.

26. Juli *An diesem Tag im Jahre 1947 unterzeichnete Präsident Harry Truman einen Erlass der zur Beendigung der Rassentrennung in den US-Streitkräften beitragen sollte.* Trumans Richtlinie stand im Einklang mit der wachsenden Unterstützung der Bevölkerung für die Beendigung der Rassentrennung, ein Ziel, auf das er gehofft hatte, bescheidene Fortschritte durch die Gesetzgebung des Kongresses zu machen. Als diese Bemühungen durch eine mögliche Hinhaltetaktik der Südstaaten behindert wurden, erreichte der Präsident, was er konnte, indem er seine Exekutivbefugnisse einsetzte. Sein oberstes Ziel war die Desegregation des Militärs, nicht zuletzt, weil es am wenigsten anfällig für politischen Widerstand war. Afroamerikaner stellten etwa 11 % aller Wehrpflichtigen und einen höheren Anteil der Rekruten in allen Zweigen des Militärs mit Ausnahme des Marine-Korps. Dennoch äußerten Stabsoffiziere aus allen Abteilungen des Militärs ihren Widerstand gegen die Integration, manchmal sogar öffentlich. Zu einer vollständigen Integrierung kam es erst im Koreakrieg, als schwere Verluste die getrennten Einheiten zwangen, sich zusammenzuschließen, um zu überleben. Dennoch stellte die Aufhebung der Rassentrennung in den Streitkräften nur einen ersten Schritt in Richtung Rassengleichheit in den Vereinigten Staaten dar, die auch nach den großen Bürgerrechtsgesetzgebungen der 1960er Jahre unvollständig blieb. Darüber hinaus lag auch noch die Frage der menschenwürdigen Beziehungen unter den Völkern der Welt – die, wie sich in Hiroshima und Nagasaki zeigte, für Harry Truman ein Schritt zu weit blieb. Doch auch bei einer Reise von tausend Meilen sind erste Schritte nötig. Nur durch ständige Bemühungen darin, die

Bedürfnisse des anderen als unsere eigenen zu erkennen, können wir eines Tages die Vision menschlicher Brüderlichkeit und Schwesternschaft in einer friedlichen Welt verwirklichen.

27. Juli *An diesem Tag im Jahre 1825 bewilligte der US-Kongress die Gründung des Indianerterritoriums.* Damit war der Weg frei für die Zwangsumsiedlung der sogenannten Fünf Zivilisierten Stämme auf dem „Pfad der Tränen“ ins heutige Oklahoma. Das Indianer-Umsiedlungsgesetz wurde 1830 von Präsident Andrew Jackson unterzeichnet. Die fünf betroffenen Stämme waren die Cherokee, Chickasaw, Choctaw, Creek und die Seminolen, die alle rücksichtslos gezwungen wurden, sich zu anzupassen und unter dem US-Gesetz zu leben oder ihr Heimatland zu verlassen. Sie wurden als zivilisierte Stämme bezeichnet und hatten sich in unterschiedlichem Maße einer verwestlichten Kultur angepasst und, im Falle der Cherokee, eine Schriftsprache entwickelt. Die Gebildeten konkurrierten unter wachsendem Unmut mit den weißen Siedlern. Die Seminolen leisteten Widerstand und wurden am Ende für die Umsiedlung bezahlt. Die Creeks wurde gewaltsam vom Militär entfernt. Es wurde kein Abkommen mit den Cherokee geschlossen, die ihren Fall durch die Gerichte bis zum Supreme Court trugen, wo sie verloren. Es gab viel politisches Taktieren auf beiden Seiten und nach sechs Jahren wurde der Vertrag von New Echota vom Präsidenten als geltend erklärt. Die Menschen hatten zwei Jahre Zeit, um im Westen den Mississippi zu überqueren und im Indianerterritorium zu leben. Als sie nicht wegzogen, wurden sie brutal überfallen, ihre Häuser niedergebrannt und geplündert. Siebzehntausend Cherokee wurden zusammengetrieben und in ein Konzentrationslager verfrachtet, in Eisenbahnwaggons transportiert und dann gezwungen, zu Fuß zu gehen. Viertausend starben auf dem „Pfad der Tränen“. Bis 1837 hatte die Jackson-Administration mit Krieg und kriminellen Methoden 46.000 amerikanische Ureinwohner beseitigt und 25 Millionen Morgen Land für die Besiedlung durch rassistische Weiße und für die Sklaverei geöffnet.

28. Juli *Im Jahr 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg und begann damit den Ersten Weltkrieg.* Nachdem der österreichisch-ungarische Thronfolger, Franz Ferdinand, zusammen mit seiner Ehefrau von einem serbischen Nationalisten zur Vergeltung für die anhaltenden Konflikte mit seinem Land ermordet wurde, begann der Erste Weltkrieg. Wachsender Nationalismus, Militarismus, Imperialismus und Kriegsbündnisse in ganz Europa warteten nur auf einen Funken wie dieses Attentat. Als die Nationen versucht hatten, sich von der autoritären Herrschaft zu befreien, hatte die industrielle Revolution ein Wettrüsten angeheizt. Die Militarisierung hatte es dem Österreichisch-Ungarischen Reich ermöglicht, bis zu dreizehn Nationen zu beherrschen, und der zunehmende Imperialismus führte zu einer noch stärkeren Expansion durch wachsende Militärmächte. Während die Kolonialisierung voranschritt, begannen die Reiche zu kollidieren und sich dann Verbündete zu suchen. Das Osmanische Reich sowie Deutschland und Österreich, auch die Mittelmächte genannt, verbündeten sich mit dem Österreichisch-Ungarischen Reich, während Serbien von den Alliierten Mächten Russlands, Japans, Frankreichs, Italiens und des Britischen Reiches unterstützt wurde. Die Vereinigten Staaten schlossen sich 1917 den Alliierten an, und Bürger aus allen Ländern mussten leiden und sich für eine Seite entscheiden. Über neun Millionen Soldaten und unzählige Bürger starben vor dem Fall des Deutschen, Russischen, Osmanischen und Österreichisch-Ungarischen Reiches. Der Krieg wurde mit einer rachsüchtigen Einigung beendet, die vorhersehbar zum nächsten Weltkrieg führte. Nationalismus, Militarismus und Imperialismus dauerten trotz der Schrecken, die Menschen weltweit zugefügt wurden, an. Während des Ersten Weltkriegs wurden Proteste,

die durch die Erkenntnis der tragischen Kosten des Krieges ausgelöst wurden, in verschiedenen Nationen verboten, während Kriegspropaganda als mächtige Kraft der sozialen Kontrolle zur Geltung kam.

29. Juli *An diesem Tag im Jahr 2002 beschrieb Präsident George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation eine „Achse des Bösen", die angeblich den Terrorismus unterstützte.* Die Achse umfasste den Irak, Iran und Nordkorea. Es handelte sich dabei nicht bloß um eine rhetorische Floskel. Das US-Außenministerium bestimmt Länder, die angeblich internationale Terrorakte unterstützen. Es werden strenge Sanktionen gegen diese Länder verhängt. Die Sanktionen umfassen unter anderem: ein Verbot von Waffenexporten, Verbote für wirtschaftliche Hilfe und finanzielle Beschränkungen, einschließlich des Verbots eines US-Bürgers, eine Finanztransaktion mit einer Regierung von der Terroristenliste zu betätigen, sowie Einreisebeschränkungen in die Vereinigten Staaten. Über die Sanktionen hinaus führten die Vereinigten Staaten ab 2003 einen Angriffskrieg gegen den Irak und drohten wiederholt jahrelang mit ähnlichen Angriffen auf den Iran und Nordkorea. Einige Ursprünge der „Achse des Bösen"-Idee finden sich in den Veröffentlichungen des Think Tanks Project for the New American Century (Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert) wieder. In einer Veröffentlichung heißt es: „Wir können nicht zulassen, dass Nordkorea, Iran, der Irak … die amerikanische Führung untergraben, amerikanische Verbündete einschüchtern oder das amerikanische Heimatland selbst bedrohen." Die Webseite des Think Tanks wurde anschließend entfernt. Der ehemalige Geschäftsführer der Organisation sagte 2006, dass sie „ihre Arbeit bereits erledigt" habe, was darauf hindeutet, dass „unsere Ansicht übernommen wurde". Die katastrophalen und kontraproduktiven Kriege der Jahre nach 2001 haben viele Wurzeln in einer leider ziemlich einflussreichen Vorstellung von endlosem Krieg und Aggression — eine Vorstellung, die im Wesentlichen von der lächerlichen Idee abhängt, dass einige kleine, arme, unabhängige Nationen eine existenzielle Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen.

30. Juli *Dieses Datum, das 2011 durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet wurde, markiert die jährliche Einhaltung des Internationalen Tages der Freundschaft.* Die Resolution erkennt junge Menschen als zukünftige Führungskräfte an und legt besonderen Wert darauf, sie in Aktivitäten der Gemeinschaft einzubeziehen, die unterschiedliche Kulturen umfassen und das internationale Verständnis und den Respekt für Vielfalt fördern. Der Internationale Tag der Freundschaft folgt auf zwei frühere UN-Resolutionen. Die 1997 verkündete Resolution Culture of Peace (Kultur des Friedens) erkennt den enormen Schaden und das Leid an, das Kindern durch verschiedene Formen von Konflikten und Gewalt zugefügt wird. Es wird argumentiert, dass diese Geißeln am besten verhindert werden können, wenn ihre Grundursachen mit Aussicht auf die Lösung von Problemen angegangen werden. Der andere Präzedenzfall für den Internationalen Tag der Freundschaft ist eine UN-Resolution von 1998, in der eine internationale Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit für die Kinder der Welt verkündet wird. Diese Resolution, die von 2001 bis 2010 beachtet wurde, schlägt vor, dass ein Schlüssel zu internationalem Frieden und Zusammenarbeit ist, Kinder überall auf der Welt über die Bedeutung des Lebens in Frieden und Harmonie mit anderen aufzuklären. Der Internationale Tag der Freundschaft stützt sich auf diese Präzedenzfälle, um die Botschaft zu unterstützen, dass Freundschaft zwischen Ländern, Kulturen und Personen dazu beitragen kann, die nötige Vertrauensbasis für internationale Bemühungen zur Überwindung der vielen Spaltungskräfte, welche die persönliche Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, soziale

Harmonie und den Frieden in der modernen Welt untergraben, zu schaffen. Anlässlich des Tages der Freundschaft rufen die Vereinten Nationen Regierungen, internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen dazu auf, Veranstaltungen und Aktivitäten abzuhalten, die zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft beitragen, einen Dialog zu fördern, der auf globale Solidarität, gegenseitiges Verständnis und Versöhnung abzielt.

31. Juli *An diesem Tag im Jahr 1914 wurde Jean Jaurès ermordet.* Jaurès, ein leidenschaftlicher Humanist und pazifistischer Führer der französischen Sozialistischen Partei, lehnte Krieg entschieden ab und sprach sich gegen den Imperialismus aus, der den Krieg fördert. Jaurès wurde 1859 geboren, und sein Tod wurde von vielen als ein weiterer Grund für den Eintritt Frankreichs in den Ersten Weltkrieg gesehen. Seine Argumente für friedliche Konfliktlösungen erweckte das Interesse von Zehntausenden an seinen Vorlesungen und Schriften und der Berücksichtigung der Vorteile eines vereinten europäischen Widerstands gegen die zunehmende Militarisierung. Jaurès war gerade dabei, Arbeiter für einen gewerkschaftlich organisierten Protest zu organisieren, kurz bevor der Krieg begann, als er in einem Pariser Café in der Nähe eines Fensters saß und erschossen wurde. Sein Attentäter, der französische Nationalist Raoul Villain, wurde verhaftet und 1919 freigesprochen, bevor er aus Frankreich floh. Der ehemalige Gegner Präsident Francois Hollande reagierte auf Jaurès Tod, indem er einen Kranz ins Café stellte und seine lebenslange Arbeit für „Frieden, Einheit und das Zusammenkommen der Republik“ anerkannte. Frankreich trat daraufhin in den Ersten Weltkrieg ein, in der Hoffnung, den erfahrenen Statusverlust sowie das von Deutschland nach dem Deutsch-Französischen Krieg erworbene Territorium rückgängig zu machen. Jaurès Worte könnten eine viel rationalere Entscheidung angeregt haben: „Wie wird die Zukunft aussehen, wenn die Milliarden, die jetzt zur Vorbereitung auf den Krieg verschwendet werden, für nützliche Dinge ausgegeben werden, um das Wohlergehen der Menschen zu verbessern, für den Bau anständiger Häuser für Arbeiter, um den Transport zu verbessern, um das Land zurückzugewinnen? Das Fieber des Imperialismus ist zur Krankheit geworden. Es ist die Krankheit einer schlecht geführten Gesellschaft, die nicht weiß, wie sie ihre Energien zu Hause einsetzen soll“.

1. August *An diesem Tag im Jahr 1914 verließen der britische Quäker Harry Hodgkin und der deutsche lutherische Pfarrer Friedrich Siegmund-Schulte eine Friedenskonferenz in Konstanz.* Sie hatten sich dort mit 150 anderen christlichen Europäern versammelt, um Maßnahmen zu planen, die helfen könnten, einen drohenden Krieg in Europa abzuwenden. Bedauerlicherweise war diese Hoffnung vier Tage zuvor durch die ersten Gefechte in dem, was der Erste Weltkrieg wurde, zunichte gemacht worden. Als Hodgkin und Siegmund-Schulte die Konferenz verließen, versprachen sie sich jedoch, weiterhin die „Samen des Friedens und der Liebe, egal was die Zukunft bringen könnte“ zu säen. Für die beiden Männer bedeutete dieses Versprechen mehr als eine einfache Enthaltung von der persönlichen Teilnahme am Krieg. Es bedeutete, den Frieden zwischen ihren beiden Nationen wiederherzustellen, unabhängig von der Politik ihrer Regierungen. Noch vor Jahresende hatten die Männer geholfen in Cambridge, England, eine Friedensorganisation mit dem Namen Fellowship of Reconciliation (Gemeinschaft der Versöhnung) zu gründen. Bis 1919 war die Cambridge-Gruppe Teil eines International Fellowship of Reconciliation (IFOR; Internationaler Versöhnungsbund) geworden, aus dem in den nächsten hundert Jahren Zweigstellen und verbundene Gruppen in mehr als 50 Ländern der Welt entstanden. Friedensprojekte des IFOR basieren auf der Vision, dass die Liebe des Anderen die Macht hat, ungerechte politische, soziale und wirtschaftliche Strukturen zu verändern. Die Projekte setzen sich daher für eine friedliche Konfliktlösung, das Streben nach Gerechtigkeit als

Hauptgrundlage für den Frieden und den Abbau von Systemen ein, die Hass fördern. Die internationalen Kampagnen des IFOR werden von einem internationalen Sekretariat in den Niederlanden koordiniert. Die Organisation arbeitet auch eng mit gleichgesinnten Nichtregierungsorganisationen zusammen und unterhält ständige Vertreter bei den Vereinten Nationen.

2. August *An diesem Tag im Jahr 1931 wurde ein Brief von Albert Einstein auf einer Konferenz in Lyon, Frankreich, von War Resisters' International gelesen, einem globalen Netzwerk von antimilitaristischen und pazifistischen Gruppen, die für eine Welt ohne Krieg zusammenarbeiten*. Als führender Physiker seiner Zeit setzte Einstein seine wissenschaftliche Arbeit mit Hingabe fort. Er war aber auch ein leidenschaftlicher Pazifist, der sein ganzes Leben lang das Anliegen des internationalen Friedens verfolgte. In seinem Brief an die Konferenz in Lyon appellierte Einstein an „die Wissenschaftler der Welt, sich zu weigern, an der Forschung zur Schaffung neuer Kriegsinstrumente mitzuarbeiten". An die versammelten Aktivisten schrieb er direkt: „Die Menschen in 56 Ländern, die Sie vertreten, haben eine potenzielle Macht, die weitaus mächtiger ist als das Schwert… Nur sie selbst können Abrüstung in diese Welt bringen". Er warnte auch diejenigen, die im folgenden Februar an einer Abrüstungskonferenz in Genf teilnehmen wollten, davor, „sich zu weigern, dem Krieg oder den Kriegsvorbereitungen weitere Unterstützung anzubieten". Für Einstein würden sich diese Worte bald als prophetisch erweisen. Die Abrüstungskonferenz kam zu nichts – insbesondere weil die Konferenzteilnehmer nach Einsteins Ansicht seine Ermahnung, die Fragen der Kriegsvorbereitung nicht anzusprechen, nicht beachtet hatten. „Man macht Kriege nicht weniger wahrscheinlich, indem man Kriegsregeln formuliert", erklärte er bei einer Pressekonferenz während eines kurzen Besuchs auf der Genfer Konferenz. „Ich denke, die Konferenz steuert einen schlechten Kompromiss an. Welche Vereinbarung auch immer über die im Krieg zulässigen Waffentypen getroffen wird, sie würde zu Beginn des Krieges gebrochen. Krieg kann nicht humanisiert werden. Krieg kann nur abgeschafft werden".

3. August *An diesem Tag im Jahr 1882 verabschiedete der Kongress der Vereinigten Staaten das erste allgemeine Einwanderungsgesetz des Landes.* Das Einwanderungsgesetz von 1882 legte den weiten zukünftigen Kurs der US-Einwanderungspolitik fest, indem verschiedene Kategorien von Ausländern festgelegt wurden, die als „für die Einreise unerwünscht" eingestuft wurden. Das Gesetz, das zuerst vom Finanzminister in Zusammenarbeit mit den Staaten durchgesetzt wurde, untersagte die Einreise von „jeglichen Verurteilten, Verrückten, Idioten oder Personen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, ohne eine öffentliche Last darzustellen". Diejenigen, die nicht beweisen konnten, dass sie sich finanziell selbst unterstützen konnten, wurden in ihre Heimatländer zurückgebracht. Das Gesetz machte jedoch eine Ausnahme für finanziell unqualifizierte Ausländer, die wegen politischer Vergehen verurteilt wurden, was die traditionelle Überzeugung der USA widerspiegelt, dass Amerika ein Zufluchtsort für die Verfolgten sein sollte. Spätere Versionen des Einwanderungsgesetzes wurden jedoch zunehmend restriktiver. Im Jahr 1891 etablierte der Kongress eine exklusive föderale Kontrolle über die Einwanderung. 1903 wurde die Politik der Aufnahme armer Migranten beendet, die zu Hause wegen politischer Vergehen Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Stattdessen verbot es die Einwanderung von Personen, die „gegen eine organisierte Regierung sind". Seitdem hat das Einwanderungsgesetz zahlreiche Ausschlüsse aufgrund der nationalen Herkunft hinzugefügt und weiterhin Migranten diskriminiert, von denen angenommen wird, dass sie eine finanzielle Belastung werden. Das Gesetz hat den Traum von

„der mächtigen Frau mit der Fackel“ im New Yorker Hafen noch nicht verwirklicht, die erklärt: „Gebt mir eure Müden, eure Armen, eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren“. Gegen den Mauerbau-Wahnsinn („Build the Wall“), den die Trump-Regierung mehr als ein Jahrhundert nach der Enthüllung der Statue vorantreibt, bleibt ihre Botschaft jedoch ein US-Ideal, das den Weg zu menschlicher Solidarität und Weltfrieden zeigt.

4. August *An diesem Tag im Jahr 1912 marschierte eine Besatzungsmacht von 2.700 US-Marines in Nicaragua ein und landete in Häfen sowohl auf der pazifischen als auch auf der karibischen Seite.* Angesichts der Unruhen in einem Land, in dem sowohl strategische als auch kommerzielle Interessen verfolgt wurden, strebten die USA die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung einer Regierung in Nicaragua an, auf deren Unterstützung sie sich verlassen konnten. Im Jahr zuvor hatten die USA eine Koalitionsregierung in Nicaragua unter der Leitung des konservativen Präsidenten Jose Estrada anerkannt. Diese Regierung hatte den USA erlaubt, mit Nicaragua eine Politik zu verfolgen, die „Dollar für Kugeln“ genannt wurde. Eines seiner Ziele war es, die europäische Finanzkraft in der Region zu untergraben, die genutzt werden könnte, um mit den amerikanischen Handelsinteressen zu konkurrieren. Eine andere war, die Tür für US-Banken zu öffnen, um der nicaraguanischen Regierung Geld zu leihen und so die Kontrolle der USA über die Finanzen des Landes zu gewährleisten. Politische Differenzen in der Estrada-Koalition tauchten jedoch bald auf. General Luis Mena, der als Kriegsminister starke nationalistische Gefühle entwickelt hatte, zwang Estrada zum Rücktritt und ernannte seinen Vizepräsidenten, den konservativen Adolfo Diaz, zur Präsidentschaft. Als Mena später gegen die Diaz-Regierung rebellierte und den Präsidenten beschuldigte, „die Nation an New Yorker Bankiers zu verkaufen“, bat Diaz die USA um Hilfe, was zur Invasion am 4. August führte und Mena veranlasste, aus dem Land zu fliehen. Nachdem Diaz 1913 bei einer von den USA überwachten Wahl wiedergewählt worden war, an der die Liberalen die Teilnahme verweigerten, hielten die USA bis 1933 fast ununterbrochen kleine Marinekontingente in Nicaragua. Für die nach Unabhängigkeit strebenden Nicaraguaner waren die Marines eine ständige Erinnerung daran, dass die USA bereit waren, Gewalt anzuwenden, um die US-konformen Regierungen an der Macht zu halten.

5. August *An diesem Tag im Jahr 1963 unterzeichneten die USA, die UdSSR und Großbritannien einen Vertrag über das Verbot von Atomtests in der Atmosphäre*. Präsident John F. Kennedy kandidierte mit dem Versprechen, Atomwaffentests abzuschaffen. Radioaktive Ablagerungen, die Wissenschaftler in den 1950er Jahren in Feldfrüchten und Milch in den nördlichen Vereinigten Staaten gefunden hatten, führten dazu, dass sie das nukleare Wettrüsten nach dem Zweiten Weltkrieg als ungerechtfertigte Vergiftung der Umwelt verurteilten. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen forderte ein sofortiges Ende aller Atomtests und leitete von 1958 bis 1961 ein vorübergehendes Moratorium zwischen den USA und den Sowjets ein. Kennedy versuchte, die laufenden Untergrundtests zu verbieten, indem er sich 1961 mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow traf. Die Androhung von Inspektionen zur Überprüfung des Verbots führte zur Angst vor Spionage, und die sowjetischen Tests wurden fortgesetzt, bis die Kubakrise die Welt an den Rand eines Atomkrieges brachte. Beide Seiten einigten sich dann auf eine direktere Kommunikation, und die Hotline Moskau-Washington wurde eingerichtet. Diskussionen lockerten die Spannungen und führten zu Kennedys beispielloser Herausforderung an Chruschtschow, „nicht zu einem Wettrüsten, sondern zu einem Friedensrennen.“ Ihre anschließenden Gespräche führten sowohl zur Beseitigung von Waffen

aus anderen Ländern als auch zu einem Vertrag über ein begrenztes Verbot von Nuklearversuchen, der Untertagetests ermöglichte, „solange keine radioaktiven Abfälle außerhalb der Grenzen der Nation liegen, die den Test durchführt.“ Die Vereinten Nationen haben im Jahr 1996 schließlich einen umfassenden Vertrag über das Verbot von Nuklearversuchen verabschiedet, der alle Atomtests, auch unterirdisch, verbietet. Einundsiebzig Nationen, die meisten ohne diese Waffen, waren sich einig, dass ein Atomkrieg niemandem nützen würde. Präsident Bill Clinton unterzeichnete den umfassenden Vertrag. Der US-Senat entschied sich jedoch mit 48 zu 51 Stimmen dafür, das nukleare Wettrüsten fortzusetzen.

6. August *An diesem Tag im Jahr 1945 warf der amerikanische Bomber Enola Gay eine fünf Tonnen schwere Atombombe – das entspricht 15.000 Tonnen TNT – auf die japanische Stadt Hiroshima.* Die Bombe zerstörte zehn Quadratkilometer der Stadt und tötete 80.000 Menschen. In den folgenden Wochen starben Tausende weitere an Wunden und Strahlenvergiftungen. Präsident Harry Truman, der weniger als vier Monate zuvor sein Amt angetreten hatte, behauptete, er habe die Entscheidung getroffen, die Bombe fallen zu lassen, nachdem ihm von seinen Beratern mitgeteilt worden war, dass der Abwurf der Bombe den Krieg schnell beenden und eine Invasion Japans vermeiden würde, die den Tod von einer Million amerikanischer Soldaten zur Folge gehabt hätte. Diese Version der Geschichte hält jedoch einer näheren Prüfung nicht stand. Einige Monate zuvor hatte General Douglas MacArthur, Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte im Südwestpazifik, Präsident Roosevelt ein 40-seitiges Memo geschickt, das fünf verschiedene Kapitulationsangebote von hochrangigen japanischen Beamten zusammenfasste. Die USA wussten jedoch, dass die Russen im Osten bedeutende Fortschritte gemacht hatten und höchstwahrscheinlich bis September in Japan sein würden, lange bevor die USA eine Invasion starten konnten. Wenn dies passieren würde, würde sich Japan Russland und nicht den USA ergeben. Dies war für die USA inakzeptabel, die bereits eine Nachkriegsstrategie der wirtschaftlichen und geopolitischen Hegemonie entwickelt hatten. Trotz des starken Widerstands der militärischen und politischen Oberhäupter und der Bereitschaft Japans, sich zu ergeben, wurde die Bombe abgeworfen. Viele haben dies den ersten Akt des Kalten Krieges genannt. Dwight D. Eisenhower sagte Jahre später: „Japan wurde bereits besiegt... Das Abwerfen der Bombe war völlig unnötig.“

7. August *Dieses Datum markiert die Geburt von Ralph Bunche, einem afroamerikanischen Politikwissenschaftler, Professor und Diplomaten, der 1904 der ranghöchste US-Beamte bei den Vereinten Nationen wurde.* Bunches Karriere begann mit einem Stipendium für Abschlussarbeiten an der Harvard University, wo er 1934 in Regierungs- und internationalen Beziehungen promovierte. Seine Doktorarbeit über den Kolonialismus in Afrika gipfelte zwei Jahre später in seinem klassischen Buch zum Thema *A World View of Race*. 1946 wurde Bunche in die Exekutive – oder das Sekretariat – der Vereinten Nationen berufen, wo er für die Überwachung der Verwaltung ehemaliger Kolonien verantwortlich war, die von den Vereinten Nationen als vertrauenswürdig eingestuft wurden, und deren Fortschritte in Richtung Selbstverwaltung und Unabhängigkeit überwachte. Bunches bemerkenswerteste Leistung folgte jedoch seiner Ernennung zum Chefunterhändler der Vereinten Nationen in Gesprächen zur Beendigung des Ersten Arabisch-Israelischen Krieges. Nach fünf Monaten unablässiger und schwieriger Vermittlung konnte er im Juni 1949 einen Waffenstillstand auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen Israel und vier arabischen Staaten erreichen. Für diese historische Leistung der internationalen Diplomatie wurde Bunche 1950 mit dem Friedensnobelpreis

ausgezeichnet und war damit der erste Afroamerikaner, der diese Auszeichnung erhielt. In den folgenden Jahren spielte Bunche weiterhin eine wichtige Rolle bei der Friedenssicherung und Vermittlung in Konflikten, an denen aufstrebende Nationalstaaten beteiligt waren. Bis zu seinem Lebensende im Jahr 1971 hatte er bei den Vereinten Nationen ein Vermächtnis aufgebaut, das sich vielleicht am besten durch einen Ehrentitel definieren lässt, den ihm seine Kollegen verliehen hatten. Da Bunche viele der Techniken und Strategien, die bei internationalen Friedenssicherungseinsätzen angewendet wurden, konzipiert und umgesetzt hatte, wurde er weithin als „Vater der Friedenssicherung“ angesehen.

8. August *An diesem Tag im Jahr 1883 traf sich Präsident Chester A. Arthur mit Chief Washakie vom Stamm der Östlichen Shoshone und Chief Black Coal des Stammes der Nördlichen Arapaho im Wind-River-Reservat in Wyoming und war damit der erste US-Präsident, der offiziell ein Reservat der amerikanischen Ureinwohner besuchte.* Arthur nutzte die lange Bahnreise nach Westen, um einen Zwischenstopp in Wind River einzulegen. Sein Hauptziel war es, den Yellowstone National Park zu besuchen und seiner Leidenschaft für das Angeln in den gerühmten Forellenbächen nachzukommen. Der Besuch im Reservat ermöglichte es ihm jedoch, die Realisierbarkeit eines Plans auszutesten, den er in seiner ersten jährlichen Ansprache an den Kongress von 1881 vorgeschlagen hatte, um das zu lösen, was er Amerikas „Indianer-Komplikationen“ nannte. Der Plan, der später im Dawes Severalty Act von 1887 verankert wurde, sah eine „Zuweisung in Anteilen“ für jene Indianer, die es wünschten, vor, für „eine angemessene Menge Land [für die Landwirtschaft, das] ihnen durch ein sogenanntes Patent gesichert werden sollte und … für zwanzig oder fünfundzwanzig Jahre unverkäuflich gemacht wird. ” Es ist nicht verwunderlich, dass beide Stammesführer den Plan entschieden ablehnten, da er das traditionelle kommunale Landeigentum und die Lebensweise, die für die Selbstidentität ihres Volkes von zentraler Bedeutung sind, untergraben hätte. Dennoch scheint das Scheitern des Präsidenten in Wind River eine wertvolle Lehre für das postindustrielle Zeitalter zu sein. Um dauerhaften Frieden zu erreichen, müssen mächtige Nationen das Recht der Schwellen- und Entwicklungsländer respektieren, ihre eigene Wirtschaft und soziale Ordnung zu schaffen, und bereit sein, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die Grundbedürfnisse ihres Volkes zu befriedigen. Die Geschichte hat bereits gezeigt, dass Zwangsmaßnahmen nur zu Ressentiments, Rückschlägen und oft zu Kriegen führen.

9. August *An diesem Tag im Jahr 1945 warf ein US-amerikanischer B-29-Bomber eine Atombombe auf Nagasaki, Japan, ab und tötete am Tag des Bombenangriffs 39.000 Männer, Frauen und Kinder. Bis Ende des Jahres schätzungsweise 80.000.* Der Bombenanschlag auf Nagasaki ereignete sich nur drei Tage nach dem ersten Einsatz einer Atomwaffe in der Kriegsführung. Der Bombenanschlag auf Hiroshima forderte zum Jahresende das Leben von schätzungsweise 150.000 Menschen. Wochen zuvor hatte Japan ein Telegramm an die Sowjetunion geschickt, in dem es seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, sich zu ergeben und den Krieg zu beenden. Die Vereinigten Staaten hatten Japans Codes gebrochen und das Telegramm gelesen. Präsident Harry Truman sprach in seinem Tagebuch von dem „Telegramm des japanischen Kaisers, der um Frieden bat“. Japan lehnte einzig die bedingungslose Kapitulation und die Aufgabe des Kaisers ab, aber die Vereinigten Staaten bestanden bis nach dem Abwurf der Bomben darauf. Ebenfalls am 9. August traten die Sowjets in den Krieg gegen Japan in der Mandschurei ein. Die „United States Strategic Bombing Survey“ kam zu dem Schluss, dass „... Japan mit Sicherheit vor dem 31. Dezember 1945 und aller Wahrscheinlichkeit

nach vor dem 1. November 1945 kapituliert hätte, auch wenn die Atombomben nicht abgeworfen worden wären, wenn Russland nicht in den Krieg eingetreten wäre und auch wenn keine Invasion geplant oder in Erwägung gezogen worden wäre.“ Einer, der auch dieser Meinung war und dem Kriegsminister dies vor den Bombenangriffen auch mitgeteilt hatte, war General Dwight Eisenhower. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Admiral William D. Leahy, stimmte ihm zu und sagte: „Der Einsatz dieser barbarischen Waffe in Hiroshima und Nagasaki war keine materielle Hilfe in unserem Krieg gegen Japan.“

10. August *An diesem Tag im Jahr 1964 unterzeichnete US-Präsident Lyndon Johnson die „Gulf of Tonkin Resolution“, die den Weg für eine vollwertige Beteiligung der USA am Vietnamkrieg ebnete.* Kurz vor Mitternacht am 4. August hatte der Präsident das reguläre Fernsehprogramm unterbrochen, um zu verkünden, dass zwei US-Schiffe in den internationalen Gewässern des Golfs von Tonkin vor der Küste Nordvietnams unter Beschuss geraten waren. Als Reaktion darauf hatte er Luftangriffe gegen „Einrichtungen in Nordvietnam, die für diese feindlichen Operationen benutzt wurden“ angeordnet. Dazu gehörten ein Öllager, ein Kohlebergwerk und ein bedeutender Teil der nordvietnamesischen Marine. Drei Tage später verabschiedete der Kongress einen gemeinsamen Beschluss, der den Präsidenten ermächtigte, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jegliche bewaffnete Angriffe gegen die Streitkräfte der USA abzuwehren und weitere Aggressionen zu verhindern.“ Dieser Beschluss, der am 10. August 1964 vom Präsidenten unterzeichnet wurde, führte bis zum Kriegsende 1975 zum gewaltsamen Tod von 3,8 Millionen Vietnamesen sowie Hunderttausenden von Laoten und Kambodschanern und 58.000 Angehörigen des US-Militärs. Er würde auch erneut beweisen, dass „Krieg eine Lüge“ ist – in diesem Fall auf der Grundlage von fast 200 Dokumenten und Abschriften in Bezug auf den Zwischenfall vom Golf von Tonkin, die mehr als 40 Jahre später freigegeben wurden. Eine umfassende Studie von Robert Hanyok, einem Historiker der National Security Agency, kam zu dem Schluss, dass die US-Luftangriffe und der Antrag auf Ermächtigung durch den Kongress auf fehlerhaften Signalen beruhten, die vom Präsidenten und dem Verteidigungsminister Robert McNamara als „entscheidende Beweise“ für einen Angriff bewertet wurden, der nie stattgefunden hatte.

11. August *An diesem Tag im Jahr 1965 brachen in Los Angeles im Watts-Bezirk Unruhen aus, nachdem ein weißer Beamter der California Highway Patrol ein Auto angehalten und versucht hatte, den jungen und verängstigten schwarzen Fahrer zu verhaften, nachdem dieser einen Alkoholtest nicht bestanden hatte.* Zu den anfänglichen Zeugen der Verkehrskontrolle gesellten sich innerhalb weniger Minuten eine immer größer werdende Menschenmenge sowie mehr Polizeibeamte, die zur Verstärkung gerufen wurden. Dadurch eskalierte die Situation immer mehr. Bald brachen überall in Watts Unruhen aus. Sie dauerten sechs Tage an, es waren 34.000 Menschen beteiligt und es kam zu 4.000 Verhaftungen und 34 Todesfällen. Als Reaktion darauf wandte die Polizei von Los Angeles eine „paramilitärische“ Taktik an, die vom Polizeipräsidenten, William Parker, angeordnet wurde, der die Unruhen mit dem Vietcong-Aufstand in Vietnam verglich. Parker rief außerdem auch etwa 2.300 Nationalgardisten herbei und leitete eine Politik der Massenverhaftungen und Blockaden ein. Als Vergeltung schleuderten die Randalierer Ziegelsteine auf die Gardisten und die Polizei und zertrümmerten deren Fahrzeuge. Obwohl der Aufstand am Morgen des 15. August weitgehend niedergeschlagen war, erinnerte er die Welt an eine wichtige Wahrheit. Wenn eine Minderheit in einer weitgehend wohlhabenden Gesellschaft zu miserablen Lebensbedingungen, schlechten Schulen, praktisch

keinen Möglichkeiten zur Selbstentfaltung und routinemäßig feindseligen Interaktionen mit der Polizei verdammt ist, wird sie wahrscheinlich spontan rebellieren, wenn sie ausreichend provoziert wird. Der Bürgerrechtsanführer Bayard Rustin erklärte, wie diese Reaktion in Watts hätte verhindert werden können: „…Die schwarze Jugend – arbeitslos, hoffnungslos – fühlt sich nicht als Teil der amerikanischen Gesellschaft ... [Wir] müssen ... für sie Arbeit, angemessenen Wohnraum, Bildung, und Berufsausbildungen finden, damit sie sich als Teil des Ganzen fühlen können. Menschen, die das Gefühl haben, ein Teil des Ganzen zu sein, greifen das Ganze nicht an."

12. August *An diesem Tag im Jahr 1995 beteiligten sich zwischen 3.500 und 6.000 Demonstranten in Philadelphia an einer der größten Kundgebungen gegen die Todesstrafe in der Geschichte der USA*. Die Demonstranten forderten einen erneuten Prozess für Mumia Abu-Jamal, einen afroamerikanischen Aktivisten und Journalisten, der 1982 wegen des Mordes an einem Polizisten aus Philadelphia im Jahr 1981 zum Tode verurteilt worden war und in der staatlichen Justizvollzugsanstalt Greene in Pennsylvania einsaß. Abu-Jamal war definitiv bei der tödlichen Schießerei anwesend gewesen, die sich ereignete, als er und sein Bruder bei einer routinemäßigen Verkehrskontrolle angehalten wurden und der Polizeibeamte den Bruder während eines darauf folgenden Handgemenges mit einer Taschenlampe schlug. Trotzdem zweifelten viele Mitglieder der afroamerikanischen Gemeinschaft an, dass Abu-Jamal den Mord tatsächlich begangen hatte oder dass es durch seine Hinrichtung Gerechtigkeit geben würde. In seinem Prozess wurden entlastende Beweise vorgelegt, und es bestand auch der weit verbreitete Verdacht, dass sowohl seine Verurteilung als auch sein Urteil durch rassistische Vorurteile beeinflusst worden waren. Seit 1982 war Abu-Jamal in Philadelphia als ehemaliger Sprecher der Black Panther Party und als ausdrücklicher Kritiker der offen rassistischen Polizei von Philadelphia bekannt. Im Gefängnis wurde er Radiokommentator für National Public Radio und kritisierte die unmenschlichen Bedingungen in US-Gefängnissen und die unverhältnismäßige Inhaftierung und Hinrichtung schwarzer Amerikaner. Abu-Jamals wachsende Berühmtheit gab der internationalen „Free Mumia"-Bewegung mehr Zündstoff und ließ sie schließlich Früchte tragen. Sein Todesurteil wurde 2011 aufgehoben und in eine lebenslange Haftstrafe in der Frackville State Correctional Institution in Pennsylvania umgewandelt. Und als ein Richter im Dezember 2018 sein Recht auf Berufung wiederherstellte, erhielt er das, was ein Anwalt als „die beste Chance, die wir seit Jahrzehnten für Mumias Freiheit hatten" bezeichnete.

13. August *An diesem Tag im Jahr 1964 wurde in Großbritannien zum letzten Mal die Todesstrafe vollstreckt. Zwei arbeitslose Männer, Gwynne Evans, 24, und Peter Allen, 21, wurden in getrennten Gefängnissen für den Mord an einem 53-jährigen Fahrer eines Wäschewagens in seinem Haus in Cumbria gehängt*. Die Angreifer hatten geplant, das Opfer, das einer von ihnen kannte, auszurauben, töteten es aber schließlich. Für die Täter erwies sich der Zeitpunkt der Tat als äußerst unglücklich. Nur zwei Monate nach ihrer Hinrichtung kam die britische Labour-Partei im Unterhaus an die Macht und warb um Unterstützung für das, was 1965 als „Homicide Act" bekannt wurde. Das neue Gesetz setzte die Todesstrafe in Großbritannien für fünf Jahre aus und ersetzte sie durch eine obligatorische lebenslange Freiheitsstrafe. Als das Gesetz zur Abstimmung kam, erhielt es sowohl im Unter- als auch im Oberhaus eine überwältigende Unterstützung. Das gleiche Maß an Unterstützung erhielt es 1969, als darüber abgestimmt wurde, das Gesetz dauerhaft beizubehalten. 1973 schaffte auch Nordirland die Todesstrafe für Mord ab und endete deren Einsatz somit im gesamten Vereinigten

Königreich. Anlässlich des 50. Jahrestages des „Homicide Acts“ im Jahr 2015 sagte Audrey Gaughran, Global Issues Director von Amnesty International, dass die Menschen in Großbritannien stolz darauf sein können, in einem Land zu leben, das sich schon so lange für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzt. Sie sagt, dass durch den ehrlichen Umgang mit den realen Auswirkungen der Todesstrafe, insbesondere ihrer Unwiderruflichkeit, anstatt ihre Wiedereinführung als „schnelle Lösung, besonders in Wahlkampfzeiten“ zu fordern, das Vereinigte Königreich dazu beigetragen habe, einen kontinuierlichen Abwärtstrend bei der Zahl der Hinrichtungen weltweit zu fördern.

14. August *An diesem Tag im Jahr 1947 versammelten sich gegen 23 Uhr Tausende von Indern in der Nähe von Regierungsgebäuden in Delhi, um eine Rede von Jawaharlal Nehru zu hören, der zum ersten Premierminister ihres Landes werden sollte.* „Vor langen Jahren haben wir einen Bund mit dem Schicksal geschlossen“, verkündete Nehru. „Um Punkt Mitternacht, wenn die Welt schläft, wird Indien zu Leben und Freiheit erwachen.“ Als die Stunde kam, die offiziell Indiens Befreiung von der britischen Herrschaft signalisieren sollte, feierten die versammelten Menschen den ersten Unabhängigkeitstag der Nation, der inzwischen jährlich am 15. August begangen wird. Auffällig war jedoch die Abwesenheit eines Mannes, den ein anderer Redner, der britische Lord Mountbatten, als „Architekt der Freiheit Indiens durch Gewaltlosigkeit“ gepriesen hatte. Das war natürlich Mohandas Gandhi, der seit 1919 die gewaltfreie indische Unabhängigkeitsbewegung angeführt hatte, die den Griff der britischen Herrschaft immer wieder ein Stück weiter lockerte. Mountbatten war zum Vizekönig Indiens ernannt worden und hatte den Auftrag, die Bedingungen für die Unabhängigkeit des Landes auszuhandeln. Nachdem es ihm nicht gelungen war, ein Abkommen über die Teilung der Macht zwischen hinduistischen und muslimischen Oberhäuptern auszuhandeln, sah er die einzige Lösung in der Teilung des indischen Subkontinents, um ein hinduistisches Indien und ein muslimisches Pakistan zu schaffen. Letzteres hatte einen Tag zuvor die Souveränität erhalten. Es war diese Spaltung, die dafür gesorgt hatte, dass Gandhi die Veranstaltung in Delhi verpasste. Seiner Ansicht nach war die Teilung des Subkontinents zwar der Preis für die indische Unabhängigkeit, aber auch eine Kapitulation vor religiöser Intoleranz und ein Schlag ins Gesicht für den Frieden. Während andere Inder das Erreichen eines lang ersehnten Ziels feierten, fastete Gandhi in der Hoffnung, die Unterstützung der Bevölkerung für die Beendigung der Gewalt zwischen Hindus und Muslimen zu gewinnen.

15. August *An diesem Tag im Jahr 1973 stellten die Vereinigten Staaten, wie vom Kongress vorgeschrieben, die Bombenabwürfe über Kambodscha ein und beendeten damit ihr militärisches Engagement in Vietnam und Südostasien, das Millionen von Menschen, meist unbewaffnete Bauern, getötet oder verstümmelt hatte.* In der Zeit bis 1973 hatte der Krieg starken Widerstand im US-Kongress hervorgerufen. Das im Januar unterzeichnete Pariser Friedensabkommen schrieb einen Waffenstillstand in Südvietnam und den Abzug aller US-Truppen und -Berater innerhalb von sechzig Tagen vor. Der Kongress befürchtete jedoch, dass dies Präsident Nixon nicht daran hindern würde, im Falle erneuter Feindseligkeiten zwischen Nord- und Südvietnam wieder US-Truppen einzusetzen. Die Senatoren Clifford Case und Frank Church brachten daher Ende Januar 1973 einen Gesetzentwurf ein, der jeden zukünftigen Einsatz von US-Truppen in Vietnam, Laos und Kambodscha ausschloss. Der Gesetzentwurf wurde am 14. Juni vom Senat verabschiedet, scheiterte jedoch, weil Präsident Nixon sein Veto gegen ein separates Gesetz einlegte, das die fortgesetzte Bombardierung der Roten Khmer in Kambodscha

durch die USA beendet hätte. Eine geänderte Version des Church-Case-Gesetzesentwurfs wurde dann verabschiedet und vom Präsidenten am 1. Juli unterzeichnet. Es erlaubte, dass die Bombenangriffe auf Kambodscha bis zum 15. August fortgeführt werden durften. Jedoch verbot es jeden Einsatz von US-amerikanischen Truppen in Südostasien nach diesem Datum ohne vorherige Zustimmung des Kongresses. Später stellte sich heraus, dass Nixon dem südvietnamesischen Präsidenten Nguyen Van Thieu tatsächlich insgeheim versprochen hatte, dass die Vereinigten Staaten mit den Bombardierungen auf Nord- und Südvietnam weitermachen würden, sollte es sich als notwendig für die Durchsetzung der Friedensvereinbarung erweisen. Das Vorgehen des Kongresses hat daher möglicherweise verhindert, dass dem vietnamesischen Volk noch mehr Leid und Tod zugefügt wurde, als es ein skrupelloser US-Krieg bereits gebracht hatte.

16. August *An diesem Datum in Jahr 1980 schlossen sich streikende Arbeiter der Danziger Werft in Polen mit anderen polnischen Arbeitergewerkschaften zusammen, um eine Sache zu verfolgen, die eine wichtige Rolle beim letztendlichen Fall der sowjetischen Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa spielen sollte.* Das kollektive Unternehmen war durch die autokratische Entscheidung der Werftleitung motiviert worden, eine Mitarbeiterin wegen gewerkschaftlicher Aktivität nur fünf Monate vor ihrer geplanten Pensionierung zu entlassen. Für die polnischen Gewerkschaften hatte diese Entscheidung ein neues Gefühl von Mission geweckt, das sie von staatlich kontrollierten Schiedsverfahren enger existentieller Sorgen zu einem unabhängigen kollektiven Streben nach weitreichenden Menschenrechten brachte. Am folgenden Tag stellten die vereinigten Streikkomitees in Danzig 21 Forderungen auf, darunter die legale Bildung unabhängiger Gewerkschaften und das Streikrecht, die von der kommunistischen Regierung zum großen Teil akzeptiert wurden. Am 31. August wurde die Danziger Bewegung selbst genehmigt, woraufhin sich zwanzig Gewerkschaften unter der Führung von Lech Walesa zu einer einzigen nationalen Organisation namens Solidarność (Solidarität) zusammenschlossen. Während der 1980er Jahre nutzte „Solidarität“ die Methode des zivilen Widerstandes, um Arbeiterrechte und gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Als Resonanz seitens der Regierung versuchte diese, die Gewerkschaft zunächst durch Verhängung von Kriegsrecht und später durch politische Unterdrückung aufzulösen. Schließlich führten jedoch neue Gespräche zwischen der Regierung und ihrer gewerkschaftlichen Opposition zu halbwegs freien Wahlen im Jahr 1989. Es wurde eine von „Solidarität“ geführte Koalitionsregierung gebildet und im Dezember 1990 wurde Lech Walesa in einer freien Wahl zum Präsidenten von Polen gewählt. Dies löste friedliche antikommunistische Revolutionen in Mittel- und Osteuropa aus. Weihnachten 1991 war die Sowjetunion aufgelöst und ihre früheren Mitgliedsstaaten wurden wieder zu souveränen Staaten.

17. August *An diesem Datum attackierten verzweifelte Dakota-Indianer 1862 eine weiße Siedlung am Minnesota River und stellten somit den Beginn des tragischen Dakota-Krieges dar.* Die Minnesota-Dakota-Indianer umfassten vier Stammesgruppen, die in Reservaten im Südwesten des Minnesota-Territoriums lebten, wohin sie 1851 per Vertrag umgesiedelt worden waren. Als Reaktion auf den zunehmenden Zustrom weißer Siedler in das Gebiet hatte die US-Regierung die Dakotas dazu gebracht, 24 Millionen Morgen ihres fruchtbaren Heimatlandes im Südwesten Minnesotas gegen drei Millionen Dollar in bar und jährliche Zahlungen abzutreten. In den späten 1850er Jahren waren die Zahlungen jedoch zunehmend unzuverlässiger geworden, was dazu führte, dass die Händler den Dakotas schließlich Kredite für essentielle Käufe verweigerten. Im Sommer 1862, als Erdraupen einen Großteil der Maisernte in Dakota vernichteten, drohten viele Familien zu verhungern. Die Warnung eines Geistlichen aus

Minnesota, dass „das Land, das Raub sät, eine Ernte aus Blut ernten wird“, würde sich bald als prophetisch erweisen. Am 17. August wurde ein Versuch von vier jungen Dakota-Kriegern, einer weißen Bauernfamilie einige Eier zu stehlen, gewalttätig und führte zum Tod von fünf Familienmitgliedern. Mit der Vorahnung, dass der Vorfall einen Krieg mit den USA unausweichlich machen würde, ergriffen die Anführer der Dakota Initiative und griffen örtliche Regierungsbehörden und weiße Siedlungen in New Ulm an. Die Angriffe sorgten für den Tod von 500 weißen Siedlern und veranlassten das Eingreifen der US-Armee. In den nächsten vier Monaten wurden rund 2000 Dakotas zusammengetrieben und über 300 Krieger zum Tode verurteilt. Der Krieg endete schnell am 26. Dezember 1862, als 38 Männer der Dakota in der größten Massenexekution der US-amerikanischen Geschichte gehängt wurden.

18. August *An diesem Datum im Jahr 1941, fast vier Monate vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, traf sich Winston Churchill mit seinem Kabinett in der 10 Downing Street.* Die mitgeschriebenen Aussagen des Premierministers zeigen deutlich, dass Präsident Roosevelt dazu bereit war, provokante Maßnahmen gegen Japan zu unternehmen, die die USA in einen zweiten Weltkrieg verwickeln würden, den jedoch viele Amerikaner vermeiden wollten. In Churchills Worten hatte der Präsident ihm gesagt: „Alles sollte getan werden, um einen Vorfall zu erzwingen.“ Churchill hatte tatsächlich lange darauf gehofft, dass Japan die Vereinigten Staaten angreifen würde. Das militärische Engagement der USA in Europa war entscheidend, um die Nazis zu besiegen, jedoch war die Zustimmung des Kongresses unwahrscheinlich, da die Nazis keine militärische Bedrohung für die USA darstellten. Jedoch würde ein japanischer Angriff auf eine US-Militärbasis es Roosevelt ermöglichen, sowohl Japan als auch seinem Achsenverbündeten Deutschland den Krieg zu erklären. In Übereinstimmung mit diesem Ziel hatte Roosevelt im Juni eine Verfügung zum Einfrieren japanischer Vermögenswerte erlassen, und sowohl die USA als auch Großbritannien hatten Japan den Zugang zu Öl und Altmetall abgeschnitten. Dies waren eindeutige Provokationen, von denen die amerikanischen Beamten wussten, dass sie eine militärische Antwort von Japan erzwingen würden. Für Kriegsminister Henry Stimson lautete die Frage, „wie wir sie in die Position manövrieren sollten, den ersten Schuss abzugeben, ohne uns selbst zu sehr in Gefahr zu bringen.“ Die Antwort war zynisch, aber einfach. Da entschlüsselte Codes einen wahrscheinlichen japanischen Luftangriff auf Pearl Harbor Anfang Dezember aufgedeckt hatten, würde die Marine ihre Flotte in Position und ihre Matrosen im Unklaren über den erwarteten Angriff lassen. Es geschah am 7. Dezember und am nächsten Tag stimmte der Kongress ordnungsgemäß für den Krieg ab.

19. August *An diesem Tag im Jahr 1953 inszenierte die US-amerikanische Central Intelligence Agency (CIA) einen Staatsstreich, der die demokratisch gewählte Regierung des Iran stürzte.* Die Saat für den Putsch war 1951 gelegt worden, als Premierminister Mohammad Mossadegh die iranische Ölindustrie verstaatlichte, die damals von der Anglo-Iranian Oil Company kontrolliert wurde. Mossadegh glaubte, dass die iranische Bevölkerung das Recht hatte, von den großen Ölreserven ihres Landes zu profitieren. Großbritannien war jedoch entschlossen, seine gewinnbringenden Auslandsinvestitionen zurückzugewinnen. Ab 1953 arbeitete die CIA mit dem britischen Geheimdienst zusammen, um Mossadeghs Regierung durch Bestechung, Verleumdung und orchestrierte Unruhen zu schwächen**.** Daraufhin rief der Premierminister seine Anhänger auf, aus Protest auf die Straße zu gehen, was den Schah veranlasste, das Land zu verlassen. Als der britische Geheimdienst sich aus dem Debakel zurückzog, arbeitete die CIA auf eigene Faust mit Pro-Schah-Kräften und dem iranischen Militär zusammen, um einen Putsch

gegen Mossadegh zu organisieren. Rund 300 Menschen starben bei Feuergefechten in den Straßen von Teheran. Der Premierminister wurde gestürzt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Schah kehrte dann schnell an die Macht zurück und übertrug vierzig Prozent der iranischen Ölfelder an US-Unternehmen. Gestützt durch US-Dollars und Waffen, hielt er die diktatorische Herrschaft für mehr als zwei Jahrzehnte aufrecht. Im Jahr 1979 wurde der Schah jedoch von der Macht vertrieben und durch eine theokratische islamische Republik ersetzt. Später im selben Jahr besetzten wütende Militante die US-Botschaft in Teheran und hielten die amerikanischen Mitarbeiter bis Januar 1981 als Geiseln. Dies waren die ersten von vielen Nachbeben nach dem Umsturz der ersten demokratischen Regierung im Iran, die später den Nahen Osten erschüttern und nachhaltige Auswirkungen haben sollten.

20. August *In der Nacht an diesem Datum im Jahr 1968 marschierten 200.000 Truppen des Warschauer Pakts und 5.000 Panzer in die Tschechoslowakei ein, um eine kurze Periode der Liberalisierung in dem kommunistischen Land, die als „Prager Frühling" bekannt wurde, zu zerschlagen.* Angeführt von dem Reformer Alexander Dubcek, damals im achten Monat als Erster Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, drängte die Liberalisierungsbewegung auf demokratische Wahlen, Abschaffung der Zensur, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und einem Ende der Reisebeschränkungen. Die öffentliche Unterstützung für das, was Dubcek „Sozialismus mit menschlichem Gesicht" nannte, war so breit gefächert, dass die Sowjetunion und ihre Satelliten es als Bedrohung für ihre Vorherrschaft in Osteuropa sahen. Um der Bedrohung entgegenzuwirken, wurden die Truppen des Warschauer Paktes aufgefordert, die Tschechoslowakei zu besetzen und zu unterwerfen. Unerwartet trafen die Truppen überall auf spontane Akte des gewaltlosen Widerstands, die sie daran hinderten, die Kontrolle zu erlangen. Im April 1969 gelang es jedoch durch unnachgiebigen sowjetischen politischen Druck, Dubcek von der Macht zu verdrängen. Seine Reformen wurden schnell rückgängig gemacht und die Tschechoslowakei wurde wieder ein kooperatives Mitglied des Warschauer Pakts. Dennoch spielte der Prager Frühling am Ende zumindest eine inspirierende Rolle bei der Wiederherstellung der Demokratie in der Tschechoslowakei. Bei spontanen Straßenprotesten, die am 21. August 1988 begannen, also dem 20. Jahrestag der sowjetisch angeführten Invasion, sangen die Demonstranten Dubceks Namen und forderten Freiheit. Im folgenden Jahr führte der tschechische Dramatiker und Essayist Vaclav Havel eine organisierte gewaltfreie Bewegung an, die „Samtene Revolution", die schließlich ein Ende der sowjetischen Herrschaft über das Land erzwang. Am 28. November 1989 kündigte die kommunistische Partei der Tschechoslowakei an, dass diese abtreten und der Einparteienstaat aufgelöst werden würde.

21. August *1983 wurde an diesem Tag der philippinische gewaltfreie Freiheitskämpfer Benigno (Ninoy) Aquino durch einen Kopfschuss am internationalen Flughafen von Manila ermordet, nachdem er aus dem Flugzeug getreten war, das ihn nach drei Jahren im Exil in den USA nach Hause brachte*. 1972 war Aquino, ein Senator der Liberalen Partei und unverblümter Kritiker des repressiven Regimes von Präsident Ferdinand Marcos, weithin populär geworden und galt als Favorit, Marcos bei den Präsidentschaftswahlen 1973 zu besiegen. Marcos erklärte jedoch im September 1972 das Kriegsrecht, das nicht nur die verfassungsmäßigen Freiheiten unterdrückte, sondern auch Aquino zu einem politischen Gefangenen machte. Als Aquino 1980 einen Herzinfarkt im Gefängnis erlitt, durfte er zur Operation in die Vereinigten Staaten reisen. Aber nachdem er seinen Aufenthalt in akademischen Kreisen der USA verlängert hatte, verspürte er 1983 das Bedürfnis, auf die Philippinen zurückzukehren und Präsident Marcos davon zu

überzeugen, die Demokratie mit friedlichen Mitteln wiederherzustellen. Die Kugel am Flughafen beendete diese Mission, aber während Aquinos Abwesenheit hatte eine abstürzende Wirtschaft auf den Philippinen bereits zu Massenunruhen in der Bevölkerung geführt. Anfang 1986 wurde Marcos unter Druck gesetzt, eine vorgezogene Präsidentschaftswahl auszurufen, bei der er gegen Aquinos Frau Corazon antrat. Die Nation unterstützte weitgreifend „Cory", aber weit verbreitete Täuschung und Betrug machten das Wahlergebnis hinfällig. Da sie keine andere Wahl hatten, inszenierten etwa zwei Millionen Filipinos mit „Cory, Cory, Cory"-Rufen ihre eigene, unblutige Revolution in der Innenstadt von Manila. Am 25. Februar 1986 wurde Corazon Aquino als Präsidentin vereidigt und fuhr mit der Wiederherstellung der Demokratie auf den Philippinen fort. Doch die Filipinos feiern auch jährlich den Mann, der den zündenden Funken für ihre Revolution lieferte. Für viele bleibt Ninoy Aquino „der größte Präsident, den wir nie hatten".

22. August *An diesem Tag im Jahr 1934 wurde der pensionierte Generalmajor des Marine Corps, Smedley Butler, von einem Anleiheverkäufer eines großen Wall-Street-Finanziers dazu gedrängt, einen Staatsstreich gegen Präsident Roosevelt und die US-Regierung anzuführen.* Die Pläne für den Staatsstreich waren von den Finanziers der Wall Street entwickelt worden, die besonders durch die mit der Depression verbundene Einstellung des Goldstandards durch den Präsidenten beleidigt waren. Sie glaubten, dass dies sowohl den persönlichen als auch den geschäftlichen Reichtum schwächen und zum Staatsbankrott führen würde. Um diese Katastrophe abzuwenden, erzählte der Wall-Street-Emissär Butler, dass die Verschwörer 500.000 Veteranen des Ersten Weltkriegs versammelt hätten, die das aufgrund von Friedenszeiten schwache Militär des Landes überwältigen und den Weg zur Schaffung einer faschistischen Regierung öffnen könnten, was vorteilhafter für die Wirtschaft wäre. Butler, so glaubten sie, war der perfekte Kandidat, um den Streich anzuführen, denn er wurde von den Veteranen für seine öffentliche Unterstützung der Bonus-Army-Campaign für eine frühzeitige Auszahlung zusätzlicher Gelder, die die Regierung ihnen versprochen hatte, verehrt. Die Verschwörer waren sich jedoch einer entscheidenden Tatsache nicht bewusst. Trotz Butlers unerschrockener Führung im Krieg hatte er es dem Land übel genommen, dass es das Militär häufig als Unternehmensknüppel missbrauchte. Ab 1933 prangerte er öffentlich sowohl die Banker als auch den Kapitalismus an. Dennoch blieb er auch ein unerschütterlicher Patriot. Am 20. November 1934 meldete Butler das Umsturzkomplott dem Komitee für unamerikanische Umtriebe (House Un-American Activities Committee), das in seinem Bericht zwingende Beweise für die Planung eines Putsches anerkannte, aber keine Anklage erhob. Smedley Butler veröffentlichte daraufhin das Buch *War is a Racket* (Krieg ist ein Schwindel), in welchem er dafür plädierte, das US-Militär in eine reine Verteidigungsarmee umzuwandeln.

23. August *An diesem Tag im Jahr 1989 schlossen sich schätzungsweise zwei Millionen Menschen zu einer 640 Kilometer langen Kette quer durch die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zusammen. In einer gemeinsamen gewaltfreien Demonstration mit dem Namen „Der baltische Weg" protestierten sie gegen die anhaltende Beherrschung ihrer Länder durch die Sowjetunion.* Der Massenprotest fand am fünfzigsten Jahrestag des Hitler-Stalin-Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 statt, der 1941 von Deutschland gebrochen wurde. Aber der gleiche Pakt enthielt auch geheime Protokolle, die definierten, wie die beiden Länder später die Nationen Osteuropas aufteilen würden, um ihre eigenen strategischen Interessen zu erfüllen. Diese Protokolle waren die Grundlage dafür, dass die Sowjetunion 1940 erstmals die baltischen Staaten besetzte und ihre westlich orientierte Bevölkerung dazu zwang, unter der Diktatur der

Kommunistischen Partei zu leben. Dennoch behaupteten die Sowjets bis 1989, dass der Hitler-Stalin-Pakt keine geheimen Protokolle enthielt und dass die baltischen Staaten sich freiwillig der Sowjetunion angeschlossen hätten. Bei der Demonstration forderten die Teilnehmer, dass die Sowjetunion die Protokolle öffentlich anerkennt und den baltischen Staaten erlaubt, endlich ihre historische Unabhängigkeit zu erneuern. Bemerkenswerterweise konnte die Massendemonstration, die den Höhepunkt der dreijährigen Proteste bildete, die Sowjetunion dazu bewegen, die Protokolle endlich einzugestehen und für ungültig zu erklären. Zusammen haben die drei Jahre gewaltfreier Proteste gezeigt, wie mächtig eine Widerstandskampagne sein kann, wenn sie in Brüderlichkeit und Schwesternschaft ein gemeinsames Ziel verfolgt. Die Kampagne diente als positives Beispiel für andere osteuropäische Länder, die nach Unabhängigkeit strebten, und erwies sich als Impuls für den Wiedervereinigungsprozess in Deutschland. Die baltischen Staaten erlangten nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 ihre eigene Unabhängigkeit zurück.

24. August *An diesem Tag im Jahr 1967 warfen Abbie Hoffman & Jerry Rubin 300 Ein-Dollar-Scheine vom Balkon auf den Boden der New Yorker Börse, um den normalen Geschäftsbetrieb zu stören.* Abbie Hoffman, eine theaterbegeisterte Psychologin, zog in den 1960er Jahren nach New York, als Aktivisten und Antikriegsdemonstranten Sit-ins und Märsche im Central Park inszenierten. Hoffman beteiligte sich an einer Aktivistengruppe, die mit dem Theater verbunden war, den Diggers, in San Francisco. Durch die Erfahrungen dort lernte er den Wert von Inszenierungen in Bezug auf die Aufmerksamkeit für Anliegen, da Proteste und Märsche so häufig wurden, dass sie manchmal nicht von den Medien beachtet wurden. Hoffman traf den Aktivisten Jerry Rubin, der seine Verachtung für den Kapitalismus als Grundursache für Krieg und Ungleichheit in den Vereinigten Staaten teilte. Zusammen mit dem Schwulenrechtsaktivisten Jim Fouratt organisierten Hoffman und Rubin eine Demonstration vor der New Yorker Börse, zu der Marty Jezer, Herausgeber der Zeitschrift WIN der War Resisters League (Vereinigung der Kriegsgegner), der Koreakriegsveteran Keith Lampe und der Friedensaktivist Stewart Albert zusammen mit einem Dutzend anderer und Reportern eingeladen wurden. Die Gruppe bat um eine Führung durch das NYSE-Gebäude, wo Hoffman jedem eine Handvoll Ein-Dollar-Scheine austeilte, bevor sie in den zweiten Stock geführt wurden, wo sie auf die Wall-Street-Broker hinunterblickten. Die Scheine wurden dann über das Geländer geworfen und rieselten auf den Boden darunter. Börsenmakler stoppten ihren Handel, während sie sich bemühten, so viele Scheine wie möglich zu sammeln, was zu Klagen über mögliche Handelsverluste führte. Hoffman erklärte später einfach: „Die Wall-Street-Broker mit Geld zu überschütten war die TV-Ära-Version der Vertreibung der Geldwechsler aus dem Tempel."

25. August *An diesem Datum im Jahr 1990 gab der UN-Sicherheitsrat den Seestreitkräften der Welt das Recht, Gewalt anzuwenden, um Verstöße gegen die Handelssanktionen gegen den Irak zu stoppen.* Die Vereinigten Staaten betrachteten die Aktion als einen großen Sieg. Sie hatten hart daran gearbeitet, die Sowjetunion, China und zaudernde Länder der Dritten Welt davon zu überzeugen, dass dringender Handlungsbedarf bestand, um Verstöße gegen die umfassenden Wirtschaftssanktionen zu unterbinden, die gegen den Irak nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August verhängt worden waren. Die Sanktionen konnten jedoch keinen Abzug der irakischen Besatzungstruppen erzwingen. Stattdessen wurden sie Ende Februar 1991 im von den USA geführten Golfkrieg militärisch verdrängt. Doch selbst nach der Wiederherstellung der kuwaitischen Unabhängigkeit wurden die Sanktionen beibehalten, angeblich als Druckmittel, um

die irakische Entwaffnung und andere Ziele zu erreichen. In Wirklichkeit aber hatten sowohl die USA als auch Großbritannien immer deutlich gemacht, dass sie jede Aufhebung oder ernsthafte Reform der Sanktionen blockieren würden, solange Saddam Hussein Präsident des Iraks blieb. Dies geschah trotz starker Beweise dafür, dass die Sanktionen keinen Druck auf Saddam ausübten, sondern unschuldige irakische Bürger schwer verletzten. Diese Bedingungen herrschten bis März 2003, als die USA und Großbritannien erneut Krieg gegen den Irak führten und die Saddam-Regierung hinwegfegten. Bald darauf forderten und erreichten die USA die Aufhebung der UN-Sanktionen, was ihnen die volle Kontrolle über den Ölverkauf und die Industrie des Iraks gab. Die dreizehn Jahre der Sanktionen hatten jedoch gut dokumentiertes menschliches Leid hervorgebracht. Dieses Ergebnis hat seitdem in der gesamten internationalen Gemeinschaft Zweifel an der Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen zur Erreichung politischer Ziele und an ihrer Rechtmäßigkeit nach internationalem Recht, das humanitäre Behandlung und Menschenrechte regelt, aufkommen lassen.

26. August *An diesem Tag im Jahr 1920 bestätigte der US-Außenminister Bainbridge Colby den 19. Zusatzartikel zur Aufnahme in die US-Verfassung, der den Frauen in den USA das Wahlrecht zu allen Wahlen gab.* Dieser historische Fortschritt der amerikanischen Bürgerrechte war der Höhepunkt der Frauenwahlrechtsbewegung, die aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammt. Mit taktischen Maßnahmen wie Paraden, stillen Mahnwachen und Hungerstreiks verfolgten Frauen in den Staaten landesweit verschiedene Strategien, um das Wahlrecht zu erlangen – oft gegen den erbitterten Widerstand von Gegnern, die sie mit Zwischenrufen störten, ins Gefängnis warfen und manchmal auch körperlich misshandelten. Bis 1919 hatten die Suffragetten in fünfzehn der achtundvierzig Staaten vor allem im Westen das volle Wahlrecht und in den meisten anderen das eingeschränkte Wahlrecht errungen. Zu diesem Zeitpunkt waren sich die meisten großen Wahlrechtsorganisationen jedoch einig, dass das volle Wahlrecht in allen Staaten nur durch eine Verfassungsänderung erreicht werden konnte. Das wurde ein realisierbares Ziel, nachdem Präsident Wilson 1918 seine Unterstützung für eine Änderung zum Ausdruck brachte. Er sagte vor dem Senat: „Ich betrachte die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen als lebensnotwendig für die erfolgreiche Verfolgung des großen Krieges der Menschheit, in dem wir uns befinden.“ Ein sofortiger Versuch, einen Änderungsvorschlag zu verabschieden, scheiterte im Senat an nur zwei Stimmen. Am 21. Mai 1920 wurde er aber mit überwältigender Mehrheit vom Repräsentantenhaus und zwei Wochen später vom Senat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Der Zusatzartikel wurde am 18. August 1920 ratifiziert, als Tennessee ihn als 36. der 48 Staaten bewilligte und damit die erforderliche Zustimmung von drei Vierteln der Staaten erhielt.

27. August *Dies ist das Datum, an dem 1928 in Paris der Kellogg-Briand-Pakt zur Ächtung des Krieges von den wichtigsten Nationen der Welt ratifiziert wurde.* Benannt nach seinen Verfassern, US-Außenminister Frank Kellogg und dem französischen Außenminister Aristide Briand, trat der Pakt im Juli 1929 in Kraft. Er schwor dem Krieg als Instrument der nationalen Politik ab und legte fest, dass alle internationalen Konflikte, gleich welcher Art, nur mit friedlichen Mitteln beigelegt werden dürfen. Jeder Krieg seit 1928 hat gegen diesen Vertrag, der einige Kriege verhinderte und als Grundlage für die ersten Anklagen wegen Kriegsverbrechen am Ende des Zweiten Weltkriegs diente, verstoßen. Seit dieser Zeit haben wohlhabende, gut bewaffnete Nationen keinen Krieg mehr gegeneinander geführt — und sich stattdessen dafür entschieden, Krieg gegen arme Länder zu führen und Kriege zwischen ihnen zu erleichtern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Eroberung von Gebieten weitgehend beendet. Das Jahr 1928 wurde zur Scheidelinie für die Festlegung, welche Eroberungen legal waren und welche nicht. Kolonien suchten ihre Freiheit und kleinere Nationen begannen sich reihenweise zu bilden. Die Charta der Vereinten Nationen verdrehte das Kriegsverbot des Friedenspakts in ein Verbot von Kriegen, die weder defensiv sind noch von den Vereinten Nationen autorisiert wurden. Zu den Kriegen, die selbst nach der UN-Charta illegal waren, von denen aber viele behaupteten oder sich einbildeten, sie seien legal, gehören die Kriege gegen Afghanistan, Irak, Pakistan, Somalia, Libyen, Jemen und Syrien. Fast 90 Jahre nach der Erschaffung des Kellogg-Briand-Paktes hat sich der Internationale Strafgerichtshof die Verfolgung von Kriegsverbrechen auf die Fahnen geschrieben. Aber der häufigste Kriegstreiber der Welt, die Vereinigten Staaten, beanspruchen das Recht, außerhalb der Rechtsstaatlichkeit zu agieren.

28. August *An diesem Tag im Jahr 1963 hielt der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. beim Marsch auf Washington vor rund 250.000 Menschen seine landesweit im Fernsehen übertragene Rede „I Have a Dream“.* Die Rede setzte Kings Begabung für poetische Rhetorik strategisch ein, was es ihm ermöglichte, die Gleichstellung der Afroamerikaner einzufordern, indem er sich auf einen verbindenden Geist berief, der die menschlichen Spaltungen überbrückt. Nach einleitenden Bemerkungen nutzte King eine Metapher, um zu erklären, dass die Demonstranten in die Hauptstadt gekommen waren, um einen „Schuldschein“ einzulösen, der jedem Amerikaner Leben, Freiheit und das Streben nach Glück garantierte, aber zuvor mit dem Vermerk „unzureichende Mittel“ an die People of Color zurückgegeben worden war. Etwa nach der Hälfte der Rede wich King von seinem vorbereiteten Text ab, um aus dem Gedächtnis seine zuvor erprobten „I have a dream“-Refrains anzustimmen. Einer dieser Träume ist jetzt unauslöschlich in das nationale Bewusstsein eingraviert: „dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht wegen der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Wesen ihres Charakters beurteilt werden.“ Die Rede endete mit einem letzten brillanten Ausbruch rhythmischer Rhetorik, basierend auf dem Gesang „Lass die Glocken der Freiheit läuten“: „Wenn wir sie von jedem Dorf und jedem Weiler läuten lassen...,“ erklärte King, „werden wir diesen Tag schneller erleben, wenn alle Kinder Gottes... Hände halten können und die Worte des alten Neger-Spirituals ‚Endlich frei! Endlich frei! Danke Gott, Allmächtiger, endlich frei!‘ singen.“ Im Jahr 2016 erkannte das *Time* Magazine die Rede als eine der zehn größten Reden der Geschichte an.

29. August *An diesem Tag wird jedes Jahr der Internationale Tag der Vereinten Nationen gegen Atomtests begangen.* Friedensorganisationen auf der ganzen Welt nutzen den Tag, um die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit aufzuklären, globale Atomwaffentests zu beenden, die potenziell katastrophale Gefahren für Menschen, Umwelt und den Planeten darstellen. Der Internationale Tag gegen Atomtests, der 2010 erstmals begangen wurde, wurde durch die Schließung eines Atomwaffentestgeländes in Kasachstan, das damals Teil der Sowjetunion war, am 29. August 1991 inspiriert. Hunderte von Nukleargeräten waren dort über einen Zeitraum von vierzig Jahren sowohl über als auch unter der Erde zur Detonation gebracht worden und hatten im Laufe der Zeit schweren Schaden bei den umliegenden Bevölkerungsgruppen verursacht. Stand 2016 waren die Strahlungswerte im Boden und im Wasser in der Nähe der Stadt Semei (ehemals Semipalatinsk), 160 Kilometer östlich der Anlage, noch zehnmal höher als normal. Babys wurden weiterhin mit Missbildungen geboren, und für die Hälfte der Bevölkerung blieb die Lebenserwartung unter 60 Jahren. Zusätzlich zu seinen Warnungen vor den Gefahren

von Atomwaffentests soll der Internationale Tag gegen Atomtests die Welt daran erinnern, dass ein bereits von den Vereinten Nationen verabschiedeter Vertrag zur Beendigung solcher Tests noch nicht in Kraft getreten ist. Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen von 1996 (CTBT) würde alle Nuklearversuche oder Explosionen in jeder Umgebung verbieten. Dies ist jedoch nur möglich, wenn alle 44 Staaten, die an den Verhandlungen zur Schaffung des Vertrags teilgenommen haben und zu diesem Zeitpunkt über Atomkraftwerke oder Forschungsreaktoren verfügten, diesen ratifiziert haben. Zwanzig Jahre später hatten acht Staaten, einschließlich der Vereinigten Staaten, dies immer noch nicht getan.

30. August *An diesem Tag im Jahr 1963 wurde eine „Hotline"-Kommunikationsverbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml hergestellt, um den diplomatischen Austausch zwischen den Staatsoberhäuptern der beiden Nationen im Notfall drastisch zu beschleunigen.* Die Innovation war durch die Kubakrise vom Oktober 1962 angeregt worden, in der Meldungen per Telegramm Stunden brauchten, um die andere Seite zu erreichen, was die bereits angespannten Verhandlungen zwischen gegnerischen, atomar bewaffneten Weltmächten verschärfte. Mit der neuen Hotline-Technologie konnten in ein Fernschreibgerät eingegebene Telefonnachrichten in nur wenigen Minuten die andere Seite erreichen. Glücklicherweise bestand keine Notwendigkeit für die Hotline, bis Präsident Lyndon Johnson sie 1967 nutzte, um den damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Alexei Kossygin über einen taktischen Plan zu informieren, den er für eine Intervention im arabisch-israelischen Sechstagekrieg in Betracht zog. 1963 hatten Präsident Kennedy und der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow eine produktive Beziehung aufgebaut, die auf gegenseitigem Verständnis und Vertrauen beruhte. Sie war größtenteils das Ergebnis eines zweijährigen Austauschs von offiziellen und persönlichen Briefen. Ein wichtiger Ableger der Korrespondenz war der begründete Kompromiss, der die Kubakrise beendet hatte. Sie hatte auch dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vom 5. August 1963 und der zwei Monate zuvor gehaltenen Rede des Präsidenten an der American University über die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion Auftrieb gegeben. Dort hatte Kennedy „nicht nur Frieden in unserer Zeit, sondern Frieden für alle Zeiten" gefordert. In einem Brief, in dem Kennedy nach seinem Tod gewürdigt wurde, bezeichnete ihn Chruschtschow als „einen Mann mit weitreichenden Ansichten, der versuchte, die Situation in der Welt realistisch einzuschätzen und nach Wegen zu suchen, um ungeklärte internationale Probleme durch Verhandlungen zu lösen."

31. August *An diesem Tag im Jahr 1945 demonstrierten rund zweitausend Menschen in der Londoner Westminster Central Hall unter dem Motto „Welteinheit oder Weltvernichtung" gegen die Verbreitung von Atomwaffen.* In Westminster wie auf der ganzen Welt hatten die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki nur wenige Wochen zuvor Tausende von Menschen dazu veranlasst, sich einem Volkskreuzzug anzuschließen, um die Menschheit vor der nuklearen Zerstörung zu retten. Am Anfang ging die Furcht vor einem globalen nuklearen Holocaust Hand in Hand mit der Idee einer Weltregierung. Es wurde unter anderem von Bertrand Russell verfochten und zog Tausende von Menschen zu öffentlichen Versammlungen, bei denen es diskutiert wurde. Der Ausdruck „Eine Welt oder keine" wurde nicht nur von Russell, sondern auch von Gandhi und Einstein intoniert. Sogar die London *Times* meinte, „es muss unmöglich gemacht werden, dass ein Krieg beginnt, sonst geht die Menschheit zugrunde." In den folgenden Monaten und Jahren jedoch begannen die Redner auf britischen Antikriegs-

Kundgebungen, während sie weiterhin die Bombenangriffe auf Japan verurteilten, auch für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung einzutreten. In den 1950er Jahren war „Eine Welt“ kein integraler Bestandteil der Anti-Bomben-Bewegung mehr, sondern vor allem ein Streben von Pazifisten und Befürwortern der Weltregierung. Nichtsdestotrotz trugen Friedens- und Abrüstungsgruppen in Großbritannien und im gesamten Westen durch die Betonung der potenziellen Katastrophe einer ungehinderten Verbreitung von Atomwaffen dazu bei, einen Wandel im öffentlichen Denken hin zu einer größeren Akzeptanz von Grenzen der nationalen Souveränität zu bewirken. Angesichts der beispiellosen Gefahren eines Atomkrieges zeigten die Menschen eine bemerkenswerte Bereitschaft, neues Denken über internationale Beziehungen zu akzeptieren. Unser Dank geht an den Historiker Lawrence S. Wittner, dessen ausführliche Schriften zu Anti-Atomkraft-Bewegungen Informationen für diesen Artikel lieferten.

1. September *An diesem Tag im Jahr 1924 trat der Dawes-Plan in Kraft, eine finanzielle Rettung Deutschlands, die den Aufstieg des Nationalsozialismus hätte verhindern können, wenn er früher begonnen und größer oder großzügiger gestaltet worden wäre.* Der Vertrag von Versailles, der den Ersten Weltkrieg beendete, hatte die Bestrafung der gesamten deutschen Nation zum Ziel, nicht nur der Kriegsmacher, was scharfe Beobachter dazu veranlasste, den Zweiten Weltkrieg vorherzusagen. Dieser spätere Krieg wurde eher mit Hilfe für Deutschland als mit finanzieller Bestrafung beendet, aber dem Ersten Weltkrieg folgte die Forderung, dass Deutschland einen sehr hohen Preis zahlen sollte. Bis 1923 war Deutschland mit seinen Kriegsschulden in Verzug, was dazu führte, dass französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Die Einwohner leisteten gewaltlosen Widerstand gegen die Besatzung und legten die Industrie still. Der Völkerbund bat den Amerikaner Charles Dawes, den Vorsitz in einem Ausschuss zur Lösung der Krise zu führen. Der daraus resultierende Plan zog die Truppen aus dem Ruhrgebiet, reduzierte die Schuldenzahlungen und lieh Deutschland Geld von US-Banken. Dawes wurde 1925 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und war von 1925 bis 1929 US-Vizepräsident. Der Young-Plan reduzierte 1929 die Zahlungen Deutschlands weiter, war aber zu wenig und zu spät, um das Wachstum von bitteren Ressentiments und Rachedurst rückgängig zu machen. Zu den Gegnern des Young-Plan gehörte Adolf Hitler. Der Dawes-Plan band die europäischen Volkswirtschaften wohl oder übel an die der Vereinigten Staaten. Deutschland hat im Jahr 2010 endlich seine Schulden aus dem Ersten Weltkrieg getilgt. Zehntausende US-Truppen sind dauerhaft in Deutschland stationiert.

2. September *An diesem Tag im Jahr 1945 endete der Zweite Weltkrieg mit der japanischen Kapitulation in der Bucht von Tokio.* Am 13. Juli hatte Japan ein Telegramm an die Sowjetunion geschickt, in dem es seinen Wunsch nach Kapitulation zum Ausdruck brachte. Am 18. Juli schrieb der US-Präsident Harry Truman nach einem Treffen mit dem sowjetischen Staatsoberhaupt Joseph Stalin in sein Tagebuch, dass Stalin das Telegramm erwähnte, und fügte hinzu: „Ich glaube, dass die Japsen klein beigeben werden, bevor Russland kommt. Ich bin mir sicher, dass sie es tun werden, wenn Manhattan über ihrer Heimat erscheint.“ Das war ein Hinweis auf das Manhattan-Projekt, das Atombomben schuf. Truman hatte seit Monaten von Japans Interesse an einer Kapitulation gehört, wenn es seinen Kaiser behalten könnte. Trumans Berater James Byrnes sagte ihm, dass das Abwerfen von Atombomben auf Japan es den USA ermöglichen würde, „die Bedingungen für die Beendigung des Krieges zu diktieren.“ Der Marineminister James Forrestal schrieb in sein Tagebuch, dass Byrnes „sehr darauf bedacht war, die japanische Angelegenheit zu beenden, bevor die Russen einmarschierten.“ Truman befahl die Bombenanschläge am 6. und 9. August und die Russen griffen am 9. August in der Mandschurei

an. Die Sowjets überwältigten die Japaner, während die USA die nicht-nuklearen Bombenangriffe fortsetzten. Experten, die „United States Strategic Bombing Survey“ genannten wurden, kamen zu dem Schluss, dass „Japan im November oder Dezember kapituliert hätte, auch wenn die Atombomben nicht abgeworfen worden wären, auch wenn Russland nicht in den Krieg eingetreten wäre, und auch wenn keine Invasion geplant oder in Erwägung gezogen worden wäre.“ General Dwight Eisenhower hatte vor den Bombenanschlägen eine ähnliche Ansicht geäußert. Japan behielt seinen Kaiser.

3. September. *An diesem Tag wurde 1783 der Frieden von Paris geschlossen, als Großbritannien die US-amerikanische Unabhängigkeit anerkannte.* Die Regierung der Kolonien, die später zu den Vereinigten Staaten werden sollten, wechselte von der wohlhabenden, weißen, männlichen Elite, die Großbritannien gegenüber loyal war, zu der wohlhabenden, weißen, männlichen Elite, die den Vereinigten Staaten gegenüber loyal war. Die Zahl der Volksaufstände durch Bauern, Arbeiter und versklavte Menschen nahm nach der Revolution nicht ab. Die allmähliche Entwicklung von Rechten für die Bevölkerung fand im Allgemeinen ähnlich schnell wie in anderen Ländern wie Kanada statt, die nie einen Krieg gegen Großbritannien geführt hatten. Manchmal vollzog sie sich etwas schneller, aber oftmals auch deutlich langsamer. Der Frieden von Paris bedeutete für die amerikanischen Ureinwohner nichts Gutes, da Großbritannien die Ausbreitung der Menschen aus dem Westen begrenzt hatte. Dieser war nun Tür und Tor geöffnet. Auch war er für alle Menschen, die in den neugegründeten Vereinigten Staaten versklavt waren, ein schlechtes Zeichen. Die Sklaverei wurde im Britischen Weltreich deutlich früher abgeschafft als in den Vereinigten Staaten und es kam an den meisten Orten auch zu keinem weiteren Krieg. Tatsächlich wurde der Krieg und die Expansion in dem jungen Land so stark befürwortet, dass im Jahr 1812 im Kongress darüber gesprochen wurde, dass Kanada eine US-amerikanische Machtübernahme willkommen heißen würde. Hintergrund dieses Eindrucks war die Befreiungsbewegung, die zu dem Krieg von 1812 führte, im Zuge dessen die neue Hauptstadt Washington in Brand gesetzt wurde. Es stellte sich heraus, dass die Kanadier genauso wenig besetzt werden wollten wie die Kubaner, die Philippiner, die Hawaiianer, die Guatemalteken, die Vietnamesen, die Iraker, die Afghanen oder die Menschen in so vielen Weltländern über so viele Jahre hinweg, in denen die US-amerikanischen Truppen die Rolle der britischen Soldaten eingenommen hatten.

4. September *An diesem Tag etablierte Garry Davis 1953 eine Weltregierung.* Er war US-Bürger, Broadway-Star und Bomber im 2. Weltkrieg. „Seit meiner ersten Mission in Brandenburg“, schrieb er später, „hatte ich Gewissensbisse. Wie viele Männer, Frauen und Kinder hatte ich ermordet?“ Im Jahre 1948 gab er seine US-amerikanische Staatsbürgerschaft auf, um Weltenbürger zu werden. Fünf Jahre später gründete er eine Weltregierung, bei der sich knapp eine Million Bürger registrierten und die Pässe ausgab, die oftmals von Ländern anerkannt wurden. „Der Welten-Pass ist ein Witz“, sagte Davis, „aber alle anderen Pässe auch. Deren Pässe sind ein Witz über uns und unsere sind ein Witz über das System.“ Davis kampierte vor den Vereinten Nationen in Paris, störte Sitzungen, führte Großveranstaltungen an und zog die Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Als ihm die Einreise nach Deutschland und die Rückkehr nach Frankreich verboten wurde, kampierte er auf der Grenze. Davis äußerte Kritik an der UN als Länderbund, der darauf abzielte, Krieg mit Krieg zu beenden – ein hoffnungsloser Widerspruch. Über die Jahre wurden seine Argumente immer schlagkräftiger. Müssen wir über Ländergrenzen hinausdenken, um Kriege zu beenden? Viele Länder führen keine Kriege. Manche tun es oft. Können wir eine globale Regierung schaffen, in der es keine weitverbreitete

Korruption gibt? Vielleicht fangen wir am besten damit an, uns gegenseitig aufzufordern, mehr wie Davis zu denken, wenn wir Wörter wie „wir“ verwenden. Selbst Friedensaktivisten verwenden das Wort „wir“ und schließen damit Kriegstreiber mit ein, wenn sie sagen: „Wir haben heimlich Somalia bombardiert.“ Was wäre, wenn wir die Menschheit oder mehr als die Menschheit meinen würden, wenn wir das Wort „wir“ verwenden?

5. September *An diesem Tag wurde 1981 das Greenhamer Friedenscamp von der walisischen Organisation „Women for Life on Earth“ („Frauen für das Leben auf der Erde“) in Greenham Common in Berkshire in England gegründet.* 36 Frauen gingen zu Fuß von Cardiff zu der RAF Greenham Common Airbase und lieferten an den dortigen Kommandeur der Militärbasis einen Brief als Ausdruck ihres Widerstands gegen die Stationierung von 96 Atom-Marschflugkörpern ab. Dann ketteten sie sich selbst an den Zaun des Stützpunktes. Sie gründeten ein Frauenfriedenscamp außerhalb der Basis, von dem aus sie oft Proteste organisierten. Das Camp bestand 19 Jahre bis zum Jahr 2000, obwohl die Raketen bereits 1991/92 entfernt und in die USA zurückbefördert wurden. Das Camp sorgte nicht nur für die Entfernung der Raketen, sondern hatte auch Auswirkungen darauf, wie Atomkriege und -waffen weltweit verstanden wurden. Im Dezember 1982 hielten sich 30.000 Frauen um die Basis herum an den Händen. Am 1. April 1983 formten circa 70.000 Demonstranten eine 23 Kilometer lange Menschenkette von dem Camp bis zu einer Geschützfabrik und im Dezember 1983 schlossen ungefähr 50.000 Frauen die Basis ein, durchschnitten den Zaun und wurden in vielen Fällen verhaftet. Mehr als ein Dutzend solcher Camps wurden nach dem Vorbild des Greenhamer Friedenscamp aufgebaut und viele andere nahmen sich über die Jahre hinweg an ihm ein Beispiel. Journalisten aus der ganzen Welt berichteten jahrelang über das Camp und die Botschaft, die es aussendete. Die Menschen in dem Camp lebten ohne Elektrizität, Telefone oder laufendes Wasser aber mit viel Überzeugung für ihre Sache – den Widerstand gegen Atomwaffen. Atom-Konvois wurden blockiert und nukleare Testmaneuver des Militärs wurden gestört. Der Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion, der zu der Entfernung der Raketen führte, spiegelte die Auffassung der Camp-Bewohner wider. So wurde darin das Bewusstsein geäußert, dass „Atomwaffen vernichtende Konsequenzen für die gesamte Menschheit hätten.“

6. September *An diesem Tag wurde 1860 Jane Addams geboren.* Sie sollte 1931 den Friedensnobelpreis als eine der wenigen Friedensnobelpreisträger erhalten, die die in Alfred Nobels Testament festgehalten Anforderungen tatsächlich erfüllten. Addams setzte sich in vielen Funktionen für die Schaffung einer Gesellschaft ein, die ohne Krieg leben konnte. 1898 trat Addams der antiimperialistischen Liga bei, um Widerstand gegen den US-amerikanischen Krieg auf den Philippinen zu leisten. Als der 1. Weltkrieg ausbrach, führte sie internationale Bemühungen an, um den Konflikt zu lösen und den Krieg zu beenden. 1915 fungierte sie als Vorsitzende im Internationalen Frauenkongress in Den Haag. Und als die Vereinigten Staaten dem Krieg beitraten, äußerte sie sich trotz schwerwiegender Verratsvorwürfe öffentlich gegen den Krieg. Sie war die erste Vorsitzende der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit im Jahr 1919 und ihrer Vorgängerorganisation im Jahr 1915. Jane Addams war Teil der Bewegung in den 1920er-Jahren, die Krieg durch den Kellogg-Briand-Pakt illegal machte. Sie half bei der Gründung der ACLU und der NAACP, half bei der Erringung des Frauenwahlrechts, half bei der Reduzierung von Kinderarbeit und schuf den Beruf des Sozialarbeiters, den sie als einen Weg ansah, um von Immigranten zu lernen und die Demokratie zu fördern, und nicht als Wohlfahrt. Sie gründete Hull House in Chicago, begründete einen Kindergarten, beteiligte sich

an der Erwachsenenbildung, unterstützte Gewerkschaften und eröffnete den ersten Spielplatz in Chicago. Jane Addams schrieb ein Dutzend Bücher und hunderte Artikel. Sie war gegen den Versailler Vertrag, der den 1. Weltkrieg beendete, und sah voraus, dass er zu einem Rachekrieg der Deutschen führen würde.

7. September *An diesem Tag wurde 1910 der Neufundländer Fischereiprozess durch den Ständigen Schiedshof beendet.* Dieses Gericht mit Sitz in Den Haag löste damit einen langen und erbitterten Konflikt zwischen den USA und Großbritannien. Das Beispiel zweier schwer militarisierter und kriegsbefürwortender Nationen, die sich dem Urteil einer internationalen Körperschaft hingaben und friedlich einen Disput lösten, wurde und wird auch weiterhin trotz des vier Jahre später ausbrechenden 1. Weltkrieges als ermutigendes Beispiel für die Welt gesehen. Innerhalb weniger Wochen nach dem Urteil reichten einige Länder Fälle bei dem Ständigen Schiedshof ein, darunter ein Disput zwischen den USA und Venezuela. Der tatsächliche Schiedsspruch des Neufundländer Fischereiprozesses gab sowohl den USA als auch Großbritannien einen Teil von dem, was sie gefordert hatten. Großbritannien durfte weiterhin verhältnismäßige Regeln für das Fischen in den Gewässern vor Neufundland aufstellen, aber eine unparteiische Behörde sollte darüber entscheiden, was als verhältnismäßig gelten sollte. Hätte es ein solches Schiedsgericht nicht gegeben, wären die USA und Großbritannien dann in einen Krieg verwickelt worden? Wahrscheinlich nicht, zumindest nicht sofort und nicht wegen Fischerei-Angelegenheiten. Aber hätte eines oder beide Länder Krieg aus anderen Gründen gewollt, hätten die Fischereirechte gut als Rechtfertigung gedient. Weniger als ein Jahrhundert zuvor hielt im Jahr 1812 ein ähnlicher Disput als Rechtfertigung für die US-amerikanische Invasion Kanadas im Jahre 1812 her. Nur gut 100 Jahre später, im Jahre 2015, sprachen sowohl die russische als auch die US-amerikanische Regierung wegen Handelsstreitigkeiten in Osteuropa von Krieg.

8. September *An diesem Tag begann 1920 Mohandas Gandhi seine erste Nichtkooperationskampagne.* Er folgte dem Beispiel der irischen Kampagne zur Selbstregierung in den 1880ern, die einen Mietstreik beinhaltete. Er beschäftige sich mit dem russischen Massenstreik von 1905. Er ließ sich von vielen Quellen inspirieren und schuf 1906 in Indien eine Vereinigung für den Passiven Widerstand, um sich gegen neue Gesetze zu wehren, die Inder diskriminierten. Zurück in seiner Heimat, das von den Briten besetzte Indien, gewann Gandhi 1920 die Zustimmung des Indischen Nationalkongresses für eine Kampagne der gewaltlosen Nichtkooperation mit den britischen Machthabern. Dies bedeutete den Boykott von Schulen und Gerichten. Es bedeutete das Herstellen von Kleidung und den Boykott fremder Stoffe. Es bedeutete den Rücktritt von offiziellen Posten, die Weigerung, die Besatzung zu unterstützen, und zivilen Ungehorsam. Die Bemühungen zogen sich über Jahre hinweg und entwickelten sich stufenweise weiter. Gandhi verurteilte es, wenn Menschen gewalttätig wurden und verbrachte Jahre im Gefängnis. Die Bewegung förderte neue Denk- und Lebensweisen. Sie verpflichtete sich dem konstruktiven Programm der Selbstversorgung. Sie verpflichtete sich dem obstruktiven Programm des Widerstands gegen die Briten. Sie verpflichtete sich den Bemühungen zur Vereinigung von Moslems und Hindus. Der Widerstand gegen eine Salzsteuer bestand in einem Marsch ans Meer und der illegalen Herstellung von Salz sowie in Versuchen, existierende Salzfabriken zu betreten. Letztere Versuche führten dazu, dass tapfere involvierte Demonstranten gewalttätig zurückgeschlagen wurden. Im Jahr 1930 kam es in ganz Indien zum zivilen Widerstand. Gefängnisstrafen galten als Auszeichnung und nicht als Schande. Das indische Volk

war wie gewandelt. 1947 erlangte Indien die Unabhängigkeit, jedoch auf Kosten der Teilung in ein hinduistisches Indien und ein muslimisches Pakistan.

9. September *An diesem Tag wurde 1828 Leo Tolstoi geboren.* Er schrieb unter anderem die Bücher *Krieg und Frieden* und *Anna Karenina*. Für Tolstoi war es widersprüchlich, gegen Mord und für Krieg zu sein. Er äußerte seine Bedenken im Rahmen des Christentums. In seinem Buch *Das Reich Gottes ist in Euch* schrieb er: „Jeder in unserer christlichen Gesellschaft weiß, entweder aufgrund von Tradition, einer Offenbarung oder des eigenen Gewissens, dass Mord eines der schrecklichsten Verbrechen ist, die der Mensch begehen kann, wie es uns auch die Bibel sagt, und dass die Mordsünde sich nicht auf bestimmte Personengruppen beschränkt. So kann Mord nicht für manche eine Sünde sein und für andere nicht. Jeder weiß, dass wenn Mord eine Sünde ist, er immer eine Sünde ist, egal wer ihm zum Opfer fällt, genauso wie der Ehebruch, der Diebstahl oder andere Sünden. Gleichzeitig sehen die Menschen seit der Kindheit, dass Mord nicht nur erlaubt, sondern sanktioniert wird, und zwar durch diejenigen, die sie gewohnterweise als ihre durch die Gnade Gottes ernannten geistigen Führer erachten. Auch sehen sie die weltlichen Führer, wie sie mit ruhiger Gelassenheit Morde organisieren, stolz darauf sind, Mordwaffen zu tragen, und andere im Namen der Gesetze des Landes und sogar im Namen Gottes dazu auffordern, sich an Morden zu beteiligen. Die Menschen sehen, dass darin ein gewisser Widerspruch liegt, aber da sie ihn nicht genauer analysieren können, nehmen sie unweigerlich an, dass dieser offensichtliche Widerspruch nur aus ihrer Unwissenheit herrührt. Die Schwere und Klarheit dieses Widerspruchs bestärken sie in ihrem Glauben."

10. September *An diesem Tag unterzeichnete 1785 Friedrich der Große, König von Preußen, den ersten Nachkriegsvertrag mit den Vereinigten Staaten.* Der Freundschafts- und Handelsvertrag versprach Frieden, aber behandelte auch, wie sich die beiden Nationen im Kriegsfall verhalten sollten, auch wenn sie gegeneinander kämpften. Der Vertrag beinhaltete die ordnungsgemäße Behandlung von Gefangenen und Zivilisten – Standards, die das verboten, was Kriege heutzutage zum Großteil ausmacht. Der Vertrag besagte: „Und alle Frauen und Kinder, Gelehrte aller Fakultäten, Landwirte, Handwerker, Fabrikanten und Fischer, die unbewaffnet sind und in offenen Städten, Dörfern oder Orten wohnen, und alle anderen, deren Berufe dem Gemeinwohl und dem Wohlergehen der Menschen dienen, sollen dazu ermächtigt sein, ihre Berufe weiter auszuüben und nicht in ihrer Person belangt zu werden, noch sollen ihre Häuser und ihre Besitztümer verbrannt oder anderweitig zerstört werden, noch sollen ihre Felder durch feindliche Armeen, in deren Hände sie im Kriegsfall fallen, verwüstet werden; aber wenn ihnen eine Sache für den Nutzen einer solchen Armee genommen wird, soll ihnen ein verhältnismäßiges Entgelt als Ersatz geleistet werden." Das Abkommen war das erste Freihandelsabkommen der Vereinigten Staaten, wobei es 1.000 Seiten zu kurz ist, um einem modernem Freihandelsabkommen zu ähneln. Es wurde nicht von oder für Unternehmen geschrieben, noch hatte es diese behandelt. Es beinhaltete nichts, um kleine Unternehmen von großen zu schützen. Es bildete keine Unternehmensgerichte mit der Kraft, um nationale Gesetze zu überstürzen. Es beinhaltete keine Verbote oder nationale Beschränkungen auf Geschäftsaktivitäten.

11. September *An diesem Tag im Jahr 1900 hat Gandhi die Satyagraha in Johannesburg angefangen. Ebenfalls an diesem Tag, im Jahr 1973, haben die Vereinigten Staaten einen Putsch*

auf die Regierung Chiles unterstützt. Und an diesem Tag im Jahr 2001 haben Terroristen die Vereinigten Staaten mit entführten Flugzeugen angegriffen. Dies ist ein guter Tag um Nationalismus, Gewalt und Rache entgegenzutreten. An diesem Tag im Jahr 2015 demonstrierten Tausende den 42. Jahrestag des Putsches, der den brutalen Diktator Augusto Pinochet an die Macht gebracht und den demokratisch gewählten Salvador Allende gestürzt hatte. Die Masse marschierte auf einen Friedhof und boten Gedenken an die Opfer Pinochets. Lorena Pizarro, Anführerin einer Gruppe für die Rechte der Angehörigen, sagte „Vierzig Jahre später und wir fordern weiterhin Wahrheit und Gerechtigkeit. Wir werden nicht ruhen, bis wir herausfinden, was mit unseren Geliebten passierte, die festgenommen und für immer verschwunden sind." Pinochet wurde in Spanien verklagt, starb aber im Jahr 2006, ohne vor Gericht gestellt zu werden. U.S. Präsident Richard Nixon, Staatssekretär Henry Kissinger und andere, die an dem Umsturz von Allende beteiligt waren, wurden ebenfalls nie vor Gericht gebracht, wobei Kissinger, wie auch Pinochet, in Spanien angeklagt wurde. Die Vereinigten Staaten lieferten Anleitung, Waffen, Ausrüstung und Finanzierung für den gewaltsamen Putsch von 1973, bei dem sich Allende selbst tötete. Chiles Demokratie war zerstört, und Pinochet blieb bis 1988 an der Macht. Einen Eindruck davon, was am 11. September 1973 geschah, vermittelt der Film *Missing* von 1982 mit Jack Lemmon und Sissy Spacek in den Hauptrollen. Der Film erzählt die Geschichte des U.S. Journalisten Charles Horman, der an diesem Tag verschwand.

12. September *An diesem Tag im Jahr 1998 wurden die Cuban Five festgenommen.* Gerardo Hernández, Antonio Guerrero, Ramón Labañino, Fernando González und René González waren aus Kuba und wurden in Miami, Florida, verhaftet, angeklagt, vor Gericht gestellt und vor einem US-Gericht wegen Verschwörung zur Spionage verurteilt. Sie leugneten, Spione für die kubanische Regierung zu sein, was sie in der Tat waren. Aber niemand bestreitet, dass sie in Miami mit der Absicht der Infiltration waren – aber es war keine Infiltration der US-Regierung, sondern kubanisch-amerikanischer Gruppen, deren Ziel es war, Spionage und Mord in Kuba zu begehen. Die fünf waren auf diese Mission geschickt worden, nachdem der ehemalige CIA-Agent Luis Posada Carriles, der damals und noch viele Jahre später in Miami lebte, mehrere terroristische Bombenanschläge in Havanna geplant hatte, ohne dass er strafrechtlich verfolgt wurde. Die kubanische Regierung gab dem FBI 175 Seiten über Carriles' Rolle bei den Bombenanschlägen in Havanna 1997, aber das FBI ging nicht gegen Carriles vor. Vielmehr benutzte es die Informationen, um die Cuban Five aufzudecken. Nach ihrer Festnahme verbrachten sie 17 Jahre in Einzelhaft, ihren Anwälten wurde der Zugriff auf die Beweise der Staatsanwaltschaft verweigert. Menschenrechtsgruppen stellten die Fairness des Prozesses der Cuban Five in Frage, und der Eleventh Circuit Court of Appeals hob die Urteile auf, setzte sie aber später wieder in Kraft. Der Oberste Gerichtshof der USA lehnte es ab, sich mit dem Fall zu befassen, obwohl die Fünf zu einer weltweiten Sache und zu Nationalhelden in Kuba wurden. Die US-Regierung ließ einen der fünf im Jahr 2011 frei, einen im Jahr 2013 und die anderen drei im Jahr 2014 als Teil einer neuen diplomatischen Öffnung hin zu etwas normalisierten Beziehungen mit Kuba.

13. September *An diesem Tag im Jahr 2001, zwei Tage nachdem Flugzeuge das World Trade Center und das Pentagon getroffen hatten, veröffentlichte Präsident George W. Bush einen Brief an den Kongress, in dem es hieß: „Unsere erste Priorität ist es, schnell und sicher zu reagieren", und bat um 20 Milliarden Dollar*. Phyllis und Orlando Rodriguezes Sohn Greg war eines der Opfer des World Trade Centers. Sie veröffentlichten das folgende Statement: „Unser

Sohn Greg ist einer der vielen Vermissten vom Angriff auf das World Trade Center. Seit wir die Nachricht gehört haben, haben wir Momente der Trauer, des Trostes, der Hoffnung, der Verzweiflung und der schönen Erinnerungen mit seiner Frau, den beiden Familien, unseren Freunden und Nachbarn, seinen liebevollen Kollegen bei Cantor Fitzgerald/ESpeed und all den trauernden Familien geteilt, die sich täglich im Pierre Hotel treffen. Wir sehen unseren Schmerz und unsere Wut bei jedem, den wir treffen, reflektiert. Wir können dem täglichen Strom von Nachrichten über diese Katastrophe keine Aufmerksamkeit schenken. Aber wir lesen genug in den Nachrichten, um zu spüren, dass unsere Regierung in Richtung gewaltsamer Rache geht, mit der Aussicht auf Söhne, Töchter, Eltern, Freunde in fernen Ländern, die sterben, leiden und weitere Missstände gegen uns hegen. Das ist keine Lösung. Es wird den Tod unseres Sohnes nicht rächen. Nicht im Namen unseres Sohnes. Unser Sohn starb als Opfer einer unmenschlichen Ideologie. Unsere Handlungen sollten nicht dem gleichen Zweck dienen. Lasst uns trauern. Lasst uns reflektieren und beten. Lasst uns über eine rationale Antwort nachdenken, die unserer Welt echten Frieden und Gerechtigkeit bringt. Aber lasst uns als Nation nicht zur Unmenschlichkeit unserer Zeit beitragen."

14. September *An diesem Tag im Jahr 2013 erklärten sich die Vereinigten Staaten bereit, Syriens Chemiewaffen in Zusammenarbeit mit Russland zu beseitigen, anstatt Raketen nach Syrien abzuschießen.* Der öffentliche Druck hatte maßgeblich dazu beigetragen, die Raketenangriffe zu verhindern. Obwohl diese Angriffe als letztes Mittel dargestellt wurden, wurden, sobald sie blockiert waren, alle möglichen anderen Möglichkeiten offen eingeräumt. Dies ist ein guter Tag, um die unsinnige Behauptung zu widerlegen, dass Kriege niemals beendet werden können. Im Jahr 2015 enthüllte der ehemalige finnische Präsident und Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari, dass Russland 2012 einen Prozess der Friedensregelung zwischen der syrischen Regierung und ihren Gegnern vorgeschlagen hatte, der den Rücktritt von Präsident Bashar al-Assad beinhaltet hätte. Aber, so Ahtisaari, die Vereinigten Staaten waren so zuversichtlich, dass Assad bald gewaltsam gestürzt werden würde, dass sie den Vorschlag ablehnten. Das war vor der vermeintlichen Dringlichkeit, Raketen im Jahr 2013 zu starten. Als US-Außenminister John Kerry öffentlich vorschlug, dass Syrien einen Krieg vermeiden könnte, indem es seine Chemiewaffen ausliefert und Russland diese Aussage auf die Probe stellte, erklärten seine Mitarbeiter, er habe es nicht so gemeint. Am nächsten Tag jedoch, als der Kongress den Krieg ablehnte, behauptete Kerry, seine Bemerkung durchaus ernst gemeint zu haben und zu glauben, dass der Prozess eine gute Chance habe, erfolgreich zu sein, was er natürlich auch tat. Leider wurden keine neuen Anstrengungen für den Frieden unternommen, die über den Abzug der Chemiewaffen hinausgingen, und die Vereinigten Staaten fuhren fort, sich mit Waffen, Ausbildungslagern und Drohnen in den Krieg einzumischen. Nichts davon sollte die Tatsache verdecken, dass Frieden möglich war.

15. September *An diesem Tag im Jahr 2001 stimmte die Kongressabgeordnete Barbara Lee als Einzige dagegen, den US-Präsidenten einen Freibrief für die Kriege zu geben, die sich in den kommenden Jahren als solche Katastrophen erweisen sollten.* Sie sagte, zum Teil, „Ich stehe hier heute wirklich mit einem sehr schweren Herzen, das mit Trauer für die Familien und die geliebten Menschen gefüllt ist, die in dieser Woche getötet und verletzt wurden. Nur die Dümmsten und Gefühllosesten würden die Trauer nicht verstehen, die unser Volk und Millionen auf der ganzen Welt wirklich ergriffen hat.... Unsere tiefsten Ängste suchen uns nun heim. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass militärische Maßnahmen weitere Akte des internationalen Terrorismus gegen die Vereinigten Staaten nicht verhindern werden. Dies ist eine

sehr komplexe und komplizierte Angelegenheit. Nun wird diese Resolution verabschiedet, obwohl wir alle wissen, dass der Präsident auch ohne sie einen Krieg führen kann. So schwierig diese Abstimmung auch sein mag, einige von uns müssen zur Zurückhaltung mahnen. Unser Land befindet sich in einem Zustand der Trauer. Einige von uns müssen sagen: Treten wir einen Schritt zurück. Lasst uns einfach innehalten, nur für eine Minute, und die Auswirkungen unseres heutigen Handelns durchdenken, damit dies nicht außer Kontrolle gerät. Nun habe ich mich über diese Abstimmung gequält. Aber ich habe mich heute damit auseinandergesetzt, und ich habe mich während der sehr schmerzhaften, aber auch sehr schönen Gedenkfeier damit auseinandergesetzt, gegen diese Resolution zu sein. Wie ein Mitglied des Klerus so eloquent sagte: „Wenn wir handeln, lasst uns nicht das Böse werden, das wir beklagen."

16. September *Beginnend an diesem Tag im Jahr 1982 massakrierte eine libanesische christliche Truppe namens Phalangisten, koordiniert und unterstützt vom israelischen Militär, etwa 2.000 bis 3.000 unbewaffnete palästinensische Flüchtlinge im Viertel Sabra und dem angrenzenden Flüchtlingslager Shatila in Beirut, Libanon.* Die israelische Armee umstellte das Gebiet, schickte die Phalangisten-Truppen hinein, kommunizierte mit ihnen per Walkie-Talkie und überwachte den Massenmord. Eine israelische Untersuchungskommission befand später den sogenannten Verteidigungsminister Ariel Scharon für persönlich verantwortlich. Er wurde zum Rücktritt gezwungen, aber nicht für ein Verbrechen belangt. Tatsächlich belebte er seine Karriere wieder und wurde Premierminister. Scharons erstes ähnliches Verbrechen geschah, als er 1953 als junger Major viele Häuser im jordanischen Dorf Qibya zerstörte, wo er für das Massaker an 69 Zivilisten verantwortlich war. Er nannte seine Autobiographie *Warrior (Krieger). Als er 2014 starb, wurde er in den Medien weithin und merkwürdigerweise als Mann des Friedens geehrt.* Ellen Siegel, eine jüdisch-amerikanische Krankenschwester, erzählte von dem Massaker, bei dem sie sah, wie ein israelischer Bulldozer ein Massengrab aushob: „Sie reihten uns an einer mit Kugeln übersäten Mauer auf, und sie hatten ihre Gewehre bereit. Und wir dachten wirklich, das war's... Ich meine, es war ein Erschießungskommando. Plötzlich kommt ein israelischer Soldat die Straße heruntergerannt und stoppte es. Ich nehme an, dass die Idee, ausländisches Gesundheitspersonal zu erschießen, für die Israelis nicht sehr reizvoll war. Aber die Tatsache, dass sie das sehen und stoppen konnten, zeigt, dass es eine gewisse Kommunikation gab."

17. September *Das ist der Tag der Verfassung. An diesem Tag im Jahr 1787 wurde die US-Verfassung verabschiedet und wurde bislang noch nicht verletzt.* Das sollte noch kommen. Viele Befugnisse, die dem Kongress gegeben wurden, einschließlich der Befugnis, Krieg zu führen, werden nun routinemäßig von Präsidenten usurpiert. Der Hauptautor der Verfassung James Madison bemerkte, dass „in keinem Teil der Verfassung mehr Weisheit zu finden ist, als in der Klausel, die die Frage von Krieg oder Frieden der Legislative und nicht der Exekutive anvertraut. Neben dem Einwand gegen eine solche Vermischung zu heterogenen Kräften wäre das Vertrauen und die Versuchung für einen einzelnen Mann zu groß; nicht so, wie es die Natur als Wunder vieler Jahrhunderte bieten mag, sondern so, wie es in den gewöhnlichen Sukzessionen der Magistratur zu erwarten ist. Krieg ist in der Tat der wahre Pfleger der exekutiven Erhöhung. Im Krieg soll eine physische Kraft geschaffen werden; und es ist der exekutive Wille, der sie lenken soll. Im Krieg sollen die öffentlichen Schätze erschlossen werden; und es ist die ausführende Hand, die sie verteilen soll. Im Krieg sollen die Ehren und Bezüge des Amtes vervielfacht werden; und es ist die exekutive Schirmherrschaft, unter der sie genossen werden sollen. Es ist schließlich der Krieg, in dem die Lorbeeren gesammelt werden sollen, und es ist die

Stirn der Exekutive, die sie umschließen sollen. Die stärksten Leidenschaften und gefährlichsten Schwächen der menschlichen Brust; Ehrgeiz, Geiz, Eitelkeit, die ehrenhafte oder lässliche Liebe zum Ruhm, sind alle in Verschwörung gegen den Wunsch und die Pflicht des Friedens.

18. September *An diesem Tag im Jahr 1924 begann Mohandas Gandhi ein 21-tägiges Fasten in einem muslimischen Haus für die muslimisch-hinduistische Einheit.* In der Northwest Frontier Province Indiens, die später zu Pakistan werden sollte, kam es zu Unruhen. Über 150 Hindus und Sikhs waren getötet worden, und der Rest der Bevölkerung floh um ihr Leben. Gandhi unternahm ein 21-tägiges Fasten. Es war eines von mindestens 17 solcher Fasten, die er unternahm, darunter zwei in den Jahren 1947 und 1948 für dieselbe, immer noch unerfüllte Sache der muslimisch-hinduistischen Einheit. Einige von Gandhis Fasten erzielten bedeutende Ergebnisse, wie auch viele andere Fasten vor und nach ihm. Gandhi betrachtete sie auch als eine Art von Training. „Es gibt nichts Mächtigeres als Fasten und Gebet", sagte er, „das uns die nötige Disziplin, den Geist der Selbstaufopferung, Demut und Entschlossenheit des Willens geben würde, ohne die es keinen wirklichen Fortschritt geben kann." Gandhi sagte auch: „Ein Hartal", das bedeutet, ein Streik oder eine Arbeitsniederlegung, „welcher freiwillig und ohne Druck herbeigeführt wird, ist ein mächtiges Mittel, um die Missbilligung des Volkes zu zeigen, aber Fasten ist es noch mehr. Wenn Menschen aus religiösen Gründen fasten und so ihren Kummer vor Gott demonstrieren, erzielt dies eine gewisse Resonanz. Die härtesten Herzen sind davon beeindruckt. Fasten wird von allen Religionen als eine große Disziplin angesehen. Diejenigen, die freiwillig fasten, werden dadurch mild und rein im Geist. Ein reines Fasten ist ein sehr kraftvolles Gebet. Es ist keine Kleinigkeit für Lakhs von Menschen", das heißt Hunderttausende, „sich freiwillig der Nahrung zu enthalten, und ein solches Fasten ist ein Satyagrahi-Fasten. Es veredelt Individuen und Nationen."

19. September *An diesem Tag im Jahr 2013 wurden Anführerinnen von WOZA, was für Women of Zimbabwe Arise steht, in Harare, Simbabwe, verhaftet, während sie den Internationalen Tag des Friedens feierten.* WOZA ist eine Bürgerbewegung in Simbabwe, die 2003 von Jenni Williams gegründet wurde, um Frauen zu ermutigen, sich für ihre Rechte und Freiheiten einzusetzen. Im Jahr 2006 beschloss WOZA, auch MOZA oder Men of Zimbabwe Arise zu gründen, die seither Männer organisiert, um gewaltfrei für die Menschenrechte zu arbeiten. Mitglieder von WOZA wurden mehrfach wegen friedlicher Demonstrationen verhaftet, unter anderem bei den jährlichen Protesten zum Valentinstag, die die Macht der Liebe der Liebe der Macht vorziehen. Im Juli 2013 hatten die Simbabwer an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen teilgenommen. Amnesty International beobachtete im Vorfeld der Wahlen ein hohes Maß an Repression. Robert Mugabe, der seit 1980 immer wieder fragwürdige Wahlen gewonnen hatte, wurde für eine fünfjährige Amtszeit als Präsident wiedergewählt, und seine Partei erlangte erneut die Mehrheit im Parlament. In den Jahren 2012 und 2013 wurden die Büros fast aller bedeutenden zivilgesellschaftlichen Organisationen in Simbabwe, einschließlich WOZA, gestürmt oder die Führung verhaftet, oder beides. Die Denkweise des zwanzigsten Jahrhunderts könnte WOZA raten, auf Gewalt zurückzugreifen. Doch Studien haben ergeben, dass gewaltlose Kampagnen gegen grausame Regierungen eine mehr als zweifach so hohe Wahrscheinlichkeit haben, erfolgreich zu sein, und diese Erfolge in der Regel viel länger anhalten. Wenn westliche Regierungen sich heraushalten können und mutige gewaltlose Aktivisten nicht als Werkzeug benutzen, um einen Pentagon-freundlichen Präsidenten zu

installieren, und wenn Menschen guten Willens aus der ganzen Welt WOZA und MOZA unterstützen können, könnte Simbabwe eine freiere Zukunft haben.

20. September *An diesem Tag im Jahr 1838 wurde die erste gewaltfreie Organisation der Welt, die New England Non-Resistance Society, in Boston, Massachusetts, gegründet.* Ihre Arbeit sollte Thoreau, Tolstoi und Gandhi beeinflussen. Sie wurde zum Teil von Radikalen gegründet, die über die Zaghaftigkeit der American Peace Society verärgert waren, die sich weigerte, jegliche Gewalt abzulehnen. In der Verfassung und der Gesinnungserklärung der neuen Gruppe, die hauptsächlich von William Lloyd Garrison verfasst wurde, hieß es unter anderem: „Wir können uns zu keiner menschlichen Regierung bekennen... Unser Land ist die Welt, unsere Landsleute sind die ganze Menschheit... Wir legen Zeugnis ab, nicht nur gegen jeden Krieg – ob offensiv oder defensiv, sondern gegen alle Kriegsvorbereitungen, gegen jedes Marineschiff, jedes Arsenal, jede Festung; gegen das Milizsystem und ein stehendes Heer; gegen alle militärischen Häuptlinge und Soldaten; gegen alle Denkmäler, die an den Sieg über einen fremden Feind erinnern, alle Trophäen, die in der Schlacht errungen wurden, alle Feiern zu Ehren militärischer oder maritimer Heldentaten; gegen alle Bewilligungen für die Verteidigung einer Nation durch Gewalt und Waffen von Seiten jeglicher gesetzgebenden Körperschaft; gegen jedes Edikt der Regierung, das von ihren Untertanen Militärdienst verlangt. Daher halten wir es für ungesetzlich, Waffen zu tragen oder ein militärisches Amt zu bekleiden...“ Die New England Non-Resistance Society setzte sich aktiv für Veränderungen ein, darunter für den Feminismus und die Abschaffung der Sklaverei. Mitglieder störten Kirchenversammlungen, um gegen die Untätigkeit in Sachen Sklaverei zu protestieren. Sowohl die Mitglieder als auch ihre Anführer sahen sich oft der Gewalt des wütenden Mobs ausgesetzt, weigerten sich aber stets, die Aggression zu erwidern. Die Gesellschaft schrieb diesem Nicht-Widerstand die Tatsache zu, dass keines ihrer Mitglieder jemals getötet wurde.

21. September *Dies ist der Internationale Tag des Friedens.* Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 1943 verabschiedete der US-Senat mit 73 zu 1 Stimmen die Fulbright-Resolution, was Unterstützung für eine internationale Nachkriegsorganisation zum Ausdruck bringt. Die daraus resultierenden Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet wurden, haben natürlich eine sehr gemischte Bilanz, was die Förderung des Friedens angeht. Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 1963 organisierte die War Resisters League die erste US-Demonstration gegen den Krieg in Vietnam. Die Bewegung, die sich daraus entwickelte, spielte schließlich eine wichtige Rolle bei der Beendigung dieses Krieges und bei der Ablehnung des Krieges in der US-Öffentlichkeit in einem solchen Ausmaß, dass die Kriegshetzer in Washington begannen, den öffentlichen Widerstand gegen den Krieg als Krankheit zu bezeichnen, das Vietnam-Syndrom. Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 1976 wurde Orlando Letelier, ein führender Gegner des chilenischen Diktators General Augusto Pinochet, auf Pinochets Befehl zusammen mit seiner amerikanischen Assistentin Ronni Moffitt durch eine Autobombe in Washington, D.C., getötet – das Werk eines ehemaligen CIA-Agenten. Der Internationale Tag des Friedens wurde zum ersten Mal 1982 gefeiert und wird von vielen Nationen und Organisationen mit Veranstaltungen auf der ganzen Welt jeden 21. September gewürdigt, einschließlich eintägiger Kriegspausen, die zeigen, wie einfach es wäre, jahrelange oder ewig lange Kriegspausen zu haben. An diesem Tag wird die Friedensglocke der Vereinten Nationen im UN-Hauptquartier in New York City geläutet. Dies ist ein guter Tag, um sich für einen dauerhaften Frieden einzusetzen und der Opfer von Kriegen zu gedenken.

22. September *An diesem Tag im Jahr 1961 wurde der Peace Corps Act von Präsident John Kennedy unterzeichnet, nachdem er am Tag zuvor vom Kongress verabschiedet worden war.* Das so geschaffene Friedenskorps wird in diesem Gesetz als „zur Förderung des Weltfriedens und der Freundschaft durch ein Friedenskorps, das interessierten Ländern und Gebieten Männer und Frauen aus den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellt, die für den Dienst im Ausland qualifiziert und bereit sind, wenn nötig unter harten Bedingungen zu dienen, um den Völkern dieser Länder und Gebiete bei der Deckung ihres Bedarfs an ausgebildeten Arbeitskräften zu helfen.“ Zwischen 1961 und 2015 sind fast 220.000 Amerikaner dem Friedenskorps beigetreten und haben in 140 Ländern gedient. Typischerweise helfen die Mitarbeiter des Peace Corps bei wirtschaftlichen, ökologischen oder bildungsbezogenen Bedürfnissen, nicht bei Friedensverhandlungen oder indem sie als menschliche Schutzschilde dienen. Aber sie sind auch nicht typischerweise Teil von Kriegs- oder Regierungsumsturzplänen, wie es bei der CIA, USAID, NED oder US-Personal, das für andere abgekürzte Regierungsbehörden im Ausland arbeitet, oft der Fall ist. Wie hart, wie respektvoll, wie weise Peace-Corps-Freiwillige arbeiten, hängt von den Freiwilligen ab. Zumindest zeigen sie der Welt unbewaffnete US-Bürger und gewinnen selbst einen Blick auf einen Teil der Außenwelt – eine aufschlussreiche Erfahrung, die vielleicht die Präsenz vieler Friedenskorps-Veteranen unter den Friedensaktivisten erklärt. Die Konzepte des Friedenstourismus und der Bürgerdiplomatie als Mittel zur Verringerung der Risiken von Kriegen wurden von Friedensstudiengängen und zahlreichen Nichtregierungsorganisationen aufgegriffen, die Auslandsaufenthalte in Realität oder am Bildschirm fördern.

23. September *An diesem Tag im Jahr 1973 nahm die United Farm Workers eine Satzung an, die eine Verpflichtung zur Gewaltlosigkeit enthielt.* Etwa 350 Delegierte hatten sich in Fresno, Kalifornien, versammelt, um eine Verfassung zu verabschieden und einen Vorstand und Offiziere für diese neu gegründete Gewerkschaft zu wählen. Die Veranstaltung war eine Feier zur Überwindung großer Widerstände und viel Gewalt, um diese Gewerkschaft von Landarbeitern zu gründen, die an schlechte Löhne und Einschüchterung gewöhnt waren. Sie waren mit Verhaftungen, Schlägen und Morden konfrontiert, ebenso wie mit Gleichgültigkeit und Feindseligkeit der Regierung und der Konkurrenz einer größeren Gewerkschaft. Cesar Chavez hatte ein Jahrzehnt zuvor mit der Organisierung begonnen. Er machte den Slogan „Yes, we can!“ oder „Si' se puede!“ populär. Er inspirierte junge Leute, Organisatoren zu werden, von denen viele immer noch dabei sind. Sie oder ihre Studenten organisierten viele der großen Kampagnen für soziale Gerechtigkeit des späten 20. Jahrhunderts. Die UFW verbesserte die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter in Kalifornien und im ganzen Land erheblich und leistete Pionierarbeit bei zahlreichen Taktiken, die seither mit großem Erfolg eingesetzt werden, darunter die berühmteste Taktik, der Boykott. Die Hälfte der Menschen in den Vereinigten Staaten hörte auf, Trauben zu essen, bis die Menschen, die die Trauben pflückten, eine Gewerkschaft gründen durften. Die UFW entwickelte die Technik, ein Unternehmen oder einen Politiker von mehreren Seiten auf einmal anzugreifen. Die Landarbeiter nutzten Fasten, menschliche Plakatwände, Straßentheater, Bürgerbeteiligung, Koalitionsbildung und Wählerwerbung. Die UFW rekrutierte Kandidaten, ließ sie wählen und machte dann Sit-ins in ihren Büros, bis sie ihre Zusagen einhielten – ein ganz anderer Ansatz, als sich zum Gefolgsmann eines Kandidaten zu machen.

24. September *An diesem Tag im Jahr 1963 ratifizierte der US-Senat den Vertrag über das*

Verbot von Atomtests, der auch als Vertrag über das begrenzte Verbot von Atomtests bekannt ist, weil er Atomexplosionen über der Erde oder unter Wasser, aber nicht unter der Erde verbot. Die Vereinbarung zielte darauf ab, den nuklearen Fallout in der Erdatmosphäre zu reduzieren, der durch Atomwaffentests, insbesondere durch die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und China, verursacht wurde, und dies gelang auch. Die Vereinigten Staaten hatten eine Reihe von Inseln auf den Marshallinseln unbewohnbar gemacht und hohe Raten von Krebs und Geburtsfehlern bei den Bewohnern verursacht. Der Vertrag wurde im Herbst 1963 auch von der Sowjetunion und dem Vereinigten Königreich ratifiziert. Die Sowjetunion hatte ein Testverbot in Verbindung mit der Abrüstung von nuklearen und nicht-nuklearen Waffen vorgeschlagen. Sie fand die Zustimmung der beiden anderen Staaten nur für das Testverbot. Die USA und Großbritannien wollten Inspektionen vor Ort für ein Verbot unterirdischer Tests, die Sowjets jedoch nicht. Also ließ der Vertrag unterirdische Tests aus dem Verbot heraus. Im Juni hatte Präsident John Kennedy in einer Rede an der American University verkündet, dass die Vereinigten Staaten die Atomtests in der Atmosphäre sofort einstellen würden, solange andere dies täten, während sie einen Vertrag anstrebten. „Der Abschluss eines solchen Vertrages, der so nah und doch so fern ist“, sagte Kennedy Monate vor seinem Abschluss, „würde das spiralförmige Wettrüsten in einem seiner gefährlichsten Bereiche eindämmen. Er würde die Atommächte in die Lage versetzen, mit einer der größten Gefahren, der sich die Menschheit im Jahr 1963 gegenübersieht, nämlich der weiteren Verbreitung von Atomwaffen, wirksamer umzugehen.“

25. September *An diesem Tag im Jahr 1959 trafen sich US-Präsident Dwight Eisenhower und der sowjetische Führer Nikita Chruschtschow.* Dies wurde als eine bemerkenswerte Erwärmung der Beziehungen des Kalten Krieges angesehen und schuf eine Atmosphäre der Hoffnung und Begeisterung für eine Zukunft ohne Atomkrieg. Vor einem zweitägigen Besuch bei Eisenhower in Camp David und auf Eisenhowers Farm in Gettysburg reisten Chruschtschow und seine Familie durch die Vereinigten Staaten. Sie besuchten New York, Los Angeles, San Francisco und Des Moines. In L.A. war Chruschtschow sehr enttäuscht, als die Polizei ihm mitteilte, dass es für ihn nicht sicher sei, Disneyland zu besuchen. Chruschtschow, der von 1894 bis 1971 lebte, kam nach dem Tod von Josef Stalin 1953 an die Macht. Er prangerte die, wie er es nannte, „Exzesse“ des Stalinismus an und sagte, er strebe eine „friedliche Koexistenz“ mit den Vereinigten Staaten an. Eisenhower behauptete, dass er das Gleiche wolle. Beide Staatsoberhäupter sagten, das Treffen sei produktiv gewesen und sie glaubten, dass „die Frage der allgemeinen Abrüstung die wichtigste ist, der die Welt heute gegenübersteht.“ Chruschtschow versicherte seinen Kollegen, er könne mit Eisenhower zusammenarbeiten, und lud ihn ein, die Sowjetunion 1960 zu besuchen. Aber im Mai schoss die Sowjetunion ein U-2-Spionageflugzeug ab, und Eisenhower log darüber, ohne zu wissen, dass die Sowjets den Piloten gefangen genommen hatten. Der Kalte Krieg war wieder im Gange. Ein amerikanischer Radarbediener für die streng geheime U-2 war sechs Monate zuvor übergelaufen und hatte den Russen angeblich alles erzählt, was er wusste, aber er wurde von der US-Regierung wieder aufgenommen. Sein Name war Lee Harvey Oswald. Die Kuba-Krise stand noch bevor.

26. September *Dies ist der Internationale Tag der UN für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen. Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 1924 verabschiedete der Völkerbund zum ersten Mal die Erklärung der Rechte des Kindes, die später zur Konvention über die Rechte des Kindes weiterentwickelt wurde.* Die Vereinigten Staaten sind der weltweit führende Gegner der Abschaffung von Atomwaffen und der einzige Verweigerer der Konvention über die Rechte des

Kindes, der 196 Nationen angehören. Natürlich verstoßen einige Parteien gegen den Vertrag, aber die Vereinigten Staaten sind so sehr auf Verhaltensweisen bedacht, die ihn verletzen würden, dass der US-Senat sich weigert, ihn zu ratifizieren. Die übliche Entschuldigung dafür ist, etwas über die Rechte von Eltern oder der Familie zu murmeln. In den Vereinigten Staaten können Kinder unter 18 Jahren jedoch lebenslang ohne Bewährung inhaftiert werden. Nach US-amerikanischem Recht dürfen Kinder ab 12 Jahren unter gefährlichen Bedingungen lange Stunden in der Landwirtschaft arbeiten. Ein Drittel der US-Staaten erlaubt körperliche Bestrafung in Schulen. Das US-Militär rekrutiert offen Kinder für vormilitärische Programme. Der US-Präsident hat Kinder durch Drohnenangriffe getötet und deren Namen auf einer Todesliste abgehakt. Alle diese Richtlinien, von denen einige von sehr profitablen Wirtschaftszweigen unterstützt werden, würden gegen die Konvention über die Rechte des Kindes verstoßen, wenn die Vereinigten Staaten ihr beitreten würden. Wenn Kinder Rechte hätten, hätten sie Rechte auf angemessene Schulen, Schutz vor Waffen und eine gesunde und nachhaltige Umwelt. Dies wären verrückte Dinge für den US-Senat.

27. September *An diesem Tag im Jahr 1923 zog sich Italien in einem friedensstiftenden Sieg für den Völkerbund von Korfu zurück.* Der Sieg war zweifelsohne ein einseitiger. Der Völkerbund, der von 1920 bis 1946 existierte und dem sich die Vereinigten Staaten weigerten beizutreten, war noch jung und stand auf dem Prüfstand. Korfu ist eine griechische Insel, und der Streit dort ging aus einem anderen Teilsieg hervor. Eine Völkerbundkommission, angeführt durch einen Italiener namens Enrico Tellini, beschwichtigte einen Grenzstreit zwischen Griechenland und Albanien auf eine Weise, die die Griechen nicht zufriedenstellte. Tellini, zwei Berater und ein Dolmetscher wurden ermordet, und Italien beschuldigte Griechenland. Italien bombardierte Korfu und marschierte dort ein, wobei zwei Dutzend Geflüchtete ums Leben kamen. Italien, Griechenland, Albanien, Serbien und die Türkei bereiteten sich auf Krieg vor. Griechenland appellierte an den Völkerbund, aber Italien verweigerte eine Kooperation und drohte mit dem Ausstieg aus dem Bund. Frankreich bevorzugte es, den Völkerbund aus der Angelegenheit rauszuhalten, weil Frankreich in einen Teil von Deutschland eingedrungen war und keinen Präzedenzfall wollte. Die Botschafterkonferenz des Völkerbundes kündigte Bedingungen zur Beilegung des Streits an, die vor allem günstig für Italien waren und eine hohe Zahlung von Geldern von Griechenland an Italien vorsahen. Beide Seiten willigten ein und Italien zog sich von Korfu zurück. Da kein weiterer Krieg ausgebrochen war, war dies ein Erfolg. Da sich jedoch hauptsächlich die aggressivere Nation durchgesetzt hatte, war dies ein Misserfolg. Es wurden keine Friedensarbeiter entsandt, keine Sanktionen, keine Strafverfolgungen, keine internationalen Verurteilungen oder Boykotte, keine Mehrparteienverhandlungen. Viele Lösungen gab es noch nicht, aber ein Schritt wurde unternommen.

28. September *Dies ist der Gedenktag des heiligen Augustinus; ein guter Zeitpunkt, um zu überlegen, was an der Idee eines „gerechten Krieges" falsch ist.* Augustinus, geboren im Jahr 354, versuchte eine Religion gegen Tötung und Gewalt mit organisiertem Massenmord und extremer Gewalt zu verbinden, und damit das Feld der Sophistik im gerechten Krieg zu eröffnen, in dem noch heute Bücher verkauft werden. Ein gerechter Krieg soll defensiv oder philanthropisch oder zumindest vergeltend sein, und das Leiden, das angeblich gestoppt oder gerächt wird, soll viel größer sein als das Leiden, das durch den Krieg verursacht wird. In Wirklichkeit jedoch verursacht Krieg mehr Leiden als alles andere. Ein gerechter Krieg soll vorhersagbar sein und eine große Erfolgswahrscheinlichkeit haben. In Wirklichkeit ist das

einzige, was leicht vorherzusagen ist, das Versagen. Es soll ein letzter Ausweg sein, wenn alle friedlichen Maßnahmen gescheitert sind. In Wirklichkeit gibt es immer friedliche Alternativen als fremde Länder wie Afghanistan, den Irak, Libyen, Syrien usw. anzugreifen. Während eines sogenannten gerechten Krieges soll nur auf Kämpfer abgezielt werden. In Wirklichkeit stellen Zivilisten seit dem Zweiten Weltkrieg die meisten Kriegsopfer dar. Das Töten von Zivilisten soll dem militärischen Wert eines Angriffs „angemessen" sein, aber das ist kein empirischer Standard, an den sich jeder halten kann. Im Jahr 2014 erklärte eine Pax-Christi-Gruppe: „KREUZZÜGE, INQUISITION, SKLAVEREI, FOLTER, TODESSTRAFE, KRIEG: Über viele Jahrhunderte hinweg rechtfertigten kirchliche Führer und Theologen jedes dieser Übel als im Einklang mit dem Willen Gottes. Nur einer von ihnen behält diese Position in der offiziellen Lehre der Kirche heute bei."

29. September *An diesem Tag im Jahr 1795 veröffentlichte Immanuel Kant „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf".* Der Philosoph listete Dinge auf, die er für den Frieden auf Erden als notwendig betrachtete. Dazu gehörten: „Es soll kein Friedensschluss für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden" und „Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß) von einem andern Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung erworben werden können" sowie „Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen: als da sind, Anstellung der Meuchelmörder, ... und Anstiftung des Verrats in dem bekriegten Staat". Kant sah außerdem ein Verbot von Staatsschulden vor. Andere Punkte auf seiner Liste von Schritten zur Abschaffung des Krieges besagten einfach „Es soll keinen Krieg mehr geben", wie der folgende: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats einmischen". Oder die folgende Aussage, die es auf den Punkt bringt: „Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören". Kant eröffnete eine dringend benötigte Diskussion, hat aber möglicherweise mehr Schaden als Nutzen angerichtet, als er ankündigte, dass der natürliche Zustand der Menschen (was auch immer das bedeutet) Krieg ist, und dass Frieden etwas Künstliches ist, das von der Friedlichkeit anderer abhängt (also nicht allzu schnell die Armeen abschaffen). Er behauptete ebenfalls, dass repräsentative Regierungen Frieden bringen würden, auch für nichteuropäische „Wilde", die er als ewig im Krieg phantasierte.

30. September *An diesem Tag im Jahr 1946 erklärten die US-geführten Nürnberger Prozesse 22 Deutsche für schuldig, zum größten Teil Verbrechen begangen zu haben, die die Vereinigten Staaten selbst begangen hatten und weiterhin begehen würden.* Das Verbot von Krieg in dem Kellogg-Briand-Pakt wurde in ein Verbot von Angriffskrieg umformuliert, demzufolge die Sieger entschieden, dass nur die Verlierer aggressiv gewesen waren. Dutzende US-Angriffskriege wurden seitdem nicht verfolgt. Währenddessen stellte das US-Militär sechzehnhundert ehemalige Nazi-Wissenschaftler und Ärzte ein, darunter einige der engsten Verbündeten von Adolf Hitler. Dies waren Männer, die für Mord, Sklaverei und menschliche Experimente verantwortlich waren, darunter Männer, die für Kriegsverbrechen verurteilt wurden. Einige der in Nürnberg verurteilten Nazis hatten bereits vor den Gerichtsverfahren für die USA in Deutschland oder den USA gearbeitet. Einige wurden für Jahre vor ihrer Vergangenheit von der US-Regierung geschützt, als sie in Boston Harbor, Long Island, Maryland, Ohio, Texas,

Alabama oder anderswo lebten und arbeiteten, oder sie wurden von der US-Regierung nach Argentinien ausgeflogen, um sie vor Verfolgung zu schützen. Ehemalige Nazi-Spione, die meisten waren Ehemalige der SS, wurden von Amerika im Nachkriegsdeutschland angeheuert, um Sowjets auszuspionieren und zu foltern. Ehemalige Nazi-Raketenwissenschaftler begannen mit der Entwicklung der Interkontinentalrakete. Ehemalige Nazi-Ingenieure, die Hitlers Bunker entworfen hatten, konzipierten für die US-Regierung unterirdische Festungen in den Catoctin und Blue Ridge Mountains. Ehemalige Nazis entwickelten die US-Programme für chemische und biologische Waffen und wurden mit einer neuen Agentur namens NASA beauftragt. Ehemalige Nazi-Lügner entwarfen Geheimdienstberichte, in denen die sowjetische Bedrohung fälschlicherweise hochgespielt wurde — die Rechtfertigung für all dieses Übel.

1. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1990 unterstützten die Vereinigten Staaten eine Invasion Ruandas durch eine ugandische Armee, die von in den USA ausgebildeten Mördern angeführt wurde.* Die Vereinigten Staaten unterstützten ihren Angriff auf Ruanda für dreieinhalb Jahre. Dies ist ein guter Tag, um sich daran zu erinnern, dass Kriege Völkermorde nicht verhindern können, sondern diese verursachen können. Wenn Sie sich heutzutage dem Krieg widersetzen, werden Sie sehr schnell zwei Worte hören: „Hitler“ und „Ruanda“. Da Ruanda mit einer polizeilichen Krise konfrontiert war, müssen Libyen, Syrien oder der Irak bombardiert werden. Allerdings war Ruanda mit einer durch den Militarismus erzeugten Krise konfrontiert, nicht mit einer Krise, die den Militarismus benötigte. UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali behauptete, dass „der Völkermord in Ruanda zu einhundert Prozent in der Verantwortung Amerikas liege!“ Warum? Nun, die Vereinigten Staaten unterstützten am 1. Oktober 1990 eine Invasion Ruandas. Africa Watch (später Human Rights Watch/Afrika) hat Menschenrechtsverletzungen durch Ruanda übertrieben und verurteilt, nicht den Krieg. Überlebende Personen flohen vor den Angreifern, was zu einer Flüchtlingskrise, zerstörter Landwirtschaft und gescheiterter Wirtschaft führte. Die Vereinigten Staaten und der Westen bestückten die Kriegführenden und erzeugten zusätzlichen Druck durch die Weltbank, IMF und USAID. Feindseligkeit verstärkte sich zwischen den Hutus und Tutsis. Im April 1994 wurden die Präsidenten von Ruanda und Burundi ziemlich wahrscheinlich von dem US-unterstützten Kriegsmachern und zukünftigen ruandischen Präsidenten Paul Kagame getötet. Daraufhin folgte der chaotische und nicht eindeutig einseitige Völkermord. An diesem Punkt hätten Friedensarbeiter, Hilfsmittel, Diplomatie, Entschuldigung oder rechtliche Verfolgung helfen können. Nicht jedoch Bomben. Die Vereinigten Staaten lehnten sich zurück, bis Kagame die Macht übernahm. Er würde den Krieg in den Kongo führen, wo 6 Millionen Menschen sterben würden.

2. Oktober *An diesem Tag wird jedes Jahr weltweit der Internationale Tag der Gewaltlosigkeit der Vereinten Nationen begangen.* Beschlossen durch eine Resolution der UN-Generalversammlung im Jahr 2007, wurde der Tag der Gewaltlosigkeit bewusst auf das Geburtsdatum von Mahatma Gandhi gelegt, der große Vertreter des gewaltfreien zivilen Ungehorsams, der Indien 1947 zu seiner Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft führte. Gandhi betrachtete Gewaltlosigkeit als „die größte Kraft, die der Menschheit zur Verfügung steht...mächtiger als die mächtigste Waffe der Zerstörung, die durch den Einfallsreichtum des Menschen entwickelt wurde“. Es ist wichtig anzumerken, dass seine Auffassung dieser Kraft weiter war als seine eigene Verwendung davon, um die Unabhängigkeit seines Landes zu gewinnen. Gandhi erkannte ebenfalls, dass Gewaltlosigkeit entscheidend ist, um gute Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Religionen und Ethnien aufzubauen, die Rechte

der Frauen zu erweitern und die Armut zu verringern. Seit seinem Tod in 1948 haben viele Gruppen auf der Welt, wie z. B. Antikriegs- und Bürgerrechtsaktivisten in den USA, gewaltlose Strategien erfolgreich angewandt, um politische oder soziale Veränderungen voranzutreiben. Die ergriffenen Maßnahmen umfassten Proteste und Überzeugung, einschließlich Märschen und Wachen, Nichtzusammenarbeit mit einer Regierungsbehörde und gewaltfreie Interventionen wie Sitzstreiks und Blockaden, um ungerechte Handlungen zu verhindern. In ihrer Resolution zum Tag der Gewaltlosigkeit bekräftigten die Vereinten Nationen sowohl die universelle Relevanz des Grundsatzes der Gewaltlosigkeit als auch seine Wirksamkeit bei der Sicherung einer Kultur des Friedens, der Toleranz und des Verständnisses. Um diese Sache am Tag der Gewaltlosigkeit voranzutreiben, bieten Einzelpersonen, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen auf der ganzen Welt Vorträge, Pressekonferenzen und andere Präsentationen an, um die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie gewaltfreie Strategien zur Förderung des Friedens sowohl innerhalb als auch zwischen Nationen eingesetzt werden können.

3. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1967 gaben mehr als 1.500 Männer in den USA ihre Einberufungsbescheide bei der ersten „Turn-in"-Demonstration des Landes gegen den Vietnamkrieg an die US-Regierung zurück.* Der Protest wurde von einer Anti-Einberufungs-Aktivistengruppe namens „The Resistance" organisiert, die zusammen mit anderen Antikriegs-Aktivistengruppen einige zusätzliche „Turn-Ins" inszenieren würde, bevor sie ausklingen. 1964 war jedoch eine andere Form des Einberufungsbescheid-Protests aufgetreten, die sich als dauerhafter und konsequenter herausstellen sollte. Dies war das Verbrennen von Einberufungsbescheiden, vor allem bei Demonstrationen, die von Studenten organisiert wurden. Durch diesen Akt des Trotzes versuchten die Studenten, ihr Recht geltend zu machen, nach dem Abschluss mit ihrem eigenen Leben weiterzumachen, anstatt gezwungen zu sein, sie in einem von vielen als unverschämt unmoralisch erachteten Krieg in Gefahr zu bringen. Das Gesetz spiegelte sowohl Mut als auch Überzeugung wider, da der US-Kongress im August 1965 ein Gesetz verabschiedet hatte, das später vom Obersten Gerichtshof bestätigt wurde und die Zerstörung von Einberufungsbescheiden zum Verbrechen machte. In Wirklichkeit wurden jedoch nur wenige Männer wegen des Verbrechens verurteilt, da das Verbrennen von Einberufungsbescheiden weithin nicht als Akt der Wehrdienstentziehung, sondern als Kriegswiderstand angesehen wurde. In diesem Zusammenhang haben wiederkehrende Bilder der Verbrennungen in Print und Fernsehen dazu beigetragen, die öffentliche Meinung gegen den Krieg zu wenden, indem sie veranschaulichten, inwieweit sie die traditionellen Loyalitäten entfremdete. Die Verbrennungen spielten auch eine Rolle bei der Störung der Fähigkeit des US-amerikanischen Selective Service Systems, die für den effektiven Betrieb der US-Kriegsmaschine in Vietnam und Südostasien erforderlichen neuen Arbeitskräfte aufrechtzuerhalten. Auch auf diese Weise haben sie geholfen, einen ungerechten Krieg zu beenden.

4. Oktober *An diesem Datum wird jedes Jahr der Festtag des Heiligen Franz von Assisi von den Katholiken auf der ganzen Welt begangen.* Der 1181 geborene Franziskus ist eine der großen Gestalten der römisch-katholischen Kirche, der Gründer ihres größten religiösen Ordens und bereits zwei Jahre nach seinem Tod im Jahr 1226 als Heiliger anerkannt. Und doch ist es das Verständnis der Nachwelt für den Menschen Franziskus, das sowohl auf Tatsachen als auch auf Ausschmückungen der Legende beruht, das weiterhin Millionen von Menschen verschiedener oder keiner Glaubensrichtungen inspiriert, seinem Beispiel zu folgen und das Leben anderer

Menschen und Tiere zu schätzen und zu verbessern. Franziskus selbst führte ein Leben der radikalen Hingabe an Arme und Kranke. Aber weil er seine Inspiration in der Natur, dem Fleisch und den einfachen Dingen fand, war er auch zutiefst einfühlsam und in der Lage, mit Kindern, Zöllnern, Ausländern und Pharisäern gleichermaßen umzugehen. Zu seinen Lebzeiten inspirierte Franziskus diejenigen, die ein Leben mit Sinn und Dienst suchten. Seine Bedeutung für uns heute liegt jedoch nicht als Ikone, sondern darin, den Weg zu Offenheit, Ehrfurcht vor der Natur, Liebe zu den Tieren und Respekt und friedlichen Beziehungen mit allen anderen Menschen zu zeigen. Die universelle Bedeutung von Franziskus' Respekt vor dem Leben wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die UNESCO, eine Organisation der Vereinten Nationen, die sich der Schaffung von Frieden durch internationale Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Kultur verschrieben hat, die Basilika des Heiligen Franziskus in Assisi zum Weltkulturerbe ernannt hat. Die säkulare UN-Institution hat in Franziskus einen verwandten Geist gefunden und versucht mit ihm, den Weltfrieden von seinem notwendigen Fundament in den Herzen der Männer und Frauen aus aufzubauen.

5. Oktober *An diesem Datum im Jahr 1923 wurde der amerikanische Friedensaktivist Philip Berrigan in Two Harbors, Minnesota, geboren.* Im Oktober 1967 schloss sich Berrigan, damals ein römisch-katholischer Priester, mit drei anderen Männern zum ersten von zwei denkwürdigen Akten zivilen Ungehorsams gegen den Vietnamkrieg zusammen. Die „Baltimore Four“, wie die Gruppe genannt wurde, gossen symbolisch ihr Eigen- und Geflügelblut auf die im Baltimore Customs House abgelegten Selective Service Records. Sieben Monate später tat sich Berrigan mit acht anderen Männern und Frauen zusammen, darunter sein Bruder Daniel, selbst Priester und Antikriegsaktivist, um Hunderte von Einberufungsakten mit dem Status 1-A in Drahtkörben von der Einberufungsbehörde in Catonsville, Maryland, zu ihrem Parkplatz zu tragen. Dort setzten die so genannten „Catonsville Nine“ die Akten in Brand, wobei sie, wiederum symbolisch, selbst hergestelltes Napalm verwendeten. Diese Tat verhalf den beiden Berrigan-Brüdern zu Ruhm und löste in den Haushalten der ganzen Nation eine Debatte über den Krieg aus. Philip Berrigan seinerseits prangerte jeden Krieg als „einen Fluch gegen Gott, die menschliche Familie und die Erde selbst “ an. Für seine vielen Taten des gewaltlosen Widerstands gegen den Krieg zahlte er im Laufe seines Lebens den Preis von elf Jahren im Gefängnis. Diese verlorenen Jahre gewährten ihm jedoch eine bedeutsame Einsicht, die er 1996 in seiner Autobiographie *Fighting the Lamb's War* niederschrieb: „Ich sehe wenig Unterschied zwischen der Welt innerhalb der Gefängnistore und der Welt außerhalb“, schrieb Berrigan. „Eine Million Gefängnismauern können uns nicht schützen, denn die wahren Gefahren – Militarismus, Gier, wirtschaftliche Ungleichheit, Faschismus, Polizeibrutalität – liegen außerhalb, nicht innerhalb von Gefängnismauern.“ Dieser heldenhafte Kämpfer für eine Welt jenseits des Krieges starb am 6. Dezember 2002 im Alter von 79 Jahren.

6. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1683 erreichten dreizehn größtenteils quäkerische Familien aus dem westdeutschen Rheinland nach einer 75-tägigen Transatlantikreise an Bord des 500-Tonnen-Schoners* Concord *den Hafen von Philadelphia.* Die Familien hatten in ihrer Heimat nach den Umwälzungen der Reformation unter religiöser Verfolgung gelitten und glaubten aufgrund von Berichten, dass die neue Kolonie Pennsylvania ihnen sowohl das Ackerland als auch die religiöse Freiheit bieten würde, die sie suchten. Ihr Gouverneur, William Penn, vertrat die Quäkerlehren von Gewissensfreiheit und Pazifismus und hatte eine Charta der Freiheiten verfasst, die Religionsfreiheit garantierte. Die Auswanderung der deutschen Familien war von

Penns Freund Francis Pastorius organisiert worden, einem deutschen Agenten für eine Landkaufgesellschaft in Frankfurt. Im August 1683 hatte Pastorius mit Penn über den Kauf eines Landstücks nordwestlich von Philadelphia verhandelt. Nach der Ankunft der Auswanderer im Oktober half er ihnen, die spätere Siedlung „Germantown“ zu gründen. Die Siedlung florierte, denn die Bewohner bauten entlang der Bäche Textilfabriken und züchteten auf ihren drei Hektar großen Grundstücken Blumen und Gemüse. Pastorius diente später als Bürgermeister der Stadt, gründete ein Schulsystem und schrieb die erste Resolution in den Vereinigten Staaten gegen die Sklaverei. Obwohl der Resolution keine konkreten Taten folgten, verankerte sie tief in der Germantown-Gemeinde die Vorstellung, dass Sklaverei dem christlichen Glauben widerspricht. Fast zwei Jahrhunderte später wurde die Sklaverei in den Vereinigten Staaten offiziell beendet. Dennoch gibt es Anzeichen dafür, dass die Verderbtheit, auf der sie beruhte, niemals vollständig ausgelöscht werden kann, solange das Quäker-Prinzip, dass alle Handlungen an das moralische Gewissen gebunden sein müssen, nicht allgemein akzeptiert wird.

7. Oktober *An diesem Datum im Jahr 2001 griffen die Vereinigten Staaten Afghanistan an und begannen einen der längsten Kriege in der Geschichte der USA.* Kinder, die nach dem Beginn des Krieges geboren wurden, kämpften auf der Seite der USA und starben auf der Seite der Afghanen. Dies ist ein guter Tag, um sich daran zu erinnern, dass Kriege leichter verhindert als beendet werden können. Dieser hätte sicherlich verhindert werden können. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verlangten die Vereinigten Staaten von den Taliban die Auslieferung des mutmaßlichen Drahtziehers Osama Bin Laden. In Übereinstimmung mit der afghanischen Tradition verlangten die Taliban Beweise. Die USA antworteten mit einem Ultimatum. Die Taliban ließen die Forderung nach Beweisen fallen und schlugen vor, über Bin Ladens Auslieferung zu verhandeln, um ihn in einem anderen Land vor Gericht zu stellen, vielleicht in einem Land, das sich sogar dazu entschließen könnte, ihn in die USA zu schicken. Die USA reagierten darauf, indem sie eine Bombenkampagne begannen und in ein Land einmarschierten, das sie nicht angegriffen hatte, und töteten die ersten der Hunderttausenden von Zivilisten, die in den Rachekriegen des 11. September sterben würden. In Anbetracht der weltweiten Sympathiebekundungen nach dem 11. September 2001 hätten die Vereinigten Staaten vielleicht die Zustimmung der UNO zu einer Militäraktion erlangen können, auch wenn es in Wirklichkeit keine gesetzliche Rechtfertigung dafür gab. Die USA haben sich nicht die Mühe gemacht, es zu versuchen. Die USA zogen schließlich die UN und sogar die NATO hinzu, behielten aber ihre unilaterale Interventionstruppe bei, die kurioserweise „Operation Enduring Freedom“ genannt wurde. Schließlich wurden die USA praktisch allein gelassen, um die Bemühungen fortzusetzen, die Warlords zu stützen, die sie in einem andauernden Krieg, der jeden Anschein von Bedeutung oder Rechtfertigung verloren hatte, über andere Warlords gestellt hatten. Es ist in der Tat ein guter Tag, um sich daran zu erinnern, dass Kriege leichter verhindert als beendet werden können.

8. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1917 schickte der englische Dichter Wilfred Owen seiner Mutter den frühesten erhaltenen Entwurf eines der bekanntesten Kriegsgedichte in englischer Sprache.* Das Gedicht mit dem lateinischen Titel, der übersetzt „Sweet and Fitting It Is“ (Süß und angemessen ist es) heißt, kontrastiert auf satirische Weise Owens eigene düstere und schreckliche Erfahrungen als Soldat im Ersten Weltkrieg mit dem Adel des Krieges, wie er in einer Ode des römischen Dichters Horaz beschrieben wird. In der Übersetzung lautet die erste Zeile von Horaz' Gedicht: „Süß und angemessen ist es, für sein Land zu sterben.“ Owens Entlarvung einer solchen Anmaßung ist bereits in einer Nachricht an seine Mutter

vorweggenommen, die er mit einem frühen Entwurf seines eigenen Gedichts schickte: „Hier ist ein Gasgedicht“, notierte er sardonisch. In dem Gedicht, in dem Horaz als „mein Freund“ bezeichnet wird, evoziert Owen die Schrecken des Gaskrieges, wie sie am Beispiel eines Soldaten, der seine Maske nicht rechtzeitig aufsetzen kann, dargestellt werden. Er schreibt:

Wenn du bei jedem Ruck das Blut hören könntest,
Aus der schaumverkrusteten Lunge gurgeln würde,
Obszön wie Krebs, bitter wie das Wiederkäuen
Von abscheulichen, unheilbaren Wunden auf unschuldigen Zungen, —
Mein Freund, du würdest nicht mit so viel Schwung erzählen
Den Kindern, die nach verzweifeltem Ruhm brennen,
Die alte Lüge: Dulce et decorum est
Pro patria mori.

Horaz' Gefühl ist eine Lüge, denn die Realität der Schlacht zeigt, dass für den Soldaten der Akt des Sterbens für sein Land alles andere als „süß und angemessen“ ist. Aber, so könnte man auch fragen, was ist mit dem Krieg selbst? Kann das Töten und Verstümmeln von Menschenmassen jemals als edel bezeichnet werden?

9. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1944 wurden allen Ländern der Welt Vorschläge für eine Nachkriegsorganisation als Nachfolger des Völkerbundes zum Studium und zur Diskussion vorgelegt.* Die Vorschläge stammten von Vertretern Chinas, Großbritanniens, der UdSSR und der Vereinigten Staaten, die sich sieben Wochen zuvor in Dumbarton Oaks, einem privaten Herrenhaus in Washington, D.C., getroffen hatten. Ihre Aufgabe war es, einen Entwurf für die Organisation eines neuen internationalen Gremiums zu erstellen, das unter dem Namen Vereinte Nationen bekannt werden sollte und das eine breite Akzeptanz finden sowie den internationalen Frieden und die Sicherheit effektiv aufrechterhalten könnte. Zu diesem Zweck sah der Vorschlag vor, dass die Mitgliedsstaaten einem geplanten Sicherheitsrat Streitkräfte zur Verfügung stellen, die kollektive Maßnahmen zur Verhinderung und Beseitigung von Friedensbedrohungen oder militärischen Angriffshandlungen treffen sollten. Dieser Mechanismus blieb ein entscheidendes Merkmal der daraus resultierenden Vereinten Nationen, die im Oktober 1945 gegründet wurden, aber seine Bilanz der Wirksamkeit bei der Verhinderung oder Beendigung von Kriegen war enttäuschend. Ein großes Problem ist das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – USA, Russland, Großbritannien, China und Frankreich –, das es ihnen ermöglicht, jede Resolution abzulehnen, die ihre eigenen strategischen Interessen bedroht. Tatsächlich wurde die UNO in ihren Bemühungen, den Frieden zu bewahren, durch einen Mechanismus eingeschränkt, der den Interessen der Macht den Vorrang vor denen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit gibt. Es ist wahrscheinlich, dass der Krieg erst dann beendet sein wird, wenn die großen Nationen der Welt sich endlich auf seine völlige Abschaffung einigen und institutionelle Strukturen geschaffen werden, durch die diese Vereinbarung systematisch aufrechterhalten werden kann.

10. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1990 sagte ein 15-jähriges kuwaitisches Mädchen vor dem Congressional Human Rights Caucus aus, dass sie bei ihrer Arbeit als Freiwillige im kuwaitischen al-Adan-Krankenhaus gesehen hatte, wie irakische Truppen Dutzende von Babys aus den Brutkästen rissen und sie „zum Sterben auf dem kalten Boden“ zurückließen.* Der Bericht des Mädchens schlug ein wie eine Bombe. Sie wurde von Präsident George H.W. Bush mehrfach wiederholt, um die öffentliche Unterstützung für eine massive, von den USA geführte

Luftoffensive zu gewinnen, die für Januar 1991 geplant war, um die irakischen Streitkräfte aus Kuwait zu vertreiben. Später stellte sich jedoch heraus, dass es sich bei der jungen Zeugin im Kongress um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA handelte. Ihre Aussage war das konstruierte Produkt einer US-PR-Firma, deren Recherchen im Auftrag der kuwaitischen Regierung ergeben hatten, dass die Beschuldigung „des Feindes“ wegen Gräueltaten der beste Weg war, um die öffentliche Unterstützung für einen Krieg zu gewinnen, der sich als schwer zu verkaufen erwies. Nachdem die irakischen Streitkräfte aus Kuwait vertrieben worden waren, stellte eine Untersuchung des ABC-Networks fest, dass dort tatsächlich Frühgeburten während der Besatzung starben. Die Ursache war jedoch, dass viele kuwaitische Ärzte und Krankenschwestern von ihren Posten geflohen waren – und nicht, dass irakische Truppen kuwaitische Babys aus ihren Brutkästen gerissen und zum Sterben auf dem Krankenhausboden zurückgelassen hatten. Trotz dieser Enthüllungen haben Umfragen gezeigt, dass viele Amerikaner den Angriff auf die irakischen Besatzungstruppen 1991 für einen „guten Krieg“ halten. Gleichzeitig sehen sie die Invasion des Irak im Jahr 2003 ungünstig, weil sich die angebliche Begründung dafür, „Massenvernichtungswaffen“, als Lüge erwiesen hat. In der Tat beweisen beide Konflikte erneut, dass jeder Krieg eine Lüge ist.

Auf den zweiten Montag im Oktober fällt der Kolumbus-Tag, an dem die Ureinwohner Amerikas dem europäischen Völkermord zum Opfer fielen. Heute ist ein guter Tag, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen.

11. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1884 wurde Eleanor Roosevelt auf die Welt gebracht. Während ihrer Zeit als First Lady in den Jahren 1933 bis 1945 und bis zu ihrem Tod im Jahr 1962 tat sie alles in ihrer Macht Stehende, um für soziale Gerechtigkeit sowie Bürger- und Menschenrechte einzutreten.* Im Jahr 1946 ernannte Präsident Harry Truman Eleanor Roosevelt zur ersten US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen. Dort wurde sie erste Vorsitzende der UN-Menschenrechtskommission. In dieser Rolle wirkte sie 1948 an der Gründung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen mit. Das Dokument wurde von Roosevelt sowie anderen Experten aus verschiedenen Fachbereichen mit verfasst. Die Grundsätze dieser Erklärung basieren auf zwei wichtigen ethischen Überlegungen: Der angeborenen Würde des Menschen und der Nichtdiskriminierung. Zur Aufrechterhaltung dieser Grundsätze besteht die Menschenrechtserklärung aus 30 Artikeln, die sich wiederum aus verschiedenen bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten zusammensetzen. Das Dokument mag zwar unverbindlich sein, aber viele Fachpersonen sehen dies als ausschlaggebenden Faktor. Diese Unverbindlichkeit gilt nämlich als starke Basis für die Entwicklung neuer gesetzlichen Regelungen mit Blick auf internationale Menschenrechtsgesetze und hilft zudem dabei, ein nahezu universelles Verständnis für Menschenrechte zu schaffen. Eleanor Roosevelt arbeitete bis an ihr Lebensende an der Genehmigung und anschließenden Umsetzung der Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert wurden. Dies wurde auch Teil ihres bleibenden Vermächtnisses. Ihr Beitrag zur Verfassung der Menschenrechtserklärung half bei der Gestaltung der Verfassungen sämtlicher Nationen sowie einer internationalen Völkerrechtsordnung. Im Jahr 1952 ernannte Präsident Truman Eleanor Roosevelt aufgrund ihrer Arbeit zur „First Lady der Welt“.

12. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1921 erreichte der Völkerbund seinen ersten großen Friedensschluss des Streits in Oberschlesien.* Dieser Tag war ein Paradebeispiel der

Überlegenheit der Intelligenz im Gegensatz zu brachialer Gewalt. Der Anstand siegte, wenn auch nur für einen Moment. Eine Organisation, deren Einrichtung ein friedliches Miteinander ermöglichen soll, gelangte somit zum ersten Mal erfolgreich auf die Weltbühne. Der Völkerbund war eine zwischenstaatliche Organisation, die als Ergebnis des Pariser Friedensabkommens gegründet wurde. Die Gründung des Bundes basierte zunächst auf dem Grundsatz, Frieden auf globaler Ebene zu wahren. Hauptziele des Bundes waren unter anderem die Kriegsverhütung durch kollektive Sicherheits- und Entwaffnungsmaßnahmen sowie die Beilegung internationaler Streitigkeiten durch Verhandlungen und Schlichtungen. Der Völkerbund wurde am 10. Januar 1920 gegründet und war zunächst in Genf ansässig. Erste Aufgabe des Bundes war die Ratifizierung des Vertrags von Versailles, mit dem das Ende des ersten Weltkrieges im Jahr 1919 eingeläutet wurde. Trotz der breiteren Debatte um die Wirksamkeit des Völkerbunds gab es in den 20er Jahren sehr viele kleine Erfolge hinsichtlich der Konfliktbewältigung, Lebensrettung sowie der Schaffung von Grundlagen, auf welchen im Jahr 1945 die Vereinten Nationen ins Leben gerufen werden würden. In den Streit um Oberschlesien, der nach dem ersten Weltkrieg entstand, waren Polen und Deutschland verwickelt. Dabei ging es um Landesgrenzen. Nachdem es nicht zu einer Einigung gekommen war, wurde der Fall an die frischgebackenen Vereinten Nationen übergeben. Der Beschluss der Vereinten Nationen wurde im Oktober 1921 von beiden Seiten angenommen. Die Annahme des Beschlusses zeigte, wie wichtig der Verstand im Gegensatz zu brutalem Handeln war und galt als Hoffnungsträger für viele, dass vielleicht eines Tages auf Basis offener Kommunikation und gegenseitigen Verständnisses statt der Gewalt und Zerstörung verhandelt werden könnte.

13. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1812 weigerten sich Soldaten der Miliz des Staates New York, den Fluss Niagara nach Kanada zu überqueren, um die dortige Miliz sowie einheimische Soldaten im Kampf gegen die Briten, auch als die Schlacht bei Queenston Heights bekannt, zu unterstützen.* Vier Monate nach Beginn des Kriegs von 1812 wurde ein Kampf ausgetragen, um eine von drei geplanten US-Belagerungen in Kanada zu erzielen. Diese sollten die Eroberungen von Montreal und Quebec deutlich vereinfachen. Zu den Zielen des Krieges gehörten die Beendigung der Sanktionen gegen den US-Handel mit Frankreich sowie der Zwangsrekrutierung US-amerikanischer Seeleute in die britische Kriegsmarine, aber auch die Eroberung Kanadas und seine Hinzufügung zu den Vereinigten Staaten. Es lief in der Schlacht bei Queenston Heights anfangs sehr gut für die Amerikaner. Von der Stadt Lewiston in New York aus überquerten Voraustruppen den Fluss Niagara und richteten sich auf einer Böschung über Queenstown ein. Anfangs hielten die Truppen gut Stellung, doch ohne Verstärkung war es ihnen nicht mehr lange möglich, die britischen und indianischen Kämpfer fernzuhalten. Dennoch waren sehr wenige aus den Reihen der New Yorker Miliz, der Hauptverstärkungsquelle in Lewiston, bereit, ihnen zu Hilfe zu kommen. Stattdessen zitierten sie einige Klauseln der Verfassung, bei denen es darum ging, dass sie nur zum Schutz ihres Staates verpflichtet waren und nicht zur Belagerung eines anderen Landes. Ohne Unterstützung waren die verbleibenden Truppen in Queenston Heights schnell von britischen Kämpfern umzingelt, die letztendlich die Kapitulation erzwangen. Vielleicht war dieses Ereignis sogar von allen Kriegen symbolisch. Auf Kosten vieler konnte in diesem Krieg nämlich nicht jener Streit geschlichtet werden, der durch diplomatisches Handeln hätte geschlichtet werden können.

14. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1644 wurde William Penn in London geboren.* Obwohl sein Vater ausgewiesener anglikanischer Admiral der britischen Kriegsmarine war, wurde Penn im

Alter von 22 Quäker. Dabei eignete er sich moralische Glaubenssätze an, die unter anderem Toleranz gegenüber allen Religionen und Ethnien sowie eine allgemeine Waffenverweigerung befürworteten. Im Jahr 1681 beglich König Karl II von England eine große Geldschuld bei Penns verstorbenem Vater, indem er William ein riesiges Gebiet westlich und südlich von New Jersey, das Pennsylvania genannt werden würde, gewährte. Penn wurde 1683 Gouverneur und setzte ein demokratisches System um, das Religionsfreiheit ermöglichte und Quäker sowie andersdenkende europäische Einwanderer anzog. Von 1683 bis 1755 pflegten die Siedler in Pennsylvania im Vergleich zu anderen britischen Kolonien gute Beziehungen zu einheimischen Nationen und umgingen somit Feindseligkeiten, indem sie sie beispielsweise bei Landabtretungen gut entschädigten und nicht mit Alkohol überhäuften. Aufgrund der religiösen und ethnischen Toleranz, die hier zutage trat, fühlten sich sogar einheimische Tuscarora aus North Carolina bemüßigt, per Boten eine Ansiedlungsgenehmigung zu erbitten. Da in Pennsylvania Kriege grundsätzlich gemieden wurden, konnte das Geld, das sonst in Milizen, Festungen und Kriegsausrüstungen geflossen wäre, in die Entwicklung der Kolonie sowie den Erbau der Stadt Philadelphia investiert werden, die bis 1776 sogar die Größe der Städte New York und Boston überstiegen hatte. Während andere Supermächte um den Kontinent kämpften, entwickelte sich Pennsylvania schneller als andere Staaten, die der Ansicht waren, dass die Kriegsführung nötige Entwicklungsmöglichkeiten mit sich brächte. Pennsylvania erntete also den Lohn der Toleranz und des Friedens, für den William Penn vor fast einem Jahrzehnt gesorgt hatte.

15. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1969 nahmen ungefähr zwei Millionen US-Amerikaner an einem landesweiten Protest gegen den Vietnam-Krieg teil.* Dieser Friedensmarsch, der einen eintägigen Arbeitsausfall verursachen sollte und als „Friedensmoratorium“ galt, soll zu den größten Demonstrationen der Geschichte der Vereinigten Staaten gehören. Ende 1969 wurde der öffentliche Widerstand gegen den Krieg immer größer. Millionen Vietnamesen und ungefähr 45.000 US-Soldaten waren bereits ums Leben gekommen. Und obwohl der damalige Präsident Nixon einen Plan zur Beendigung des Krieges versprach und bereits mit einem allmählichen Abzug der US-Truppen begonnen hatte, blieb eine halbe Million Soldaten in Vietnam in einem Krieg zurück, den viele für sinnlos oder unmoralisch hielten. Durch das Moratorium versammelten sich im ganzen Land zum ersten Mal neben Studenten und jungen Menschen auch viele Amerikaner der Mittelklasse und mittleren Alters, die in Form von Seminaren, Gottesdiensten, Kundgebungen und Treffen Widerstand gegen den Krieg leisten wollten. Obwohl es auch viele Kriegsbefürworter gab, zeigte das Moratorium vor allem den Sinneswandel gegenüber der Kriegsführung der amerikanischen Regierung auf, den viele Amerikaner, die vom Präsidenten als „schweigende“ Mehrheit bezeichnet wurden, innehatten. So spielte der Protest eine wichtige Rolle dabei, die Regierung zu einer sich als äußerst langwierig erweisenden Befreiung aus dem Krieg zu bewegen. Nach drei weiteren Jahren des Mordens und der Zerstörung zog sich die US-Regierung im Januar 1973 durch die Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens aus allen militärischen Einsätzen in Südostasien zurück. Der Krieg fand jedoch unter den Vietnamesen bis April 1975 weiterhin statt. Demzufolge wurde Saigon von nordvietnamesischen und Viet-Cong-Truppen erobert und das Land unter Führung der kommunistischen Regierung in Hanoi als Demokratische Republik Vietnam wiedervereinigt.

16. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1934 wurde die Peace Pledge Union, die älteste säkulare pazifistische Organisation im Vereinigten Königreich, ins Leben gerufen.* Ihre Gründung kam zustande, nachdem man einen Brief in der *Manchester Guardian* veröffentlicht hatte, der von

einem bekannten Pazifisten, anglikanischen Priester und während des ersten Weltkrieges tätigen Militärpfarrer, Dick Sheppard, geschrieben wurde. Mit seinem Brief lud Sheppard alle diensttüchtigen Männer dazu ein, ihm Postkarten zu schicken und sich dadurch „für die Beendigung des Krieges und einen Verzicht auf weitere Kriege zu verpflichten“. Innerhalb von zwei Tagen antworteten 2.500 Männer auf seinen Appell und in den folgenden Monaten bahnte sich eine neue Antikriegs-Organisation mit 100.000 Mitgliedern an. Die Organisation wurde bekannt als „The Peace Pledge Union“, weil deren Mitglieder sich an folgendes Gelöbnis hielten: „Krieg ist ein Menschheitsverbrechen. Wir verzichten auf Krieg und sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen. Zudem sind wir bestrebt, für die Beseitigung aller Ursachen von Krieg einzutreten.“ Die Peace Pledge Union arbeitet seit ihrer Gründung sowohl unabhängig als auch mit anderen Menschenrechtsorganisationen zusammen, um gegen Krieg aufzutreten sowie den Militarismus, der ihn fördert. Neben gewaltlosen Antikriegs-Aktionen betreibt die Union Bildungskampagnen an Arbeitsplätzen, Universitäten und in örtlichen Gemeinden. Ziel ist es, bestehende Regierungssysteme, Strategien und Methoden, die die Bevölkerung von der Wirksamkeit des Kriegs bei der Erfüllung humanitärer Zwecke und der Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit überzeugen sollen, zu hinterfragen. Als Gegenargument behauptet die Peace Pledge Union, dass eine dauerhafte Sicherheit erzielt werden kann, indem Menschenrechte in die Tat umgesetzt und nicht mit Gewalt aufgezwungen werden. Die Diplomatie muss auf Kompromissen beruhen und Gelder müssen zur Beseitigung der Ursachen von Kriegen und zum Friedensaufbau umverteilt werden.

17. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1905 erließ Zar Nikolaus II des russischen Reiches auf Druck ängstlicher Adligen und großbürgerlicher Berater das „Oktobermanifest“, welches angesichts eines gewaltlosen Nationalstreiks, an dem rund 1,7 Millionen Arbeiter aus allen Berufszweigen beteiligt waren, wesentliche Verbesserungen der staatlichen Ordnung vorsah.* Der Streik wurde im Dezember 1904 ausgerufen, als unter Stahlbauarbeitern in St. Petersburg eine Petition verbreitet wurde, die für kürzere Arbeitszeiten, höhere Gehälter sowie ein allgemeines Wahlrecht und eine gewählte Regierung plädierte. Bald danach gab es einen Generalstreik in der russischen Hauptstadt, der einer Petition mit 135.000 Unterschriften vorausging. Am 9. Januar 1905 machte sich eine Gruppe Arbeiter, die mit rund 100.000 Demonstranten unterwegs und dem Zaren treu blieben, auf dem Weg zu seinem Winterpalast in St. Petersburg, um ihm die Petition zu überbringen. Dabei kamen sie unter Beschuss der in Panik geratenen Palastwachen, die etliche Arbeiter erschossen. Als Wiedergutmachungversuch verkündete Nikolaus II seine Zustimmung eines neuen nationalen Beratungsgremiums. Sein Versuch scheiterte allerdings daran, dass Fabrikmitarbeitern die Mitgliedschaft verweigert wurde. Dies führte zum „Großen Oktoberstreik“, der das Land lahmlegte. Durch den Erlass des Oktobermanifestos des Zaren, welches eine gewählte Regierung sowie bessere Arbeitsbedingungen versprach und aufgrund dessen der Streik ein schnelles Ende nahm, waren viele Arbeiter, Liberale, Kleinbauern und andere Minderheiten immer noch zutiefst unzufrieden. In den Folgejahren wurde politischer Wandel nicht mehr durch Gewaltlosigkeit ausgezeichnet. Stattdessen kam es zur russischen Revolution im Jahr 1917, die der zaristischen Autokratie ein Ende setzte und der tyrannischen Bolschewiki eine Machtübernahme ermöglichte. Der zweijährige Bürgerkrieg endete mit dem Mord des Zaren und dessen Familie und der Errichtung einer Diktatur durch die Kommunistische Partei.

18. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1907 wurden im Rahmen der Zweiten Haager*

Friedenskonferenzen in Den Haag in den Niederlanden weitere Verträge für die friedliche Regelung internationaler Konflikte unterzeichnet. Nach den ersten Haager Friedenskonferenzen im Jahr 1899 waren die Zweiten Haager Friedenskonferenzen im Jahr 1907 eine der ersten formellen Erklärungen in Bezug auf Krieg und Kriegsverbrechen im säkularen Völkerrecht. Hauptaugenmerk beider Konferenzen lag auf der Schaffung eines internationalen Gerichtshofs als verbindliches Schiedsgericht in internationalen Streitfragen. Dies galt als notwendig, um Kriege künftig zu vermeiden. Auch wenn dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, wurde ein freiwilliges Forum für Streitfragen eingerichtet. Im Zuge der Zweiten Haager Friedenskonferenzen scheiterte der Vorschlag Großbritanniens, die Aufrüstung zu beschränken, jedoch wurden Restriktionen bei Seekriegen vorangetrieben. Die Haager Friedenskonferenzen von 1907 brachten nur wenige Neuerungen im Vergleich zu den Ersten Friedenskonferenzen im Jahr 1899, das Zusammentreffen wichtiger Weltmächte war jedoch ein erster Schritt zur späteren internationalen Zusammenarbeit im 20. Jahrhundert. Die bedeutendste Errungenschaft war der Kellog-Briand-Pakt von 1928, in dem 62 Unterzeichner-Staaten versicherten, Krieg nicht als Mittel zur Lösung von Konflikten einzusetzen. Das Ziel des Pakts, Krieg dauerhaft zu verhindern, bleibt weiter wichtig, nicht nur, weil Kriege tödlich sind, sondern auch, weil Gesellschaften, die bereit sind, Krieg zur Erreichung ihrer Ziele zu führen, sich auch weiterhin ständig behaupten müssen. Diese Haltung fördert militaristisches Gedankengut und stört das moralische Gleichgewicht. Anstatt die Grundbedürfnisse der Menschen zu decken und die Natur zu schützen, investiert die Gesellschaft weiterhin in die Entwicklung und Erprobung von immer effektiveren Waffen, die wiederum selbst zur Zerstörung der Umwelt beitragen.

19. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1960 wurde Martin Luther King Jr. mit 51 weiteren Studenten im „The Magnolia Room“ im Kaufhaus „Rich's“ in Atlanta, Georgia, auf einer Demonstration gegen die Rassentrennung verhaftet.* Der Sitzstreik war eine von vielen Demonstrationsveranstaltungen in Atlanta, die von dem „black-college Atlanta Student Movement“ veranstaltet wurden. Die Wahl der eleganten Teestube „Magnolia Room“ machte ihr Anliegen umso deutlicher. Es war eine Institution in Atlanta, aber auch Teil der „Jim Crow-Kultur“ des Südens. AfroamerikanerInnen konnten im „Rich's“ einkaufen, durften aber keine Kleidung anprobieren oder sich im Magnolia Room an einen Tisch setzen. Als die DemonstrantInnen genau das taten, wurden sie für die Verletzung des geltenden Rechts bestraft, das besagte, dass Privatgelände auf Aufforderung verlassen werden muss. Alle Verhafteten außer Martin Luther King wurden gegen Kaution freigelassen oder die Anklage wurde fallengelassen. Ihm stand aufgrund der Verletzung des „Betretungsverbotsgesetzes“, das eigens zur Eindämmung von Sitzstreiks eingeführt wurde, eine viermonatige Haftstrafe in einem Arbeitslager in Georgia bevor. Die Intervention des Präsidentschaftskandidaten John Kennedy führte zur raschen Freilassung Kings, es brauchte jedoch fast ein weiteres Jahr voller Sitzstreiks und Ku-Klux-Klan-Gegendemonstrationen in ganz Atlanta, bevor Geschäftsverluste die Stadt zwangen, zu reagieren. Auch ein halbes Jahrhundert später ist die volle Gleichstellung aller Ethnien in den Vereinigten Staaten noch nicht erreicht. Auf einer Gedenkveranstaltung des „Atlanta Student Movement“ zeigte sich der Mitbegründer und ehemals selbst Magnolia-Room-Demonstrant Lonnie King jedoch optimistisch. Die studentischen Wurzeln der Bewegung geben ihm weiterhin Grund zur Hoffnung, die Gleichstellung aller Menschen in Zukunft zu erreichen. „Bildung war schon immer die treibende Kraft für Entwicklung, besonders im Süden,“ betonte er.

20. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1917 trat Alice Paul eine siebenmonatige Haftstrafe für den friedlichen Protest für das Frauenwahlrecht an.* Paul wurde 1885 in einem Quäker-Ort geboren und besuchte ab 1901 das Swarthmore College. Danach studierte sie an der University of Pennsylvania Wirtschaft, Politikwissenschaft und Soziologie. Auf einer Reise nach England verstärkte sich ihre Überzeugung, dass das fehlende Frauenwahlrecht in den USA und im Ausland die derzeit größte Ungerechtigkeit darstelle, die es zu beseitigen galt. Neben dem Abschluss drei weiterer Studiengänge der Rechtswissenschaften verschrieb sich Paul dem Kampf für die Gleichbehandlung von Frauen. Ihre erste organisierte Demonstration fand am Abend der Amtseinführung von Woodrow Wilson im Jahr 1913 in Washington, D.C. statt. Auch wenn die Frauenwahlrechtsbewegung anfangs ignoriert wurde, führte sie doch zu vier Jahren gewaltfreier Lobbyarbeit, zahlreichen Petitionen, Kampagnen und wachsenden Demonstrationen. Mit Aufkeimen des Ersten Weltkriegs forderte Paul, dass die US-Regierung sich auf den Ausbau der Demokratie im eigenen Land konzentrieren solle, bevor sie diese vermeintlich in anderen Ländern verbreite. Gemeinsam mit einem dutzend Anhängerinnen, den sogenannten „Silent Sentinels“ (deutsch: stille Wächter) begann sie im Januar 1917 vor dem Weißen Haus zu protestieren. Die Frauen wurden immer wieder von Männern, besonders von Kriegsbefürwortern, angegriffen und schließlich verhaftet und eingesperrt. Auch wenn der Krieg die Schlagzeilen der Medien beherrschte, führten einige Berichte über die schlechte Behandlung der Anhängerinnen der Frauenwahlrechtsbewegung zu vermehrter Unterstützung ihrer Sache. Viele der Inhaftierten hatten sich in Hungerstreik begeben und wurden mit brutalen Methoden zwangsernährt. Paul wurde in eine psychiatrische Abteilung des Gefängnisses eingeliefert. Präsident Wilson willigte schließlich ein, das Frauenwahlrecht zu unterstützen und alle Anschuldigungen wurden fallengelassen. Paul kämpfte ihr Leben lang friedlich weiter: für den Civil Rights Act und später das Equal Rights Amendment.

21. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1837 wendete sich das Blatt der US-Armee im Kampf gegen die Seminolen mit einem falschen Spiel.* Der Anlass war der Widerstand der Seminolen gegen den Indian Removal Act von 1830, der der US-Regierung die Befugnis gab, Land für weiße Siedler zu öffnen, indem fünf Indianerstämme östlich des Mississippi in das Indianerterritorium in Arkansas und Oklahoma umgesiedelt wurden. Als sich die Seminolen weigerten, griff die US-Armee zu den Waffen, um die Einwohner gewaltvoll zu vertreiben. In einer legendären Schlacht im Dezember 1835 gelang es den Seminolen mit nur 250 Kämpfern unter der Führung des bekannten Kriegers Osceola, 750 US-Soldaten zu besiegen. Diese Niederlage sowie der fortlaufende Erfolg von Osceola führten zu einer der schändlichsten Taten in der US-Militärgeschichte. Im Oktober 1837 wurden Osceola und 81 seiner Anhänger unter dem Vorwand von Friedensgesprächen unter weißer Flagge in einer Fort in der Nähe von St. Augustine gebracht. Dort angekommen wurde Osceola in ein Gefängnis gebracht. Ohne ihren Anführer wurden die meisten Seminolen noch vor Kriegsende 1842 ins Western Indian Territory umgesiedelt. Erst im Jahr 1934 mit Inkrafttreten des Indian Reorganization Acts beendete die US-Regierung ihre Bevorzugung von weißen Usurpatoren auf dem Land der Ureinwohner. Der Reorganization Act ist noch immer in Kraft und beinhaltet Regelungen, die es den Ureinwohnern ermöglichen sollen, ein Leben in Sicherheit zu führen und ihre Traditionen aufrechtzuerhalten. Ob die Regierung die notwendige Unterstützung zur Realisierung dieser Vision tatsächlich bereitstellt, muss sich jedoch erst zeigen.

22. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1962 bestätigte US-Präsident John Kennedy in einer Fernsehansprache die Stationierung von sowjetischen Atomraketen auf Kuba.* Der sowjetische Premierminister Nikita Chruschtschow erteilte die Freigabe zur Stationierung der Atomraketen auf Kuba im Sommer 1962, einerseits, um Kuba als strategischen Verbündeten vor einer möglichen US-Invasion zu schützen, und andererseits als Reaktion auf die Stationierung von Lang- und Mittelstreckenatomraketen der USA in Europa. Mit der Bestätigung der Raketenbasen hatte Kennedy von den Sowjets verlangt, sie abzubauen und alle ihre Offensivwaffen auf Kuba nach Hause zu schicken. Zudem orderte er eine Seeblockade um Kuba an, um die Lieferung weiterer Offensivwaffen an Kuba zu verhindern. Am 26. Oktober unternahmen die USA den weiteren Schritt, ihre militärische Bereitschaft auf ein Niveau zu erhöhen, das in der Lage ist, einen totalen Atomkrieg zu unterstützen. Glücklicherweise kam es dank direkter Gespräche zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml bald zu einer friedlichen Lösung des Konflikts. Justizminister Robert Kennedy drängte den Präsidenten, auf zwei Briefe des sowjetischen Premiers zu antworten. Im ersten Brief bot dieser an, die Raketen von Kuba abzuziehen, wenn die USA im Gegenzug versprechen würden, nicht auf Kuba einzumarschieren. Im zweiten Brief bot er dasselbe an, wenn die USA im Gegenzug auch ihre Raketen aus der Türkei abziehen würden. Offiziell haben die USA die Bedingungen der ersten Nachricht akzeptiert und die zweite einfach ignoriert. Inoffiziell stimmte Präsident Kennedy jedoch zu, die Raketenbasen in der Türkei später abzubauen. Mit dieser Entscheidung endete die Kubakrise am 28. Oktober.

23. Oktober *An diesem Tag im Jahr 2001 wurde ein großer Schritt zur Lösung eines der hartnäckigsten Religionskonflikte in der neueren Geschichte gemacht.* Ab 1968 bekämpften sich römisch-katholische Nationalisten und protestantische Unionisten über 30 Jahre lang unerbittlich und gewaltvoll im sogenannten Nordirlandkonflikt. Die Nationalisten forderten die Eingliederung Nordirlands in die Republik Irland, während die Unionisten Teil des Vereinigten Königreichs bleiben wollten. Das Karfreitagsabkommen von 1998 bildete schließlich die Basis für eine politische Lösung des Konflikts durch eine Machtteilung der Splittergruppen auf beiden Seiten. Teil des Abkommens war auch die Devolution, die Übertragung von Polizei-, Justiz- und anderen Mächten von London nach Belfast sowie eine Vereinbarung, dass die paramilitären Gruppen beider Seiten sofort mit einem nachvollziehbaren Prozess der Abrüstung beginnen. Zu Beginn war die schwer bewaffnete Irisch-Republikanische Armee (IRA) nicht bereit, sich von Mitteln zu trennen, die der nationalistischen Sache zugute kamen. Auf Drängen ihres politischen Vertreters Sinn Fein musste die IRA die Vergeblichkeit ihrer Unnachgiebigkeit schließlich einsehen und verkündete am 23. Oktober 2001, dass sie mit der unwiderruflichen Abrüstung all ihrer Waffen beginnen würde. Erst im September 2005 wurde dieser Prozess abgeschlossen und die IRA hatte die letzten ihrer Waffen konfisziert. Zwischen 2002 und 2007 war die Regierung in London aufgrund anhaltender Konflikte gezwungen, die direkte Verwaltung von Nordirland wieder aufzunehmen. Ab 2010 regierten die unterschiedlichen Parteien in Nordirland friedlich miteinander. Die Entscheidung der IRA, die Vereinigung Irlands nicht mehr gewaltsam herbeiführen zu wollen, hat dabei sicher eine wesentliche Rolle gespielt.

24. Oktober *An diesem Datum wird jährlich weltweit der Tag der Vereinten Nationen begangen, der den offiziellen Jahrestag der Gründung der UNO im Jahr 1945 markiert.* Ein Tag, um die Bedeutung der Vereinten Nationen in den Bereichen Frieden, Menschenrechte, wirtschaftlichen Entwicklung und Demokratie zu feiern. Zu den Errungenschaften der VN gehören unter

anderem: Die Rettung von Millionen von Kindern, der Schutz der Ozonschicht, die Unterstützung bei der Ausrottung der Pocken und die Schaffung der Basis für den Atomwaffensperrvertrag von 1968. Gleichzeitig haben jedoch viele UN-Beobachter darauf hingewiesen, dass die derzeitige Betriebsstruktur der UN, die sich hauptsächlich aus Vertretern der Exekutive jedes Staates zusammensetzt, nicht in der Lage ist, sinnvoll auf Probleme zu reagieren, die für die Menschen auf der ganzen Welt eine unmittelbare Herausforderung darstellen. Es gibt deshalb den Wunsch zur Gründung einer unabhängigen parlamentarischen Versammlung der UN, die aus Abgeordneten von existierenden nationalen oder regionalen Parlamenten bestehen soll. Dieses neue Organ würde bei der Bewältigung wachsender Herausforderungen wie dem Klimawandel, Lebensmittelunsicherheit und Terrorismus helfen und die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie das Vorantreiben von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit stärken. Im August 2015 schlossen sich 1.400 aktuelle und frühere Parlamentsmitglieder aus über 100 Ländern einer Kampagne zur Gründung eines UN-Parlaments an. Im Rahmen dieses „Weltparlaments“ könnten die Abgeordneten sowie weitere unabhängige Repräsentanten die Aufsicht über die internationale Politik übernehmen, als Bindeglied zwischen der Weltbevölkerung, der Zivilgesellschaft und den Vereinten Nationen dienen und Minderheiten, Jugendlichen und indigenen Völkern eine lautere Stimme verleihen. Das Ergebnis wären inklusivere Vereinte Nationen mit mehr Möglichkeiten, auf globale Herausforderung zu reagieren.

25. Oktober *An diesem Datum im Jahr 1983 marschierte eine Truppe von 2.000 US-Marines in Grenada ein, einem kleinen karibischen Inselstaat nördlich von Venezuela mit einer Bevölkerung von weniger als 100.000 Menschen.* Als Präsident Ronald Reagan die Aktion öffentlich verteidigte, führte er die Bedrohung an, die Grenadas neues marxistisches Regime für die Sicherheit von fast tausend US-Bürgern darstellte, die auf der Insel lebten – viele von ihnen Studenten der medizinischen Fakultät. Bis weniger als eine Woche zuvor war Grenada von dem linken Maurice Bishop regiert worden, der 1979 die Macht übernommen und begonnen hatte, enge Beziehungen zu Kuba aufzubauen. Am 19. Oktober befahl jedoch ein anderer Marxist, Bernard Coard, die Ermordung Bishops und übernahm die Kontrolle über die Regierung. Als die einfallenden Marines auf unerwarteten Widerstand von grenadischen Streitkräften und kubanischen Militäringenieuren stießen, ordnete Reagan etwa 4.000 zusätzliche US-Truppen an. In etwas mehr als einer Woche wurde die Coard-Regierung gestürzt und durch eine für die Vereinigten Staaten akzeptablere ersetzt. Für viele Amerikaner konnte dieses Ergebnis jedoch nicht die Kosten in Dollar und Leben eines weiteren US-Krieges zur Erfüllung eines politischen Ziels rechtfertigen. Einige wussten auch, dass dem US-Außenministerium bereits zwei Tage vor der Invasion bekannt war, dass die Medizinstudenten in Grenada nicht in Gefahr waren. Die Eltern von 500 der Studenten hatten in der Tat Präsident Reagan telegrafisch aufgefordert, nicht anzugreifen, nachdem sie erfahren hatten, dass es ihren Kindern freistand, Grenada zu verlassen, wann immer sie wollten. Doch die Reagan-Regierung entschied sich, wie die US-Regierungen zuvor und seither, für Krieg. Als der Krieg vorbei war, erntete Reagan den Ruhm für den ersten vermeintlichen „Rollback“ des kommunistischen Einflusses seit Beginn des Kalten Krieges.

26. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1905 erlangte Norwegen seine Unabhängigkeit von Schweden, ohne auf Krieg zurückzugreifen.* Seit 1814 war Norwegen in eine „Personalunion“ mit Schweden gezwungen worden, das Resultat einer siegreichen schwedischen Invasion. Das bedeutete, dass das Land der Autorität des schwedischen Königs unterlag, jedoch seine eigene

Verfassung und den rechtlichen Status als unabhängiger Staat beibehielt. Über die folgenden Jahrzehnte wichen Norwegens und Schwedens Interessen jedoch immer weiter voneinander ab, gerade was den Außenhandel und Norwegens liberalere Innenpolitik betraf. Eine starke nationalistische Stimmung entwickelte sich und im Jahr 1905 wurde ein landesweites Unabhängigkeitsreferendum von mehr als 99 % der Norweger unterstützt. Am 7. Juni 1905 erklärte das norwegische Parlament Norwegens Union mit Schweden als aufgelöst und löste damit große Angst davor aus, dass der Krieg zwischen den zwei Ländern erneut ausbrechen würde. Stattdessen trafen sich jedoch am 31. August norwegische und schwedische Delegierte, um einvernehmlich akzeptable Bedingungen für die Trennung auszuhandeln. Obwohl prominente rechte Politiker aus Schweden ein hartes Vorgehen bevorzugten, wehrte sich der schwedische König entschlossen dagegen, einen erneuten Krieg mit Norwegen zu riskieren. Ein wichtiger Grund dafür war, dass die Ergebnisse des norwegischen Referendums die europäischen Großmächte davon überzeugt hatten, dass die norwegische Unabhängigkeitsbewegung echt war. Das ließ den König befürchten, dass Schweden durch Unterdrückung dessen isoliert werden könnte. Zusätzlich wollte keines der Länder die Feindseligkeit des anderen verschlimmern. Am 26. Oktober 1905 verzichtete der schwedische König auf seine Ansprüche und die seiner Nachkommen auf den norwegischen Thron. Obwohl Norwegen durch die Ernennung eines dänischen Prinzen eine parlamentarische Monarchie blieb, wurde es durch eine blutlose Volksbewegung zum ersten Mal seit dem 14. Jahrhundert eine vollständig souveräne Nation.

27. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1941, sechs Wochen vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, gab Präsident Franklin Roosevelt eine landesweite Radiorede zum „Tag der Marine“, in der er fälschlicherweise angab, dass die deutschen U-Boote ohne Provokation Torpedos auf friedliche US-Kriegsschiffe im westlichen Atlantik abgeschossen haben.* In Wahrheit hatten die US-Schiffe den britischen Flugzeugen geholfen, die U-Boote zu orten, wodurch sie internationales Gesetz missachteten. Sowohl aus persönlichem als auch nationalem Eigeninteresse lag das wahre Motiv des Präsidenten darin, eine Feindseligkeit gegen Deutschland zu schüren, die Hitler dazu bringen würde, Krieg gegen die USA zu erklären. Roosevelt selbst zögerte, Deutschland den Krieg zu erklären, da die US-amerikanische Öffentlichkeit scheinbar kein Interesse daran hatte. Der Präsident hatte jedoch noch einen Trick auf Lager. Die USA könnten mit Deutschlands Alliierten Japan in den Krieg ziehen und dadurch eine Basis schaffen, um ebenfalls in den Krieg in Europa einzusteigen. Der Trick dabei wäre, Japan dazu zu zwingen, einen Krieg einzuleiten, den die US-amerikanische Öffentlichkeit nicht ignorieren könnte. Daher ergriffen die USA ab Oktober 1940 Maßnahmen, wie die Beibehaltung der US-Marineflotte auf Hawaii, das Beharren darauf, dass die Niederländer sich weigerten, japanisches Öl anzunehmen, und schlossen sich Großbritannien an, indem sie den gesamten Handel mit Japan ausschlossen. Unvermeidlich wurde Pearl Harbor in etwas mehr als einem Jahr am 7. Dezember 1941 bombardiert. Wie alle Kriege basierte der Zweite Weltkrieg auf Lügen. Trotzdem wurde er Jahrzehnte später als „der gute Krieg“ bekannt, in dem der gute Wille der USA über die Perfidie der Achsenmächte siegte. Dieser Mythos hat seither das öffentliche Bewusstsein der USA beherrscht und wird jeden 7. Dezember durch Feierlichkeiten im ganzen Land verstärkt.

28. Oktober *Dieses Datum im Jahr 1466 markiert die Geburt von Desiderius Erasmus, einem niederländischen christlichen Humanisten, der weithin als größter Gelehrte der nördlichen Renaissance gilt.* Im Jahr 1517 schrieb Erasmus ein Buch über die Übel des Krieges, das auch

heute weiterhin von Relevanz ist. Unter dem Titel *Die Klage des Friedens* spricht das Buch in erster Person mit der Stimme von „Pax“, eine als Frau personifizierte Figur. Pax plädiert dafür, dass sie von Menschen verachtet wird, die „auf die Suche nach unendlich vielen Übeln gehen“, obwohl sie „die Quelle aller menschlichen Segen“ anbietet. So diverse Gruppen wie Prinzen, Akademiker, religiöse Führer und sogar gewöhnliche Leute scheinen blind gegenüber dem Leid zu sein, das Krieg über sie bringen kann. Mächtige Leute haben ein Klima geschaffen, in dem es als verräterisch gilt, sich für christliche Vergebung einzusetzen, während sie verbreiten, dass Krieg Loyalität gegenüber Nation und Hingabe an ihr Glück demonstriert. Die Leute müssen den rachsüchtigen Gott des alten Testaments ignorieren, erklärt Pax, und den friedlichen Gott Jesu bevorzugen. Es ist dieser Gott, der die Ursachen von Krieg im Streben nach Macht, Ruhm und Rache und die Grundlage von Frieden in Liebe und Vergebung erkennt. „Pax“ schlägt schließlich vor, dass Könige ihre Beschwerden weisen und unparteiischen Schiedsrichtern vorlegen. Selbst wenn eine Seite ihre Beurteilung als ungerecht empfindet, bleibt ihr das viel größere Leid erspart, das durch Krieg entsteht. Es sollte bedacht werden, dass die Kriege, die zu Erasmus' Zeit geführt wurden, dazu tendierten, nur diejenigen zu verstümmeln und zu töten, die in ihnen gekämpft haben. Seine Denunziationen des Krieges haben demnach in unserem modernen Atomzeitalter, in dem jeder Krieg das Risiko birgt, das Leben auf unserem Planeten zu beenden, eine noch größere Bedeutung.

29. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1983 schnitten über 1.000 Britinnen Teile des Zauns um den Flugplatz Greenham Common außerhalb von Newbury, England, nieder.* Als Hexen verkleidet, vollständig mit „schwarzen Strickjacken“ (ein Code für Bolzenschneider), inszenierten die Frauen einen „Halloweenparty“-Protest gegen einen Plan der NATO, den Flugplatz zu einer Militärbasis umzuwandeln, die 96 landgestützte nukleare Tomahawk-Marschflugkörper beherbergen sollte. Die Raketen selbst sollten im folgenden Monat eintreffen. Indem sie Teile vom Zaun des Flugplatzes abschnitten, wollten die Frauen ihr Bedürfnis symbolisieren, die „Berliner Mauer“ zu durchbrechen, die sie davon abhielt, ihre Besorgnis über Atomwaffen gegenüber den Militärbehörden und der Besatzung auf dem Stützpunkt zum Ausdruck zu bringen. Die „Halloween-Party“ war jedoch nur eine aus einer Reihe von Anti-Atom-Protesten, die von britischen Frauen in Greenham Common geführt wurden. Sie hatten ihre Bewegung im August 1981 begonnen, als eine Gruppe von 44 Frauen vom walisischen Cardiff aus 160 Kilometer nach Greenham wanderte. Als sie ankamen, ketteten sich vier von ihnen an die Außenseite des Zauns des Flugplatzes. Nachdem der Kommandant des US-Stützpunktes ihren Brief gegen die geplante Raketenstationierung erhalten hatte, lud er die Frauen ein, ihr Lager außerhalb des Stützpunktes aufzuschlagen. Sie taten dies die nächsten 12 Jahre bereitwillig in schwankender Anzahl und inszenierten Protestveranstaltungen, die bis zu 70.000 Unterstützer anzogen. Nach den ersten amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverträgen, die 1987 unterzeichnet wurden, begannen die Frauen allmählich, den Stützpunkt zu verlassen. Ihre Kampagne dort endete offiziell im Jahr 1993, nachdem 1991 die letzten Raketen aus Greenham entfernt worden waren und ein zwei Jahre andauernder Protest gegen andere Atomwaffenstandorte stattfand. Die Greenham-Basis selbst wurde im Jahr 2000 aufgelöst.

30. Oktober *An diesem Tag im Jahr 1943 wurde die sogenannte Vier-Mächte-Erklärung von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und China auf einer Konferenz in Moskau unterzeichnet.* Die Erklärung etablierte offiziell den Vier-Mächte-Rahmen, der später die internationale Ordnung der Nachkriegswelt beeinflussen sollte. Sie verpflichtete die vier

alliierten Nationen im Zweiten Weltkrieg, die Feindseligkeiten gegen die Achsenmächte so lange fortzusetzen, bis alle feindlichen Streitkräfte die bedingungslose Kapitulation akzeptiert hatten. Die Erklärung sprach sich auch für die frühestmögliche Gründung einer internationalen Organisation friedliebender Staaten aus, die gleichberechtigt zusammenarbeiten würden, um globalen Frieden und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Obwohl diese Vision zwei Jahre später die Gründung der Vereinten Nationen inspirierte, zeigte die Vier-Mächte-Erklärung auch, dass Sorgen um nationale Eigeninteressen die internationale Zusammenarbeit erschweren und die Bemühungen, Konflikte ohne Krieg zu lösen, untergraben kann. Zum Beispiel sagte US-Präsident Roosevelt dem britischen Premierminister Churchill im Privaten, dass die Erklärung „auf keine Weise endgültige Entscheidungen über die Weltordnung beeinflussen" würde. Die Erklärung ließ auch jegliche Diskussion über eine permanente internationale Friedenstruppe für die Nachkriegszeit aus, geschweige denn über eine gewaltfreie, unbewaffnete Friedensmission. Und die Vereinten Nationen wurden sorgsam mit besonderen Befugnissen, einschließlich des Vetorechts, für nur einige wenige Nationen erschaffen. Die Vier-Mächte-Erklärung stellte eine hoffnungsvolle Abkehr von den Realitäten eines schrecklichen Krieges dar, indem sie die Vision einer internationalen Gemeinschaft vorantrieb, die von gegenseitigem Respekt und Zusammenarbeit geprägt ist. Aber es zeigte auch auf, wie weit sich die Denkweise der Weltmächte noch entwickeln musste, um eine solche Gemeinschaft und eine Welt jenseits des Krieges zu schaffen.

31. Oktober *An diesem Tag im Jahr 2014 setzte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, ein hochrangiges, unabhängiges Gremium ein, um einen Bericht zu erstellen, der den Zustand der UN-Friedenseinsätze bewertet und Änderungen empfiehlt, die notwendig sind, um die neu entstehenden Bedürfnisse der Weltbevölkerung zu erfüllen.* Im Juni 2015 legte das 16-köpfige Gremium seinen Bericht dem Generalsekretär vor, der ihn nach sorgfältiger Prüfung an die Generalversammlung und den Sicherheitsrat zur Prüfung und Annahme weiterleitete. Im Großen und Ganzen bietet das Dokument Empfehlungen an, wie Friedenseinsätze „die Arbeit [der UN] besser unterstützen können, um Konflikte zu verhindern, langlebige politische Lösungen zu erreichen, Zivilisten zu schützen und Frieden zu erhalten." In einem Abschnitt mit der Überschrift „Unerlässliche Veränderungen für Friedensmissionen" erklärt der Bericht: „Die Aufgabe der Vereinten Nationen und anderer internationaler Akteure ist es, die internationale Aufmerksamkeit, die Hebelwirkung und die Ressourcen darauf zu konzentrieren, nationale Akteure dabei zu unterstützen, die mutigen Entscheidungen zu treffen, die erforderlich sind, um den Frieden wiederherzustellen, die zugrundeliegenden Konflikttreiber anzugehen und die legitimen Interessen der breiten Bevölkerung und nicht nur einer kleinen Elite zu erfüllen." Der zugehörige Text warnt jedoch davor, dass diese Aufgabe nur erfolgreich verfolgt werden kann, wenn anerkannt wird, dass anhaltender Frieden nicht durch militärisches oder technisches Engagement erreicht oder aufrechterhalten werden kann. Stattdessen muss der „Primat der Politik" das Kennzeichen aller Ansätze zur Konfliktlösung, Durchführung von Mediation, Überwachung von Waffenstillständen, Unterstützung bei der Umsetzung von Friedensabkommen, Bewältigung gewaltsamer Konflikte und Verfolgung längerfristiger Bemühungen zur Erhaltung des Friedens sein. Wenn sie in der realen Welt rigoros befolgt werden, könnten die Empfehlungen des UN-Berichts über Friedenseinsätze aus dem Jahr 2015 die Nationen der Welt ein wenig näher dazu bringen, internationale Mediation anstelle von Waffengewalt als neue Norm zur Lösung von Konflikten zu akzeptieren.

1. November *An diesem Tag im Jahr 1961 war die „Frauenstreik für den Frieden"-Demonstration in den Vereinigten Staaten die größte Friedensaktion von Frauen in der Geschichte.* „Wir gründeten uns am 1. November 1961", so ein Mitglied, „als Protest gegen atmosphärische Atomtests der USA und der Sowjetunion, die die Luft und das Essen unserer Kinder vergiftete." In dem Jahr kamen 100.000 Frauen aus 60 Städten aus ihren Küchen heraus oder unterbrachen ihre Arbeit und forderten: ENDE DEM WETTRÜSTEN - NICHT DER MENSCHHEIT. So war der „Frauenstreik für den Frieden" geboren. Die Gruppe setzte sich für Abrüstung ein, indem sie Aufklärung bezüglich der Gefahren von Strahlung und Nuklearversuchen leistete. Die Mitglieder besetzten den Kongress, protestierten am Atomtestgelände in Las Vegas und nahmen an den Abrüstungskonferenzen der UN in Genf teil. Obwohl in den 1960ern 20 Frauen vor den Ausschuss für nichtamerikanische Aktivitäten geladen wurden, trug die Gruppierung zur Verabschiedung des begrenzten Atomteststoppabkommens 1963 bei. Ihr Protest gegen den Vietnamkrieg führte dazu, dass 1.200 Frauen aus 14 NATO-Staaten sich ihren Protesten in Den Haag gegen die Gründung einer multilateralen Nuklearflotte anschlossen. Auch begannen sie, sich mit vietnamesischen Frauen zu treffen, um Kontakt zwischen Kriegsgefangenen und deren Familien herzustellen. Sie protestierten gegen die Intervention der USA in Zentralamerika sowie die Militarisierung des Weltraums und sprachen sich gegen neue Waffenpläne aus. Die Kampagne des nuklearen Einfrierens in den 1980ern wurde vom Frauenstreik für den Frieden unterstützt und so kontaktierten sie die Premierminister der Niederlande und Belgien und forderten diese auf, alle US-Raketenstützpunkte abzulehnen und fügten eine Beschreibung von Präsident Reagans Verteidigungsplan bei; einem Entwurf zum Kämpfen, Überleben und vermeintlichen Gewinnen eines Atomkrieges.

2. November *An diesem Tag im Jahr 1982 wurde ein Referendum zum nuklearen Einfrieren in neun US-Staaten verabschiedet. Dies machte ein Drittel des US-Elektrorats aus.* Es war das größte Referendum zu einem einzigen Thema in der Geschichte der USA und war dazu bestimmt, eine Einigung zwischen den USA und der Sowjetunion zu erzielen, welche das Testen, die Produktion und den Einsatz von Nuklearwaffen stoppt. In den Jahren zuvor hatten Aktivisten begonnen, öffentliche Einsätze in den Vereinigten Staaten zu organisieren sowie die Öffentlichkeit aufzuklären. Das Motto der Kampagne war: „Global denken–lokal handeln." Organisationen wie die Vereinigung besorgter Wissenschaftler und die Ground-Zero-Bewegung brachten Petitionen in Umlauf, hielten Debatten ab und zeigten Filme. Sie verteilten Literatur über das nukleare Wettrüsten und entwickelten Resolutionen, die sie in die Gemeinden, Städte und Bundesstaaten der Vereinigten Staaten brachten. Ein Jahr nach dem Referendum von 1982 wurden Resolutionen zur Unterstützung eines bilateralen Atomwaffenstopps von 370 Stadträten, 71 Bezirksräten und von einem oder beiden Häusern von 23 bundesstaatlichen Parlamenten verabschiedet. Als die Resolution zum Einfrieren von Nuklearwaffen den Regierungen der USA und der Sowjetunion übergeben wurde, zählte diese 2.300.000 Unterschriften. Die Regierung unter Präsident Ronald Reagan unterstützte die Resolution nicht und sah in ihr ein Desaster. Die Aktivisten seien manipuliert worden, so das Weiße Haus, „von einer Handvoll Schurken, die direkt von Moskau instruiert wurden." Das Weiße Haus initiierte eine Imagekampagne gegen das Referendum. Reagan mahnte, das Einfrieren „würde dieses Land für nukleare Erpressung furchtbar empfänglich werden lassen." Trotz starker Opposition bestand die Bewegung nach 1982 fort und trug zur Abrüstung und zum Überleben auf der Erde während des Kalten Krieges bei.

3. November *1950 wurde an diesem Tag die „Uniting for Peace"-Resolution von der UN-Generalversammlung in Flushing Meadows, New York, verabschiedet.* Die Resolution 377A reflektiert die Verpflichtung der Vereinten Nationen, gemäß ihrer Charta, internationalen Frieden und Sicherheit zu wahren. Sie erlaubt der Generalversammlung, Dinge zu beschließen, wenn es dem Sicherheitsrat nicht möglich ist, ein Problem zu lösen. Es gibt 193 Mitglieder der UN und 15 Ratsmitglieder. Die Resolution kann mittels Wahl im Sicherheitsrat in Kraft treten oder bei einer Mehrheitsanfrage der UN-Mitglieder an den Generalsekretär. Sie können dann Empfehlungen für kollektive Maßnahmen aussprechen, ohne die „P5", die fünf gesetzten Länder des Sicherheitsrates. Diese sind: China, Frankreich, Russland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Sie sind nicht befugt, Verabschiedungen von Resolutionsvorschlägen zu blockieren. Empfehlungen können den Einsatz von Streitkräften beinhalten oder die Prävention dessen. Das Vetorecht im Sicherheitsrat kann so überstimmt werden, sollte ein Staat der P5 Aggressor sein. Im Falle von Ungarn, dem Libanon, dem Kongo, dem Nahen Osten (Palästina sowie Ostjerusalem), Bangladesch, Afghanistan und Südafrika wurde hiervon Gebrauch gemacht. Es wird argumentiert, dass der Sicherheitsrat in seiner bisherigen Zusammensetzung mit permanenten Mitgliedern mit Vetorechten nicht die Realität der Lage auf der Welt widerspiegelt. Im Besonderen werden so Afrika, andere Entwicklungsländer und der Nahe Osten außer Acht gelassen. Das Institut für Sicherheitsstudien arbeitet daran, einen gewählten Rat zu haben mittels der Verabschiedung von Änderungen in der UN-Charta durch eine Mehrheit der Mitglieder der Generalversammlung, die die ständigen Sitze abschaffen würden.

4. November *An diesem Tag im Jahr 1946 wurde die UNESCO gegründet.* Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Englisch kurz: UNESCO) hat ihren Sitz in Paris. Ziel der UNESCO ist es, durch Förderung der Zusammenarbeit und des Dialogs zwischen den Völkern in Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit beizutragen, um die Achtung vor Recht und Gerechtigkeit, vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken. Um dies zu erreichen, bieten ihre 193 Mitgliedstaaten sowie 11 außerordentliche Mitglieder diverse Programme in den Bereichen Bildung, Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften, Kultur und Kommunikation an. Die UNESCO ist nicht unumstritten, vor allem in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, in Singapur und der ehemaligen Sowjetunion, besonders aufgrund ihres Einsatzes für die Pressefreiheit und ihrer Kritik an der Finanzpolitik. 1984 haben sich die Vereinigten Staaten unter Präsident Reagan von der UNESCO distanziert, mit der Begründung, die Organisation sei eine Plattform für Kommunisten und Diktatoren der Dritten Welt, um den Westen anzugreifen. 2003 traten die Vereinigten Staaten erneut der UNESCO bei, jedoch reduzierten sie ihre Beiträge 2011 und setzten 2017 eine Austrittsfrist für das Jahr 2019 wegen der Position der UNESCO zu Israel. Zuvor hatte die UNESCO Israel für dessen „Aggressionen" und „illegalen Maßnahmen" bezüglich des Zugangs von Muslimen zu ihren heiligen Städten verurteilt. Daraufhin hatte Israel all seine Verbindungen zu der Organisation abgebrochen. Als eine Art „Ideenlabor" hilft UNESCO Ländern dabei, nach internationalen Standards zu leben und leitet Programme, die den Austausch von Ideen und Wissen fördern. Die UNESCO vertritt die Ansicht, dass die politischen und ökonomischen Ausrichtungen der Regierungen nicht ausreichen, um zufriedenstellende Bedingungen für eine Demokratie, Entwicklung und Frieden zu schaffen. Die UNESCO hat die schwierige Aufgabe, mit Nationen zusammenzuarbeiten, die eine lange Konfliktgeschichte sowie ein persönliches Interesse am Krieg haben.

5. November *1855 wurde an diesem Tag Eugene V. Debs geboren. Ebenfalls an diesem Tag 1968 wurde Richard Nixon zum US-Präsidenten gewählt, nachdem er die Vietnam-Friedensgespräche sabotiert hatte. Dies ist ein guter Tag, um darüber nachzudenken, wer unsere wahren Anführer sind.* Mit vierzehn Jahren begann Eugene Victor Debs, bei der Eisenbahn zu arbeiten und wurde Lokomotivheizer. Er half, die „Brüderschaft der Lokomotivheizer" zu gründen. Er war ein guter und sympathischer Sprecher und verstand es zudem, Druckschriften zu verfassen. 1885 war er Mitglied der Legislative von Indiana. Zu diesem Zeitpunkt war er 30 Jahre alt. 1894 vereinte er mehrere Eisenbahngewerkschaften zur American Railway Union und führte einen erfolgreichen Streik für höhere Löhne gegen die Great Northern Railway durch. Debs verbrachte sechs Monate im Gefängnis, nachdem er den Firmenstreik der Chicago Pullman Car angeführt hatte. Er sah die Arbeiterbewegung als einen Klassenkampf und war verantwortlich für die Gründung der Sozialistischen Partei Amerikas, für die er 1900-1920 fünfmal als Präsidentschaftskandidat antrat. Er starb 1926 im Alter von 71 Jahren. Richard Nixon wird als Verräter angesehen, weil er erfolgreich versucht hat, die Friedensgespräche in Vietnam zu blockieren, was durch Abhörmaßnahmen des FBI und handschriftliche Notizen bestätigt wird. Er sandte Anna Chennault, damit diese die Vietnamesen davon überzeugen konnte, den von Lyndon Johnson vorgeschlagenen Waffenstillstand abzulehnen, dessen ehemaliger Vizepräsident Hubert Humphrey Nixons Gegenkandidat war. Nixon verstieß damit gegen den 1797 erlassenen Logan Act, der Privatpersonen verbietet, sich in offizielle Verhandlungen mit anderen Nationen einzumischen. In den vier Jahren zwischen der Sabotage und der nächsten Präsidentschaftswahl wurden mehr als 1 Million Vietnamesen und 20.000 Soldaten der US-Armee getötet.

6. November *Dies ist der Internationale Tag zur Verhütung der Ausbeutung der Umwelt in Kriegen und bewaffneten Konflikten.* Mit der Einrichtung dieses Tages im Jahr 2001 versuchte die UN-Generalversammlung, die Aufmerksamkeit der Welt auf die dringende Notwendigkeit zu richten, die Umwelt vor Kriegszerstörung zu schützen. Die Kriege der vergangenen Jahre haben große Gebiete unbewohnbar und Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Krieg und Kriegsvorbereitungen zerstören die Umwelt durch die Produktion und das Testen von Atomwaffen, das Bombardieren von Terrain aus der Luft wie auch zu Wasser, die Verbreitung von Landminen sowie vergrabenen Kampfmitteln, dem Gebrauch und der Lagerung militärischer Entlaubungsmittel, Toxine und Abfälle und dem enormen Verbrauch an fossilen Brennstoffen. Dennoch haben diverse Umweltabkommen dem Militär Ausnahmen gewährt. Krieg sowie Kriegsvorbereitungen sind oft ursächlich für Umweltschäden. Sie sind ebenfalls eine Grube, in die Trillionen von Dollar geworfen werden, welche ansonsten zur Prävention von Umweltschäden verwendet werden könnten. Während sich die Umweltkrise verschlimmert, droht uns der ultimative Teufelskreis, wenn wir den Krieg als Mittel zu ihrer Bewältigung betrachten und Flüchtlinge als militärische Feinde behandeln. Zu behaupten, der Klimawandel führe zu Krieg, lässt außer Acht, dass Menschen für Kriege verantwortlich sind und dass, wenn wir nicht lernen, Krisen gewaltfrei zu bewältigen, wir diese nur noch verschlimmern werden. Eine große Motivation, Kriege zu führen, ist der Wunsch, Ressourcen zu kontrollieren, die die Erde vergiften, besonders Öl und Gas. Tatsächlich korreliert das Entfachen eines Krieges reicher Nationen mit armen Ländern nicht mit einer Verletzung der Menschenrechte, der Abwesenheit von Demokratie oder der Bedrohung durch Terrorismus, sondern vielmehr mit Ölvorkommen.

7. November *An diesem Tag im Jahr 1949 legte Costa Rica in seiner Verfassung das Verbot einer nationalen Armee fest. In Costa Rica, das nun ausschließlich erneuerbare Energien verwendet, haben sowohl der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte als auch die UN-Friedensuniversität ihren Sitz.* Nach Erlangung der Unabhängigkeit von Mexiko unter spanischer Herrschaft erklärte Costa Rica seine Unabhängigkeit von der zentralamerikanischen Föderation, in der es gemeinsam mit Honduras, Guatemala, Nicaragua und El Salvador Mitglied gewesen war. Nach einem kurzen Bürgerkrieg wurde die Entscheidung getroffen, die Armee abzuschaffen und stattdessen in das Volk zu investieren. Als Agrarstaat, der für seinen Kaffee und seinen Kakao bekannt ist, wird Costa Rica ebenfalls für seine Schönheit, Kultur, Musik, stabile Infrastruktur, Technologie und den Ökotourismus geschätzt. Die Umweltpolitik des Landes fördert die Nutzung von Solarenergie und mindert so das CO2 in der Atmosphäre. Zudem erhält das Land bis zu 25 % seiner Grünflächen in Form von Nationalparks. Die UN-Friedensuniversität wurde gegründet, „um der Menschheit ein Internationales Institut für höhere Bildung für den Frieden zur Verfügung zu stellen, mit dem Ziel, Verständnis und Toleranz und ein friedvolles Miteinander der Menschen zu fördern, Völker dazu anzuregen, miteinander zu kooperieren, um Hürden zu überwinden und Bedrohungen des Weltfriedens und des Fortschritts zu mindern und die edlen Bestrebungen zu wahren, die in der Charta der Vereinten Nationen proklamiert werden.“ 1987 erhielt Costa Ricas Präsident Oscar Sanchez den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen, den Bürgerkrieg in Nicaragua zu beenden. Costa Rica hat viele Flüchtlinge aufgenommen und zugleich die Stabilität in Mittelamerika gefördert. Da es seinen Staatsbürgern Zugang zu freier Bildung, einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und sozialen Einrichtungen gewährleistet, kann Costa Rica eine beeindruckend hohe Lebenserwartung seiner Einwohner vorweisen. 2017 erklärte National Geographic Costa Rica zum „glücklichsten Land der Welt!“

8. November *An diesem Tag im Jahr 1897 wurde Dorothy Day geboren.* Als Schriftstellerin, Aktivistin und Pazifistin ist Day vor allem dafür bekannt, dass sie das Catholic Worker Movement (katholische Arbeiterbewegung) initiierte und sich für soziale Gerechtigkeit einsetzte. Sie verließ die Universität in Illinois und zog 1916 nach Greenwich Village, wo sie ein Bohème-Leben führte, viele literarische Freunde fand und für sozialistische und progressive Zeitungen schrieb. Im Jahr 1917 schloss sie sich Alice Paul und der Frauenwahlrechtsbewegung als eine der „Silent Sentinels“ an, die Lobbyarbeit vor dem Weißen Haus betrieben. Dies führte zu einer von mehreren Verhaftungen und Inhaftierungen, die Day über sich ergehen lassen musste, aber auch zum Frauenwahlrecht. Ihr Ruf als „Radikale“ setzte sich nach ihrem Übertritt zum Katholizismus fort, als Day die Kirche dazu drängte, Wehrdienstverweigerer und Kriegsdienstverweigerer zu unterstützen. Ihre Führung stellte katholische Prinzipien in Frage, was dazu führte, dass die Kirche Pazifisten und Bedürftige unterstützte, insbesondere Arbeiter, die unter niedrigen Löhnen und grassierender Obdachlosigkeit litten. Als sie 1932 Peter Maurin, einen Ehemaligen des Ordens der Brüder der christlichen Schulen, kennenlernte, gründeten sie eine Zeitung, die katholische Lehren im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit propagierte. Diese Schriften führten zur „Grünen Revolution“ und zur Hilfe der Kirche bei der Bereitstellung von Wohnraum für die Armen. Zweihundert Gemeinden wurden schließlich in den Vereinigten Staaten gegründet, und 28 in anderen Ländern. Day lebte in einem dieser Houses of Hospitality (Gasthäuser), während sie gleichzeitig Unterstützung durch das Schreiben von Büchern über ihr Leben und ihre Bestimmung anregte. Das Catholic Worker Movement protestierte gegen den

Zweiten Weltkrieg, und Day wurde 1973 verhaftet, weil sie gegen den Krieg in Vietnam demonstrierte, während sie die United Farm Workers in Kalifornien unterstützte. Ihr Leben inspirierte viele, auch den Vatikan. Day gilt seit 2000 als Kandidat für die Heiligsprechung.

9. November *An diesem Tag im Jahr 1989 begann der Abriss der Berliner Mauer, was das Ende des Kalten Krieges symbolisierte.* Dies ist ein guter Tag, um sich daran zu erinnern, wie schnell Veränderungen kommen können und wie verfügbar Frieden ist. 1961 wurde die Mauer, die Berlin teilte, gebaut, um westliche „Faschisten" abzuschrecken und um die Massenflucht von Millionen junger Arbeiter und Fachkräfte aus der kommunistischen DDR zu kontrollieren. Telefon- und Bahnlinien wurden gekappt, die Menschen waren von ihrer Arbeit, ihren Familien und ihren Liebsten getrennt. Die Mauer wurde zum Symbol für den Kalten Krieg zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. So wie 5.000 Menschen die Flucht über die Mauer gelang, gab es ebenso viele gescheiterte Versuche. Die Mauer wurde über zehn Jahre hinweg wieder aufgebaut und mit einer Reihe von bis zu 4,5 Meter hohen Mauern, intensiver Beleuchtung, elektrischen Zäunen, bewaffneten Wachen in Wachtürmen, Kampfhunden und Minenfeldern verstärkt. Die ostdeutschen Wachen hatten den Befehl, jeden, der gegen die Mauer protestierte oder zu fliehen versuchte, sofort zu erschießen. Die Sowjetunion erlitt einen wirtschaftlichen Niedergang, Revolutionen in Ländern wie Polen und Ungarn gewannen an Boden, und die friedlichen Bemühungen zur Beendigung des Kalten Krieges schritten voran. Die wachsenden Unruhen in und um Deutschland führten zu Versuchen, die Mauer von der Westseite her abzubauen. Erich Honecker, Staatsoberhaupt der DDR, trat schließlich zurück, und der Beamte Günter Schabowski verkündete daraufhin versehentlich, dass „dauerhafte Umsiedlungen" aus der DDR möglich seien. Fassungslose Ostdeutsche näherten sich der Mauer, während die Wachen ebenso verwirrt dastanden wie der Rest. Tausende strömten dann zur Mauer und feierten ihre Freiheit und Versöhnung. Viele begannen, die Mauer mit Hammer, Meißel ... und der Hoffnung auf keine weiteren Mauern wegzuhauen.

10. November *An diesem Tag im Jahr 1936 traf das erste Friedenskorps der Welt, der Service Civil International (SCI), unter der Leitung von Pierre Cérésole in Bombay ein.* Cérésole war ein Schweizer Pazifist, der sich geweigert hatte, Steuern zu zahlen, die für Waffen verwendet wurden, und der einige Zeit im Gefängnis verbracht hatte. Er gründete 1920 den Service Civil International (SCI), um Freiwillige in internationalen Workcamps in von Naturkatastrophen und Konflikten betroffenen Gebieten einzusetzen. Er wurde von Mohandas Gandhi eingeladen, nach Indien zu kommen, und in den Jahren 1934, 1935 und 1936 arbeitete die Organisation in Indien beim Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Nepal-Bihar im Jahr 1934. Die Organisation wuchs im Laufe des nächsten Jahrzehnts, und Cérésole starb 1945. Im Jahr 1948 wurden mehrere internationale Friedensorganisationen unter der neu gegründeten Leitung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) zusammengeführt. Der SCI gehörte dazu. In den 1970er Jahren orientierte sich der SCI neu, indem er den internationalen Austausch von Freiwilligen standardisierte. Die Organisation erweiterte auch den Ansatz der Workcamps, um die politischen Implikationen des internationalen Friedens widerzuspiegeln. Zu den Prinzipien des SCI, der auch heute noch Freiwillige einsetzt, gehören: Gewaltlosigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Respekt gegenüber der Umwelt und den Ökosystemen, Einbeziehung aller Personen, die die Ziele der Bewegung teilen, Befähigung der Menschen, die Strukturen, die ihr Leben beeinflussen, zu verändern, und Zusammenarbeit mit lokalen, nationalen und internationalen Akteuren. So werden beispielsweise in den Regionen für

internationale Entwicklungszusammenarbeit und Bildung Arbeitsgruppen zu den Themen Einwanderung, Flüchtlinge, Ost-West-Austausch, Gender, Jugendarbeitslosigkeit und Umwelt eingerichtet. Der SCI wird bis heute fortgeführt und ist in den meisten englischsprachigen Ländern als International Voluntary Service bekannt.

11. November *An diesem Tag im Jahr 1918, um 11 Uhr am 11. Tag des 11. Monats, endete der Erste Weltkrieg nach einem Plan.* Die Menschen in ganz Europa hörten plötzlich auf, mit Waffen aufeinander zu schießen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sie getötet und Kugeln eingesteckt, waren gefallen und hatten geschrien, hatten gestöhnt und waren gestorben. Dann hörten sie auf. Es war nicht so, dass sie müde geworden oder zur Vernunft gekommen wären. Sowohl vor als auch nach 11 Uhr haben sie einfach nur Befehle befolgt. Das Waffenstillstandsabkommen, das den Ersten Weltkrieg beendete, hatte 11 Uhr als Schlusszeit festgelegt, und zwischen der Unterzeichnung des Waffenstillstands und seinem Inkrafttreten wurden 11.000 Menschen getötet oder verwundet. Aber diese Stunde in den folgenden Jahren, dieser Moment des Endes eines Krieges, der allen Krieg beenden sollte, dieser Moment, der eine weltweite Feier der Freude und der Wiederherstellung eines gewissen Anscheins von Vernunft ausgelöst hatte, wurde zu einer Zeit des Schweigens, des Glockenläutens, des Erinnerns und der Hingabe an die tatsächliche Beendigung aller Kriege. Das war der Tag des Waffenstillstands. Es war keine Feier des Krieges oder derer, die am Krieg teilnehmen, sondern des Moments, in dem ein Krieg beendet wurde. Der US-Kongress verabschiedete 1926 eine Resolution zum Waffenstillstandstag, in der er zu „Übungen aufrief, die den Frieden durch guten Willen und gegenseitiges Verständnis aufrechterhalten sollten.“ Einige Länder nennen ihn immer noch Remembrance Day, aber die Vereinigten Staaten benannten ihn 1954 in Veterans Day um. Für viele ist der Tag nicht mehr dazu da, das Ende des Krieges zu bejubeln, sondern um Krieg und Nationalismus zu preisen. Wir können uns dafür entscheiden, dem Waffenstillstandstag seine ursprüngliche Bedeutung zurückzugeben.

12. November *An diesem Tag im Jahr 1984 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Erklärung über das Recht der Völker auf Frieden.* Die UN-Generalversammlung verabschiedete am 10. Dezember 1948 eine Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Es ist immer noch ein Eckpfeiler des UN-Mandats und erklärt, dass das Recht auf Leben fundamental ist. Aber erst 1984 entstand die Erklärung über das Recht der Völker auf Frieden. Sie besagt, dass „ein Leben ohne Krieg die wichtigste internationale Voraussetzung für das materielle Wohlergehen, die Entwicklung und den Fortschritt ... und für die volle Verwirklichung der von den Vereinten Nationen verkündeten Rechte und Grundfreiheiten der Menschen ist“; dass es eine „heilige Pflicht“ und eine „grundlegende Pflicht“ jeden Staates sei, dass sie „eine Politik betreiben müssen, die auf die Beseitigung der Kriegsgefahr, insbesondere der Gefahr eines Atomkriegs ... ausgerichtet ist“. Die UNO hatte große Schwierigkeiten, auf dieser Erklärung aufzubauen und sie umzusetzen. Im Laufe der Jahre wurde viel Arbeit geleistet, insbesondere durch den Menschenrechtsrat, um die Erklärung zu überarbeiten, aber alle diese Überarbeitungen haben keine ausreichende Mehrheit gefunden, weil sich die Atomländer der Stimme enthalten haben. Am 19. Dezember 2016 wurde eine vereinfachte Version mit 131 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen angenommen. Im Jahr 2018 wurde immer noch darüber diskutiert. Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen besuchen bestimmte Situationen in verschiedenen Ländern, um bestimmte Fälle von Verletzungen der Rechte aus der Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte zu untersuchen, und es gibt eine Bewegung, einen Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Frieden zu ernennen, aber das ist noch nicht geschehen.

13. November *An diesem Tag im Jahr 1891 wurde das Internationale Ständige Friedensbüro in Rom von Fredrik Bajer gegründet.* Es ist immer noch aktiv und hat das Ziel, auf eine „Welt ohne Krieg“ hinzuarbeiten. In ihren Anfangsjahren erfüllte die Organisation ihre Ziele als Koordinator der internationalen Friedensbewegungen und erhielt 1910 den Friedensnobelpreis. Nach dem Ersten Weltkrieg verloren der Völkerbund und andere Organisationen an Bedeutung, und während des Zweiten Weltkriegs stellte es seine Tätigkeit ein. Im Jahr 1959 wurde sein Vermögen an das International Liaison Committee of Organizations for Peace (ILCOP) übergeben. ILCOP ernannte sein Genfer Sekretariat als Internationales Ständiges Friedensbüro. Das ISF hat 300 Mitgliedsorganisationen in 70 Ländern, fungiert als Bindeglied für Organisationen, die an ähnlichen Projekten arbeiten, und ist in anderen Gremien innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen vertreten. Im Laufe der Zeit haben mehrere ISF-Vorstandsmitglieder den Friedensnobelpreis erhalten. Militärische Vorbereitungen haben verheerende Auswirkungen, nicht nur auf diejenigen, die in einen Krieg verwickelt sind, sondern auch auf den Prozess der nachhaltigen Entwicklung, und die gegenwärtigen Programme des ISF konzentrieren sich auf Abrüstung für nachhaltige Entwicklung. Die ISF konzentriert sich besonders auf die Umverteilung von Militärausgaben in soziale Projekte und den Schutz der Umwelt. Das Internationale Ständige Friedensbüro hofft auf eine Entmilitarisierung der internationalen Hilfe, unterstützt eine Reihe von Abrüstungskampagnen, einschließlich der nuklearen Abrüstung, und liefert Daten über die wirtschaftlichen Dimensionen von Waffen und Konflikten. Das ISF hat 2011 den Globalen Aktionstag zu Militärausgaben ins Leben gerufen und setzt sich dafür ein, die Auswirkungen und den Verkauf von Kleinwaffen, Landminen, Streumunition und abgereichertem Uran zu verringern, insbesondere in den Entwicklungsländern.

14. November *An diesem Tag im Jahr 1944 in Frankreich schlugen Marie-Marthe Dortel-Claudot und Bischof Pierre-Marie Theas die Idee von Pax Christi vor.* Pax Christi ist lateinisch für „Frieden Christi“. Papst Pius XII. erkannte sie 1952 als die offizielle internationale katholische Friedensbewegung an. Es begann als eine Bewegung, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Organisation von Friedenswallfahrten auf die Versöhnung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk hinarbeitete und sich auf andere europäische Länder ausdehnte. Sie wuchs als „ein Kreuzzug des Gebets für den Frieden unter allen Nationen“. Sie begann, sich auf Menschenrechte, Sicherheit, Abrüstung und Entmilitarisierung zu konzentrieren. Sie hat jetzt 120 Mitgliedsorganisationen weltweit. Pax Christi International basiert auf der Überzeugung, dass Frieden möglich ist, und befasst sich mit den Ursachen und zerstörerischen Folgen von gewaltsamen Konflikten und Krieg. Ihre Vision ist, dass „Teufelskreise von Gewalt und Ungerechtigkeit durchbrochen werden können.“ Das internationale Sekretariat befindet sich in Brüssel und es gibt Verbände in vielen Ländern. Pax Christi engagierte sich in der Unterstützung von Demonstranten der Bürgerrechtsbewegung in Mississippi und half, Boykotte von Geschäften, die Schwarze diskriminierten, zu organisieren. Pax Christi vernetzt sich mit anderen Organisationen, die in der Friedensbewegung involviert sind, tritt für die Bewegung international ein und baut die Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen für gewaltfreie Friedensarbeit auf. Pax Christi hat beratenden Status als Nichtregierungsorganisation bei den Vereinten Nationen und sagt, dass sie „die Stimme der

Zivilgesellschaft in die katholische Kirche bringt und umgekehrt die Werte der katholischen Kirche in die Zivilgesellschaft trägt.“ Im Jahr 1983 wurde Pax Christi International mit dem UNESCO-Preis für Friedenserziehung ausgezeichnet.

15. November *An diesem Tag im Jahr 1920 trat in Genf das erste ständige Parlament der Welt, der Völkerbund, zusammen.* Das Konzept der kollektiven Sicherheit war neu, ein Produkt der Schrecken des Ersten Weltkriegs. Die Achtung der Integrität und Unabhängigkeit aller Mitglieder und die Frage, wie sie gemeinsam gegen Aggressionen geschützt werden können, wurden in der daraus resultierenden Vereinbarung angesprochen. Kooperative Organisationen wie der Weltpostverein und andere Strukturen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens wurden gegründet, und die Mitglieder einigten sich bei Themen wie Transport und Kommunikation, Handelsbeziehungen, Gesundheit und Überwachung des internationalen Waffenhandels. Es wurde ein Sekretariat in Genf eingerichtet und eine Versammlung aller Mitglieder sowie ein Rat bestehend aus Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans als ständige Mitglieder und vier weiteren, die von der Versammlung gewählt wurden. Der Platz der Vereinigten Staaten im Rat wurde jedoch nie besetzt. Die Vereinigten Staaten traten dem Völkerbund nicht bei, in dem sie ein Mitglied unter Gleichgestellten gewesen wären. Das war etwas ganz anderes als der Beitritt zu den späteren Vereinten Nationen, in denen die Vereinigten Staaten und vier weitere Länder ein Vetorecht hatten. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurde kein Appell an den Völkerbund gerichtet. Während des Krieges fanden keine Sitzungen des Rates oder der Versammlung statt. Die wirtschaftliche und soziale Arbeit des Völkerbundes wurde in begrenztem Umfang fortgesetzt, aber ihre politische Tätigkeit war zu Ende. Die Vereinten Nationen wurden 1945 mit vielen der gleichen Strukturen wie der Völkerbund gegründet. Im Jahr 1946 wurde der Völkerbund formell aufgelöst.

16. November *An diesem Tag im Jahr 1989 wurden sechs Priester und zwei weitere Personen vom salvadorianischen Militär ermordet.* Der Bürgerkrieg in El Salvador, 1980-1992, tötete mehr als 75.000 Menschen, hinterließ 8.000 Vermisste und eine Million Vertriebene. Eine 1992 eingerichtete Wahrheitskommission der Vereinten Nationen stellte fest, dass 95 % der während des Konflikts verzeichneten Menschenrechtsverletzungen vom salvadorianischen Militär gegen Zivilisten begangen wurden, die vor allem in ländlichen Gemeinden lebten und verdächtigt wurden, linke Guerillas zu unterstützen. Am 16. November 1989 töteten Soldaten der salvadorianischen Armee die Jesuiten Ignacio Ellacuría, Ignacio Martín-Baró, Segundo Montes, Amando López, Juan Ramón Moreno und Joaquín López sowie Elba Ramos und ihre minderjährige Tochter Celina in ihrem Haus auf dem Campus der Zentralamerikanischen Universität Jose Simeon Canas in San Salvador. Teileinheiten des berüchtigten Elitebataillons Atlacatl überfielen den Campus mit dem Befehl, den Rektor, Ignacio Ellacuría, zu töten und keine Zeugen zurückzulassen. Die Jesuiten wurden verdächtigt, mit den Rebellen zu kollaborieren, und hatten ein ausgehandeltes Ende des Bürgerkriegs mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional – FMLN) befürwortet. Die Morde lenkten die internationale Aufmerksamkeit auf die Bemühungen der Jesuiten und erhöhten den internationalen Druck für einen Waffenstillstand. Dies war einer der wichtigsten Wendepunkte, die zu einer Verhandlungslösung für den Krieg führten. Ein Friedensabkommen beendete den Krieg 1992, doch die mutmaßlichen Drahtzieher der Attentate wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Fünf der sechs getöteten Jesuiten waren spanische Staatsbürger. Die spanische Staatsanwaltschaft bemüht sich seit langem um die Auslieferung der

wichtigsten Mitglieder des militärischen Oberkommandos, die in die Todesfälle verwickelt sind, aus El Salvador.

17. November *An diesem Tag im Jahr 1989 begann die Samtene Revolution, die friedliche Befreiung der Tschechoslowakei, mit einem Studentenmarsch.* Nach dem Zweiten Weltkrieg erhoben die Sowjets Anspruch auf die Tschechoslowakei. Bis 1948 war die marxistisch-leninistische Politik in allen Schulen obligatorisch, die Medien wurden streng zensiert, und Unternehmen wurden von der kommunistischen Regierung kontrolliert. Jeglicher Widerstand wurde mit heftiger Polizeibrutalität gegen die Demonstranten und ihre Familien beantwortet, bis die freie Meinungsäußerung zum Schweigen gebracht wurde. Die Politik des sowjetischen Führers Michail Gorbatschow entspannte das politische Klima Mitte der 1980er Jahre etwas, was die Studenten dazu veranlasste, einen Gedenkmarsch zu planen, angeblich zu Ehren eines Studenten, der 50 Jahre zuvor bei einem Marsch gegen die Nazi-Besetzung ums Leben gekommen war. Der tschechoslowakische Aktivist, Autor und Dramatiker Vaclav Havel hatte außerdem ein Bürgerforum organisiert, um das Land durch eine „Samtene Revolution" des friedlichen Protests zurückzuerobern. Havel nutzte die Untergrundkoordination durch Verbindungen mit Dramatikern und Musikern, was zu einer weit verbreiteten Gruppe von Aktivisten führte. Als sich die Studenten am 17. November auf den Weg machten, wurden sie wieder einmal von der Polizei brutal zusammengeschlagen. Das Bürgerforum setzte dann den Marsch fort und rief die Bürger entlang des Weges auf, die Studenten im Kampf für Bürgerrechte und freie Meinungsäußerung, die unter der kommunistischen Herrschaft verboten waren, zu unterstützen. Die Zahl der Demonstranten wuchs von 200.000 auf 500.000 und setzte sich fort, bis es zu viele waren, als dass die Polizei sie hätte eindämmen können. Am 27. November traten Arbeiter im ganzen Land in den Streik und schlossen sich den Demonstranten an, um ein Ende der schweren kommunistischen Unterdrückung zu fordern. Dieser friedliche Marsch führte dazu, dass das gesamte kommunistische Regime im Dezember zurücktrat. Vaclav Havel wurde 1990, in der ersten demokratischen Wahl seit 1946, zum Präsidenten der Tschechoslowakei gewählt.

18. November *An diesem Tag im Jahr 1916 endete die Schlacht an der Somme*. Dies war eine Schlacht des Ersten Weltkriegs zwischen Deutschland auf der einen Seite und Frankreich und dem Britischen Reich (einschließlich Truppen aus Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Neufundland) auf der anderen Seite. Die Schlacht hatte am 1. Juli begonnen und fand an den Ufern der Somme in Frankreich statt. Jede Seite hatte strategische Gründe für die Schlacht, aber keine moralische Verteidigung derselben. Drei Millionen Soldaten bekämpften sich aus Schützengräben mit Gewehren, und Giftgas, und – zum ersten Mal – Panzern. Etwa 164.000 Soldaten wurden getötet und weitere rund 400.000 verletzt. Keiner von ihnen war einen sogenannten Heldentod für eine glorreiche Sache gestorben. Nichts Gutes entstand aus der Schlacht oder dem Krieg, das den Schaden hätte aufwiegen können. Die Panzer erreichten ihre Höchstgeschwindigkeit von 6 km/h und fielen dann generell aufgrund technischer Probleme aus. Die Panzer waren schneller als die Menschen, die die Schlacht seit 1915 geplant hatten. Hunderte von Flugzeugen und ihre Piloten wurden ebenfalls in der Schlacht zerstört, in der eine Seite insgesamt über 9,5 km vorrückte, aber keinen entscheidenden Vorteil erlangte. Der Krieg schleppte sich in all seiner fantastischen Sinnlosigkeit dahin. Angesichts der Vorliebe der Menschheit für Wunschdenken und der sich damals rasch entwickelnden Propagandamittel, verleitete der schiere Schrecken und das Ausmaß des Krieges viele zu dem Versuch zu glauben,

dass dieser Krieg aus irgendeinem Grund der Institution Krieg ein Ende setzen würde. Aber natürlich blieben die Schöpfer des Krieges (die Waffenindustrie, die machtbesessenen Politiker, die Gewaltromantiker und die Karrieristen und Bürokraten, die auf Anordnung mitmachten) alle weiterhin erhalten.

19. November *An diesem Tag im Jahr 1915 wurde Joe Hill hingerichtet, aber er ist nie wirklich gestorben.* Joe Hill war ein Organisator der Industrial Workers of the World (IWW), einer radikalen Gewerkschaft, die als Wobblies bekannt war und sich gegen den Gewerkschaftsbund American Federation of Labor (AFL) und deren Unterstützung des Kapitalismus einsetzte. Hill war auch ein talentierter Karikaturist und profilierter Liedermacher, der schwache und müde Arbeiter aus allen Branchen, einschließlich Frauen und Einwanderer, ermutigte, sich zusammenzuschließen. Er komponierte auch viele der Lieder, die bei IWW-Protesten verwendet wurden, darunter „The Preacher and the Slave“ und „There is Power in a Union“. Der Widerstand gegen die IWW war in den frühen 1900er Jahren im gesamten konservativen Westen heftig, und ihre sozialistischen Mitglieder wurden von Polizei und Politikern als Feinde betrachtet. Als ein Lebensmittelladenbesitzer bei einem Raubüberfall in Salt Lake City getötet wurde, war Joe Hill in derselben Nacht mit einer Schusswunde in ein nahegelegenes Krankenhaus gekommen. Als Hill sich weigerte, anzugeben, wie er angeschossen worden war, klagte die Polizei ihn des Mordes an dem Ladenbesitzer an. Später erfuhr man, dass Hill von einem Mann angeschossen worden war, der der gleichen Frau wie Hill den Hof machte. Trotz des Mangels an Beweisen und der demonstrativen Unterstützung der IWW wurde Hill für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. In einem Telegramm an den IWW-Gründer Big Bill Hayward schrieb Hill: „Vergeudet keine Zeit mit Trauern. Organisiert euch!“ Diese Worte wurden zum Motto der Gewerkschaft. Alfred Hayes schrieb das Gedicht „Joe Hill“, das 1936 von Earl Robinson vertont wurde. Die Worte „Ich habe geträumt, dass ich letzte Nacht Joe Hill gesehen habe“ inspirieren immer noch Arbeiter.

20. November *An diesem Tag im Jahr 1815 beendete der Zweite Pariser Frieden die Napoleonischen Kriege.* Die Arbeiten für diesen Vertrag begannen fünf Monate nach der ersten Abdankung Napoleons I. und der zweiten Abdankung Napoleon Bonapartes im Jahr 1814. Im Februar 1815 floh Napoleon aus seinem Exil auf der Insel Elba. Am 20. März kam er nach Paris und begann die Hundert Tage seiner wiederhergestellten Herrschaft. Vier Tage nach seiner Niederlage in der Schlacht von Waterloo wurde Napoleon am 22. Juni erneut zur Abdankung überredet. König Ludwig XVIII., der bei der Ankunft Napoleons in Paris aus dem Land geflohen war, bestieg am 8. Juli zum zweiten Mal den Thron. Der Friedensvertrag war der umfassendste, den Europa je gesehen hatte. Er enthielt härtere Auflagen als der Vertrag vom Vorjahr, der von Maurice de Talleyrand ausgehandelt worden war. Frankreich wurde zur Zahlung von 700 Millionen Francs an Entschädigungen verurteilt. Die Grenzen Frankreichs wurden auf den Stand von 1790 zurückgeführt. Außerdem sollte Frankreich Geld zahlen, um die Kosten für die Bereitstellung von Verteidigungsanlagen zu decken, die von den sieben benachbarten Ländern der Koalition gebaut werden sollten. Nach dem Friedensvertrag sollten Teile Frankreichs für fünf Jahre mit bis zu 150.000 Soldaten besetzt werden, mit Frankreich als Kostenträger; die Besetzung durch die Koalition wurde jedoch nur für drei Jahre als notwendig erachtet. Neben dem endgültigen Friedensvertrag zwischen Frankreich und Großbritannien, Österreich, Preußen und Russland wurden am selben Tag noch vier weitere Konventionen und der Beschluss zur Bestätigung der Neutralität der Schweiz unterzeichnet.

21. November *An diesem Tag im Jahr 1990 endete der Kalte Krieg offiziell mit der Charta von Paris für ein neues Europa.* Die Charta von Paris war das Ergebnis eines Treffens vieler europäischer Regierungen sowie Kanadas, der Vereinigten Staaten und der UdSSR, das vom 19. bis 21. November 1990 in Paris stattfand. Michail Gorbatschow, ein leidenschaftlicher Reformer, war in der Sowjetunion an die Macht gekommen und führte die Politik von *Glasnost* (Offenheit) und *Perestroika* (Umstrukturierung) ein. Von Juni 1989 bis Dezember 1991, von Polen bis Russland, stürzte eine kommunistische Diktatur nach der anderen. Im Herbst 1989 rissen Ost- und Westdeutsche die Berliner Mauer nieder. Innerhalb weniger Monate übernahm Boris Jelzin, das alkoholkranke, von den USA unterstützte Staatsoberhaupt der Russischen Sowjetrepublik, das Kommando. Die Sowjetunion und der Eiserne Vorhang wurden aufgelöst. Die Amerikaner hatten eine Kultur des Kalten Krieges erlebt, die unter anderem die McCarthyistischen Hetzjagden, Hinterhofbunker, den Wettlauf ins All und eine Raketenkrise beinhaltet hatte. Tausende von US-amerikanischen und Millionen von nicht-amerikanischen Menschen waren in Kriegen ums Leben gekommen, die durch die Konfrontation mit dem Kommunismus gerechtfertigt wurden. Dank der Charta herrschte eine Stimmung des Optimismus und der Euphorie, und man träumte sogar von Entmilitarisierung und einer Friedensdividende. Die Stimmung war nicht von Dauer. Die USA und ihre Verbündeten verließen sich weiterhin auf Organisationen wie die NATO und alte Wirtschaftsmodelle, anstatt eine neue Vision mit ganzheitlicheren Systemen zu verfolgen. Die Vereinigten Staaten versprachen der russischen Führung, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, haben aber seither genau das getan. Da sie eine neue Daseinsberechtigung brauchte, zog die NATO in den Krieg gegen Jugoslawien und schuf damit einen Präzedenzfall für künftige weit entfernte imperiale Kriege in Afghanistan und Libyen sowie für die Fortsetzung eines kalten Krieges, der für Waffenhändler äußerst profitabel war.

22. November An diesem Tag im Jahr 1963 wurde Präsident John F. Kennedy ermordet. Die US-Regierung setzte eine Sonderkommission zur Untersuchung ein, aber ihre Schlussfolgerungen wurden weithin als zweifelhaft, wenn nicht gar lächerlich angesehen. In der Warren-Kommission saß Allen Dulles, ein ehemaliger CIA-Direktor, der von Kennedy abgesetzt worden war und den viele als einen der Hauptverdächtigen ansehen. Zu dieser Gruppe gehört auch E. Howard Hunt, der auf seinem Sterbebett seine Beteiligung gestand und weitere Namen nannte. Im Jahr 2017 hielt Präsident Donald Trump auf Bitte der CIA verschiedene JFK-Attentatsdokumente illegalerweise und ohne Erklärung geheim, die eigentlich hätten freigegeben werden sollen. Zwei der populärsten und überzeugendsten Bücher zu diesem Thema sind Jim Douglass' *JFK and the Unspeakable* und David Talbots *The Devil's Chessboard*. Kennedy war kein Pazifist, aber er war auch nicht der Militarist, den manche wollten. Er wollte nicht gegen Kuba oder die Sowjetunion oder Vietnam oder Ostdeutschland oder die Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika kämpfen. Er trat für Abrüstung und Frieden ein. Er führte kooperative Gespräche mit Chruschtschow, wie es Präsident Dwight Eisenhower vor dem U2-Abschuss versucht hatte. Kennedy war auch die Art von Gegner der Wall Street, die die CIA in ausländischen Hauptstädten zu stürzen pflegte. Kennedy setzte sich dafür ein, die Ölgewinne durch das Schließen von Steuerschlupflöchern zu verringern. Er ermöglichte der politischen Linken in Italien die Beteiligung an der Macht. Er verhinderte Preiserhöhungen der Stahlkonzerne. Unabhängig davon, wer Kennedy tötete, haben in den Jahrzehnten danach viele die zahllosen Ehrerbietungen von Politikern in Washington gegenüber der CIA und dem Militär als Zeichen von Misstrauen und Angst gewertet.

23. November *An diesem Tag im Jahr 1936 wurde Carl von Ossietzky, der bekannte deutsche Journalist und Pazifist, rückwirkend für das Jahr 1935 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.* Ossietzky war 1889 in Hamburg geboren worden und war ein radikaler Pazifist mit hervorragenden schriftstellerischen Fähigkeiten. Er war – zusammen mit Kurt Tucholsky – Mitbegründer des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, der Bewegung „Nie Wieder Krieg“ und Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Weltbühne“. Nach der Aufdeckung der damals verbotenen Heeresausbildung der Reichswehr wurde Ossietzky Anfang 1931 wegen Hochverrats und Spionage angeklagt. Selbst als viele versuchten, ihn zur Flucht zu überreden, weigerte er sich mit der Begründung, er würde ins Gefängnis gehen und wäre eine höchst lästige lebende Demonstration gegen eine politisch motivierte Verurteilung. Am 28. Februar 1933 wurde Ossietzky erneut verhaftet, dieses Mal von den Nazis. Er wurde in ein Konzentrationslager geschickt, wo er brutal misshandelt wurde. An fortgeschrittener Tuberkulose leidend, wurde er 1936 entlassen, durfte aber nicht nach Oslo reisen, um seinen Preis entgegenzunehmen. Das Time Magazine schrieb: „Wenn jemals ein Mann für den Frieden gearbeitet, gekämpft und gelitten hat, dann ist es der kränkliche kleine Deutsche, Carl von Ossietzky. Seit fast einem Jahr wird das Friedensnobelpreiskomitee mit Petitionen aller Schattierungen von Sozialisten, Liberalen und Literaten im Allgemeinen überschwemmt, die Carl von Ossietzky für den Friedenspreis 1935 vorschlagen. Ihr Motto: ‚Schickt den Friedenspreis ins Konzentrationslager‘.“ Ossietzky starb am 4. Mai 1936 im Krankenhaus Westend in Berlin-Charlottenburg.

24. November *An diesem Tag im Jahr 2016 unterzeichnete die Regierung von Kolumbien nach 50 Jahren Krieg und 4 Jahren Verhandlungen ein Friedensabkommen mit den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC).* Der Krieg hatte 200.000 Kolumbianer das Leben gekostet und sieben Millionen Menschen von ihrem Land vertrieben. Der Präsident von Kolumbien wurde mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, seine Partner im Frieden seltsamerweise jedoch nicht. Allerdings haben die Rebellen mehr Schritte unternommen, um das Abkommen tatsächlich zu erfüllen, als die Regierung. Es war ein komplexes Abkommen, das Entwaffnung, Wiedereingliederung, Gefangenenaustausch, Amnestie, Wahrheitskommissionen, eine Reform des Landbesitzes und die Finanzierung von Bauern für den Anbau anderer Kulturen als illegaler Drogen vorsah. Die Regierung hielt sich im Allgemeinen nicht daran und verletzte die Vereinbarung, indem sie sich weigerte, Gefangene freizulassen, und indem sie Gefangene an die Vereinigten Staaten auslieferte. Die FARC demobilisierte sich, aber das entstandene Vakuum wurde durch neue Gewalt, illegalen Drogenhandel und illegalen Goldabbau gefüllt. Die Regierung unternahm nichts, um die Zivilbevölkerung zu schützen, ehemalige Kämpfer zu reintegrieren, ihre Sicherheit zu garantieren oder die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Gebieten zu fördern. Auch bei der Einrichtung einer Wahrheitskommission und eines Sondergerichts, das Menschen wegen Kriegsverbrechen vor Gericht stellen soll, stockte die Regierung. Frieden zu schließen ist nicht der Akt eines Augenblicks, obwohl ein Augenblick entscheidend sein kann. Ein Land ohne Krieg ist ein großer Schritt nach vorn, aber wenn es nicht gelingt, Gewalt und Ungerechtigkeit zu beenden, besteht die Möglichkeit, dass der Krieg wieder beginnt. Kolumbien braucht, wie alle Länder, aufrichtiges Engagement für den Prozess der Friedenserhaltung, nicht nur protzige Ankündigungen und Auszeichnungen.

25. November *Dieses Datum ist der Internationale Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen*

Frauen. Ebenfalls an diesem Tag im Jahr 1910 gründete Andrew Carnegie die Stiftung für den internationalen Frieden (Endowment for International Peace). Die Erklärung zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen wurde 1993 von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Es definiert Gewalt gegen Frauen als „jede geschlechtsspezifische Gewalthandlung, die Frauen körperlichen, sexuellen oder seelischen Schaden oder Leid zufügt oder zufügen kann, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, Nötigung oder willkürlicher Freiheitsberaubung, unabhängig davon, ob sie im öffentlichen oder privaten Bereich stattfindet.“ Ein Drittel der Frauen und Mädchen auf der Welt haben in ihrem Leben körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt erfahren. Eine Hauptquelle dieser Gewalt ist der Krieg, in dem Vergewaltigung manchmal eine Waffe ist und in dem die überwiegende Mehrheit der Opfer Zivilisten sind, einschließlich Frauen und Kinder. Die Carnegie Endowment for International Peace ist ein Netzwerk von Politikforschungszentren. Sie wurde 1910 mit der Mission gegründet, den Krieg abzuschaffen. Danach soll sie die zweitschlimmste Sache bestimmen, die die Menschheit tut, und daran arbeiten, auch diese zu beseitigen. In den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens konzentrierte sich die Stiftung auf die Kriminalisierung des Krieges, den Aufbau internationaler Freundschaft und die Förderung der Abrüstung. Sie arbeitete, wie von ihrem Schöpfer gefordert, auf das Endziel der vollständigen Abschaffung hin. Aber da die westliche Kultur den Krieg normalisiert hat, ist die Stiftung voreilig dazu übergegangen, sich für alle möglichen guten Zwecke einzusetzen, so dass nicht der Krieg, sondern ihre einzige ursprüngliche Aufgabe, das Eintreten gegen den Krieg, praktisch eliminiert wurde.

26. November *An diesem Tag im Jahr 1832 wurde Dr. Mary Edwards Walker in Oswego, NY, geboren.* Männerkleidung war auf dem Familienhof praktischer, und eine ihrer zahlreichen Exzentrizitäten war es, immer Männerkleidung zu tragen. 1855 machte sie ihren Abschluss am Syracuse Medical College, als einzige weibliche Studentin in der Klasse. Verheiratet mit Albert Miller, einem Arzt, nahm sie seinen Namen nicht an. Nach einer erfolglosen gemeinsamen Arztpraxis (die Schwierigkeit war ihr Geschlecht), ließen sie sich scheiden. Während des US-Bürgerkriegs durfte Walker 1861 als freiwillige Krankenschwester in der Unionsarmee dienen. Als unbezahlte Chirurgin war sie die einzige Ärztin im Bürgerkrieg. Sie bot sich dem Kriegsministerium als Spionin an, wurde aber abgelehnt. Oft überquerte sie die feindlichen Linien, um verletzte Zivilisten zu versorgen. Sie wurde gefangen genommen und verbrachte vier Monate als Kriegsgefangene. Lange bevor Frauen das Wahlrecht gesetzlich zugesprochen wurde, stimmte sie ab, obwohl sie die Suffragetten-Bewegung bis in ihr späteres Leben verschmähte. Nach dem Krieg verlieh Präsident Andrew Johnson Mary Edwards Walker die Medal of Honor. Eine Änderung der Verleihungsbestimmungen im Jahr 1917 bedeutete, dass sie zurückgenommen werden sollte, aber sie weigerte sich, sie aufzugeben und trug sie bis an ihr Lebensende. Sie erhielt eine geringere Kriegsrente als die, die Kriegswitwen erhalten. Sie arbeitete in einem Frauengefängnis in Kentucky und in einem Waisenhaus in Tennessee. Walker veröffentlichte zwei Bücher und stellte sich selbst in Nebenschauplätzen aus. Dr. Walker starb am 21. Februar 1919. Sie sagte einmal: „Es ist eine Schande, dass Menschen, die in dieser Welt Reformen durchführen, erst nach ihrem Tod gewürdigt werden.“

27. November *An diesem Tag im Jahr 1945 wurde CARE gegründet, um Überlebende des Zweiten Weltkriegs in Europa zu versorgen.* CARE stand für „Cooperative for American Remittances to Europe“ (Genossenschaft für amerikanische Geldsendungen nach Europa). Sie ist jetzt die „Cooperative for Assistance and Relief Everywhere“ (Genossenschaft für Hilfe und

Unterstützung überall). Die Nahrungsmittelhilfe von CARE erfolgte ursprünglich in Form von Paketen, die aus überschüssigen Kriegsgütern bestanden. Die letzten Lebensmittelpakete nach Europa wurden 1967 verschickt. In den 1980er Jahren wurde CARE International gegründet. Sie arbeitet nach eigenen Angaben in 94 Ländern, unterstützt 962 Projekte und erreicht über 80 Millionen Menschen. Der Hauptsitz befindet sich in Atlanta, Georgia. Sie hat ihr Mandat im Laufe der Jahre erweitert und führt im Wesentlichen Programme durch, „um dauerhafte Lösungen für die Armut zu schaffen." Sie setzt sich für politische Veränderungen zur Bekämpfung der Armut ein und reagiert auf Notfälle, ähnlich wie die Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften. CARE sagt, dass es „mehr tun will, als nur unmittelbare Bedürfnisse zu befriedigen", indem es strukturelle Hindernisse für die Entwicklung überwindet, wie Diskriminierung und Ausgrenzung, korrupte oder inkompetente öffentliche Institutionen, Zugang zu wichtigen öffentlichen Dienstleistungen, Konflikte und soziale Unruhen sowie große Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit. CARE ist nicht innerhalb der Vereinigten Staaten tätig. Sie war eine Pionier-NGO, die in die Mikrofinanzierung von Kleinunternehmen mit Gruppenersparnissen und -krediten investierte. CARE finanziert, unterstützt oder führt keine Schwangerschaftsabbrüche durch. Stattdessen wird versucht, die Mütter- und Neugeborenensterblichkeit zu reduzieren, indem „die Qualität, die Reaktionsfähigkeit und die Gerechtigkeit der Gesundheitsdienste erhöht werden." CARE gibt an, dass sich seine Programme auf Frauen und Mädchen konzentrieren, weil die Stärkung von Frauen ein wichtiger Motor für Entwicklung ist. CARE wird durch Spenden von Privatpersonen und Unternehmen sowie von staatlichen Stellen, darunter die Europäische Union und die Vereinten Nationen, finanziert.

Der vierte Donnerstag im November ist der Thanksgiving-Feiertag in den Vereinigten Staaten, der die Trennung von Kirche und Staat verletzt, um Völkermord als Wohltat nachzuerzählen.

28. November *An diesem Tag im Jahr 1950 wurde der Colombo-Plan für kooperative wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Süd- und Südostasien ins Leben gerufen.* Der Plan ging aus einer außenpolitischen Konferenz des Commonwealth hervor, die in Colombo, Ceylon (heute Sri Lanka), stattfand. Die ursprüngliche Gruppe bestand aus Australien, Großbritannien, Kanada, Ceylon, Indien, Neuseeland und Pakistan. Im Jahr 1977 wurde der Name in „The Colombo Plan for Cooperative Economic and Social Development in Asia and the Pacific" geändert. Sie ist heute eine zwischenstaatliche Organisation mit 27 Mitgliedern, darunter Indien, Afghanistan, Iran, Japan, Korea, Neuseeland, Saudi-Arabien, Vietnam und die Vereinigten Staaten. Die Betriebskosten des Sekretariats werden von den Mitgliedsländern durch einen jährlichen Mitgliedsbeitrag getragen. Ursprünglich wurden Flughäfen, Straßen, Eisenbahnen, Staudämme, Krankenhäuser, Düngemittelfabriken, Zementfabriken, Universitäten und Stahlwerke in den Mitgliedsländern mit Hilfe von Kapital und Technologie aus den Industrieländern für die Entwicklungsländer gebaut, mit einer Ausbildungskomponente. Zu seinen Zielen gehört die Betonung des Konzepts der Süd-Süd-Kooperation, der Assimilation und der effizienteren Nutzung von Kapital sowie der technischen Zusammenarbeit und der Unterstützung beim Austausch und Transfer von Technologie. Die jüngsten Programme zielen darauf ab, fortgeschrittene Fähigkeiten und Erfahrungen in verschiedenen Bereichen wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten zu vermitteln, als „Mittel für eine gute Politikgestaltung und Governance innerhalb der öffentlichen Politikformulierung in einem Umfeld von Globalisierung und Marktwirtschaft." Der Plan konzentriert sich auf die Entwicklung des Privatsektors für wirtschaftliches Wachstum und auf die Prävention von Drogenmissbrauch in

den Mitgliedsländern. Seine permanenten Programme sind Drogenberatung, Kapazitätsaufbau, Geschlechterangelegenheiten und Umwelt.

29. November *Dies ist der Internationale Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk.* Das Datum wurde im Jahr 1978 von der UN-Vollversammlung als Reaktion auf die Nakba, oder die Katastrophe der Tötung und Vertreibung der Palästinenser und die Auslöschung von Städten und Dörfern während der Gründung der Nation Israels in 1948, etabliert. Die UN-Resolution 181(II) über die Teilung Palästinas war am gleichen Tag im Jahr 1947 verabschiedet worden, um separate arabische und jüdische Staaten auf palästinensischem Land zu errichten. Palästina war von Großbritannien kolonisiert worden, und das palästinensische Volk wurde bei der Aufteilung seines Landes nicht hinzugezogen. Dieser Prozess lief der UN-Charta zuwider, weshalb es ihm an rechtlicher Befugnis mangelt. Die Resolution des Jahres 1947 empfahl, dass Palästina 42 % seines Gebietes einnimmt, ein jüdischer Staat 55 % und Jerusalem und Bethlehem 0,6 %. Bis 2015 hatte Israel seine Reichweite gewaltsam auf 85 % des historischen Palästinas ausgedehnt. Im Januar 2015 lag die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge bei 5,6 Millionen. Die Palästinenser waren nach wie vor militärischer Besatzung, andauernder ziviler Kontrolle durch eine Besatzungskraft, Gewalt und Bombardierungen, dem fortgesetzten israelischen Siedlungsbau und -ausbau sowie der Verschlechterung humanitärer und ökonomischer Zustände ausgesetzt. Das palästinensische Volk hat seine unabdingbaren Rechte auf Selbstbestimmung ohne externen Eingriff, wie es von der UN-Menschenrechtscharta definiert wird, nicht erhalten – nationale Souveränität und das Recht auf Rückkehr zu ihrem Eigentum. Der UN-Beobachterstatus als Nicht-Mitgliedstaat wurde Palästina 2012 gewährt und im Jahr 2015 wurde die palästinensische Flagge vor dem UN-Hauptquartier gehisst. Der Internationale Tag wird jedoch weitestgehend als ein Versuch der UN angesehen, eine von ihr geschaffene Tragödie zu entschärfen und eine Resolution zu rechtfertigen, die tragische Konsequenzen für das palästinensische Volk hatte.

30. November *An diesem Tag im Jahr 1999 legte eine breite Koalition von Aktivisten gewaltlos die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle, Washington, still.* Mit 40.000 Demonstranten stelle die Koalition von Seattle alles an bis dahin in den Vereinigten Staaten stattgefundenen Demonstrationen gegen Organisationen, deren Mandat ökonomische Globalisierung ist, in den Schatten. Die WTO befasst sich mit weltweiten Handelsregeln und handelt Handelsabkommen zwischen ihren Mitgliedern aus. Sie hat 160 Mitglieder, die 98 % des Welthandels ausmachen. Um der WTO beizutreten, stimmen die Regierungen zu, sich an die von der WTO aufgestellten Handelsrichtlinien zu halten. Die Ministerkonferenz trifft sich, wie in Seattle, alle zwei Jahre und fasst wichtige Beschlüsse für die Mitgliedschaft. Die Webseite der WTO gibt an, dass es ihr Ziel sei, „den Handel zum Nutzen aller zu öffnen“, und behauptet, Entwicklungsländern zu helfen. Ihre diesbezügliche Bilanz ist enormes und scheinbar absichtliches Versagen. Die WTO hat die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, während sie die Beschäftigungs- und Umweltstandards gesenkt hat. In ihren Regeln begünstigt die WTO reiche Länder und multinationale Konzerne und schadet kleineren Ländern mit hohen Importzöllen und Einfuhrkontingenten. Die Demonstration von Seattle war groß, kreativ, überwältigend gewaltfrei und neuartig in seiner Zusammenführung diverser Interessen, von Gewerkschaften über Umweltschützer bis hin zu Armutsbekämpfungsgruppen. Während die Medienberichte der Konzerne erwartungsgemäß eine relative Handvoll Menschen hervorgehoben haben, die an der Zerstörung von Eigentum beteiligt waren, so gelang es der

Größe, Disziplin und Energie der Demonstrationen, sowohl die Entscheidungen der WTO als auch das öffentliche Verständnis davon zu beeinflussen. Von größter Bedeutung ist, dass die Proteste von Seattle für die kommenden Jahre zahlreiche ähnliche Bestreben bei der WTO und vergleichbaren Versammlungen auf der ganzen Welt hervorgebracht haben.

1. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1948 verkündete der Präsident Costa Ricas das Vorhaben des Landes, seine Armee abzuschaffen.* Präsident José Figueres Ferrer verkündete diesen neuen nationalen Geist in einer Ansprache an diesem Tag vom militärischen Hauptquartier der Nation, dem Cuartel Bellavista, in San Jose. In einer symbolischen Geste schloss er seine Ansprache ab, indem er ein Loch in die Wand schlug und die Schlüssel der Einrichtung an den Bildungsminister übergab. Heute ist diese ehemalige Militäreinrichtung ein nationales Kunstmuseum. Ferrer sagte, dass „es für Costa Rica an der Zeit ist, zu seiner traditionellen Position zurückzukehren, mehr Lehrer als Soldaten zu haben." Geld, das für das Militär ausgegeben worden war, wird nun nicht nur für Bildung, sondern auch für das Gesundheitswesen, kulturelle Aktivitäten, soziale Dienste, den Naturraum und eine Polizei, die für innere Sicherheit sorgt, genutzt. Das Resultat ist, dass die Costa Ricaner eine Alphabetisierungsrate von 96 % haben, eine Lebenserwartung von 79,3 Jahren – ein weltweiter Rang, der sogar besser ist als der der Vereinigten Staaten – öffentliche Parks und Schutzgebiete, die ein Viertel des gesamten Landes schützen, sowie eine Energieinfrastruktur, die vollständig auf erneuerbaren Energien basiert und dass sie im Happy Planet Index auf Nummer 1 der Rangliste sind, verglichen mit der Platzierung 108 der Vereinigten Staaten. Während die meisten Länder in der Umgebung Costa Ricas weiterhin in Rüstungsgüter investieren und in internen zivilen sowie grenzüberschreitenden Konflikten involviert waren, ist dies in Costa Rica nicht so. Es ist ein lebendes Beispiel dafür, dass einer der besten Wege, Krieg zu vermeiden, darin besteht, sich nicht auf einen vorzubereiten. Vielleicht sollten sich andere von uns der „Schweiz Mittelamerikas" anschließen und den heutigen Tag, wie sie es getan haben, zum „Tag der Militärabschaffung" erklären.

2. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1914 gab Karl Liebknecht im deutschen Parlament die einzige Stimme gegen den Krieg ab.* Liebknecht wurde 1871 in Leipzig als zweiter von fünf Söhnen geboren. Sein Vater war ein Gründungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei (SPD). Als er getauft wurde, waren Karl Marx und Friedrich Engels seine Taufpaten. Liebknecht war zweimal verheiratet, seine zweite Frau war russischen Ursprungs, und er hatte drei Kinder. Im Jahr 1897 studierte Liebknecht Recht und Wirtschaft und machte seinen Abschluss in Berlin mit *magna cum laude*. Sein Ziel war es, den Marxismus zu verteidigen. Liebknecht war das leitende Element der Opposition gegen den Ersten Weltkrieg. Im Jahr 1908, während er für seine antimilitärischen Schriften inhaftiert war, wurde er in den preußischen Landtag gewählt. Nachdem er im August 1914 für die Militäranleihe zur Finanzierung des Krieges gestimmt hatte – eine Entscheidung, die auf der Loyalität zu seiner Partei beruht hatte – war Liebknecht am 2. Dezember der einzige Reichstagsabgeordnete, der gegen weitere Kriegsanleihen stimmte. Im Jahr 1916 wurde er aus der SPD verdrängt und gründete mit Rosa Luxemburg und anderen den *Spartakusbund*, welcher revolutionäre Literatur verbreitete. Bei einer Antikriegsdemonstration verhaftet, wurde Liebknecht wegen Hochverrats zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, wo er bis zu seiner Begnadigung im Oktober 1918 verweilte. Am 9. November rief er von einem Balkon des Berliner Stadtschlosses die *Freie Sozialistische Republik* aus. Nach einem gescheiterten und brutal unterdrücktem Aufstand des Spartakusbundes mit hunderten Toten wurden Liebknecht und Luxemburg am 15. Januar festgenommen und von Mitgliedern der SPD hingerichtet.

Liebknecht war einer der wenigen Politiker, der die Menschenrechtsverletzungen im Osmanischen Reich kritisierte.

3. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1997 wurde das Übereinkommen zum Verbot von Landminen unterzeichnet. Dies ist ein guter Tag, um von den wenigen verbleibenden Ländern, die sich noch weigern, zu fordern, dass sie das Abkommen unterzeichnen und ratifizieren.* Die Präambel des Verbots nennt sein Hauptziel: „Entschlossen, das Leiden und Sterben zu beenden, das durch Antipersonenminen verursacht wird, die jede Woche Hunderte von Menschen, überwiegend unschuldige, wehrlose Zivilpersonen und insbesondere Kinder, töten oder verstümmeln…“ In Ottawa, Kanada, trafen sich Vertreter aus 125 Ländern mit dem kanadischen Außenminister Lloyd Axworthy und Premierminister Jean Chretien, um das Abkommen über das Verbot dieser Waffen zu unterzeichnen, deren Zweck Chretien als „Vernichtung in Zeitlupe“ beschrieb. Landminen aus früheren Kriegen blieben im Jahr 1997 in 69 Ländern übrig und setzten so die Schrecken des Krieges fort. Eine Kampagne zur Beendigung dieser Epidemie wurde sechs Jahre zuvor vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes und der amerikanischen Leiterin für Menschenrechte Jody Williams, die die Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen gründete, begonnen und von der verstorbenen Prinzessin Diana von Wales unterstützt. Militarisierte Länder, darunter auch die Vereinigten Staaten und Russland, weigerten sich, das Abkommen zu unterzeichnen. Als Reaktion wies Außenminister Axworthy darauf hin, dass die Erhöhung landwirtschaftlicher Produktion in Ländern wie Afghanistan ein weiterer Grund zur Entfernung der Minen sei. Dr. Julius Toth von der internationalen medizinischen Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen kommentierte: „Es ist wichtig, dass diese Länder ihre Beweggründe für die Nichtunterzeichnung überdenken. Wenn sie sich vor den Kindern rechtfertigen können, mit denen ich es zu tun habe, wenn ich in den Ländern mit Amputierten und den Opfern dieser Minen arbeite... dann sollten sie sich besser einen ziemlich triftigen Grund einfallen lassen, weshalb sie nicht auf gleicher Linie sind.“

4. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1915 brach Henry Ford auf einem gecharterten Ozeandampfer, welcher zum The Peace Ship (Friedensschiff) umbenannt worden ist, von Hoboken, New Jersey, nach Europa auf.* Begleitet von 63 Friedensaktivisten und 54 Reportern war sein Ziel nichts Geringeres, als das scheinbar sinnlose Gemetzel des Ersten Weltkrieges zu beenden. Aus Fords Sicht diente der stagnierende Grabenkampf keinem anderen Zweck als dem Tod junger Männer und dem Profitieren der alten. Entschlossen, etwas dagegen zu tun, plante er, nach Oslo in Norwegen zu segeln und von da aus eine Konferenz der europäischen neutralen Nationen in Den Haag zu organisieren, die die Staatsoberhäupter der kriegführenden Nationen davon überzeugen sollte, Frieden zu schließen. An Bord des Schiffes löste sich der Zusammenhalt jedoch schnell auf. Die Nachricht über Präsident Wilsons Aufruf, die Bemannung und Bewaffnung der US-Armee auszubauen, brachte Konservative gegen radikale Aktivisten auf. Als das Schiff dann am 19. Dezember in Oslo ankam, fanden die Aktivisten zu ihrer Begrüßung nur eine Handvoll Unterstützer vor. An Heiligabend sah Ford scheinbar die Zeichen der Zeit und beendete den Kreuzzug des Friedensschiffes effektiv. Unter der Behauptung, er sei krank, ließ er die geplante Zugreise nach Stockholm ausfallen und segelte mit einem norwegischen Linienschiff nach Hause. Am Ende kostete die Friedensexpedition Ford etwa eine halbe Million Dollar und brachte ihm außer Spott wenig ein. Dennoch könnte man sich fragen, ob die Dummheit, die man ihm zuschrieb, richtig platziert war. Lag es wirklich an Ford, der sich

im Kampf ums Leben dem Scheitern stellte? Oder an den europäischen Staatsoberhäuptern, die 11 Millionen Soldaten in einem Krieg ohne klaren Grund oder Zweck in ihren Tod schickten?

5. Dezember *An diesem Tag begann im Jahr 1955 der Busboykott von Montgomery*. Die Sekretärin des lokalen Ortsverbands der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) Rosa Parks, eine angesehene Bürgerin der stark segregierten Stadt in Alabama, hatte sich vier Tage zuvor geweigert, ihren Sitzplatz im Bus an eine weiße Passagierin abzugeben. Sie wurde verhaftet. Mindestens 90 % der schwarzen Bürger Montgomerys hielten sich von den Bussen fern und der Boykott machte international Schlagzeilen. Der Boykott wurde von der Montgomery Improvement Association und ihrem Präsidenten Martin Luther King Jr. koordiniert. Dies war sein „Tag der Tage". Bei einem Treffen nach der Verhaftung von Mrs. Parks sagte King in seinem später vertrauten Sprechstil, sie würden „mit grimmiger und kühner Entschlossenheit daran arbeiten, Gerechtigkeit in den Bussen zu erreichen" und dass, wenn sie sich irrten, sich das oberste Gericht und die Verfassung irrten, und „wenn wir uns irren, dann irrt sich Gott der Allmächtige." Die Proteste und der Boykott hielten 381 Tage an. King wurde wegen Störung rechtmäßiger Geschäfte bei der Bildung von Fahrgemeinschaften verurteilt; sein Haus wurde bombardiert. Der Boykott endete mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA, dass die Rassentrennung in öffentlichen Bussen verfassungswidrig war. Der Montgomery-Boykott zeigte, dass gewaltfreier Massenprotest die Rassentrennung erfolgreich herausfordern konnte und war ein Beispiel für weitere Kampagnen im Süden, die folgten. King sagte: „Christus hat uns den Weg gezeigt, und Gandhi in Indien hat gezeigt, dass es funktionieren kann." King half dabei, viele weitere erfolgreiche Anwendungen der gewaltfreien Maßnahmen anzuführen. Der Boykott ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie gewaltfreie Maßnahmen dauerhafte Veränderungen bewirken können, wo Gewalt es nicht schafft.

6. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1904 ergänzte Theodore Roosevelt die Monroe-Doktrin.* Die Monroe-Doktrin war 1823 von Präsident James Monroe in seiner jährlichen Botschaft an den Kongress formuliert worden. Aus Sorge, dass Spanien seine ehemaligen Kolonien in Südamerika übernehmen könnte und Frankreich sich ihm anschließen würde, verkündete er, dass die westliche Hemisphäre faktisch unter dem Schutz der Vereinigten Staaten stehen würde und jeder europäische Versuch, eine lateinamerikanische Nation zu kontrollieren, als feindlicher Akt gegen die Vereinigten Staaten erachtet werden würde. Obwohl es sich zunächst um eine unbedeutende Aussage handelte, wurde dies zu einem Eckpfeiler der US-Außenpolitik, insbesondere als Präsident Theodore Roosevelt als Reaktion auf eine Krise in Venezuela das Roosevelt Corollary (Roosevelt-Zusatz) hinzufügte. Es besagte, dass die Vereinigten Staaten in Konflikte zwischen europäischen Ländern und lateinamerikanischen Ländern eingreifen würden, um europäische Ansprüche durchzusetzen, anstatt dies den Europäern direkt zu überlassen. Roosevelt behauptete, die USA seien berechtigt, die „internationale Polizeimacht" zu sein, um Konflikte zu beenden. Von nun an würde die Monroe-Doktrin so verstanden werden, dass sie die Intervention der USA rechtfertigte, anstatt lediglich eine europäische Intervention in Lateinamerika zu verhindern. Diese Rechtfertigung wurde in den nächsten 20 Jahren in der Karibik und in Mittelamerika dutzendfach verwendet. Es wurde 1934 von Präsident Franklin D. Roosevelt aufgegeben, aber es ist nie verschwunden. Die Monroe-Doktrin wurde im Laufe der Jahrzehnte immer wieder in die Tat umgesetzt, indem die Vereinigten Staaten Attentate verübten, einmarschierten, Putsche unterstützten und Todesschwadronen ausbildeten. Die Monroe-Doktrin wird bis heute von US-Oberhäuptern zitiert, die beabsichtigen, Regierungen im

Süden zu stürzen oder zu kontrollieren. Und sie wird in Lateinamerika als imperialistischer Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch verstanden.

7. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1941 griff das japanische Militär US-Stützpunkte auf den Philippinen und auf Hawaii in Pearl Harbor an.* In den Krieg einzutreten war keine neue Idee im Weißen Haus von Roosevelt. FDR hatte versucht, die amerikanische Öffentlichkeit über US-Schiffe wie die *Greer* und die *Kerny* anzulügen, die britischen Flugzeugen geholfen hatten, deutsche U-Boote aufzuspüren, von denen Roosevelt aber behauptete, sie seien unschuldig angegriffen worden. Roosevelt log auch, dass er in Besitz einer geheimen Nazi-Karte war, die die Eroberung Südamerikas plante, sowie eines geheimen Nazi-Plans, um alle Religionen durch den Nazismus zu ersetzen. Dennoch glaubten die Menschen der Vereinigten Staaten nicht daran, in einen anderen Krieg einzuziehen bis Pearl Harbor. Zu diesem Zeitpunkt hatte Roosevelt bereits die Wehrpflicht eingeführt, die Nationalgarde aktiviert, eine riesige Marine in zwei Ozeanen geschaffen, alte Zerstörer an England im Austausch für die Pacht seiner Stützpunkte in der Karibik und auf den Bermudas verkauft und – nur 11 Tage vor dem angeblich unerwarteten Angriff und fünf Tage bevor FDR ihn erwartete – heimlich die Erstellung einer Liste aller Japaner und japanischer Amerikaner in den Vereinigten Staaten angeordnet. Am 18. August hatte Churchill seinem Kabinett mitgeteilt: „Der Präsident hatte gesagt, er würde den Krieg führen, aber nicht erklären“, und „es sollte alles getan werden, um einen Zwischenfall zu erzwingen.“ Geld, Flugzeuge, Ausbilder und Piloten wurden nach China geliefert. Gegen Japan wurde eine Wirtschaftsblockade verhängt. Die US-Militärpräsenz wurde rund um den Pazifik erweitert. Am 15. November teilte der Stabschef der Armee, George Marshall, den Medien mit: „Wir bereiten einen Angriffskrieg gegen Japan vor.“

8. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1941 gab die Kongressabgeordnete Jeannette Rankin die einzige Stimme gegen den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg ab.* Jeanette Rankin wurde 1880 in Montana als ältestes von sieben Kindern geboren. Sie studierte Sozialarbeit in New York und wurde schnell zur Organisatorin für das Frauenwahlrecht. Nach ihrer Rückkehr nach Montana setzte sie sich weiter für das Frauenwahlrecht ein und kandidierte als Progressive Republikanerin für die Wahl. Im Jahr 1916 wurde sie die erste und einzige Frau im Repräsentantenhaus. Ihre erste Stimme im Repräsentantenhaus war gegen den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg. Die Tatsache, dass sie nicht alleine war, wurde ignoriert. Sie wurde diffamiert, weil sie als Frau angeblich nicht die Verfassung für die Politik hat. Sie wurde 1918 besiegt und verbrachte die nächsten 22 Jahre mit der Arbeit für Friedensorganisationen und führte ein einfaches, selbständiges Leben. Im Jahr 1940, im Alter von sechzig Jahren, gewann sie erneut die Wahl als Republikanerin. Ihre einzelne „Nein“-Stimme gegen die Kriegserklärung an Japan kam am Tag nach der Bombardierung von Pearl Harbor, die die ehemals isolationistische US-Öffentlichkeit zum Eintritt in den Krieg bekehrte. Später schrieb sie, dass die Verhängung von Sanktionen gegen Japan im Jahr 1940 eine Provokation gewesen sei, die in der Hoffnung auf einen Angriff erfolgte, eine Ansicht, die heute weitgehend akzeptiert wird. Die Öffentlichkeit wandte sich gegen sie. Drei Tage später zog sie lieber zurück, als sich dem Votum für einen Krieg gegen Deutschland und Italien zu stellen. Sie kandidierte nicht mehr für den Kongress, aber blieb Pazifistin und reiste nach Indien, wo sie in Mahatma Gandhi ein Vorbild für den Weltfrieden sah. Sie protestierte aktiv gegen den Krieg in Vietnam. Rankin starb im Jahr 1973 im Alter von 93 Jahren.

9. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1961 wurde der Nazi-SS-Oberst Adolf Eichmann wegen Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkriegs schuldig gesprochen.* Im Jahr 1934 war er zur Arbeit in einer Einheit, die sich mit jüdischen Angelegenheiten befasste, berufen worden. Seine Aufgabe war es, bei der Ermordung von Juden und anderen Zielen zu helfen, und er war für die Logistik der „Endlösung“ verantwortlich. Er hatte sehr effizient die Identifizierung, die Zusammenstellung und den Transport von Juden zu ihren Bestimmungsorten in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern geleitet. Er wurde später der „Architekt des Holocaust“ genannt. Obwohl Eichmann am Ende des Krieges von US-Soldaten gefangen genommen wurde, konnte er 1946 entkommen und verbrachte Jahre im Nahen Osten. Im Jahr 1958 ließ er sich mit seiner Familie in Argentinien nieder. Israel war besorgt um die Generation, die in dem neuen Land ohne direkte Kenntnis des Holocausts aufwuchs, und war bestrebt, sie und den Rest der Welt darüber aufzuklären. Israelische Geheimdienstagenten verhafteten Eichmann 1960 illegal in Argentinien und brachten ihn nach Israel für einen Prozess vor drei Sonderrichtern. Die umstrittene Verhaftung und der viermonatige Prozess führten zu Hannah Arendts Berichterstattung über das, was sie die Banalität des Bösen nannte. Eichmann leugnete jede Straftat und sagte, dass sein Büro nur für den Transport zuständig gewesen sei und dass er lediglich ein Bürokrat gewesen sei, der Befehle befolgt habe. Eichmann wurde wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Eine Berufung wurde abgelehnt; er wurde am 1. Juni 1962 durch Erhängen getötet. Adolf Eichmann ist für die Welt ein Beispiel für die Grausamkeiten von Rassismus und Krieg.

10. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1948 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.* Das machte diesen Tag zum Tag der Menschenrechte. Die Erklärung war eine Reaktion auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs. Die UN-Menschenrechtskommission unter dem Vorsitz von Eleanor Roosevelt erarbeitete das Dokument über zwei Jahre hinweg. Es war die erste internationale Erklärung, die den Begriff „Menschenrechte“ verwendete. Die Erklärung der Menschenrechte enthält 30 Artikel, in denen bestimmte bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aufgeführt sind, die die Werte der Freiheit, der Würde und des Friedens der Vereinten Nationen widerspiegeln. Sie umfasst zum Beispiel das Recht auf Leben und das Verbot von Sklaverei und Folter, das Recht auf Gedanken-, Meinungs-, Religions- und Gewissensfreiheit sowie das Recht auf friedliche Vereinigung. Sie wurde ohne Gegenstimmen, aber mit Enthaltungen der UdSSR, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Saudi-Arabiens und Südafrikas verabschiedet. Die autoritären Staaten fühlten sich dadurch in ihrer Souveränität beeinträchtigt, und die sowjetische Ideologie legte Wert auf wirtschaftliche und soziale Rechte, während der kapitalistische Westen mehr Wert auf bürgerliche und politische Rechte legte. Zur Anerkennung wirtschaftlicher Rechte heißt es in der Erklärung: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet.“ Am Ende wurde das Dokument unverbindlich und wird nicht als Gesetz, sondern als Ausdruck der Moral und als gemeinsamer Leistungsstandard für alle Völker und alle Nationen betrachtet. Die Rechte wurden in Verträgen, Wirtschaftsabkommen, regionalen Menschenrechtsgesetzen und Verfassungen auf der ganzen Welt verwendet.

11. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1981 fand in El Salvador das schlimmste Massaker der modernen lateinamerikanischen Geschichte statt.* Die Mörder waren von der Regierung der

Vereinigten Staaten ausgebildet und unterstützt worden, die unter dem Banner der Rettung der Welt vor dem Kommunismus gegen linke und unabhängige Regierungen vorging. In El Salvador versorgten die Vereinigten Staaten eine unterdrückerische Regierung mit Waffen, Geld und politischer Unterstützung zu Kosten von einer Million Dollar pro Tag. Die Operation im abgelegenen El Mozote wurde vom Elitebataillon Atlacatl durchgeführt, das an der U.S. Army School of the Americas in der sogenannten Aufstandsbekämpfung ausgebildet wurde. Die Opfer waren Guerillas und Campesinos, die einen Großteil des Landes unter Kontrolle hatten. Die Atlacatl-Soldaten verhörten, folterten und exekutierten systematisch die Männer, dann nahmen sie die Frauen mit, erschossen sie, nachdem sie sie vergewaltigt hatten, und zertrümmerten die Bäuche der schwangeren Frauen. Sie schlitzten den Kindern die Kehlen auf, hängten sie in Bäume und brannten die Häuser nieder. Achthundert Menschen wurden abgeschlachtet, darunter viele Kinder. Ein paar Zeugen konnten entkommen. Weniger als sechs Wochen später wurden Fotos der Leichen in New York und Washington veröffentlicht. Die Vereinigten Staaten wussten davon, haben aber nichts unternommen. Ein Amnestiegesetz in El Salvador vereitelte in den Folgejahren die Ermittlungen. Nach sieben Jahren Exhumierungen befand der Interamerikanische Gerichtshof der Vereinten Nationen im Oktober 2012, mehr als dreißig Jahre nach El Mozote, El Salvador für schuldig, das Massaker begangen, es vertuscht und anschließend nicht untersucht zu haben. Die Entschädigung für die überlebenden Familien war minimal. In den folgenden Jahren hatte El Salvador die höchste Mordrate der Welt. Dies ist ein guter Tag, um sich Zeit zu nehmen, über die Schrecken der aktuellen militärischen Interventionen in anderen Ländern zu lernen und dagegen zu protestieren.

12. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1982 reichten sich 30.000 Frauen die Hände, um die 14,5 km lange Militärbasis der USA in Greenham Common in Berkshire, England, vollständig zu umrunden.* Ihr selbsterklärtes Ziel war es, „die Basis zu umarmen“ und so „der Gewalt mit Liebe zu begegnen“. Die 1942 eröffnete Basis Greenham Common wurde während des Zweiten Weltkriegs sowohl von der britischen Royal Air Force als auch von der U.S. Army Air Force genutzt. Während des darauf folgenden Kalten Krieges wurde sie an die USA ausgeliehen, um vom U.S. Strategic Air Command genutzt zu werden. 1975 stationierte die Sowjetunion auf ihrem Territorium Interkontinentalraketen mit unabhängig ansteuerbaren Sprengköpfen, die das NATO-Bündnis als Bedrohung für die Sicherheit Westeuropas ansah. Als Reaktion darauf erstellte die NATO einen Plan zur Stationierung von mehr als 500 bodengestützten nuklearen Marschflugkörpern und ballistischen Raketen in Westeuropa bis 1983, einschließlich 96 Marschflugkörpern in Greenham Common. Die erste Frauendemonstration gegen den NATO-Plan fand 1981 statt, als 36 Frauen von Cardiff, Wales, nach Greenham Common marschierten. Als ihre Hoffnungen, den Plan mit den Offiziellen zu diskutieren, ignoriert wurden, ketteten sich die Frauen an einen Zaun des Luftwaffenstützpunktes, errichteten dort ein Friedenscamp und begannen, was zu einem historischen 19-jährigen Protest gegen Atomwaffen wurde. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde die Militärbasis Greenham Common im September 1992 geschlossen. Dennoch bleibt die anhaltende Demonstration, die dort von Zehntausenden von Frauen geführt wird, bedeutsam. In einer Zeit wiedererstarkter nuklearer Ängste erinnert sie uns daran, dass lebensbejahender kollektiver Massenprotest ein wirksames Mittel ist, um auf die lebensverneinenden Projekte des militärisch-industriellen Staates hinzuweisen.

13. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1937 vergewaltigten und verstümmelten japanische Truppen mindestens 20.000 chinesische Frauen und Mädchen.* Japanische Truppen erobern

Nanjing, die damalige Hauptstadt von China. Sechs Wochen lang ermordeten sie Zivilisten und Kämpfer und plünderten Häuser. Sie vergewaltigten zwischen 20.000 und 80.000 Frauen und Kinder, schnitten schwangere Mütter auf und sodomisierten Frauen mit Bambusstöcken und Bajonetten. Die Zahl der Todesopfer ist ungewiss, bis zu 300.000. Die Dokumentation wurde zerstört, und das Verbrechen ist immer noch ein Grund für Spannungen zwischen Japan und China. Der Einsatz von Vergewaltigung und sexueller Gewalt als Kriegswaffe wurde in vielen bewaffneten Konflikten dokumentiert, darunter in Bangladesch, Kambodscha, Zypern, Haiti, Liberia, Somalia, Uganda, Bosnien, Herzegowina und Kroatien sowie in Südamerika. Sie wird oft bei ethnischen Säuberungen eingesetzt. In Ruanda wurden schwangere heranwachsende Mädchen von ihren Familien und Gemeinden ausgegrenzt. Einige setzten ihre Babys aus, andere begingen Selbstmord. Vergewaltigung untergräbt das Gefüge einer Gemeinschaft auf eine Weise, wie es nur wenige Waffen können, und die Verletzung und der Schmerz prägen ganze Familien. Mädchen und Frauen werden manchmal zur Zwangsprostitution und zum Menschenhandel gezwungen oder bieten Sex als Gegenleistung für Versorgung an, manchmal mit der Komplizenschaft von Regierungen und Militärbehörden. Während des Zweiten Weltkriegs wurden Frauen inhaftiert und gezwungen, die Besatzungstruppen zu befriedigen. Viele asiatische Frauen waren auch während des Vietnamkrieges in der Prostitution tätig. Sexuelle Übergriffe sind ein großes Problem in Flüchtlings- und Vertriebenenlagern. Die Nürnberger Prozesse haben Vergewaltigung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt; die Regierungen müssen aufgefordert werden, Gesetze und Verhaltenskodizes durchzusetzen und Beratungs- und andere Leistungen für die Opfer bereitzustellen.

14. Dezember *An diesem Tag wurden 1962, 1971, 1978, 1979 und 1980 Atombombentests in den Vereinigten Staaten, China und der UdSSR durchgeführt.* Bei diesem Datum handelt es sich um eine Zufallsstichprobe, die aus der Gesamtzahl der bekannten Atomtests ausgewählt wurde. Von 1945 bis 2017 gab es weltweit 2.624 Atombombentests. Die ersten Atombomben wurden 1945 von den Vereinigten Staaten auf Nagasaki und Hiroshima in Japan abgeworfen, was heute als frühe Atomtests angesehen wird, da niemand genau wusste, wie stark sie sein würden. Die Zahl der Toten und Verwundeten in Hiroshima wird auf 150.000 und in Nagasaki auf 75.000 geschätzt. Auf den Zweiten Weltkrieg folgte eine Periode der nuklearen Proliferation. Während des Kalten Krieges und seither wetteifern die USA und die Sowjetunion in einem globalen nuklearen Wettrüsten um die Vorherrschaft. Die USA haben 1.054 Atomtests durchgeführt, gefolgt von der UdSSR mit 727 Tests und Frankreich mit 217. Tests wurden auch von Großbritannien, Pakistan, Nordkorea und Indien durchgeführt. Israel ist auch bekannt, Atomwaffen zu besitzen, obwohl es das nie offiziell zugegeben hat, und US-Offizielle akzeptieren diese Behauptung im Allgemeinen. Die Stärke von Atomwaffen hat sich im Laufe der Zeit immens erhöht, von Atombomben über thermonukleare Wasserstoffbomben bis hin zu Atomraketen. Heute sind Atombomben 3.000-mal so stark wie die Bombe, die auf Hiroshima abgeworfen wurde. Eine starke Anti-Atomkraft-Bewegung hat zu Abrüstungsvereinbarungen und -reduzierungen geführt, darunter der Atomwaffensperrvertrag von 1970 und der Atomwaffenverbotsvertrag, der seit 2017 Ratifizierungen sammelt. Leider haben die nuklear bewaffneten Nationen ein Verbot bisher nicht unterstützt, und die Aufmerksamkeit der Medien hat sich von ihrem laufenden Wettrüsten wegbewegt.

15. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1791 wurde die U.S. Bill of Rights ratifiziert.* In den Vereinigten Staaten ist dies der Tag der Bill of Rights. Es gab viele Debatten über den Entwurf

und die Ratifizierung der Verfassung, die einen Rahmen der Regierung umreißt, aber sie trat schließlich 1789 in Kraft, mit dem Einverständnis, dass eine Bill of Rights hinzugefügt werden würde. Die Verfassung kann durch Ratifizierung von drei Vierteln der Staaten geändert werden. Die ersten zehn Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten bilden die Bill of Rights, die zwei Jahre nach der Gründung der Verfassung ratifiziert wurde. Ein bekannter Zusatzartikel ist der erste, der die Rede-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit schützt. Der zweite Verfassungszusatz hat sich zu einem Recht auf Waffenbesitz entwickelt, betraf aber ursprünglich das Recht der Staaten, Milizen zu organisieren. Frühe Entwürfe des zweiten Verfassungszusatzes enthielten ein Verbot eines nationalen stehenden Heeres (was sich auch in der Zweijahresbegrenzung für eine Armee im Haupttext der Verfassung wiederfindet). Die Entwürfe beinhalteten auch die zivile Kontrolle über das Militär und das Recht, den Eintritt in das Militär aus Gewissensgründen zu verweigern. Die Bedeutung der Milizen war zweigeteilt: Sie sollten den amerikanischen Ureinwohnern Land stehlen und die Sklaverei durchsetzen. Der Zusatzartikel wurde auf Geheiß der Staaten, die die Sklaverei erlaubten und deren Vertreter sowohl Sklavenaufstände als auch die Sklavenemanzipation durch den Bundeswehrdienst befürchteten, dahingehend geändert, dass er sich auf staatliche Milizen und nicht auf eine Bundesmiliz bezog. Der dritte Verfassungszusatz verbietet es, jemanden zu zwingen, Soldaten in seinem Haus aufzunehmen, eine Praxis, die durch Hunderte von permanenten Militärstützpunkten obsolet geworden ist. Der vierte bis achte Verfassungszusatz, wie der erste, schützen die Menschen vor staatlichem Missbrauch, werden aber routinemäßig verletzt.

16. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1966 wurde der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) von der UN-Generalversammlung verabschiedet.* Er trat 1976 in Kraft. Im Dezember 2018 hatten 172 Länder den Pakt ratifiziert. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sind zusammen als die International Bill of Rights bekannt. Der ICCPR gilt für alle staatlichen Stellen und Vertreter sowie für alle staatlichen und lokalen Regierungen. Artikel 2 stellt sicher, dass die im ICCPR anerkannten Rechte jedem in den Staaten, die den Pakt ratifiziert haben, zur Verfügung stehen. Artikel 3 sichert die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Zu den weiteren Rechten, die durch den ICCPR geschützt werden, gehören: das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit von Folter, das Recht auf Freiheit von Sklaverei, das Recht, sich friedlich zu versammeln, das Recht auf Sicherheit der Person, das Recht auf Freizügigkeit, das Recht auf Gleichheit vor den Gerichten und das Recht auf ein faires Verfahren. Zwei Fakultativprotokolle legen fest, dass jeder das Recht hat, vom Menschenrechtsausschuss gehört zu werden, und schaffen die Todesstrafe ab. Der Menschenrechtsausschuss prüft Berichte und richtet seine Bedenken und Empfehlungen an ein Land. Der Ausschuss veröffentlicht auch Allgemeine Kommentare mit seinen Interpretationen. Die American Civil Liberties Union legte dem Ausschuss im Januar 2019 eine Liste von Themen vor, die Verstöße in den USA betreffen, wie z. B.: Militarisierung der Grenze zwischen den USA und Mexiko, extraterritoriale Gewaltanwendung bei gezielten Tötungen, Überwachung durch die National Security Agency, Isolationshaft und die Todesstrafe. Dies ist ein guter Tag, um mehr über den ICCPR zu erfahren und sich für seine Einhaltung zu engagieren.

17. Dezember *An diesem Tag im Jahr 2010 löste die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi in Tunesien den Arabischen Frühling aus.* Bouazizi wurde 1984 in eine arme Familie mit sieben Kindern und einem kranken Stiefvater geboren. Er arbeitete seit seinem zehnten Lebensjahr als

Straßenverkäufer und brach die Schule ab, um seine Familie zu unterstützen. Er verdiente etwa 140 Dollar im Monat mit dem Verkauf von Produkten, für deren Kauf er sich verschuldete. Er war bekannt, beliebt und großzügig mit kostenlosen Waren für die Armen. Die Polizei schikanierte ihn und erwartete Bestechungsgelder. Die Berichte über seine Aktion sind widersprüchlich, aber seine Familie sagt, dass die Polizei seine Verkaufsgenehmigung sehen wollte, die er für den Verkauf von einem Wagen nicht brauchte. Eine Beamtin schlug ihm ins Gesicht, bespuckte ihn, nahm ihm seine Ausrüstung ab und beleidigte seinen toten Vater. Ihre Gehilfen haben ihn geschlagen. Eine Frau, die ihn beleidigte, machte seine Demütigung noch schlimmer. Er versuchte, den Gouverneur zu sehen, wurde aber abgewiesen. Völlig frustriert übergoss er sich mit Benzin und zündete sich selbst an. Achtzehn Tage später starb er. Zusammen mit wütenden Straßenprotesten nahmen fünftausend Menschen an seiner Beerdigung teil. Eine Untersuchung endete damit, dass die Beamtin, die ihn beleidigt hatte, festgenommen wurde. Gruppen forderten die Absetzung des Regimes des korrupten Präsidenten Ben Ali, der seit 1987 an der Macht war. Die gewaltsame Niederschlagung der Proteste rief internationale Kritik hervor, und zehn Tage nach Bouazizis Tod musste Ben Ali zurücktreten und mit seiner Familie das Land verlassen. Die Proteste wurden mit einem neuen Regime fortgesetzt. Gewaltfreie Proteste, die als Arabischer Frühling bekannt wurden, breiteten sich im gesamten Nahen Osten aus, und es marschierten mehr Menschen als je zuvor in der Geschichte der Region. Dies ist ein guter Tag, um gewaltfreien Widerstand gegen Ungerechtigkeit zu organisieren.

18. Dezember *An diesem Tag im Jahr 2011 beendeten die Vereinigten Staaten angeblich ihren Krieg gegen den Irak, der in Wirklichkeit nicht endete und der in der einen oder anderen Form seit dem Jahr 1990 andauerte. US-Präsident George W. Bush hatte ein Abkommen unterzeichnet, das den Abzug der US-Truppen aus dem Irak bis 2011 vorsah, und hatte 2008 damit begonnen, sie abzuziehen. Sein Nachfolger als Präsident, Barack Obama, hatte damit geworben, den Krieg im Irak zu beenden und den in Afghanistan zu eskalieren. Er hielt die zweite Hälfte dieses Versprechens und verdreifachte die U.S.-Truppen in Afghanistan. Obama wollte Tausende von Truppen über den Stichtag hinaus im Irak behalten, aber nur, wenn das irakische Parlament ihnen Immunität für etwaige Verbrechen gewähren würde, die sie begehen könnten. Das Parlament lehnte ab. Obama zog die meisten Truppen ab, aber nach seiner Wiederwahl schickte er Tausende von Truppen wieder in das Land, obwohl es keine strafrechtliche Immunität gab. In der Zwischenzeit führte das Chaos, das durch die Phase des 2003 begonnenen Krieges, den Krieg gegen Libyen 2011 und die Bewaffnung und Unterstützung von Diktatoren in der gesamten Region und von Rebellen in Syrien geschaffen wurde, zu mehr Gewalt und dem Aufstieg einer Gruppe namens ISIS, die als Vorwand für einen verstärkten US-Militarismus in Syrien und im Irak diente. Der von den USA geführte Krieg gegen den Irak in den Jahren nach 2003 tötete nach jeder seriösen Studie weit über eine Million Iraker, zerstörte die grundlegende Infrastruktur, verursachte Krankheitsepidemien, Flüchtlingskrisen, Umweltzerstörung und einen effektiven Soziozid, die Tötung einer Gesellschaft. Die Vereinigten Staaten steckten nach 2001 viele Jahre lang Jahr für Jahr über eine Billion Dollar in direkte militärische Kosten und erzeugten auf diese Weise eine Form der Verarmung, die sich selbst die Terroristen des 11. September nicht hatten ausmalen können.*

19. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1776 veröffentlichte Thomas Paine seinen ersten Essay über die „Amerikanische Krise“.* Es beginnt mit „These are the times that try men's souls“ (Dies sind die Zeiten, die die Seelen der Menschen auf die Probe stellen) und war das erste seiner 16

Pamphlete, die er zwischen 1776 und 1783 während der amerikanischen Revolution veröffentlichte. Er war 1774 als weitgehend ungebildeter Mensch aus England nach Pennsylvania gekommen und schrieb und verkaufte Essays, in denen er die Idee einer Republik verteidigte. Er hasste Autorität in jeder Form, prangerte die „Tyrannei der britischen Herrschaft“ an und unterstützte die Revolution als gerechten und heiligen Krieg. Er rief dazu auf, von Loyalisten zu stehlen, befürwortete ihre Hinrichtung und lobte die Gewalt des Mobs gegen britische Soldaten. Paine drückte sich in sehr einfachen Worten aus, die sich ideal für die Kriegspropaganda eigneten. Komplexität lehnte er ab und sagte: „Ich zitiere fast nie. Der Grund ist, dass ich immer denke.“ Einige glauben, dass seine Denunziation anderer Denker seinen Mangel an Bildung widerspiegelt. Er kehrte 1787 nach Großbritannien zurück, aber sein Denken wurde nicht anerkannt. Seine leidenschaftliche Unterstützung der Französischen Revolution bedeutete, dass er wegen aufrührerischer Verleumdung angeklagt wurde und gezwungen war, aus England nach Frankreich zu fliehen, bevor er verhaftet und vor Gericht gestellt werden konnte. Frankreich fiel in Anarchie, Terror und Krieg. Paine wurde während des Terrors inhaftiert, 1792 aber schließlich in die National Convention gewählt. Im Jahr 1802 lud Thomas Jefferson Paine zurück in die Vereinigten Staaten ein. Paine vertrat sehr fortschrittliche Ansichten über Regierung, Arbeit, Wirtschaft und Religion – was ihm viele Feinde einbrachte. Paine starb 1809 in New York und gilt als einer der Gründerväter der USA. Dies ist ein Datum, das man mit kritischem Blick betrachten sollte.

20. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1989 griffen die Vereinigten Staaten Panama an.* Die Invasion unter Präsident George H. W. Bush wurde „Operation Just Cause“ genannt, setzte 26.000 Soldaten ein und war der größte US-amerikanische Krieg seit dem Vietnamkrieg. Die erklärten Ziele waren die Wiederherstellung der Präsidentschaft von Guillermo Endara, dessen Wahl mit zehn Millionen US-Dollar finanziert worden und der von Manual Noriega abgesetzt worden war, und die Verhaftung von Noriega wegen Drogenhandels. Noriega war zwei Jahrzehnte lang ein bezahlter CIA-Agent gewesen, aber sein Gehorsam gegenüber den Vereinigten Staaten war ins Wanken geraten. Zu den Motiven für die Invasion gehörten die Aufrechterhaltung der US-Kontrolle über den Panamakanal, die Aufrechterhaltung der US-Militärbasen, die Unterstützung für die von den USA unterstützten Kämpfer in Nicaragua und andernorts, die Darstellung von Präsident Bush als Macho statt als Schwächling, der Verkauf von Waffen und die Beendigung des so genannten Vietnam-Syndroms, d. h. die Abneigung der US-Öffentlichkeit, weitere katastrophale Kriege zu unterstützen. Bis zu 4.000 Panamaer starben bei diesem „Probelauf“ für den späteren Golfkrieg. Panama entwickelte eine dollarbasierte Wirtschaft, die auf Tourismus, dem Dienstleistungssektor, dem Panamakanal, den Gated Communities für Rentner, dem Vorzeigeregister, den Steueranreizen für ausländische Baufirmen und Investoren, dem Bankwesen in Übersee, den niedrigen Lebenshaltungskosten und dem steigenden Wert von Grundstücken fußte. Panama ist bekannt für Geldwäsche, politische Korruption und als Kokainumschlagplatz. Arbeitslosigkeit ist weit verbreitet und die Kluft zwischen Arm und Reich ist groß. 40 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Menschen leben in unzureichenden Unterkünften und haben kaum Zugang zu medizinischer Versorgung oder angemessener Ernährung. Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, wer die Kriegsbeute für sich beansprucht und wer unter den Folgen leidet.

21. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1940 wurde die Planung für die Bombardierung von Tokio durch die USA mit China vereinbart*. Zwei Wochen knapp ein Jahr vor dem japanischen

Angriff auf Pearl Harbor trafen sich Chinas Finanzminister T.V. Soong und Colonel Claire Chennault, ein pensionierter Pilot der US-Armee, im Esszimmer von US-Finanzminister Henry Morgenthau, um die Bombardierung der japanischen Hauptstadt zu planen. Der Colonel, der für die Chinesen arbeitete, hatte sie seit mindestens 1937 gedrängt, amerikanische Piloten zur Bombardierung Tokios einzusetzen. Morgenthau sagte, er könne Männer aus dem Dienst im U.S. Army Air Corps entlassen, wenn die Chinesen ihnen 1.000 Dollar pro Monat zahlen würden. Soong war einverstanden. Die USA versorgten China mit Flugzeugen und Ausbildern und schließlich mit Piloten. Aber die Bomben auf Tokio fielen erst in der Nacht vom 9. zum 10. März 1945. Es wurden Brandbomben eingesetzt. Der wütende Feuersturm zerstörte 41 Quadratkilometer der Stadt, tötete schätzungsweise 100.000 Menschen und machte eine Million Menschen obdachlos. Es war der zerstörerischste Bombenangriff in der Geschichte der Menschheit, zerstörerischer als Dresden oder sogar die Atombomben, die später im selben Jahr über Japan eingesetzt wurden. Während die Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki viel Aufmerksamkeit und Verurteilung erhalten hat, wurde die Zerstörung von mehr als sechzig japanischen Städten durch die USA vor dieser Bombardierung kaum beachtet. Die Bombardierung von Städten ist seither ein zentraler Bestandteil der US-Kriegsführung. Das Ergebnis sind mehr Tote, aber weniger US-Tote. Dies ist ein guter Tag, um über den Wert von Menschenleben außerhalb der USA nachzudenken.

22. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1847 stellte der Kongressabgeordnete Abraham Lincoln die Rechtfertigung von Präsident James K. Polk für den Krieg gegen Mexiko in Frage.* Polk hatte darauf bestanden, dass Mexiko den Krieg begonnen hatte, indem es „amerikanisches Blut auf amerikanischem Boden vergoss“. Lincoln verlangte, die Kampfschauplätze zu sehen und behauptete, dass US-Soldaten in ein umstrittenes Gebiet eingedrungen waren, das rechtmäßig mexikanisch war. Außerdem kritisierte er Polk für die „schärfste Täuschung“ über den Ursprung des Krieges und für den Versuch, das Territorium der USA zu vergrößern. Lincoln stimmte gegen eine Resolution, die den Krieg als gerechtfertigt bezeichnete, und unterstützte ein Jahr später eine Resolution, die nur knapp erfolgreich war und den Krieg für verfassungswidrig erklärte. Im folgenden Jahr wurde der Krieg mit dem Vertrag von Guadalupe-Hidalgo beendet. Der Vertrag zwang die mexikanische Regierung, der Übernahme von Alta California und Santa Fe de Nuevo Mexico durch die Vereinigten Staaten zuzustimmen. Dadurch wurde das US-Territorium um 1,4 Mio. Quadratkilometer erweitert, einschließlich des Gebietes, das ganz oder teilweise das heutige Arizona, Kalifornien, Colorado, Nevada, New Mexico, Utah und Wyoming ausmacht. Die Vereinigten Staaten zahlten 15 Millionen Dollar Entschädigung und erließen eine Schuld von 3,5 Millionen Dollar. Mexiko erkannte den Verlust von Texas an und akzeptierte den Rio Grande als seine Nordgrenze. Die größte territoriale Ausdehnung der Vereinigten Staaten hatte durch Polks Annexion von Texas 1845, die Aushandlung des Oregon-Vertrags mit Großbritannien 1846 und den Abschluss des Mexikanisch-Amerikanischen Krieges stattgefunden. Der Krieg wurde in den USA als ein Sieg angesehen, aber wegen der menschlichen Opfer, der finanziellen Kosten und der Schwerfälligkeit kritisiert. Lincolns Ablehnung des Krieges war kein Hindernis für seinen Einzug ins Weiße Haus, wo er, wie die meisten Präsidenten, seine Haltung abstreifte.

23. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1947 begnadigte Präsident Truman 1.523 von 15.805 Wehrdienstverweigerern des Zweiten Weltkriegs.* Begnadigungen waren immer das Vorrecht von Königen und Kaisern gewesen. In den Vereinigten Staaten wurde 1787 auf dem

Verfassungskonvent die Begnadigungsbefugnis an den US-Präsidenten übertragen. Im Jahr 1940 wurde der Selective Training and Service Act verabschiedet. Alle Männer zwischen 21 und 45 Jahren mussten sich zur Einberufung melden. Nach dem Krieg belief sich die Zahl der Männer, die inhaftiert wurden, weil sie die Einberufung verweigerten, sich nicht registrieren ließen oder den strikten Test für Kriegsdienstverweigerung nicht bestanden hatten, auf 6.086. Die Zahl der Desertionen war unklar, aber 1944 verzeichnete die Armee eine Rate von 63 Desertionen pro 1.000 Männer im aktiven Dienst. Truman weigerte sich, eine Amnestie zu gewähren, die alle begnadigen würde, und folgte stattdessen der Praxis aus dem Ersten Weltkrieg: der selektiven Begnadigung. Die Wirkung einer Begnadigung wäre die Wiederherstellung der vollen bürgerlichen und politischen Rechte. 1946 ernannte Truman ein dreiköpfiges Gremium, das die Fälle von Kriegsdienstverweigerern prüfen sollte**.** Das Gremium empfahl die Begnadigung von nur 1.523 Wehrdienstverweigerern. Das Gremium argumentierte, dass keine Begnadigungen für diejenigen gerechtfertigt seien, die „sich selbst als weiser und kompetenter als die Gesellschaft hinstellten, um über deren Pflicht zur Verteidigung der Nation zu entscheiden." 1948 appellierte Eleanor Roosevelt an Truman, alle Fälle zu überprüfen. Aber Truman lehnte ab und sagte, die betroffenen Männer seien „einfach nur Feiglinge oder Drückeberger". 1952 aber begnadigte Truman alle, die in Friedenszeiten in der Armee gedient hatten, und alle Deserteure aus dem Militär in Friedenszeiten.

24. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1924 kündigte Costa Rica aus Protest gegen die Monroe-Doktrin den Austritt aus dem Völkerbund an.* Der Pakt des Völkerbundes, der bei seiner Gründung 1920 verabschiedet wurde, hatte sich auf solche Doktrinen als Mittel zur „Erhaltung des Friedens" bezogen, obwohl die meisten lateinamerikanischen Länder die Monroe-Doktrin nicht als solches ansahen. Die 1823 geschaffene Monroe-Doktrin war als Instrument zum Schutz der US-Interessen in Amerika interpretiert worden, selbst wenn dies bedeutete, souveränen Nationen ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern. Eine der bedeutendsten formellen Erklärungen, die die Monroe-Doktrin neu interpretierten, war das Roosevelt Corollary von 1904, das den US-Imperialismus in Amerika offen sanktionierte. Das Roosevelt Corollary änderte die Monroe-Doktrin ausdrücklich von einer Nichteinmischung der europäischen Mächte in Amerika zu einer aktiven Intervention der Vereinigten Staaten. Einige Befürworter dieser Politik glaubten, dass es ein Teil der „Bürde des weißen Mannes" sei, auf der Grundlage der rassischen, kulturellen und religiösen Überlegenheit zu handeln. Roosevelt hatte erklärt, dass „chronisches Fehlverhalten oder eine Ohnmacht, die zu einer allgemeinen Lockerung der Bande einer zivilisierten Gesellschaft führt" den USA die Rechtfertigung gab, gemäß seiner Interpretation der Monroe-Doktrin auf „internationale Polizeimacht" zurückzugreifen. Dieses rassistische Denken, zusammen mit den wirtschaftlichen Interessen der USA, hatte bereits den Weg für Einfälle in Hawaii, Kuba, Panama, der Dominikanischen Republik, Honduras und Nicaragua geebnet, als Costa Rica 1924 seine historische Entscheidung traf.

25. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1914 legten an vielen Orten entlang der Westfront im Ersten Weltkrieg britische und deutsche Soldaten ihre Waffen nieder und kletterten aus ihren Schützengräben, um dem Feind frohe Weihnachten zu wünschen und ihre wohlmeinende Haltung zum Ausdruck zu bringen.* Obwohl die Regierungen der kriegführenden Länder den Aufruf von Papst Benedikt XV. zwei Wochen zuvor ignoriert hatten, einen vorübergehenden weihnachtlichen Waffenstillstand zu schließen, erklärten die Soldaten selbst einen inoffiziellen Waffenstillstand. Was hatte sie dazu veranlasst? Vielleicht hatten sie, nachdem sie sich an die

Härten und die Gefahren des Grabenkrieges in Nordfrankreich gewöhnt hatten, begonnen, ihr eigenes elendes Los mit dem der feindlichen Soldaten in den nicht weit entfernten Schützengräben zu identifizieren. Eine „Leben und leben lassen"-Einstellung hatte sich bereits im „Tauschhandel und Geplänkel" mit dem Feind während der „ruhigen Zeit" zwischen den Schlachten ausgedrückt. Natürlich wollten die Offiziere auf beiden Seiten nicht riskieren, dass der Eifer, den Feind zu töten, nachließ, was die Briten im Januar 1915 dazu veranlasste, weitere informelle Waffenstillstände unter strenge Strafen zu stellen. Aus diesem Grund wurde der Weihnachtsfrieden von 1914 lange Zeit für ein einmaliges Ereignis gehalten. Doch die 2010 von dem deutschen Historiker Thomas Weber aufgedeckten Beweise deuten darauf hin, dass auch 1915 und 1916 örtlich begrenzte Weihnachtsfriede abgehalten wurden. Der Grund, so glaubt er, liegt in der Tatsache, dass überlebende Soldaten nach einer Schlacht oft so viel Reue empfanden, dass sie dazu bewegt wurden, verletzten Soldaten auf der anderen Seite zu helfen. Die Soldaten hielten weiterhin einen weihnachtlichen Waffenstillstand ein, wo sie konnten, weil ihre humanen Instinkte, begraben in der Raserei des Krieges, für die größeren Möglichkeiten der Liebe und des Friedens empfänglich blieben.

26. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1872 wurde Norman Angell geboren*. Die Liebe zum Lesen führte dazu, dass er im Alter von 12 Jahren Mills *Essay on Liberty* in die Hand nahm. Er studierte in England, Frankreich und der Schweiz, bevor er mit 17 Jahren nach Kalifornien auswanderte. Er begann für den St. Louis *Globe-Democrat* und den San Francisco *Chronicle* zu arbeiten. Als Korrespondent zog er nach Paris und wurde Unterredakteur des *Daily Messenger*, dann Mitarbeiter der Zeitschrift *Éclair*. Seine Berichterstattung über den Spanisch-Amerikanischen Krieg, die Dreyfus-Affäre und den Burenkrieg führte Angell zu seinem ersten Buch, *Patriotism under Three Flags: A Plea for Rationalism in Politics* (1903). Während er die Pariser Ausgabe von Lord Northcliffes *Daily Mail* redigierte, veröffentlichte Angell ein weiteres Buch *Europe's Optical Illusion*, das er 1910 erweiterte und in *The Great Illusion* umbenannte. Angells Theorie über den Krieg, die er in seinem Werk beschrieb, war, dass militärische und politische Macht einer tatsächlichen Verteidigung im Wege stehen und dass es für eine Nation wirtschaftlich unmöglich ist, eine andere zu übernehmen. *The Great Illusion* wurde während seiner gesamten Karriere aktualisiert, verkaufte über 2 Millionen Exemplare und wurde in 25 Sprachen übersetzt. Er diente als Abgeordneter der Arbeiterpartei, im Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus, im Exekutivkomitee der Völkerbundunion und als Präsident der Abessinien-Vereinigung, während er einundvierzig weitere Bücher veröffentlichte, darunter *The Money Game* (1928), *The Unseen Assassins* (1932), *The Menace to Our National Defence* (1934), *Peace with the Dictators?* (1938), und *After All* (1951) über Kooperation als Grundlage der Zivilisation. Angell wurde 1931 zum Ritter geschlagen und erhielt 1933 den Friedensnobelpreis.

27. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1993 hielten die Belgrader Frauen in Schwarz eine Neujahrsdemonstration ab.* Das kommunistische Jugoslawien setzte sich aus den Republiken Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien, Montenegro und Mazedonien zusammen. Nach dem Tod von Premierminister Tito im Jahr 1980 entstanden Spaltungen zwischen den ethnischen Gruppen und den Nationalisten, die noch gefördert wurden. Slowenien und Kroatien erklärten 1989 ihre Unabhängigkeit und lösten damit einen Konflikt mit der jugoslawischen Armee aus. Im Jahr 1992 brach der Krieg zwischen Bosniens Muslimen und Kroaten aus. Die Belagerung der Hauptstadt Sarajevo dauerte 44 Monate. 10.000 Menschen starben und 20.000 Frauen wurden bei ethnischen Säuberungen vergewaltigt. Bosnisch-serbische Truppen übernahmen Srebrenica

und massakrierten Muslime. Die NATO bombardierte bosnisch-serbische Stellungen. 1998 brach im Kosovo ein Krieg zwischen albanischen Rebellen und Serbien aus, und wieder begann die NATO mit Bombardierungen, die Tod und Zerstörung noch vergrößerten, während sie behaupteten, einen sogenannten humanitären Krieg zu führen. Die „Frauen in Schwarz“ entstanden während dieser komplexen und verheerenden Kriege. Antimilitarismus ist ihr Auftrag, ihre „geistige Orientierung und politische Wahl“. In der Überzeugung, dass Frauen schon immer ihre Heimat verteidigt haben, indem sie Kinder aufzogen, die Machtlosen unterstützten und unbezahlt im Haushalt arbeiteten, erklären sie: „Wir lehnen militärische Macht ab ... die Herstellung von Waffen zum Töten von Menschen ... die Vorherrschaft eines Geschlechts, einer Nation oder eines Staates über einen anderen.“ Sie organisierten hunderte von Protesten während und nach den Balkankriegen und sind weltweit mit Bildungsworkshops und Konferenzen sowie Protesten aktiv. Sie gründen Frauenfriedensgruppen und haben zahlreiche UN- und andere Frauen- und Friedenspreise und Nominierungen erhalten. Dies ist ein guter Tag, um auf Kriege zurückzublicken und zu fragen, was man hätte anders machen können.

28. Dezember *An diesem Tag im Jahr 1991 wies die philippinische Regierung die Vereinigten Staaten an, sich aus ihrem strategischen Marinestützpunkt in Subic Bay zurückzuziehen.* Amerikanische und philippinische Beamte hatten im Sommer zuvor eine vorläufige Einigung über einen Vertrag erzielt, der die Pacht der Basis für ein weiteres Jahrzehnt im Austausch für 203 Millionen Dollar an jährlicher Hilfe verlängert hätte. Aber der Vertrag wurde vom philippinischen Senat abgelehnt, der die US-Militärpräsenz im Land als Überbleibsel des Kolonialismus und als Affront gegen die philippinische Souveränität anprangerte. Die philippinische Regierung wandelte daraufhin Subic Bay in die kommerzielle Subic Freeport Zone um, die in den ersten vier Jahren rund 70.000 neue Arbeitsplätze schuf. Im Jahr 2014 erneuerten die USA jedoch ihre militärische Präsenz im Land unter den Bedingungen des Enhanced Defense Cooperation Agreement. Der Pakt erlaubt es den USA, Einrichtungen auf philippinischen Basen zu bauen und zu betreiben, die von beiden Ländern genutzt werden können, um die Fähigkeit des Heimatlandes zu verbessern, sich gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen. Eine solche Notwendigkeit ist jedoch fraglich. Die Philippinen sind keiner vorhersehbaren Gefahr einer Invasion, eines Angriffs oder einer Besetzung von irgendwoher ausgesetzt – auch nicht aus China, das mit den Philippinen zusammenarbeitet, um Ressourcen im Südchinesischen Meer im Rahmen eines Abkommens zu entwickeln, das eine Intervention der USA ausschließt. Ganz allgemein kann man sich fragen, ob die USA überhaupt die Aufrechterhaltung einer militärischen Präsenz in mehr als 80 Ländern und Territorien auf der ganzen Welt rechtfertigen können. Trotz der aufgeblasenen Bedrohungen, die von Politikern und Experten zitiert werden, sind die USA geographisch und strategisch gut von allen realen ausländischen Gefahren isoliert und haben kein Recht, solche Gefahren anderswo als selbsternannter Weltpolizist zu schüren.

29. Dezember *An diesem Datum im Jahr 1890 tötete das US-Militär 130-300 Sioux-Männer, -Frauen und -Kinder im Massaker am Wounded Knee.* Dies war einer der letzten von vielen Konflikten zwischen der US-Regierung und den amerikanischen Ureinwohnern während der Westexpansion der Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert. Eine religiöse Zeremonie, bekannt als der Geistertanz, inspirierte den Widerstand und wurde von den USA als Bedrohung für einen größeren Aufstand wahrgenommen. Die USA hatten kurz zuvor den berühmten Lakota-Häuptling Sitting Bull bei dem Versuch getötet, ihn zu verhaften und dem Tanz ein Ende zu

setzen. Einige Lakota glaubten, dass der Tanz ihre alte Welt wiederherstellen würde und dass das Tragen von so genannten „Geisterhemden“ sie davor schützen würde, erschossen zu werden. Die Lakota, besiegt und hungrig, waren auf dem Weg zum Pine Ridge Reservat. Sie wurden von der U.S. 7th Cavalry aufgehalten, zum Wounded Knee Creek gebracht und von großen Schnellfeuergewehren umzingelt. Die Geschichte besagt, dass ein Schuss abgefeuert wurde, ob von einem Lakota oder von einem US-Soldaten ist unbekannt. Es folgte ein tragisches und vermeidbares Massaker. Die Zahl der toten Lakota ist umstritten, aber es ist klar, dass mindestens die Hälfte der Getöteten Frauen und Kinder waren. Dies war der letzte Kampf zwischen Bundestruppen und den Sioux bis 1973, als Mitglieder des American Indian Movement Wounded Knee 71 Tage lang besetzten, um gegen die Bedingungen im Reservat zu protestieren. Dort wurde 1977 Leonard Peltier für den Mord an zwei FBI-Agenten verurteilt. Hundert Jahre später verabschiedete der US-Kongress eine Resolution, in der er sein Bedauern über das Massaker von 1890 zum Ausdruck brachte, aber die Vereinigten Staaten ignorieren weitgehend die Ursprünge der völkermörderischen Politik des Krieges und der ethnischen Säuberung.

30. Dezember. *An diesem Tag im Jahr 1952 meldete das Tuskegee-Institut, dass 1952 das erste Jahr in 71 Jahren Aufzeichnung war, in dem in den USA niemand gelyncht wurde – eine zweifelhafte Erkenntnis, die nicht standhalten würde.* (Der letzte Lynchmord in den USA fand im 21. Jahrhundert statt.) Die kalte Statistik kann den Schrecken des weltweiten Phänomens der außergerichtlichen Ermordung von Menschen kaum vermitteln. Der Lynchmord, der häufig von rasenden Mobs begangen wird, ist ein anschauliches Beispiel für das fast universelle Credo der Menschheit, dem „Anderen“, dem „Andersartigen“ zu misstrauen und ihn zu fürchten. Die Lynchjustiz ist eine Miniaturausgabe der Wurzeln fast aller Kriege in der Geschichte der Menschheit, die immer mit Konflikten zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Religionen, Rassen, politischer Systeme oder Philosophien verbunden waren. Obwohl anderswo auf der Welt kaum bekannt, war Lynchjustiz in den Vereinigten Staaten, die von den Jahren nach dem Bürgerkrieg bis weit ins 20. Jahrhundert prosperierte, ein charakteristisch rassistisch motiviertes Verbrechen. Über 73 % der fast 4.800 Lynchopfer in den USA waren Afro-Amerikaner. Lynchmorde waren weitgehend – wenn auch nicht ausschließlich – ein Phänomen des Südens. In der Tat waren nur 12 Südstaaten für die 4.075 Lynchmorde an Afro-Amerikanern zwischen 1877 und 1950 verantwortlich. Neunundneunzig Prozent der Personen, die diese Verbrechen begangen haben, wurden nie bestraft, weder von staatlichen noch von lokalen Behörden. Nichts könnte die derzeitige Unfähigkeit der Menschheit zur Zusammenarbeit bei der Verhinderung globaler Katastrophen, wie der Zerstörung der Umwelt oder eines globalen Atomkriegs, besser illustrieren als die Tatsache, dass der Kongress der Vereinigten Staaten es bis Dezember 2018 nicht geschafft hat, ein Gesetz zu verabschieden, das Lynchjustiz zu einem Bundesverbrechen erklärt – nach 100 Jahren des Versuchs.

31. Dezember *An diesem Datum feiern viele Menschen auf der ganzen Welt das Ende eines Jahres und den Beginn eines neuen Jahres. Oft fassen Menschen Vorsätze oder verpflichten sich, bestimmte Ziele im gerade beginnenden Jahr zu erreichen.* World BEYOND War hat eine Friedenserklärung erarbeitet, von der wir glauben, dass sie auch als ausgezeichneter Vorsatz für das neue Jahr dient. Diese Friedenserklärung oder Friedenszusage ist online unter worldbeyondwar.org zu finden und wurde von vielen tausend Einzelpersonen und Organisationen in fast allen Teilen der Welt unterzeichnet. Die Erklärung besteht aus nur zwei Sätzen und lautet in ihrer Gesamtheit: „Ich bin mir bewusst, dass Kriege und Militarismus uns

weniger sicher machen, anstatt uns zu schützen, dass sie Erwachsene, Kinder und Säuglinge töten, verletzen und traumatisieren, die natürliche Umwelt schwer schädigen, bürgerliche Freiheiten aushöhlen und unsere Wirtschaft ausbluten lassen, indem sie Ressourcen von lebensbejahenden Aktivitäten abziehen. Ich verpflichte mich, mich an gewaltfreien Bemühungen zur Beendigung aller Kriege und Kriegsvorbereitungen und zur Schaffung eines nachhaltigen und gerechten Friedens zu beteiligen und diese zu unterstützen.“ Für alle, die an irgendwelchen Teilen der Erklärung zweifeln – Ist es wirklich wahr, dass Kriege uns gefährden? Schädigt der Militarismus wirklich die natürliche Umwelt? Ist Krieg nicht unvermeidlich, notwendig oder nützlich? – World BEYOND War hat eine ganze Webseite erstellt, um solche Fragen zu beantworten. Auf worldbeyondwar.org finden sich Listen und Erklärungen von Mythen, die über den Krieg geglaubt werden, und Gründe, warum wir den Krieg beenden müssen, sowie Kampagnen, an denen man sich beteiligen kann, um dieses Ziel voranzutreiben. Unterschreiben Sie das Friedensversprechen nur, wenn Sie es ernst meinen. Aber bitte meinen Sie es auch so! Siehe worldbeyondwar.org. Frohes neues Jahr!